

Arbeitsmarkt 2004

Amtliche Nachrichten
der Bundesagentur für Arbeit

53. Jahrgang, Sondernummer
Nürnberg, 30. August 2005



Bundesagentur für Arbeit

Arbeitsmarkt 2004

Amtliche Nachrichten
der Bundesagentur für Arbeit

53. Jahrgang, Sondernummer
Nürnberg, 30. August 2005

Abkürzungen und Zeichenerklärung

AA	=	Agentur für Arbeit
abh. ziv. ET	=	abhängige zivile Erwerbstätige
ABM	=	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
AEZ	=	Arbeitsentgeltzuschüsse für Ungelernte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte
BA	=	Bundesagentur für Arbeit
Bhi	=	Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose
BSM	=	Beschäftigung schaffende Maßnahmen (ABM + SAM)
EGS	=	Entgeltsicherung für Ältere
EGZ	=	Eingliederungszuschuss
EP	=	Erwerbspersonen
ESF	=	Europäischer Sozialfonds
ET	=	Erwerbstätige
EXGZ	=	Existenzgründungszuschüsse
EZN	=	Einstellungszuschuss bei Neugründungen
EZV	=	Einstellungszuschüsse bei Vertretung
FbW	=	Förderung beruflicher Weiterbildung
i.e.S.	=	im engeren Sinne
IAB	=	Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung
LKZ	=	Lohnkostenzuschuss
PSA	=	Personal-Service-Agenturen
SAM	=	Strukturanpassungsmaßnahmen
SAM OfW	=	Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen
SGB	=	Sozialgesetzbuch
ÜG	=	Überbrückungsgeld
Trad. SAM	=	Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen
VGR	=	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
i	=	insgesamt
M	=	Männer
F	=	Frauen
MA	=	Monatsanfang
ME	=	Monatsende
MM	=	Monatsmitte
MS	=	Monatssumme
JA	=	Jahresanfang
JD	=	Jahresdurchschnitt
JE	=	Jahresende
JS	=	Jahressumme
a.n.g.	=	anderweitig nicht genannt
p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
u	=	unzuverlässige oder ungewisse Daten
–	=	nichts vorhanden
0	=	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der Tabelle zur Darstellung gebracht werden kann
•	=	kein Nachweis vorhanden
•••	=	Angaben fallen später an
×	=	Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick: Der Arbeitsmarkt im Jahr 2004	13
II. Hauptteil	
A. Kräfteangebot:	
1. Erwerbspersonenpotenzial	25
2. Bevölkerung	25
3. Erwerbsneigung	26
4. Wanderungen und Pendlerbeziehungen	27
5. Internationale Vergleiche	28
B. Kräftenachfrage:	
1. Erwerbstätigkeit	37
2. Arbeitszeit	41
3. Nicht realisierte Kräftenachfrage	42
4. Internationale Vergleiche	43
C. Arbeitslosigkeit:	
1. Bestand und Quote	53
2. Zugänge in Arbeitslosigkeit	59
3. Abgänge aus Arbeitslosigkeit	60
4. Dauer der Arbeitslosigkeit	60
5. Arbeitslosigkeit und Geldleistungen	61
6. Internationale Vergleiche	63
D. Ausgleichsprozesse:	
1. Bewegung am Arbeitsmarkt	79
2. Ausgleichsprozess über die Agenturen für Arbeit	79
3. Laufzeit von Stellenangeboten	85
4. Arbeitnehmerüberlassung	85
5. Sperrzeiten	85
6. Bekämpfung von Leistungsmissbrauch	86
E. Arbeitsmarktpolitik:	
1. Überblick	95
2. Berufliche Ausbildung	95
3. Berufliche Weiterbildung, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, Sprachkurse	98
4. Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	99
5. Förderung der Arbeitssuche	99
6. Beschäftigungsbegleitende Leistungen bzw. Förderung regulärer Beschäftigung	99
7. Beschäftigung schaffende Maßnahmen	100
8. Freie Förderung	101
9. Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft	101
10. Vorruhestandsregelungen/Gleitende Übergänge in den Ruhestand	102
11. Beteiligung von Frauen an Arbeitsmarktpolitik	102
12. Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik	104
13. Eingliederungsbilanz	104
III. Tabellen-Anhang	115

Verzeichnis der Kästen

	Seite
I. 1 Darstellungsweisen der Entwicklung des Arbeitsmarktes	19
II.A. 1 Wesentliche Regelungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland	29
II.B. 1 Mini- und Midijobs in Deutschland	38
II.C. 1 Arbeitslose – wesentliche Merkmale	54
2 Arbeitslosenquoten	54
3 Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit	56
4 Stille Reserve	57
5 Dauer der Arbeitslosigkeit	61
6 Berechnung der Leistungsempfängerquoten	62
8 Zur Höhe und Dauer der Entgeltersatzleistungen	64
9 Erwerbslose und Erwerbslosenquote	65
II.D. 1 Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen	81
2 Stärkung der Vermittlung der Bundesagentur für Arbeit	82
3 Der „Virtuelle Arbeitsmarkt“	83
4 Zur Vermittlungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit	83
5 Messziffern der Arbeitsvermittlung	84
6 Sperrzeiten	86
7 Leistungsmissbrauch	86
II.E. 1 Aktive Arbeitsmarktpolitik	96
2 Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Wesentliche Änderungen für 2004	97
3 Frauenförderung	103

Verzeichnis der Abbildungen

	Seite
I.	
1 Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräftenachfrage	13
2 Entwicklung des Arbeitsmarktes in Deutschland	14
3 Entwicklung des Arbeitsmarktes in West- und Ostdeutschland	15
II.A.	
1 Erwerbsquoten nach Geschlecht und Bundesgebiet	26
2 Erwerbsquoten im europäischen Vergleich	28
II.B.	
1 Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	37
2 Erwerbstätigkeit nach Status	39
3 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Personengruppen	40
4 Arbeitsvolumen und jahresdurchschnittliche Arbeitszeit	41
5 Gemeldeter Stellenbestand	42
6 Erwerbstätigenquoten im europäischen Vergleich	43
II.C.	
1 Arbeitslosenquoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen	53
2 Komponenten der Unterbeschäftigung in Ostdeutschland	55
3 Arbeitslosigkeit nach Personengruppen	57
4 Arbeitslose und arbeitslose Leistungsbezieher	62
5 Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	63
6 Erwerbslosenquote im europäischen Vergleich	64
II.D.	
1 Die Rolle der Agenturen für Arbeit im Ausgleichsprozess	80, 88

Verzeichnis der Texttabellen

II.A.		
1 Erwerbspersonenpotenzial		25
II.C.		
1 Zugang an Arbeitslosen		59
2 Abgang an Arbeitslosen		60

Verzeichnis der Tabellen

	Seite
I. Überblick	
1 Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2002 bis 2004	20, 21
2 Gesamtdeutscher Arbeitsmarkt	22
3 Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt	23
4 Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes seit der Wiedervereinigung	24
II.A. Angebot an Arbeitskräften	
1 Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbspersonen und Arbeitslosenquoten	31
2 Erwerbsquoten nach Geschlecht	32
3 Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitnehmer	33
4 Erwerbsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	34
5 Erwerbsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht	35
II.B. Nachfrage nach Arbeitskräften	
1 Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige	45
2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Personengruppen	46
3 Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Personengruppen	47
4 Gemeldetes Stellenangebot	48
5 Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Ländern der EU	48
6 Beschäftigungsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	49
7 Teilzeitquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	50
8 Arbeitszeit in den Ländern der EU nach Geschlecht	51
9 Beschäftigungsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht	52
II.C. Arbeitslosigkeit	
1 Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen	66
2 Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung	67, 68, 69
3 Kurzarbeiter	70
4 Zugang an Arbeitslosen nach ihrem erwerbswirtschaftlichen Status vor der Arbeitslosmeldung und Abgang an Arbeitslosen	71
5 Zugang an Arbeitslosen nach Herkunftsstruktur	72
6 Abgang an Arbeitslosen nach Abgangsgründen	73
7 Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit	74
9 Anteil der Leistungsempfänger am Bestand der Arbeitslosen	75
10 Durchschnittliche Dauer des Bezugs von Lohnersatzleistungen	76
11 Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe	77
12 Erwerbslosenquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht	78
II.D. Ausgleichsprozesse	
1 Einschaltungsgrad der Agenturen für Arbeit	89
2 Wiederbeschäftigungsquoten nach Geschlechtern	89
3 Stellenabgang nach Strukturmerkmalen	90, 91, 92
6 Sperrzeiten	93

II.E. Arbeitsmarktpolitik

1	Förderung durch ausgewählte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	106
2	Einsatz wichtiger arbeitsmarktpolitischer Instrumente 2003 und 2004	107, 108, 109
3	Berufliche Weiterbildung	110
4	Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Strukturen	111
5	Arbeitnehmer in traditionellen Strukturanpassungsmaßnahmen nach Strukturen	112
6	Ausgaben der Bundesagentur und des Bundes für Arbeitsmarktpolitik	113

III. Anhang (Tabellen)**III.A. Wirtschaftszweige**

1	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	115
2	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen	116, 117, 118
3	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe nach Wirtschaftszweigen	119, 120, 121
4	Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen	122, 123, 124
5	Zugang an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen	125
6	Bestand an Kurzarbeitern nach Wirtschaftszweigen	126
7	Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeiten nach Wirtschaftszweigen	127, 128, 129

III.B. Regionen

1	Erwerbstätige am Arbeitsort nach Bundesländern	130
2	Beschäftigte und Arbeitslose nach Ländern	131
3	Wirtschaftszweigliche Struktur der Beschäftigung nach Ländern	132, 133
4	Arbeitslosenquoten nach Ländern sowie die jeweils kleinste und größte Quote eines Arbeitsagentursbezirks	134
5	Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach Ländern	134
6	Stellenangebot nach Ländern	135
7	Kurzarbeiter nach Ländern	135

III.C. Berufe und Qualifikationen

1	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen	136, 137, 138
3	Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen	139, 140, 141
4	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der beruflichen Qualifikation	142

III.D. Frauen und Männer

1	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen nach Wirtschaftszweigen	143
2	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Männer und Frauen, Vollzeit und Teilzeit	144
3	Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Geschlecht	145
4	Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteile	146, 147, 148
5	Sozialversicherungspflichtige Teilzeitquoten nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht	149
6	Sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte und Teilzeitarbeitslose nach Geschlecht	150

III.E. Problemgruppen

1	Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen	151, 152, 153
2	Beschäftigung und Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter	154
3	Langzeitarbeitslose nach Strukturmerkmalen	155, 156, 157
4	Jüngere in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	158
5	Ältere in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	159
6	Schwerbehinderte in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	160
7	Langzeitarbeitslose in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	161
8	Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen	162, 163, 164
9	Ausländerbeschäftigung und Ausländerarbeitslosigkeit	165
10	Erwerbslosenquoten und Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Erwerbslosen in Ländern der EU	166

Allgemeine statistische Hinweise

Gemäß dem Dritten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt führt die Bundesanstalt für Arbeit ab 1.1.2004 den Namen „Bundesagentur für Arbeit“, die früheren Landesarbeitsämter heißen „Regionaldirektionen“ und die Arbeitsämter „Agenturen für Arbeit“.

Neben gesetzlichen Änderungen erforderten 2004 insbesondere neue Erkenntnisse über Konsistenz und Zuverlässigkeit von Statistiken im Zusammenhang mit der Neueinführung von EDV-Systemen die Fortentwicklung oder Revision von Statistiken. Einerseits wurde dadurch die Genauigkeit der Zahlenwerke verbessert, andererseits die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren teilweise eingeschränkt. Für den vorliegenden Bericht ist insbesondere folgendes zu beachten:

1. Mit dem dritten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (in Kraft seit 1. Januar 2004) wurde im § 16 SGB III klar gestellt, dass **Teilnehmer in Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos gelten**. Dies entsprach grundsätzlich der schon vorher angewandten Praxis; eine Änderung ergab sich allein für Teilnehmer an **Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen**, die bis Ende 2003 auch während des Maßnahmebesuchs als Arbeitslose gezählt wurden. Damit werden Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nun in der Statistik einheitlich behandelt. Bei Vergleichen der Arbeitslosenzahl mit Daten vor 2004 ist das zu beachten.
2. Die Bundesagentur für Arbeit bereitet ihre in den Geschäftsprozessen anfallenden Daten seit Januar 2004 Zug um Zug mit einer **neuen Informationstechnologie** auf. Aufgrund verbesserter Abfragemöglichkeiten und konzeptioneller Änderungen kommt es dabei zu **Datenrevisionen**. Innerhalb der zurückgerechneten Zeiträume sind Vergleiche uneingeschränkt möglich.
 - Die Arbeitsmarktdaten wurden bei der **Statistik über Arbeitslose und Arbeitsuchende** bis 1998 und bei der **Statistik über gemeldete Stellen** bis 2000 rückwirkend neu ausgewertet. Die Abweichungen zwischen Alt- und Neuverfahren sind i.d.R. bei den allgemeinen Bestandszahlen marginal, bei den Bewegungsgrößen zum Teil deutlich. Die jahresdurchschnittliche Zahl der Langzeitarbeitslosen erhöhte sich im Vergleich zu den Daten aus dem Altverfahren um 2 Prozent; Zugänge und Abgänge von Arbeitslosen für 2003 fallen im Neuverfahren bundesweit um 3 Prozent bzw. 6 Prozent kleiner aus. Wesentlicher Grund dafür ist, dass im Neuverfahren stornierte Abmeldungen und Fehleingaben bei Krankmeldungen – anders als im Altverfahren – erkannt werden können.
 - Ebenfalls bis zum Berichtsjahr 2000 rückwirkend neu ausgewertet wurde der überwiegende Teil der Daten über die Inanspruchnahme arbeitsmarktpolitischer Leistungen. Im Unterschied zum Altverfahren wird die statistische Zählung im Neuverfahren erst nach drei Monaten endgültig abgeschlossen, damit Nacherfassungen und Datenkorrekturen bis zu drei Monate nach dem Berichtsmontat berücksichtigt werden können. Dies führt dazu, dass sich die Bewegungen verschieben und die Bestände im Neuverfahren deutlich höher ausfallen als im Altverfahren.

- Daten über die Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungshilfe und Unterhaltsgeld wurden für den Bestand rückwirkend ab 2003 neu aufbereitet; die neuen Bewegungs- und Bewilligungsdaten stehen vorerst nur für 2004 zur Verfügung. Erstmals ist nun auch der differenzierte Ausweis von Zugängen, Abgängen und Wechseln zwischen Leistungsarten möglich. Die Daten des Alt- und Neuverfahrens weichen merklich voneinander ab; so ist die Zahl der Leistungsempfänger für 2003 im Neuverfahren bundesweit um gut 3 Prozent kleiner als im Altverfahren. Der Hauptgrund dafür ist, dass bei der Einführung des Neuverfahrens ein Datenverarbeitungsfehler entdeckt und behoben wurde, durch den sich über die Jahre die Zahl der Leistungsfälle – insbesondere bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe – kontinuierlich erhöht hatte.

Ferner ist folgendes zu beachten:

- Statistische Ergebnisse werden seit Januar 2003 generell nach folgendem Gebietsstand ausgewertet und veröffentlicht:
 - Westdeutschland = Alte Länder ohne Berlin (-West)
 - Ostdeutschland = Neue Länder und Berlin (insgesamt).
- Bei den Zahlen zu Beständen handelt es sich grundsätzlich um **Jahresdurchschnittswerte**. Angaben zu Bewegungsgrößen werden dagegen i.d.R. als **Jahressummen** ausgewiesen.
- Änderungen des SGB III und des SGB IX, aber auch die Weiterentwicklung der Fachaufgaben haben die Einführung einer neuen Statistik über die **„Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben“** mit Beginn des Jahres 2002 erforderlich gemacht. Wegen der damit verbundenen Änderungen sind Vorjahresvergleiche nur eingeschränkt möglich.
- Eine Überprüfung durch den Bundesrechnungshof im Herbst 2001 in fünf Arbeitsämtern hat die **Zuverlässigkeit der Vermittlungszahlen** in Frage gestellt. Die Ursachen wurden analysiert und Maßnahmen zur Erhöhung der Richtigkeit umgesetzt. Das führte u.a. zu einem Einbruch bei den Vermittlungszahlen (vgl. Kasten II.D.2 „Zur Vermittlungsstatistik der BA“).
- Alle auf dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung basierende Daten der **Beschäftigtenstatistik** sind seit Juni 1999 als **vorläufige Ergebnisse** anzusehen. Ergibt sich innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren nach dem jeweiligen Stichtag kein entscheidender Berichtigungsbedarf, erhalten diese automatisch den Status eines endgültigen Ergebnisses. Bei sämtlichen Angaben zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung handelt es sich im vorliegenden Bericht stets um die Zahl der **voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**, d.h. geringfügig entlohnte Beschäftigte sind darin nicht enthalten.
- Seit Juni 2003 wird bei wirtschaftsfachlichen Zuordnungen die aktualisierte **Klassifikation der Wirtschaftszweige** – die WZ 2003 - zugrunde gelegt, für die Zeit davor die WZ 93/BA. Das Verzeichnis der Wirtschaftszweige WZ 2003 basiert auf der statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der

Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1.1) und baut auf der Internationalen Systematik der Wirtschaftszweige (ISIC Rev. 3.1) der Vereinten Nation auf. Damit werden europa- und weltweite Vergleiche statistischer Daten ermöglicht.

- Die **Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquoten** werden einmal jährlich aktualisiert. Dies geschieht üblicherweise ab Monatsanfang April oder Mai; Rückrechnungen ab Jahresbeginn werden nicht vorgenommen. Die Bezugsgröße wird für jeweils ein Jahr festgeschrieben und auf Kreisebene herunter gebrochen. Dabei wird auf verschiedene Statistiken (insbesondere Beschäftigtenstatistik, Personenstandsstatistik, Mikrozensus) zurückgegriffen, deren Ergebnisse zwar erst mit einer gewissen Zeitverzögerung, dann aber gesichert und regional tief gegliedert vorliegen. Die Daten der Bezugsgröße für das Jahr 2004 stammen deshalb überwiegend aus dem Jahr 2003. Für eine einheitliche Berechnung der Bezugsgröße bis auf Kreisebene muss der Aktualitätsverlust in Kauf genommen werden.

Seit dem Jahr 2000 wird die Zahl der geringfügig Beschäftigten als Teil der Bezugsgröße aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit gewonnen. Dies führte rein

rechnerisch zu verringerten Arbeitslosenquoten; damit ist die Vergleichbarkeit mit den Jahren zuvor eingeschränkt.

- Ein Teil der Arbeitslosmeldungen entfällt auf technische Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit, insbesondere Wiedereintritte nach Krankheit oder Meldeversäumnis. Außerdem ist die Zahl der Personen kleiner, weil sich einige von ihnen in einer Periode mehrmals arbeitslos melden. Prinzipiell das gleiche gilt für alle im Bericht verwandten Bewegungsgrößen, insbesondere für Abgänge aus Arbeitslosigkeit und Stellenmeldungen.
- Die Angaben von Eurostat beruhen auf den Ergebnissen der gemeinschaftlichen Arbeitskräfteerhebung der Länder der Europäischen Gemeinschaft (EU-AKE), die in Deutschland in den nationalen Mikrozensus integriert ist. Abweichungen zu nationalen Statistiken ergeben sich aus unterschiedlichen Definitionen und Erhebungsmethoden (vgl. auch Kapitel II.C.9 „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“).
- Bei den europäischen Vergleichen sind die Staaten, die der Europäischen Union erst am 01.05.2004 beigetreten sind, nicht berücksichtigt.

I. Überblick

Der Arbeitsmarkt im Jahr 2004

Ende der wirtschaftlichen Stagnation – aber keine grundlegende Besserung am Arbeitsmarkt

Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum Vorjahr real um 1,6%. Allerdings war die Konjunktur gespalten. Einer insgesamt sehr lebhaften Exportdynamik stand eine kraftlose Binnennachfrage gegenüber. Deutschland erwirtschaftete 2004 den höch-

Die deutsche Wirtschaft hat 2004 eine dreijährige Stagnationsphase beendet. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das deutsche

ten Handelsbilanzüberschuss nach dem Zweiten Weltkrieg. Getrieben wurde der Überschuss durch ein starkes Wachstum der Ausfuhr um etwa 10% auf 731 Milliarden Euro. Die Exportindustrie profitierte vom starken Wirtschaftswachstum in den USA und Asien sowie von der gestiegenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Dagegen wurde der private Verbrauch durch die rückläufige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die schwache Einkommensentwicklung und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit gedämpft. Auch war das Vertrauen in den Aufschwung nicht ausreichend gefestigt, was mit ein Grund für die relativ verhaltene Investitionstätigkeit gewesen sein könnte. Damit war letztlich die wirtschaftliche Belebung nicht stark genug, um den Arbeitsmarkt grundlegend zu bessern.

Abbildung I.1

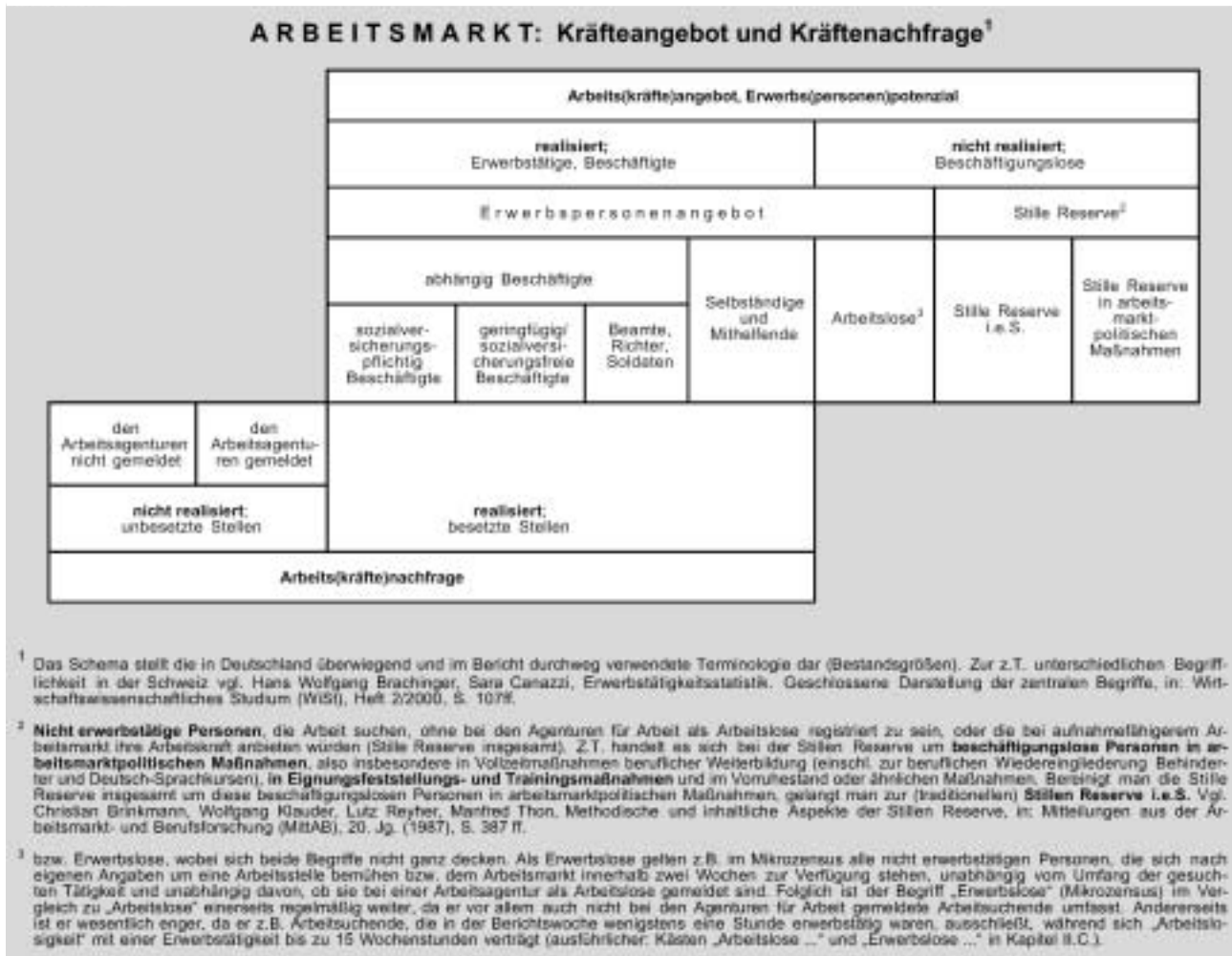
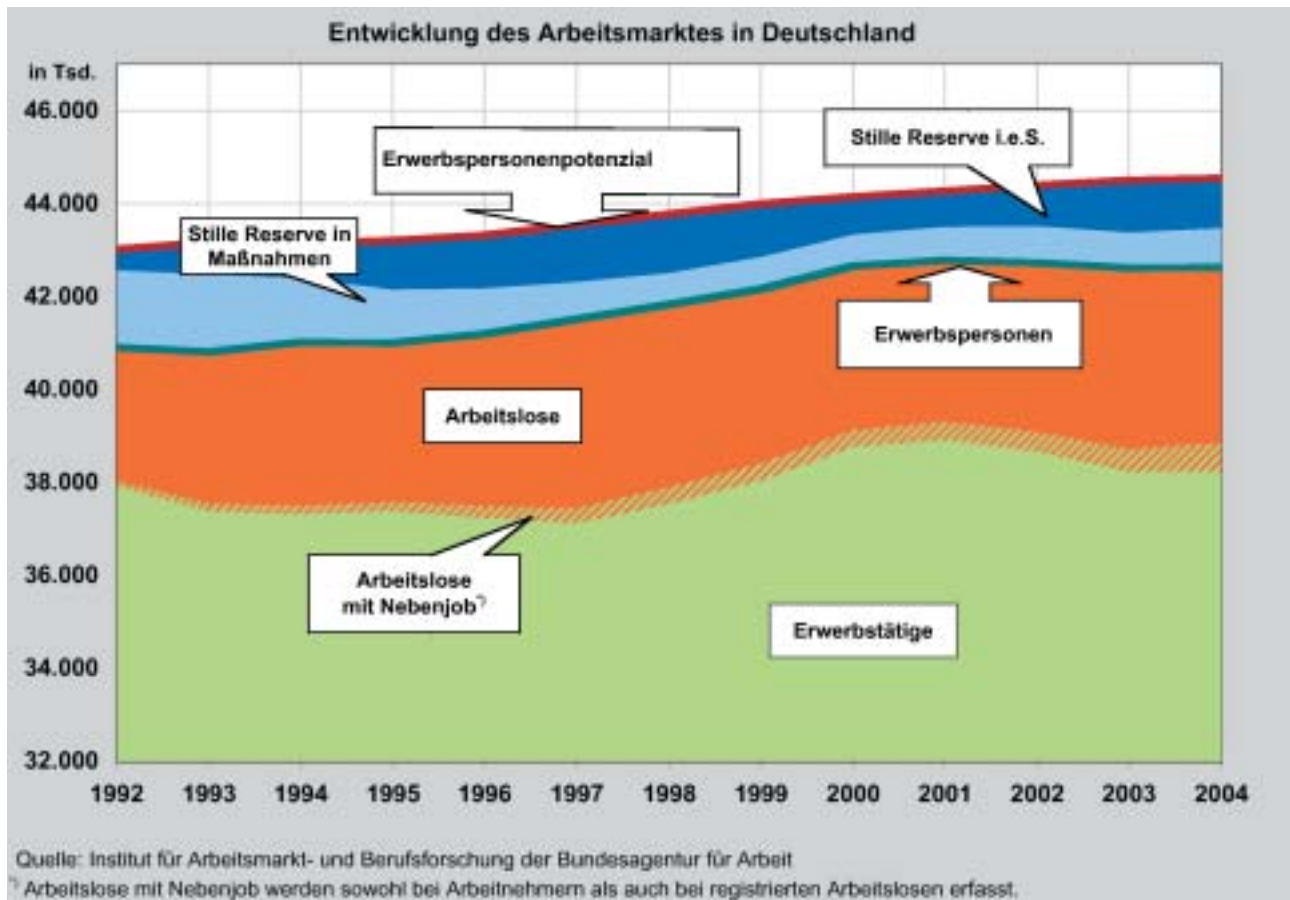


Abbildung I.2



Gleichwohl gab es ermutigende Zeichen von der Beschäftigungsseite. So ist nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes die **Erwerbstätigkeit** 2004 gestiegen, und zwar um 138.000 oder 0,4% auf 38,86 Millionen Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt. 2003 und 2002 hatte es noch Abnahmen gegeben (ausführlich Kapitel II.B). Der aktuelle Anstieg ist aber kaum mit der Konjunktur, sondern vor allem mit der Neuregelung bei den Minijobs, der Förderung von Existenzgründungen und im vierten Quartal mit den neuen Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung im Rahmen der Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“ zu erklären. So nahm die Zahl der **ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten** von Juni 2003 bis Juni 2004 um 428.000 auf 4,80 Millionen zu. Zugleich erhöhte sich die Zahl der **Selbstständigen** einschließlich mithelfender Familienangehöriger um jahresdurchschnittlich 159.000 auf 4,23 Millionen. Dabei spielte die Förderung durch die Bundesagentur mit Existenzgründungszuschüssen (Ich-AG) und Überbrückungsgeld eine maßgebliche Rolle.

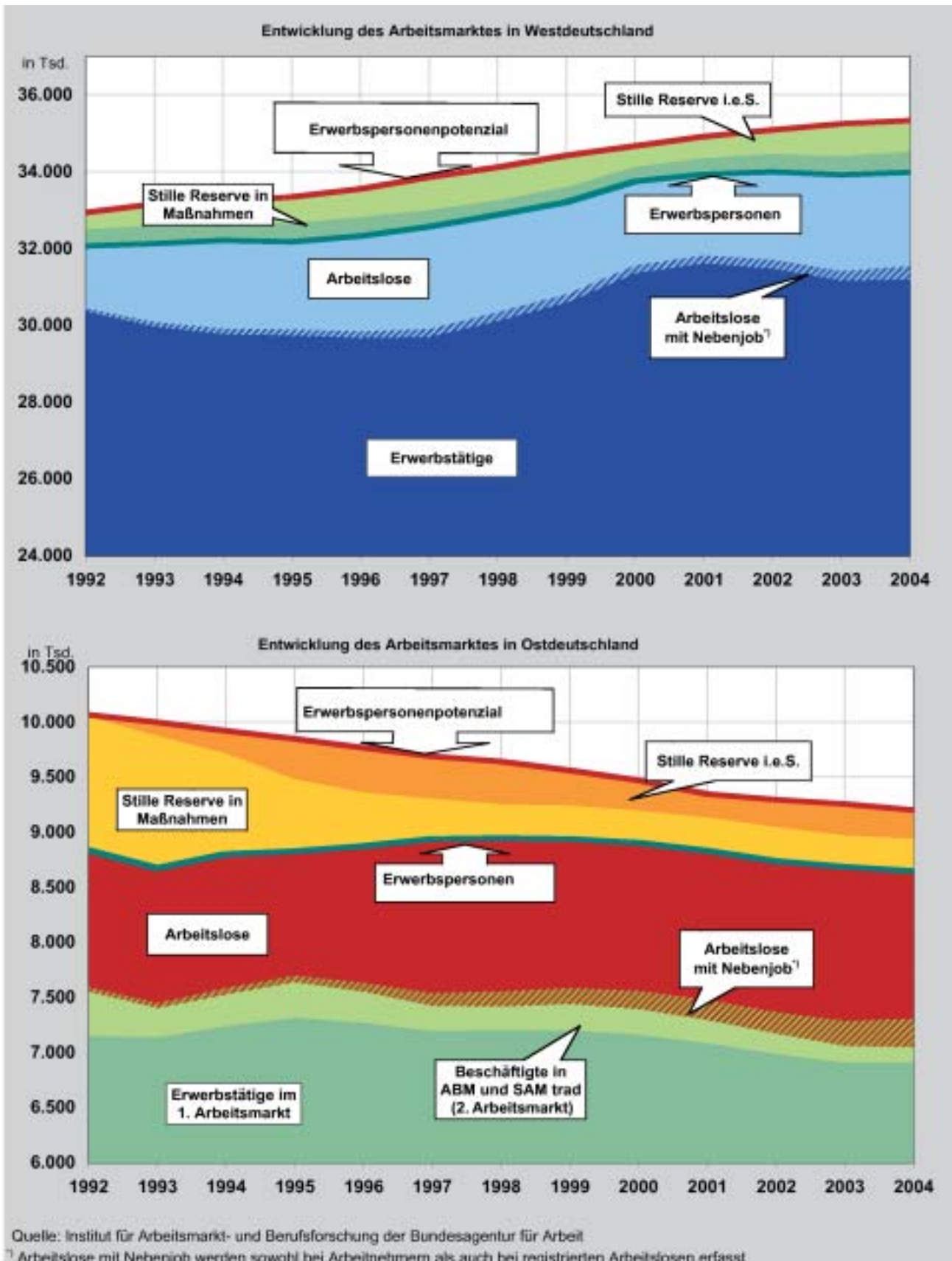
Die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** verringerte sich dagegen weiter deutlich. Im Juni 2004 waren 26,52 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 431.000 oder 16% weniger als vor einem Jahr. Der Rückgang schwächte sich im Vergleich zu 2003 etwas ab, war aber weiter beachtlich.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung entwickelte sich in Ostdeutschland ungünstiger als in Westdeutschland. Sie verringerte sich in Ostdeutschland von Juni 2003 auf Juni 2004 um 2,1% oder 112.000 auf 5,11 Millionen, während sie in Westdeutschland „nur“ um 1,5 % oder 319.000 auf 21,41 Millionen zurückging. Dem standen in beiden Landesteilen deutliche Anstiege bei den Minijobs und den Selbstständigen gegenüber.

Der **Bestand an gemeldeten Stellen** war 2004 weiter deutlich rückläufig. Im Jahresdurchschnitt waren 285.600 Stellenangebote registriert, 69.200 oder 19% weniger als im Vorjahr. 2003 hatte es eine Abnahme von 22 % gegeben. Daneben wurden auch deutlich weniger Stellenzugänge und Stellenabgänge registriert. Diese Abnahmen sind ein weiteres Zeichen für die gesamtwirtschaftliche Schwäche am Arbeitsmarkt.

Das **Angebot an Arbeitskräften** in Deutschland ist weiter leicht gestiegen, nach Einschätzung des IAB um 39.000 auf jahresdurchschnittliche 44,55 Millionen. Einerseits schieden auch 2004 wesentlich mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben aus als jüngere nachrückten. Diese demografische Komponente (-188.000 im Jahresdurchschnitt) wurde aber durch größere Erwerbsneigung und Wanderungseffekte überkompensiert (+180.000 bzw. +50.000; ausführlich Kapitel II.A). Die Entwicklungen wurden nach wie vor von West-

Abbildung I.3



deutschland dominiert. Hier stieg das Erwerbspersonenpotenzial, besonders auf Grund anhaltend höherer Erwerbsneigung von Frauen und Wanderungsgewinnen, um 93.000 auf 35,34 Millionen. In Ostdeutschland reduzierte es sich um 54.000 auf 9,20 Millionen.

Die wirtschaftliche Belegung, bei leicht steigendem Arbeitskräfteangebot, war noch nicht kräftig und fundiert genug, um den Arbeitsmarkt grundlegend zu bessern – die **Arbeitslosigkeit** blieb auf hohem Niveau. Im Jahresdurchschnitt 2004 waren 4.381.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 4.300 mehr als vor einem Jahr.

Dieser geringe Anstieg ist zum Teil auf die günstige Entwicklung des Vorjahres zurückzuführen: 2003 war die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf gesunken. Dadurch ergab sich zu Jahresbeginn 2004 ein niedriges Ausgangsniveau, das sich in der geringen Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt niederschlug. Von Anfang Januar bis Ende Dezember 2004 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 149.200. Aufgrund einer gesetzlichen Änderung sind seit Januar 2004 Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr in der Arbeitslosenzahl enthalten. Berücksichtigt man diese Änderungen auch im Vorjahr und stellt so Vergleichbarkeit her, stieg die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt um 97.000 und im Jahresverlauf um 243.900.

Dass die Zunahme der Erwerbstätigkeit nicht zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führte, hängt damit zusammen, dass die Aufnahme geringfügig entlohnter Beschäftigung die Arbeitslosigkeit nicht beendet oder diese Tätigkeiten vielfach von Personen ausgeübt werden, die nicht arbeitslos sind, wie Schüler, Studenten und Ältere (über 65 Jahren). Immerhin waren Ende Juni 590.000 Leistungsempfänger geringfügig entlohnt beschäftigt, 121.000 mehr als vor einem Jahr. Dagegen ließ der anhaltende Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung die Arbeitslosigkeit steigen. So meldeten sich im Vergleich zum Vorjahr mehr Menschen arbeitslos, weil sie ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Zudem gelang es deutlich weniger Menschen, ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung zu beenden. Auch der Abgang in sonstige Nichterwerbstätigkeit war erheblich kleiner als vor einem Jahr (vgl. ausführlich Kapitel II.C).

In Westdeutschland nahm die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2004 um ein Prozent auf 2.781.300 zu, in Ostdeutschland verringerte sie sich dagegen um ein Prozent auf 1.599.700. Berücksichtigt man die gesetzlich geänderte Erfassung von Teilnehmern an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen auch für das Vorjahr, erhöhte sich die Arbeitslosenzahl im Westen um 87.500 und im Osten um 5.500. Die weniger ungünstige Entwicklung im Osten beruht vor allem darauf, dass dort – wie bereits beschrieben – das Kräfteangebot abnahm, während es in Westdeutschland wuchs.

Die **Arbeitslosenquote**, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahresdurchschnitt 2004 auf 10,5%. Im Vergleich zum Vorjahr blieb sie unverändert, bei gleicher Erfassung der Arbeitslosigkeit 2003 erhöhte sie sich um 0,2 Prozentpunkte. In Ostdeutschland war die Quote mit 18,4% nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie im Westen mit

8,5%. Dabei nahm sie in Westdeutschland geringfügig um 0,1 Prozentpunkt zu, in Ostdeutschland sank die Quote um diesen Wert. Der Abstand zwischen den Quoten hat sich deshalb leicht auf 9,9 Prozentpunkte verringert.

Die **Dauer der Arbeitslosigkeit** erhöhte sich leicht. Menschen, die ihre Arbeitslosigkeit im Jahr 2004 beendeten, waren durchschnittlich 38,1 Wochen arbeitslos, im Vergleich zu 37,6 Wochen im Jahr zuvor. Dabei gab es in West und Ost deutliche Unterschiede. Während sich in Westdeutschland die Dauer um eine knappe Woche auf 35,4 Wochen reduzierte, stieg sie in Ostdeutschland um gut 3¹/₂ Wochen auf 43,9 Wochen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen nahm deutlich zu. Bundesweit waren jahresdurchschnittlich 1.681.100 oder 38,4% aller Arbeitslosen länger als ein Jahr arbeitslos, nach 34,8% im Jahr zuvor. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen nahm in West- und Ostdeutschland zu; allerdings war in Ostdeutschland mit 43,6% die Verhärtung der Arbeitslosigkeit deutlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland mit 35,3%.

Ohne den **Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente** wäre die Arbeitslosigkeit 2004 noch stärker gestiegen. Die Instrumente wurden stärker auf die dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet; nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wurden weiterhin hohe Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt. Gleichzeitig wurde der Arbeitsmarkt in größerem Umfang durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auch kurzfristig entlastet. Zwar nahmen die jahresdurchschnittlichen Teilnehmerbestände insbesondere bei beruflicher Weiterbildung und Beschäftigung schaffenden Maßnahmen weiter ab, dem standen aber Zuwächse insbesondere bei Existenzgründungszuschüssen (Ich-AG), Personal-Service-Agenturen und den Sonderprogrammen Jump plus und Arbeit für Langzeitarbeitslose gegenüber. Insgesamt nahm die Teilnehmerzahl in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, denen auch kurzfristig gesamtwirtschaftlich entlastende Wirkung zugeschrieben wird, um rund 100.000 auf 1,32 Millionen zu (vgl. ausführlich Kapitel II.E).

Ausgangspunkt und gewissermaßen Messlatte für den West-Ost-Vergleich (Querschnitt) ist die Verteilung der **Wohnbevölkerung** auf West- und Ostdeutschland.

Strukturelle Diskrepanzen zwischen West und Ost

Bei Vergleichen gegenüber Vorjahren (Längsschnitt) ist u.a. zu beachten, dass der auf Ostdeutschland entfallende Bevölkerungsanteil kontinuierlich kleiner geworden ist. Nach vorläufigen Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ gab es Mitte 2004 rd. 82,50 Mio Menschen in der Bundesrepublik. Davon entfielen 16,86 Mio oder 20,4% auf den Osten, nach 20,5% im Jahr 2003, aber noch 21,9% im Jahr 1993 (vgl. Tabelle I.2, insbesondere Spalten 4, 14 und 15). Damit hat der in Ostdeutschland lebende Teil der Bevölkerung auch zuletzt abgenommen (vgl. Kapitel II.A).

Osten bei Erwerbstätigkeit erneut zurückgefallen

Die Zahl der **Erwerbstätigen** nach dem Arbeitsort- oder Inlandskonzept belief sich nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2004 bundesweit auf 38,86 Mio. Auf Ostdeutschland entfielen davon unverändert 18,8%. Dieser Anteil ist kleiner als der Anteil an der Wohnbevölkerung (20,4%) oder an den Erwerbspersonen (20,3%). Auch wenn man die Erwerbstätigen nach dem Wohnort erfasst (Inländerkonzept), d.h. wenn man vor allem den Ost-West-Pendlersaldo (Auspendler minus Einpendler) und seine Veränderung berücksichtigt, schneidet der Osten bei der Erwerbstätigkeit zunehmend schlechter ab (vgl. Tabelle I.2 und Abschnitt II.A.2 und 3). Zwar entfallen dann deutlich mehr, nämlich 19,6% der Erwerbstätigen, auf Ostdeutschland; gleichwohl ist dieser Prozentsatz ebenfalls weiterhin geringer als der an der Wohnbevölkerung (20,4%), aber auch als im Vorjahr (19,7%).

Der Anteil Ostdeutschlands an der **voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** (Inlandskonzept) war mit 19,3% ebenfalls deutlich kleiner als an der Wohnbevölkerung (20,4%) und etwas kleiner als im Jahr zuvor (19,4%). Allerdings ist der Ost-Anteil an der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach wie vor nennenswert höher als an der Erwerbstätigkeit insgesamt (18,8%). Der Grund dafür ist, dass insbesondere Beamte und geringfügig Beschäftigte dort immer noch eine kleinere Rolle spielen als im Westen (vgl. Tabellen I.1 und 2, Kapitel II.B, bes. Tabelle II.B.3).

Ostdeutschland von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen

Im Jahr 2004 **mel-**
deten sich in
Deutschland 8,18
Mio Personen **ar-**
beitslos¹⁾. Von die-
sen Zugängen wur-
den nahezu unverän-
dert 32% in Ostdeutschland registriert. Dieser Anteil liegt weit über dem an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter oder an den Erwerbspersonen. Die Gefahr, arbeitslos zu werden (**Zugangsrisiko**), ist im Osten also nach wie vor wesentlich größer als im Westen. Gleichzeitig ist die Gefahr, in Arbeitslosigkeit zu verharren (**Verbleibsrisiko**) im Vergleich zum Westen deutlich höher. So dauert eine abgeschlossene **Arbeitslosigkeitsperiode** im Osten mit durchschnittlich 8¹/₂ Wochen länger als im Westen. Dabei wurde im Osten Arbeitslosigkeit immer noch relativ häufiger durch Eintritte in Be-

¹⁾ Viele dieser Meldungen sind allerdings solche nach „technischen Unterbrechungen“ der Arbeitslosigkeit, insbesondere Wiederzugänge nach Krankheit oder Meldeversäumnis (vgl. Kapitel II.D, bes. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen ...“). Im Übrigen handelt es sich, genau genommen, um die Zahl der Arbeitslosmeldungen. Die Zahl der Personen ist kleiner, weil sich ein Teil von ihnen im Jahr mehrmals arbeitslos meldet. Prinzipiell das gleiche gilt für alle im Bericht verwandten Bewegungsgrößen, insbesondere für Abgänge aus Arbeitslosigkeit, neu begründete Beschäftigungsverhältnisse, Stellenmeldungen, erteilte Arbeitserlaubnisse und Eintritte in Bildungsmaßnahmen. Dies sollte man bei den regelmäßig verkürzten Formulierungen im Auge behalten.

schäftigungschaffende Maßnahmen, in berufliche Weiterbildung oder Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen unterbrochen.

Entsprechend entfällt ein überproportional großer Teil des **Bestands an Arbeitslosen** weiterhin auf den Osten, wenn gleich etwas weniger als im Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt 2004 waren von den rd. 4,38 Mio Arbeitslosen in Deutschland 36,5% in Ostdeutschland gemeldet, nach 37% im Vorjahr.

Vor allem **Frauenarbeitslosigkeit** entfällt stark auf Ostdeutschland. Im Jahr 2004 waren dort 39% der bundesweit 1,93 Mio arbeitslosen Frauen registriert (Vorjahr 40%). Besonders gravierend waren weiterhin die Unterschiede zwischen den Arbeitslosenquoten; auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen war sie für Frauen im Jahresdurchschnitt 2004 im Osten mit 18,4% knapp zwei einhalbmal so hoch wie im Westen mit 7,8% (zum Vergleich Männer: 18,5% bzw. 9,0%). Dies beruht allerdings entscheidend auf der vergleichsweise großen weiblichen Erwerbsneigung, was sich an einer höheren Erwerbsquote der Frauen in Ostdeutschland zeigt. In puncto Erwerbstätigkeit schneiden die Frauen im Osten dagegen ähnlich ab wie im Westen.

Zur Arbeitslosigkeit kommt die **Stille Reserve** als weitere Form der Unterbeschäftigung (vgl. Kasten „Stille Reserve“ in II.C). Nach Schätzung des IAB belief sie sich insgesamt im Jahresdurchschnitt 2004 bundesweit auf 1,91 Mio. Davon entfielen 29% auf Ostdeutschland; dabei ist der Anteil an der **Stillen Reserve in Maßnahmen** mit 35% erheblich größer als der Anteil an der **Stillen Reserve i.e.S.** mit 24%. Dies reflektiert den nach wie vor relativ größeren Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente in Ostdeutschland.

Fasst man Arbeitslosigkeit, Stille Reserve und entlastende Beschäftigungsförderung zusammen, lassen sich im Berichtsjahr von rd. 6,80 Mio einer so abgegrenzten Unterbeschäftigung 35% Ostdeutschland zuordnen, ein Prozentpunkt mehr als im Vorjahr und vier Prozentpunkte weniger als noch z. B. 1995. Somit konzentrierte sich Unterbeschäftigung zwar weniger stark auf den Osten als die Arbeitslosigkeit (37%), aber auch unter dem Aspekt „Unterbeschäftigung“ ist Ostdeutschland nach wie vor weit von Westdeutschland entfernt.²⁾

Angesichts des immer noch großen Produktivitätsrückstands Ostdeutschlands wird der Lebensstandard ihrer Einwohner weiterhin auch durch beträchtliche öffentliche Transfers sichergestellt. An diesen West-Ost-Transfers war die **Bundesagentur für Ar-**

Geringere Nettotransfers der Bundesanstalt in den Osten

²⁾ Bei dieser Betrachtung ist der innerdeutsche Pendlersaldo (Einpendler minus Auspendler), der 2004 für Ostdeutschland auf -312.000 geschätzt wird, nicht berücksichtigt (Vorjahr: -321.000).

beit mit ihrem Haushalt nach wie vor nennenswert beteiligt, wenngleich erneut wesentlich weniger als im Jahr zuvor.

2004 hat die Bundesagentur bundesweit 54,5 Mrd € ausgegeben, das sind 2,4 Mrd € weniger als 2003. Dabei war der Rückgang im Osten deutlich stärker als im Westen; die Ausgaben haben sich dort um 1,9 Mrd € auf 16,6 Mrd € verringert, während sie in Westdeutschland um 0,5 Mrd € auf 49,8 Mrd € abnahmen. Entsprechend ist der Anteil Ostdeutschlands an den Gesamtausgaben weiter gesunken, und zwar um 2 Prozentpunkte auf 30,5% (ausführlich Kapitel II.E).

Angaben zu den Einnahmen stehen nur in der Gebietsabgrenzung Westdeutschland und Ostdeutschland (einschließ-

lich Berlin) zur Verfügung. Danach stammten von den 47,2 Mrd € Beitragseinnahmen (-126 Mio €) nur 12,7% aus dem Osten (Vorjahr: 12,8%). Damit ist dieser Anteil weiter gesunken. Während die Bundesagentur im Jahr 2004 fast jeden dritten Euro in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) ausgab, kam von dort etwa jeder achte Euro an Beiträgen (hier ohne West-Berlin).

Darüber hinaus erzielte die Bundesagentur bundesweit 3,1 Mrd € an sonstigen Einnahmen (z. B. aus Umlagen, aus Verwaltungskostenerstattungen oder aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds). Zum Ausgleich des Haushaltsdefizits der Bundesagentur war im Jahr 2004 ein Bundeszuschuss von 4,2 Mrd € erforderlich (2003: 6,2 Mrd €, 2002: 5,6 Mrd €).

Darstellungsweisen der Entwicklung des Arbeitsmarktes

Bei der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt geht es weniger um eine „Momentaufnahme“, bei der Bestands- und -bewegungsgrößen des jeweiligen Jahres im Vordergrund stehen, als um eine Beschreibung und Erläuterung von **Veränderungen**. Dabei gibt es im Wesentlichen folgende Darstellungsweisen:

- Die **monatliche Entwicklung des Arbeitsmarktes** ist stark durch jahreszeitliche Einflüsse geprägt (insbesondere: Witterung, Lage der Ferien und der Feiertage, Quartaleinstellungs- und -entlassungstermine). Da diese saisonalen Veränderungen unter ökonomischen, sozialen und politischen Aspekten weniger interessieren, arbeitet man vielfach mit **saisonbereinigten Zahlen**, d.h. mit Zeitreihen, aus denen die jahreszeitlichen Einflüsse (in üblichem Umfang) herausgerechnet sind, sodass die grundlegende Entwicklungsrichtung am Arbeitsmarkt klarer hervortritt.¹⁾

¹⁾ Vgl. u.a. Helmut Rudolph, Zum gegenwärtigen Verfahren der Saisonbereinigung der Statistik der Arbeitslosen, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) Nr. 7/1983, S. 749 ff; Die Saisonbereinigung als Hilfsmittel der Wirtschaftsbeobachtung, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1987, S. 30 ff; Helmut Rudolph, Saisoneffekte in der Arbeitslosigkeit, IAB-Kurzbericht Nr. 12 vom 8.5.1998.

- Die **Jahresdurchschnittliche Veränderung des Arbeitsmarktes** – errechnet aus Monats- oder Quartalswerten – bildet besonders knapp das gesamte Jahr ab. Manche (Schätz-)Größen des Arbeitsmarktes liegen auch nur in dieser Form vor (z.B. Erwerbspersonenpotenzial). Ein wesentlicher Nachteil jahresdurchschnittlicher Veränderungen ist, dass sie die Entwicklung im Jahresverlauf mangelhaft oder manchmal gar nicht widerspiegeln, z.B. dann, wenn die fragliche Größe im Berichtsjahr – aufgrund der Entwicklung im Vorjahr – einen besonders niedrigen oder hohen Ausgangspunkt hatte. Dies gilt z.B. für das Jahr 2001. So ist die Erwerbstätigkeit in Deutschland im Verlauf dieses Jahres gesunken. Gleichwohl ergibt sich bei der jahresdurchschnittlichen Veränderung ein Plus. Dies beruht aber allein auf der positiven Entwicklung im Jahr 2000 und dem daraus resultierenden hohen Ausgangsniveau im Jahr 2001 (sog. Überhangeffekt). Umgekehrt verhielt es sich bei der Arbeitslosigkeit (sog. Unterhangeffekt; vgl. Abbildung).
- Die **Veränderung des Arbeitsmarktes im Vergleich zu Vorjahreszeitpunkten**. Diese Darstellungsweise ist auch dann am Platz, wenn sich keine Jahresdurchschnittswerte berechnen lassen, beispielsweise weil zum Zeitpunkt der Berichterstattung die Daten für das Gesamtjahr noch nicht vollständig vorliegen (z.B. sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nur bis Juni). Vor allem bei diesem Verfahren ergibt sich das Problem, dass manchmal die Veränderung primär Einflüsse widerspiegelt, die auf den Vorjahreszeitpunkt, also die Vergleichs- oder Bezugsbasis, eingewirkt haben (z.B. sehr kaltes Wetter; Basiseffekte).

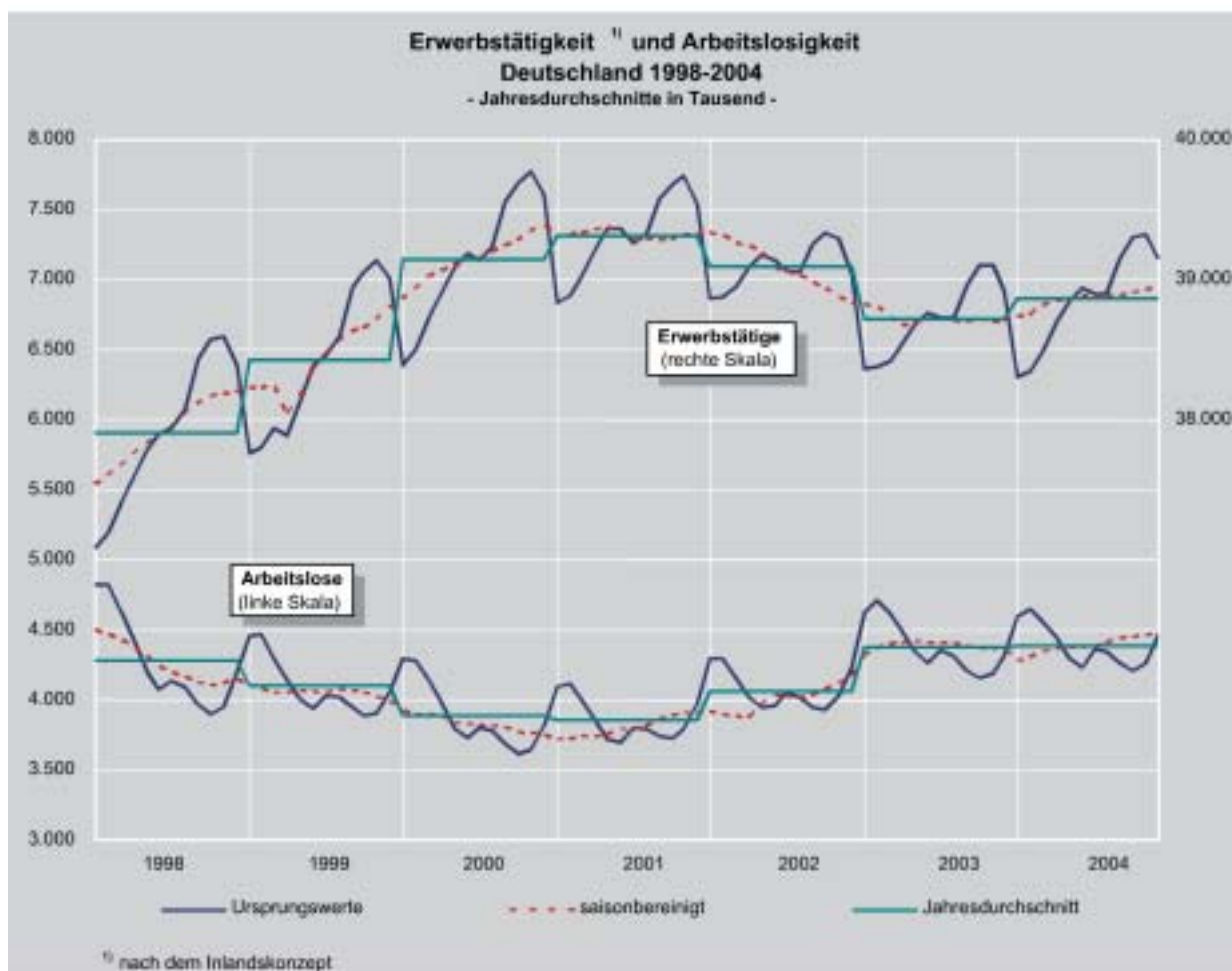


Tabelle I.1a

Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2002 bis 2004; Deutschland			
Merkmal	2002	2003	2004
	1	2	3
Beschäftigung			
Erwerbstätige im Inland ^{1) 2)}	39 096 000	38 722 000	38 860 000
Sozialversicherungspflichtig			
Beschäftigte (jeweils 30.6.)	27 571 147	26 954 686	26 523 982
dar.: Frauen	15 179 482	14 773 376	11 983 131
Ausländer	1 959 953	1 873 939	1 805 390
Arbeitslosigkeit			
Zugang in Arbeitslosigkeit ³⁾	7 254 665	7 622 425	8 179 309
Abgang aus Arbeitslosigkeit ³⁾	6 992 210	7 533 868	8 030 136
Bestand an Arbeitslosen ¹⁾	4 061 345	4 376 769	4 381 040
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle ziv. Erwerbspersonen ⁴⁾	9,8	10,5	10,5
abh. ziv. Erwerbspersonen ⁵⁾	10,8	11,6	11,7
dar.: Männer	2 239 919	2 446 201	2 448 589
Arbeitslosenquote ⁴⁾	9,9	10,9	11,0
Frauen	1 821 426	1 930 568	1 932 451
Arbeitslosenquote ⁴⁾	9,5	10,0	10,1
Spätaussiedler	59 390	58 224	55 500
Ausländer	505 414	548 530	549 944
Jugendliche			
unter 25 Jahren	497 602	516 131	504 338
Schwerbehinderte	156 909	167 876	173 939
Leistungsbezieher ¹⁾			
Arbeitslosengeld	1 896 225	1 919 079	1 845 012
Arbeitslosenhilfe	1 691 967	1 994 444	2 193 878
Eingliederungsgeld, -hilfe	18 193	16 385	11 834
Stellenangebote			
Zugang an Stellen ³⁾	2 796 380	2 467 309	2 136 180
Bestand an Stellen ¹⁾	451 924	354 752	285 605
Zugänge			
ABM und trad. SAM	215 092	189 377	165 347
Beschäftigungsbegleitende Leistungen	554 251	807 682	950 109
Arbeitsmarktpol. Instrumente ¹⁾			
Kurzarbeiter	206 767	195 371	150 593
Berufliche Weiterbildung	339 918	259 922	184 418
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	193 052	143 216	117 244
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ⁶⁾	262 297	310 533	398 472
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	291 519	370 693	395 373

1) Bestand im Jahresdurchschnitt.
 2) Quelle: Statistisches Bundesamt; Aufteilung auf West- und Ostdeutschland: Schätzung des IAB.
 3) Jahressumme.
 4) Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige.
 5) Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.
 6) SAM OfW, EGZ, EZN, Bhi, ÜG, EXGZ, ESV, AEZ, EGS und PSA (bei Zugängen einschl. MOBI).

Tabelle I.1b

Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2002 bis 2004; Westdeutschland			
Merkmal	2002	2003	2004
	1	2	3
Beschäftigung			
Erwerbstätige im Inland ^{1) 2)}	31 723 000	31 431 000	31 547 000
Sozialversicherungspflichtig			
Beschäftigte (jeweils 30.6.)	22 182 502	21 730 394	21 411 589
dar.: Frauen	12 460 394	12 144 719	9 438 157
Ausländer	1 855 906	1 773 385	1 706 084
Arbeitslosigkeit			
Zugang in Arbeitslosigkeit ³⁾	4 836 818	5 168 253	5 535 647
Abgang aus Arbeitslosigkeit ³⁾	4 623 927	5 066 122	5 425 635
Bestand an Arbeitslosen ¹⁾	2 498 392	2 753 054	2 781 346
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle ziv. Erwerbspersonen ⁴⁾	7,6	8,4	8,5
abh. ziv. Erwerbspersonen ⁵⁾	8,5	9,3	9,4
dar.: Männer	1 425 756	1 594 380	1 607 491
Arbeitslosenquote ⁴⁾	8,0	8,9	9,0
Frauen	1 072 637	1 158 673	1 173 856
Arbeitslosenquote ⁴⁾	7,2	7,7	7,8
Spätaussiedler	44 449	43 219	41 253
Ausländer	432 619	471 255	472 093
Jugendliche			
unter 25 Jahren	307 668	328 381	322 515
Schwerbehinderte	117 168	125 193	129 452
Leistungsbezieher ¹⁾			
Arbeitslosengeld	1 239 831	1 325 660	1 287 763
Arbeitslosenhilfe	876 922	1 054 533	1 212 766
Eingliederungsgeld, -hilfe	14 313	12 779	9 213
Stellenangebote			
Zugang an Stellen ³⁾	2 058 291	1 830 190	1 658 468
Bestand an Stellen ¹⁾	377 811	291 889	239 039
Zugänge			
ABM und trad. SAM	52 554	38 509	41 583
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ⁶⁾	233 631	364 921	481 472
Arbeitsmarktpol. Instrumente ¹⁾			
Kurzarbeiter	162 123	160 496	121 610
Berufliche Weiterbildung	198 080	161 404	121 239
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	45 400	31 491	24 326
Beschäftigungsbegleitende Leistungen ⁶⁾	116 139	159 195	238 923
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	180 653	235 025	259 088

1) Bestand im Jahresdurchschnitt.
 2) Quelle: Statistisches Bundesamt; Aufteilung auf West- und Ostdeutschland: Schätzung des IAB.
 3) Jahressumme.
 4) Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige.
 5) Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.
 6) SAM OfW, EGZ, EZN, Bhi, ÜG, EXGZ, ESV, AEZ, EGS und PSA (bei Zugängen einschl. MOBI).

Tabelle I.1c

Eckdaten zum Arbeitsmarkt 2002 bis 2004; Ostdeutschland			
Merkmal	2002	2003	2004
	1	2	3
Beschäftigung			
Erwerbstätige im Inland ^{1) 2)}	7 373 000	7 291 000	7 313 000
Sozialversicherungspflichtig			
Beschäftigte (jeweils 30.6.)	5 388 645	5 224 292	5 112 393
dar.: Frauen	2 719 088	2 628 657	2 544 974
Ausländer	104 047	100 554	99 306
Arbeitslosigkeit			
Zugang in Arbeitslosigkeit ³⁾	2 417 847	2 454 172	2 643 662
Abgang aus Arbeitslosigkeit ³⁾	2 368 283	2 467 746	2 604 501
Bestand an Arbeitslosen ¹⁾	1 562 953	1 623 715	1 599 694
Arbeitslosenquoten bezogen auf			
alle ziv. Erwerbspersonen ⁴⁾	17,7	18,5	18,4
abh. ziv. Erwerbspersonen ⁵⁾	19,2	20,1	20,1
dar.: Männer	814 164	851 821	841 099
Arbeitslosenquote ⁴⁾	17,5	18,6	18,5
Frauen	748 789	771 895	758 596
Arbeitslosenquote ⁴⁾	17,9	18,6	18,4
Spätaussiedler	14 941	15 005	14 247
Ausländer	72 795	77 275	77 851
Jugendliche			
unter 25 Jahren	189 934	187 750	181 824
Schwerbehinderte	39 741	42 683	44 487
Leistungsbezieher ¹⁾			
Arbeitslosengeld	656 395	593 419	557 249
Arbeitslosenhilfe	815 045	939 911	981 112
Eingliederungsgeld, -hilfe	3 880	3 606	2 622
Stellenangebote			
Zugang an Stellen ³⁾	738 089	637 119	477 712
Bestand an Stellen ¹⁾	74 113	62 863	46 566
Zugänge			
ABM und trad. SAM	162 532	150 859	123 743
Beschäftigungsbegleitende			
Leistungen ⁶⁾	320 577	442 709	468 454
Arbeitsmarktpol. Instrumente ¹⁾			
Kurzarbeiter	44 645	34 876	28 984
Berufliche Weiterbildung	141 838	98 518	63 178
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	147 647	111 715	92 896
Beschäftigungsbegleitende			
Leistungen ⁶⁾	146 112	151 266	159 442
Leistungsbezug nach § 428 SGB III	110 866	135 668	136 285

¹⁾ Bestand im Jahresdurchschnitt.
²⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt; Aufteilung auf West- und Ostdeutschland: Schätzung des IAB.
³⁾ Jahressumme.
⁴⁾ Abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mit-helfende Familienangehörige.
⁵⁾ Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose.
⁶⁾ SAM OfW, EGZ, EZN, Bhi, ÜG, EXGZ, ESV, AEZ, EGS und PSA (bei Zugängen einschl. MOBI).

Tabelle I.3

Entwicklungen am deutschen Arbeitsmarkt (in Tausend)									
Merkmal	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Erwerbspersonen (im Inland) ⁴⁾	42 731	42 610	42 633	33 994	33 923	33 983	8 737	8 687	8 650
davon:									
Arbeitslose	4 061	4 377	4 381	2 498	2 753	2 781	1 563	1 624	1 600
Erwerbstätige ¹⁾	39 096	38 722	38 860	31 723	31 431	31 547	7 373	7 291	7 313
dav.: Selbstständige und Mithelfende ¹⁾	4 003	4 072	4 231	3 294	3 338	3 462	709	734	769
Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾	35 093	34 650	34 629	28 429	28 093	28 085	6 664	6 557	6 544
Pendlersaldo ²⁾	53	49	46	378	365	353	-325	-316	-307
Arbeitslosenquoten bezogen auf									
alle zivilen Erwerbspersonen	9,8	10,5	10,5	7,6	8,4	8,5	17,7	18,5	18,4
die abhängigen ziv. Erwerbspersonen	10,8	11,6	11,7	8,5	9,3	9,4	19,2	20,1	20,1
Arbeitsmarktpolitik									
Kurzarbeiter (Vollzeitäquivalent)	88	86	74	64	69	60	23	17	14
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	193	143	117	45	31	24	148	112	93
Beschäftigungsbegleitende Hilfen ³⁾	262	311	398	116	159	239	146	151	159
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung	307	232	164	167	135	102	140	97	62
Vorruhestandsähnliche Regelungen (§ 428 SGB III + Altersteilzeit nur von der BA geförderte Fälle)	353	440	475	229	290	323	124	150	152
Veränderung gegenüber Vorjahr (in Tausend)									
Merkmal	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2002/01	2003/02	2004/03	2002/01	2003/02	2004/03	2002/01	2003/02	2004/03
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Erwerbspersonen (im Inland) ⁴⁾	- 44	- 121	+ 23	+ 51	- 71	+ 60	- 95	- 50	- 37
davon:									
Arbeitslose	+ 208	+ 316	+ 4	+ 177	+ 255	+ 28	+ 31	+ 61	- 24
Erwerbstätige ¹⁾	- 220	- 374	+ 138	- 109	- 292	+ 116	- 111	- 82	+ 22
dav.: Selbstständige und Mithelfende ¹⁾	+ 20	+ 69	+ 159	+ 12	+ 44	+ 124	+ 8	+ 25	+ 35
Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾	- 240	- 443	- 21	- 121	- 336	- 8	- 119	- 107	- 13
Pendlersaldo ²⁾	- 7	- 4	- 3	- 13	- 13	- 12	+ 6	+ 9	+ 9
Arbeitsmarktpolitik									
Kurzarbeiter (Vollzeitäquivalent)	+ 29	- 2	- 12	+ 21	+ 5	- 9	+ 7	- 6	- 3
Beschäftigte in ABM und trad. SAM	- 43	- 50	- 26	- 12	- 14	- 7	- 31	- 36	- 19
Beschäftigungsbegleitende Hilfen ³⁾	+ 9	+ 48	+ 88	+ 5	+ 43	+ 80	+ 4	+ 5	+ 8
Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen beruflicher Weiterbildung	- 15	- 75	- 68	- 7	- 32	- 33	- 8	- 43	- 35
Vorruhestandsähnliche Regelungen (§ 428 SGB III + Altersteilzeit nur von der BA geförderte Fälle)	+ 78	+ 87	+ 35	+ 58	+ 61	+ 33	+ 19	+ 26	+ 2

¹⁾ Quelle: Statistisches Bundesamt; Aufteilung auf West- und Ostdeutschland: Schätzung des IAB.

²⁾ Einpendler minus Auspendler; Quelle IAB.

³⁾ SAM OfW, EGZ, EZN, EV (bis 2001), Bhi, ÜG, EXGZ, EZV, AEZ, EGS und PSA.

⁴⁾ Erwerbspersonen = Arbeitslose + Erwerbstätige - Arbeitslose mit Nebenjob

Tabelle I.4

Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsstellenmarktes seit der Wiedervereinigung (in Tausend)												
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland												
Erwerbstätige												
Bestand	37 555	37 516	37 601	37 498	37 463	37 911	38 424	39 144	39 316	39 096	38 722	38 860
Veränderung geg. Vorjahr	-504	-39	85	-103	-35	448	513	720	172	-220	-374	138
dar.: in ABM, trad. SAM und BSI	310	337	382	353	285	269	325	314	283	247	200	180
Erwerbspersonenpotenzial ¹⁾												
Bestand	43 166	43 145	43 203	43 321	43 553	43 768	43 990	44 148	44 274	44 395	44 507	44 546
Veränderung geg. Vorjahr	154	-20	57	118	232	216	222	157	127	121	112	39
Arbeitslose												
Bestand	3 419	3 698	3 612	3 965	4 384	4 281	4 100	3 890	3 853	4 061	4 377	4 381
Veränderung geg. Vorjahr	441	279	-86	353	419	-103	-181	-210	-37	208	316	4
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)	8,9	9,6	9,4	10,4	11,4	11,1	10,5	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5
Stille Reserve insges. ¹⁾												
Bestand	2 359	2 130	2 203	2 121	2 040	1 939	1 836	1 494	1 499	1 664	1 897	1 913
Veränderung geg. Vorjahr	250	-114	73	-82	-81	-101	-102	-342	6	165	232	16
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	1 691	1 390	1 155	995	813	695	714	697	732	798	782	845
Ausbildungsstellenmarkt												
Gemeldete Ausbildungsstellen ²⁾	773	683	633	609	608	604	629	625	631	586	547	520
Gemeldete Bewerber ²⁾	570	626	670	717	772	797	803	770	738	711	720	740
Westdeutschland												
Erwerbstätige ¹⁾												
Bestand	30 103	29 928	29 899	29 859	29 918	30 353	30 832	31 581	31 832	31 723	31 431	31 547
Veränderung geg. Vorjahr	-356	-175	-29	-40	59	435	479	749	251	-109	-292	116
dar.: in ABM, trad. SAM und BSI	44	50	62	67	59	61	84	81	73	63	50	49
Erwerbspersonenpotenzial ¹⁾												
Bestand	33 168	33 222	33 352	33 554	33 863	34 124	34 430	34 676	34 926	35 098	35 249	35 342
Veränderung geg. Vorjahr	222	55	130	202	309	260	307	246	250	172	152	93
Arbeitslose												
Bestand	2 149	2 426	2 427	2 646	2 870	2 752	2 604	2 381	2 321	2 498	2 753	2 781
Veränderung geg. Vorjahr	450	277	1	219	224	-118	-148	-223	-60	177	255	28
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)		8,1	8,1	8,9	9,6	9,2	8,6	7,6	7,2	7,6	8,4	8,5
Stille Reserve insges. ¹⁾												
Bestand	1 036	1 011	1 179	1 230	1 290	1 242	1 217	928	983	1 104	1 326	1 359
Veränderung geg. Vorjahr	158	68	168	50	60	-48	-25	-288	54	121	223	33
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	488	472	498	505	442	386	407	400	426	482	493	552
Ausbildungsstellenmarkt												
Gemeldete Ausbildungsstellen ²⁾	654	549	501	479	467	464	480	488	497	465	427	407
Gemeldete Bewerber ²⁾	411	442	466	494	532	553	553	531	509	491	502	524
Ostdeutschland												
Erwerbstätige ¹⁾												
Bestand	7 452	7 588	7 702	7 639	7 545	7 558	7 592	7 563	7 484	7 373	7 291	7 313
Veränderung geg. Vorjahr	-148	136	114	-63	-94	13	34	-29	-79	-111	-82	22
dar.: in ABM, trad. SAM und BSI	266	287	320	286	226	208	241	233	210	184	150	131
Erwerbspersonenpotenzial ¹⁾												
Bestand	9 998	9 923	9 850	9 767	9 689	9 644	9 560	9 471	9 348	9 297	9 257	9 203
Veränderung geg. Vorjahr	-68	-75	-73	-84	-77	-45	-85	-89	-123	-51	-40	-54
Arbeitslose												
Bestand	1 270	1 272	1 185	1 319	1 514	1 529	1 496	1 509	1 532	1 563	1 624	1 600
Veränderung geg. Vorjahr	-9	2	-87	134	195	15	-33	13	23	31	61	-24
Arbeitslosenquoten (in % aller ziv. Erwerbspersonen)		14,8	13,9	15,5	17,7	17,8	17,3	17,1	17,3	17,7	18,5	18,4
Stille Reserve insges. ¹⁾												
Bestand	1 324	1 119	1 023	891	750	697	619	565	517	561	570	553
Veränderung geg. Vorjahr	93	-182	-96	-133	-141	-53	-78	-54	-49	44	10	-17
dar.: Stille Reserve in Maßnahmen	1 203	918	657	490	371	309	307	297	306	316	289	293
Ausbildungsstellenmarkt												
Gemeldete Ausbildungsstellen ²⁾	119	134	132	131	141	140	149	138	134	121	119	112
dar. betriebliche Berufsausbildungsstellen ³⁾				107	105	99	94	94	87	77	72	69
Gemeldete Bewerber ²⁾	159	184	204	223	240	244	250	239	229	220	218	216

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

¹⁾ Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

²⁾ Meldungen im Verlauf des Berufsberatungsjahres (jeweils 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September)

³⁾ Bis einschl. 1997 alter Gebietsstand

II. A. Angebot von Arbeitskräften

1. Erwerbspersonenpotenzial

Arbeitskräfteangebot trotz anhaltender demografischer Entlastung geringfügig gestiegen

Im Jahr 2004 hat sich in Deutschland das Angebot von Arbeitskräften weiter erhöht, allerdings nur noch wenig. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt das Er-

werbspersonenpotenzial im Jahresdurchschnitt 2004 auf 44,55 Mio, dies sind 39.000 mehr als 2003, nach +112.000 und +121.000 in den beiden Vorjahren (vgl. Tabellen II.A.1 und I.3.)¹⁾ Dabei hat das Kräfteangebot nur im Westen zugenommen, und zwar um 93.000 auf 35,34 Mio, während es in Ostdeutschland um 54.000 auf 9,20 Mio gesunken ist.

Erwerbspersonenpotenzial			
	2002	2003	2004
Deutschland			
Insgesamt	44.395	44.507	44.546
Veränderung	+121	+112	+39
dav. Demographie	-161	-152	-188
Verhaltenskomponente	+160	+180	+180
Wanderungen	+108	+88	+50
Pendlersaldo	-7	-4	-3
Westdeutschland			
Insgesamt	35.098	35.249	35.342
Veränderung	+172	+152	+93
dav. Demographie	-155	-145	-166
Verhaltenskomponente	+200	+200	+200
Wanderungen	+139	+110	+71
Pendlersaldo	-13	-13	-12
Ostdeutschland			
Insgesamt	9.297	9.257	9.203
Veränderung	-51	-40	-54
dav. Demographie	-6	-7	-22
Verhaltenskomponente	-20	-20	-20
Wanderungen	-31	-22	-21
Pendlersaldo	+6	+9	+9

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Maßgeblich für die leichte Zunahme des Arbeitsangebotes war die nach wie vor steigende **Erwerbsneigung**, d.h. der Umstand, dass ein immer größerer Teil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter arbeiten will. Hier dürfte auch die Inanspruchnahme der Minijobregelung eine Rolle gespielt haben.

Das IAB veranschlagt den Einfluss dieser Verhaltenskomponente auf die jahresdurchschnittliche Veränderung des Kräftepotenzials 2004 auf +180.000. Der Zuwachs beschränkt sich auf den Westen, im Osten gab es einen Rückgang (+200.000 bzw. -20.000).

Auf Grund von **Wanderungen** hat das Erwerbspersonenpotenzial jahresdurchschnittlich um 50.000 zugenommen. Das Kräfteangebot erhöhte sich deswegen nur im Westen (+71.000). In Ostdeutschland schlägt dieser Effekt angebotsmindernd zu Buche (-21.000), und zwar wegen dem negativen Wanderungssaldo mit dem Westen.

Positive Verhaltens- und Wanderungskomponenten wurden allerdings weiterhin großenteils ausgeglichen durch die **demografische Entwicklung**, d.h. den langfristigen Trend, dass mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben scheiden als junge nachrücken und die Erwerbspersonen im Durchschnitt immer älter werden. Das IAB schätzt die Größe dieses Faktors 2004 auf jahresdurchschnittlich rd. -188.000. Dabei konzentriert sich auch dieser Effekt auf den Westen (-166.000; Osten: -22.000).

2. Bevölkerung

Ende 2003 lebten in Deutschland 82,53 Mio Einwohner, das waren 5.000 weniger

Bevölkerung wird älter

als vor einem Jahr, nach Zuwächsen von 96.000 und 181.000 in den beiden Jahren zuvor.²⁾ Der leichte Bevölkerungsrückgang beruht auf dem hohen Geburtendefizit (-147.000), das vom Zuwanderungsüberschuss nicht ausgeglichen werden konnte (+143.000).

Nach vorläufigen Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat die Bevölkerung **2004** praktisch stagniert (Juni 2004/Jahresdurchschnitt 2003: -0,03%). Dabei entwickelt sie sich **regional** unterschiedlich. In Westdeutschland nahm die Bevölkerung um 0,1% zu, in Ostdeutschland um 0,6% ab. Spürbare Zunahmen gab es in Baden-Württemberg (+0,3%), Bayern (+0,2%), Ham-

¹⁾ Vgl. zum Konzept des Erwerbspersonenpotenzials Johann Fuchs, Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250), Nürnberg 2002, S. 79 ff., zum gesamten Kapitel II.A: IAB-Kurzbericht Nr. 10 vom 8. 7. 2005. Arbeitsmarkt 2005: Zwischenbilanz und Perspektiven.

²⁾ Angaben des Statistischen Bundesamtes lagen bis Ende 2003 vor; neuere Angaben konnten nicht berücksichtigt werden. Vgl. hierzu B. Sommer und H. Voit, Bevölkerungsentwicklung 2003, in: Wirtschaft und Statistik 12/2004, S. 1398 sowie Statistisches Jahrbuch 1993.

burg (+0,2%), Niedersachsen (+0,2%) und Schleswig-Holstein (+0,2%). Nennenswerte Abnahmen verzeichneten das Saarland (-0,2%) sowie alle ostdeutschen Länder, und hier insbesondere Sachsen-Anhalt (-1,0%).

Der **Altersaufbau** der Bevölkerung hat sich weiter in Richtung der älteren Generation verschoben. Im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und unter 65 Jahren lebten Ende 2003 in Deutschland 55,51 Mio Menschen, das waren 0,3% weniger als Ende 2002; ihr Anteil an allen Einwohnern betrug 67,3%, nach 67,5% im Vorjahr und 68,7% in 1991. Die Zahl der Jüngeren unter 15 Jahre verringerte sich noch stärker, und zwar um 2,0% auf 12,16 Mio; entsprechend sank ihr Bevölkerungsanteil von 15,0% auf 14,7%, 1991 betrug er noch 16,3%. Dagegen hat die Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren um 2,9% auf 14,86 Mio zugenommen; ihr Anteil an der Bevölkerung erhöhte sich von 17,5% auf 18,0%, nach erst 15,0% im Jahr 1991.

Die Verschiebung der Alterstruktur wird auch am zunehmenden **Durchschnittsalter** der Bevölkerung deutlich. So hat sich das durchschnittliche mittlere Alter der Frauen von 1991 bis 2003 von 41,6 Jahren auf 43,35 Jahre und das der Männer von 37,5 Jahre auf 40,1 Jahre erhöht.

3. Erwerbsneigung

Erwerbsneigung im Osten größer als im Westen

Das Arbeitskräfteangebot wird zum einen von der Größe und Struktur der Bevölkerung bestimmt, zum anderen von der

Erwerbsneigung, das heißt dem Wunsch der Menschen eine Arbeit ausüben zu wollen. In Deutschland waren 2004 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Mikrozensus) 49,2% der gesamten Bevölkerung erwerbstätig oder suchten eine Arbeit, bezogen auf die Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren waren es 73,3% (vgl. Tabelle II.A.2). Im Jahr 2003 lagen diese Quoten bei 49,4% und 73,3%, im Jahr 1991 bei 50,2% bzw. 72,6%. Dabei sind die Erwerbsquoten in den neuen Ländern (einschließlich Ost-Berlin)³⁾ 2004 mit 53,3% und 76,7% nach wie vor merklich größer als im früheren Bundesgebiet (einschließlich West-Berlin) mit 48,3% und 72,5%.

Die Erwerbsquoten sind nicht nur nach Regionen, sondern auch nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Nationalität sehr verschieden; im **Querschnitt** sind insbesondere folgende markante Unterschiede festzustellen:

- Bei den **30 bis 50-Jährigen** erreichen die Erwerbsquoten regelmäßig die höchsten Werte; sie lagen im März 2004 in diesen Altersgruppen zwischen 86,8% und 89,8%. Die niedrigsten Quoten weisen die 15- bis 20-Jährigen und die 60- bis 65-Jährigen mit 29,4% bzw. 29,5% auf.
- Die Erwerbsneigung ist bei **Männern** generell deutlich höher als bei **Frauen**. Von den 15- bis 65-Jährigen Männern waren bundesweit 80,3% erwerbstätig oder suchten eine Arbeit, im Vergleich zu „nur“ 66,1% der Frauen.

Abbildung II.A.1



- Im **Osten** (einschließlich Ost-Berlin) ist die Erwerbsquote der Frauen mit 73,4% weiterhin erheblich größer als im Westen (einschließlich West-Berlin) mit 64,5%. Die Quoten der Männer unterscheiden sich dagegen kaum (West: 80,4%; Ost: 79,9%).
- Die Beteiligung **ausländischer Frauen** am Erwerbsleben ist mit bundesweit 52,9% beträchtlich niedriger als die der deutschen Frauen mit 67,6%. Der Unterschied zwischen ausländischen und deutschen Männern ist gering (79,5% zu 80,4%).
- Die Erwerbsneigung hat sich über die Jahre merklich verändert; die wichtigsten langfristigen **Entwicklungen** sind:
 - Im früheren Bundesgebiet (einschließlich West-Berlin) ist die Erwerbsquote der **Frauen** deutlich gestiegen, und zwar von 1991 bis 2004 von 58,4% auf 64,5%, während sie sich in den neuen Ländern (mit Berlin-Ost) von 77,2% auf 73,4% verringert hat.
 - Die Erwerbsbeteiligung der **Jüngeren** nahm bundesweit deutlich ab, bei männlichen 15- bis unter 20-Jährigen von 44,6% auf 33,0% und bei Frauen dieser Altersgruppe von 37,2% auf 25,7%.
 - Gleichzeitig hat die Erwerbsneigung von **Älteren** zugenommen, und zwar insbesondere bei Frauen. So ist bei weiblichen 55- bis unter 60-Jährigen und bei 60- bis unter 65-Jährigen die Erwerbsquote von 1991 bis 2004 von 42,9% auf 63,3% bzw. von 10,7% auf 20,4% gestiegen.

³⁾ Der Mikrozensus weist nur Werte aus für früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin-West und für neue Länder mit Berlin-Ost.

4. Wanderungen und Pendlerbeziehungen

Wanderungen erhöhten weiter das Kräfteangebot

Wanderungseffekte haben 2004 bundesweit das Kräfteangebot weiter steigen lassen. Dies resultierte aus folgenden Quellen:

- 2004 sind 59.000 **Spätaussiedler** zugezogen. Dabei nehmen die Zuzugszahlen kontinuierlich ab; Anfang der 90er Jahre kamen noch jährlich über 200.000, 2003 nur noch 73.000 Spätaussiedler. Was die regionale Herkunft der Spätaussiedler betrifft, bestimmen Zuzüge aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion seit längerem das Bild fast völlig (99% aller Zuwanderungen). Das Erwerbspersonenzugangspotenzial hat aufgrund dieser Zuwanderung 2004 nach Schätzungen des IAB um 37.000 zugenommen.
- 36.000 **Asylbewerber** sind 2004 nach Deutschland übersiedelt. Auch hier gehen die Zahlen zurück, vom Spitzenwert 1992 mit 439.000 Zuzügen bis zu 51.000 in 2003. Der Potenzialeffekt wird für 2004 auf 15.000 veranschlagt.
- Die **sonstigen Auslandswanderungen** haben die Bevölkerung in Deutschland im Saldo um 22.000 verringert. Dabei beruht der jüngste negative Wanderungssaldo allein auf Deutschen (–40.000; Ausländer: +18.000). Das Kräfteangebot 2004 hat sich dadurch praktisch nicht verändert (–2.000).

Aufgrund von Wanderungen ist allein in Westdeutschland das Arbeitsangebot gestiegen (+71.000). Dafür dass es in Ostdeutschland abgenommen hat (–21.000), war ausschlaggebend, dass auch 2004 mehr Menschen von **Ost- nach Westdeutschland** übersiedelten als umgekehrt. So wanderte im Jahr 2004 rund 188.000 Menschen von Ost nach West, etwas weniger als in den Jahren zuvor. Gleichzeitig gab es 133.000 Wohnortwechsel von West- nach Ostdeutschland, etwa so viele wie 2002 und 2003. Der Wanderungsverlust für Ostdeutschland beläuft sich damit 2004 auf 55.000; er hat damit zwar etwas abgenommen, ist aber immer noch beachtlich.

Im Zuge der konjunkturellen Schwäche hat sich die Zahl der erteilten **Arbeitsgenehmigungen** für ausländische Arbeitskräfte weiter verringert. Dabei ist zu beachten, dass Angehörige der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)⁴⁾ sowie gleichgestellte, bevorrechtigte Ausländern keine Arbeitsgenehmigung benötigen. Die Zahl erteilter Arbeitsgenehmigungen ist von 2003 auf 2004 um 12.900 auf 873.500 gesunken (2003/02: –58.700; vgl. Tabelle II.A.3 und Kasten „Wesentliche Regelungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland“). Die größte Bedeutung haben **Arbeitserlaubnisse**, die nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und u.U. mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich Art und Ort der Tätigkeit erteilt werden (vgl. § 285 SGB III); ihre Zahl hat um 14.500 auf 749.300 abgenommen. Rückgänge gab es bei erneuter und bei Fortsetzung der Beschäftigung, eine Zunahme bei erstmaliger Beschäftigung. Die Zahl der **Arbeitsberechtigungen**, die unab-

hängig von der Arbeitsmarktlage und ohne Einschränkung erteilt werden (vgl. § 286 SGB III), hat sich dagegen um 1.600 auf 124.100 erhöht, allerdings nur bei erneuter und fortgesetzter Beschäftigung.

Arbeitsgenehmigungen entfielen auch 2004 zum weitaus größten Teil auf Westdeutschland; mit 809.700 wurden dort 93% aller Arbeitsgenehmigungen erteilt. In Ostdeutschland gab es 63.800 Arbeitsgenehmigungen, das entsprach einem Anteil von nur 7%. Dabei beruht der jüngste bundesweite Rückgang erneut allein auf dem Westen (–13.800), in Ostdeutschland gab es einen leichten Zuwachs (+900).

Für das im Inland bzw. am Arbeitsort wirksame Arbeitskräfteangebot sind die Pendler in Rechnung

Pendler entlasten ost-deutschen Arbeitsmarkt

zu stellen. Pendler sind Personen, die nicht am Arbeitsort wohnen. Dabei gibt es **Einpendler**, das sind Personen, die von außerhalb kommen, und **Auspendler**, die ihren Wohnort zum Arbeiten verlassen. Der Pendlersaldo für die Region errechnet sich als Differenz von Einpendlern und Auspendlern.

Im Jahr 2004 gab es nach Schätzungen des IAB in Deutschland 121.000 Auspendler ins Ausland und 167.000 Einpendler aus dem Ausland. Der **bundesweite Pendlersaldo** belief sich auf 46.000 und war damit etwa so groß wie im Jahr zuvor (49.000). Dabei beschränkten sich die Pendlerbeziehungen mit dem Ausland fast allein auf Westdeutschland (40.000; Osten: 6.000). Dazu kommt im Westen noch der **Pendlersaldo mit Ostdeutschland**. So pendelten im Berichtsjahr 396.000 Personen von Ost- nach Westdeutschland, aber nur 84.000 in umgekehrter Richtung. Insgesamt weist Westdeutschland einen Pendlersaldo von 353.000 auf, im Vergleich zu 365.000 im Vorjahr. In Ostdeutschland beträgt der Pendlersaldo –307.000, nach –316.000 im Jahr zuvor.

Im Inland tätige **ausländische Werkvertragsarbeitnehmer** werden nicht in der Erwerbstätigenstatistik gezählt, da ihre Arbeitsleistung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Dienstleistungsimport gilt. Deshalb werden sie hier nachrichtlich ausgewiesen. Ihre Beschäftigung hat 2004 abgenommen. Die Kontingente für Werkvertragsarbeitnehmer auf Grund von Regierungsvereinbarungen aus mittel- und osteuropäischen Ländern sind für **Deutschland** von 2003 bis 2004 zunächst weiter leicht reduziert worden (–2.100 auf 54.500; 2002/01: –1.700; 2001/00: +700). Mit dem Beitritt der neuen EU-Länder (darunter Polen, Tschechien und Ungarn) am 1. Mai 2004 wurden die Kontingente deutlich verringert (–12.800 auf 41.700). Die jahresdurchschnittliche Zahl beschäftigter Werkvertragsarbeitnehmer nahm um 9.600 auf 34.200 ab (2002/01: –1.400; 2001/00: +3.200). Praktisch unverändert

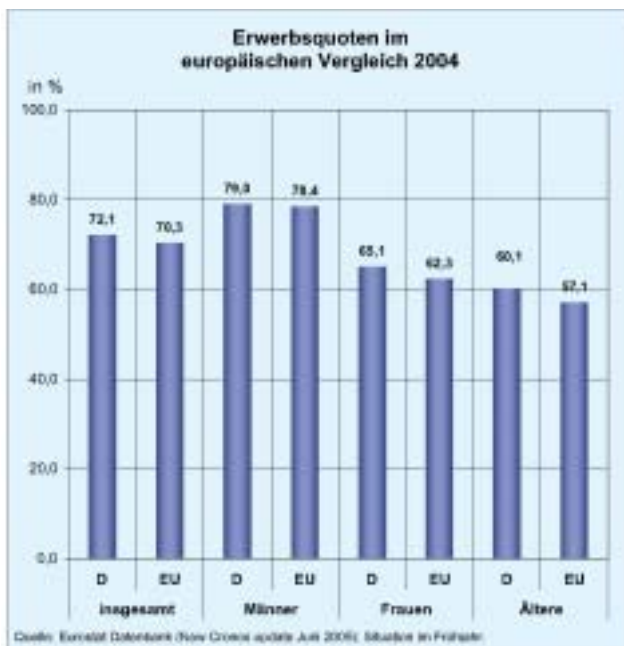
⁴⁾ Zum EWR gehören – außer den Ländern der EU – Island, Liechtenstein und Norwegen.

98% der Werkvertragsarbeitnehmer entfallen auf die alten Länder (einschl. Berlin-Ost). Wesentlich größer dürfte die Zahl jener Werkvertragsarbeitnehmer aus EU-Ländern sein, die seit Inkrafttreten des Europäischen Binnenmarktes (Anfang 1993) – im Rahmen der Freizügigkeit, also kontingentfrei – in Deutschland tätig sind.

5. Internationale Vergleiche

Die deutsche **Erwerbsquote** lag nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) im Frühjahr 2004 mit 72% im europäischen Vergleich weiterhin leicht über

Abbildung II.A.2



dem Durchschnitt (70%; vgl. Tabelle II.A.4 und Abbildung II.A.2). Die höchste Erwerbsquote hat seit Jahren Dänemark mit zuletzt 80%, gefolgt von Schweden (78%), den Niederlanden (77%) und Finnland (76%). Stark unterdurchschnittliche Quoten wiesen Italien (63%), Luxemburg (65%), Belgien (65%) und Griechenland (67%) auf. Europaweit hat sich der Trend steigender Erwerbsquoten fortgesetzt.

Bei der **Erwerbsquote der Männer** lag Deutschland im Frühjahr 2004 mit 79% nur etwas über dem europäischen Durchschnitt (78%). Besonders hohe männliche Erwerbsquoten haben nach wie vor Dänemark (84%), die Niederlande (84%), und das Vereinigte Königreich (82%), vergleichsweise niedrige Belgien (73%), Luxemburg (75%), Italien (75%) und Frankreich (75%).

Die **Erwerbsquote für Frauen** war in Deutschland mit 65% merklich größer als im EU-Durchschnitt (62%). Weitaus die höchsten weiblichen Erwerbsquoten hatten wie bisher die skandinavischen Länder Dänemark (76%), Schweden (76%) und Finnland (74%); die niedrigsten Italien (50%), Luxemburg (54%), Griechenland (54%) und Spanien (56%).

Die Erwerbsneigung der Frauen nimmt europaweit spürbar zu, die der Männer ist leicht rückläufig. Nach wie vor liegt die Erwerbsquote der Frauen in Europa deutlich unter der der Männer, zuletzt um 16 Prozentpunkte. Dabei ist der Unterschied in Deutschland nur wenig kleiner als im europäischen Durchschnitt (14 Prozentpunkte). Am kleinsten ist diese Spanne in Finnland und Schweden (je 4 Prozentpunkte), am größten in Griechenland und Italien (je 25 Prozentpunkte).

Deutschland hatte im Frühjahr 2004 eine **Erwerbsquote der Älteren** (50 bis 64 Jahre) von 60% und lag damit über dem europäischen Wert von 57%. Die bei weitem höchsten Quoten hatten die skandinavischen Länder Schweden (77%) und Dänemark (73%); die geringsten Italien (44%), Österreich (45%), Belgien (45%) und Luxemburg (47%; vgl. Tabelle II.A.5).

Wesentliche Regelungen für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland

EU-Staatsangehörige haben innerhalb der Staatengemeinschaft das grundsätzliche Recht der freien Wohnort- und Arbeitsplatzwahl. Eine Arbeitserlaubnis wird nicht benötigt. Ehegatten und Kinder, die nicht selbst EU-Staatsangehörige sind, haben freien Zugang zum Arbeitsmarkt, wenn sie im Haushalt des in Deutschland aufenthaltsberechtigten EU-Staatsangehörigen leben (§ 284 Abs.1 Nr.1 SGB III i.V.m. EWG-VO 1612/68). Diese Regelungen gelten auch für Staatsangehörige eines Mitgliedsstaates des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR; Norwegen, Island, Liechtenstein und die Schweiz).

Ausländer, die nicht EU/EWR-Staatsangehörige sind, dürfen in Deutschland nur arbeiten, wenn sie sich hier erlaubt aufhalten, die Arbeitsaufnahme nicht ausgeschlossen ist und sie eine Arbeitsgenehmigung haben (§ 284 SGB III). Personen, die eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen, sowie Personen, denen eine Aufenthaltsberechtigung erteilt wurde, benötigen keine Arbeitsgenehmigung.

Am 1.5.2004 sind zehn weitere Staaten der EU beigetreten, und zwar: Tschechische Republik, Republik Estland, Republik Zypern, Republik Lettland, Republik Litauen, Republik Ungarn, Republik Malta, Republik Polen, Republik Slowenien und Slowakische Republik. Bei Arbeitnehmern dieser Beitrittsstaaten gilt für eine Übergangszeit von zunächst zwei Jahren weiterhin nationales Recht. Das bedeutet, dass sie für die Aufnahme einer Beschäftigung nach wie vor eine Arbeitsgenehmigung benötigen. Eine Ausnahme gibt es für Arbeitnehmer aus Malta und Zypern: hier gilt von Anfang an uneingeschränkte Freizügigkeit.

Die Übergangszeit kann bis zu sieben Jahre verlängert werden.

Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern haben nach zwölf Monaten Zulassung zum Arbeitsmarkt Anspruch auf die uneingeschränkte Arbeitsberechtigung. Deren Familienangehörigen erhalten nach achtzehn Monaten gemeinsamen Wohnsitz in Deutschland ebenfalls eine Arbeitsberechtigung.

Arbeitsgenehmigungen werden in Arbeitserlaubnisse und Arbeitsberechtigungen unterschieden. Eine **Arbeitserlaubnis** nach § 285 SGB III kann Ausländern nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes mit oder ohne Einschränkungen für eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb erteilt werden; in bestimmten Fällen ist eine Wartezeit einzuhalten (§ 3 Arbeitsgenehmigungsverordnung – ArGV). Die **Arbeitsberechtigung** (§286 SGB III) ist hingegen unabhängig von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes und ohne die Beschränkungen hinsichtlich der beruflichen Tätigkeit und des Betriebes bestimmten Ausländern zu erteilen, z.B. Ehegatten deutscher Staatsangehöriger, Inhaber eines deutschen Reiseausweises für Flüchtlinge oder nach § 33 Ausländergesetz übernommene Ausländer mit Aufenthaltsbefugnis.

Neben diesen grundsätzlichen Regelungen gibt es eine Anzahl **zwischenstaatlicher Vereinbarungen**:

Die Bundesregierung hat mit 13 mittel- und osteuropäischen Staaten Vereinbarungen über die Beschäftigung von **Werkvertragsarbeitnehmern** geschlossen. Ausländischen Firmen, die mit deutschen Firmen kooperieren, wird damit erlaubt, Arbeiten in Deutschland im bestimmten Umfang durch ausländische Arbeitnehmer durchführen zu lassen (Werkvertragsarbeitnehmer). Regierungsvereinbarungen über die Entsendung und Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern bestehen mit Bulgarien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Lettland, Mazedonien, Polen, Rumänien, Serbien-Montenegro, Slowenien der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, der Türkei und Ungarn.

Unternehmen, die einem Staat der EU angehören, genießen gemäß Art. 49 EG-Vertrag die Freiheit, ungehindert Dienstleistungen grenzüberschreitend anzubieten und zu erbringen (Dienstleistungs-

freiheit). Die zur Erfüllung des Werkvertrages vorübergehend eingesetzten Arbeitnehmer bedürfen keiner Arbeitserlaubnis. Die Dienstleistungsfreiheit gilt grundsätzlich auch für die Staaten, die der EU beigetreten sind. Lediglich für Dienstleistungen aus den Bereichen Bau, Gebäudereinigung und Innendekoration gelten Übergangsregelungen. In diesen Wirtschaftszweigen ist eine Dienstleistungserbringung mit eigenem Personal aus den neuen EU- Beitrittsstaaten nur im Rahmen des deutschen Arbeitsgenehmigungsrechts und der bilateralen Werkvertragsvereinbarung möglich.

Allgemein gilt:

- Begrenzung der Zahl der Werkvertragsarbeitnehmer durch Kontingente,
- Erteilung der Arbeitserlaubnis unabhängig von Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes,
- Anpassung der Kontingente an hiesige Arbeitsmarktveränderungen,
- Entlohnung muss deutschem Niveau entsprechen,
- Sanktionen (z.B. Ausschluss) bei illegaler Arbeitnehmerüberlassung oder Beschäftigung zu untertariflicher Entlohnung oder Beschäftigung ohne Arbeitserlaubnis und Aufenthaltserlaubnis,
- Einschränkungen der Werkvertragstätigkeit durch eine Arbeitsmarktschutzklausel.

Die Arbeitsmarktschutzklausel sieht ein Verbot der Zulassung von Werkvertragsarbeitnehmern vor, wenn der deutsche Vertragspartner Kurzarbeit oder Entlassungen angezeigt hat, sowie ein grundsätzliches Genehmigungsverbot für Werkverträge in Arbeitsagenturbezirken, in welchen die Arbeitslosenquote im Durchschnitt der letzten sechs Monate mindestens 30% über der für Gesamtdeutschland gelegen hat.

Für Werkvertragsarbeitnehmer in der **Bauwirtschaft** gibt es eine Quotierung im Rahmen der Anwerbestoppausnahme-Verordnung. Die darin festgelegten Obergrenzen sind je nach Betriebsgröße gestaffelt und betragen bis zu 30% der im deutschen Betrieb beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer. Arbeitserlaubnisse für Werkvertragsarbeitnehmer der Bauwirtschaft dürfen nur erteilt werden, wenn der deutsche Partnerbetrieb ein Unternehmen der Bauwirtschaft ist.

Darüber hinaus sind **Gebühren** für die Erteilung der Arbeitserlaubnisse an Werkvertragsarbeitnehmer zu entrichten (Anordnung des Verwaltungsrates der BA nach § 287 SGB III). Danach wird für jeden Werkvertrag eine Grundgebühr von 200 € und für jeden Verlängerungsantrag bzw. für Gewährleistungsarbeiten eine Gebühr von 100 € erhoben. Außerdem ist eine Laufzeitgebühr für jeden Werkvertragsarbeitnehmer von 75 € pro Beschäftigungsmonat zu zahlen.

Zur Eindämmung der illegalen Ausländerbeschäftigung enthalten die Regierungsabkommen Regelungen, die den Ausschluss ausländischer Firmen von der Durchführung künftiger Werkverträge vorsehen, wenn diese Werkvertragsarbeitnehmer ohne Arbeitserlaubnis in Deutschland beschäftigen, unerlaubt verleihen oder untertariflich entlohnen.

Die Arbeitserlaubnis kann ausländischen **Saisonarbeitnehmern** für eine Beschäftigung von mindestens 30 Stunden wöchentlich bei durchschnittlich sechs Stunden arbeitstäglich in der Land- und Forstwirtschaft, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Obst- und Gemüseverarbeitung sowie in Sägewerken bis zu insgesamt drei Monaten im Kalenderjahr und **Schaustellergehilfen** bis zu neun Monaten im Kalenderjahr erteilt werden, wenn der Arbeitnehmer aufgrund einer Absprache der Bundesagentur für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes vermittelt wurde und für die Tätigkeit keine inländischen Bewerber zur Verfügung stehen. Die Einsatzmöglichkeit von Saisonkräften ist mit Ausnahme von Betrieben des Obst-,

Gemüse-, Wein-, Hopfen- und Tabakanbaus auf sieben Monate im Kalenderjahr begrenzt. Vermittlungsabsprachen bestehen mit den Arbeitsverwaltungen Kroatiens, Polens, Rumäniens, Sloweniens, der Slowakischen Republik, der Tschechischen Republik, Ungarns und Bulgariens (Bulgarien nur Berufe des Hotel- und Gaststättengewebes). Saisonarbeitnehmer und Schaustellergehilfen müssen zu den gleichen Arbeits- und Lohnbedingungen beschäftigt werden wie vergleichbare deutsche Arbeitnehmer. Außerdem ist für jede angeforderte Kraft eine **Vermittlungsgebühr** von 60 € zu entrichten.

Mit Polen und der Tschechischen Republik bestehen Regelungen über die Beschäftigung von **Grenzarbeitnehmern**. Arbeitnehmer aus diesen Ländern können innerhalb festgelegter Grenzregionen eine arbeitsmarktabhängige Arbeitserlaubnis erhalten, wenn sie täglich zurückkehren oder höchstens zwei Tage pro Woche, bei gleichen Arbeitsbedingungen wie für deutsche Arbeitnehmer, arbeiten.

Darüber hinaus gibt es mit einer Reihe osteuropäischer Länder sowie der Schweiz Vereinbarungen über **Gastarbeitnehmer**. Dabei handelt es sich um ausländische Fachkräfte, die in Deutschland ihre beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie die deutschen Sprachkenntnisse erweitern wollen. Ihre Zahl ist kontingentiert (insgesamt: jährlich rd. 11.000). Zulassungsbescheinigungen werden durch die Bundesagentur unabhängig von der Arbeitsmarktlage erteilt (Arbeitserlaubnis-Ersatz). Die meisten Gastarbeitnehmer-Vereinbarungen sehen noch Gebührenfreiheit für die Vermittlung aus dem Ausland vor.

Absprachen zur Vermittlung von **Kranken- und Altenpflegekräften** bestehen nur mit Kroatien und Slowenien unter Berücksichtigung des Vorrangs deutscher und gleichgestellter Arbeitnehmer; dabei ist eine Vermittlungsgebühr in Höhe von 250 € zu entrichten (Anordnung des Verwaltungsrats der BA vom 26.11.1997).

Tabelle II.A.1

Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbspersonen und Arbeitslosenquoten (in Tausend)											
Jahr	Erwerbspersonenpotenzial ¹⁾									Arbeitslosenquote in % auf der Basis	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		darunter (Spalte 1): Erwerbspersonen						aller zivilen Erwerbspersonen	abhängiger ziviler Erwerbspersonen
				Erwerbstätige ²⁾			Arbeitslose ³⁾				
		absolut	in %	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Deutschland											
1992	43012	+ 317	+ 0,7	38059	- 562	- 1,5	2978	+ 376	+ 14,5	7,7	8,5
1993	43166	+ 154	+ 0,4	37555	- 504	- 1,3	3419	+ 441	+ 14,8	8,9	9,8
1994	43145	- 20	- 0,0	37516	- 39	- 0,1	3698	+ 279	+ 8,2	9,6	10,6
1995	43203	+ 57	+ 0,1	37601	+ 85	+ 0,2	3612	- 86	- 2,3	9,4	10,4
1996	43321	+ 118	+ 0,3	37498	- 103	- 0,3	3965	+ 353	+ 9,8	10,4	11,5
1997	43553	+ 232	+ 0,5	37463	- 35	- 0,1	4384	+ 419	+ 10,6	11,4	12,7
1998	43768	+ 216	+ 0,5	37911	+ 448	+ 1,2	4281	- 103	- 2,3	11,1	12,3
1999	43990	+ 222	+ 0,5	38424	+ 513	+ 1,4	4100	- 181	- 4,2	10,5	11,7
2000	44148	+ 157	+ 0,4	39144	+ 720	+ 1,9	3890	- 210	- 5,1	9,6	10,7
2001	44274	+ 127	+ 0,3	39316	+ 172	+ 0,4	3853	- 37	- 1,0	9,4	10,3
2002	44395	+ 121	+ 0,3	39096	- 220	- 0,6	4061	+ 208	+ 5,4	9,8	10,8
2003	44507	+ 112	+ 0,3	38722	- 374	- 1,0	4377	+ 316	+ 7,8	10,5	11,6
2004	44546	+ 39	+ 0,1	38860	+ 138	+ 0,4	4381	+ 4	+ 0,1	10,5	11,7
Westdeutschland											
1994	33222	+ 55	+ 0,2	29928	- 175	- 0,6	2426	+ 277	+ 12,9	8,1	9,0
1995	33352	+ 130	+ 0,4	29899	- 29	- 0,1	2427	+ 1	+ 0,0	8,1	9,1
1996	33554	+ 202	+ 0,6	29859	- 40	- 0,1	2646	+ 219	+ 9,0	8,9	9,9
1997	33863	+ 309	+ 0,9	29918	+ 59	+ 0,2	2870	+ 224	+ 8,5	9,6	10,8
1998	34124	+ 260	+ 0,8	30353	+ 435	+ 1,5	2752	- 118	- 4,1	9,2	10,3
1999	34430	+ 307	+ 0,9	30832	+ 479	+ 1,6	2604	- 148	- 5,4	8,6	9,6
2000	34676	+ 246	+ 0,7	31581	+ 749	+ 2,4	2381	- 223	- 8,6	7,6	8,4
2001	34926	+ 250	+ 0,7	31832	+ 251	+ 0,8	2321	- 60	- 2,5	7,2	8,0
2002	35098	+ 172	+ 0,5	31723	- 109	- 0,3	2498	+ 177	+ 7,6	7,6	8,5
2003	35249	+ 152	+ 0,4	31431	- 292	- 0,9	2753	+ 255	+ 10,2	8,4	9,3
2004	35342	+ 93	+ 0,3	31547	+ 116	+ 0,4	2781	+ 28	+ 1,0	8,5	9,4
Ostdeutschland											
1994	9923	- 75	- 0,8	7588	+ 136	+ 1,8	1272	+ 2	+ 0,2	14,8	15,7
1995	9850	- 73	- 0,7	7702	+ 114	+ 1,5	1185	- 87	- 6,8	13,9	14,8
1996	9767	- 84	- 0,8	7639	- 63	- 0,8	1319	+ 134	+ 11,3	15,5	16,6
1997	9689	- 77	- 0,8	7545	- 94	- 1,2	1514	+ 195	+ 14,8	17,7	19,1
1998	9644	- 45	- 0,5	7558	+ 13	+ 0,2	1529	+ 15	+ 1,0	17,8	19,2
1999	9560	- 85	- 0,9	7592	+ 34	+ 0,4	1496	- 33	- 2,2	17,3	18,7
2000	9471	- 89	- 0,9	7563	- 29	- 0,4	1509	+ 13	+ 0,9	17,1	18,5
2001	9348	- 123	- 1,3	7484	- 79	- 1,0	1532	+ 23	+ 1,5	17,3	18,8
2002	9297	- 51	- 0,5	7373	- 111	- 1,5	1563	+ 31	+ 2,0	17,7	19,2
2003	9257	- 40	- 0,4	7291	- 82	- 1,1	1624	+ 61	+ 3,9	18,5	20,1
2004	9203	- 54	- 0,6	7313	+ 22	+ 0,3	1600	- 24	- 1,5	18,4	20,1

1) Erwerbspersonenpotenzial; Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung.

2) Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept (Beschäftigungsortkonzept); Quelle: Statistisches Bundesamt; Aufteilung West und Ost: Schätzung IAB.

3) Arbeitslose nach dem Wohnortprinzip aus den monatlichen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle II.A.2

Erwerbsquoten nach Geschlecht									
Jahr	Deutschland Erwerbsquoten in %			Westdeutschland Erwerbsquoten in %			Ostdeutschland Erwerbsquoten in %		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1991	72,6	82,9	62,1	70,5	82,2	58,4	81,6	86,0	77,2
1992	72,4	82,0	62,5	71,1	82,2	59,5	77,8	80,8	74,8
1993	71,9	81,3	62,3	71,0	81,9	59,6	76,0	78,6	73,3
1994	72,1	81,3	62,7	71,1	81,8	60,0	76,5	79,2	73,8
1995	71,9	81,0	62,6	70,7	81,3	59,9	76,8	79,7	73,9
1996	71,4	80,3	62,3	70,2	80,5	59,7	76,4	79,3	73,3
1997	71,7	80,3	62,8	70,5	80,5	60,3	76,7	79,7	73,6
1998	71,7	80,2	63,0	70,5	80,2	60,5	76,9	80,2	73,5
1999	72,2	80,3	63,8	71,1	80,8	61,7	76,8	80,4	73,0
2000	72,1	79,9	64,0	71,1	80,0	62,1	76,1	79,8	72,2
2001	72,6	80,1	64,9	71,7	80,1	63,2	76,2	79,7	72,5
2002	72,8	80,1	65,3	72,0	80,2	63,6	76,0	79,3	72,6
2003	73,3	80,3	66,1	72,5	80,4	64,5	76,6	79,9	73,2
2004	73,3	80,3	66,1	72,5	80,4	64,5	76,7	79,9	73,4

Quelle: Mikrozensus, Statistisches Bundesamt. Bei der Berechnung der Erwerbsquoten in dieser Tabelle (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren) wurden auch die Erwerbslosen berücksichtigt, die nicht kurzfristig für eine Beschäftigung verfügbar waren bzw. die nicht in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv eine Beschäftigung oder eine Tätigkeit als Selbständiger gesucht hatten.

Tabelle II.A.3

Arbeitsgenehmigungen für ausländische Arbeitnehmer							
Art der Arbeitsgenehmigung	2000	2001	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber 2003	
	1	2	3	4	5	absolut	%
Deutschland							
Erstmalige Beschäftigung	473 028	606 604	529 581	502 725	503 485	+ 760	+ 0,2
– Arbeitserlaubnis ¹⁾	368 593	513 176	420 802	405 270	408 481	+ 3 211	+ 0,8
– Arbeitsberechtigung ²⁾	104 435	93 428	108 779	97 455	95 004	– 2 451	– 2,5
Erneute Beschäftigung	196 670	223 961	197 498	182 575	173 909	– 8 666	– 4,7
– Arbeitserlaubnis	157 627	186 410	171 745	161 153	151 395	– 9 758	– 6,1
– Arbeitsberechtigung	39 043	37 551	25 753	21 422	22 514	+ 1 092	+ 5,1
Fortsetzung der Beschäftigung	413 570	223 961	217 994	201 086	196 076	– 5 010	– 2,5
– Arbeitserlaubnis	401 962	186 410	212 303	197 452	189 452	– 8 000	– 4,1
– Arbeitsberechtigung	11 608	37 551	5 691	3 634	6 624	+ 2 990	+ 82,3
Insgesamt erteilte	1 083 268	1 054 526	945 073	886 386	873 470	– 12 916	– 1,5
– Arbeitserlaubnis	928 182	885 996	804 850	763 875	749 328	– 14 547	– 1,9
– Arbeitsberechtigung	155 086	168 530	140 223	122 511	124 142	+ 1 631	+ 1,3
Insgesamt abgelehnte Anträge	68 107	64 135	48 182	44 125	42 890	– 1 235	– 2,8
Westdeutschland							
Erstmalige Beschäftigung	438 804	566 400	481 242	453 991	453 924	– 67	+ 0,0
– Arbeitserlaubnis ¹⁾	345 086	485 724	390 123	372 860	374 979	+ 2 119	+ 0,6
– Arbeitsberechtigung ²⁾	93 718	80 676	91 119	81 131	78 945	– 2 186	– 2,7
Erneute Beschäftigung	190 638	218 092	190 668	175 359	166 661	– 8 698	– 5,0
– Arbeitserlaubnis	152 905	181 529	166 178	155 114	145 582	– 9 532	– 6,1
– Arbeitsberechtigung	37 733	36 563	24 490	20 245	21 079	+ 834	+ 4,1
Fortsetzung der Beschäftigung	408 890	218 092	211 348	194 147	189 076	– 5 071	– 2,6
– Arbeitserlaubnis	397 687	181 529	206 039	190 821	183 035	– 7 786	– 4,1
– Arbeitsberechtigung	11 203	36 563	5 309	3 326	6 041	+ 2 715	+ 81,6
Insgesamt erteilte	1 038 332	1 002 584	883 258	823 497	809 661	– 13 836	– 1,7
– Arbeitserlaubnis	895 678	848 782	762 340	718 795	703 596	– 15 199	– 2,1
– Arbeitsberechtigung	142 654	153 802	120 918	104 702	106 065	+ 1 363	+ 1,3
Insgesamt abgelehnte Anträge	61 725	56 312	42 991	39 406	38 045	– 1 361	– 3,5
Ostdeutschland							
Erstmalige Beschäftigung	34 224	40 204	48 339	48 734	49 561	+ 827	+ 1,7
– Arbeitserlaubnis ¹⁾	23 507	27 452	30 679	32 410	33 502	+ 1 092	+ 3,4
– Arbeitsberechtigung ²⁾	10 717	12 752	17 660	16 324	16 059	– 265	– 1,6
Erneute Beschäftigung	6 032	5 869	6 830	7 216	7 248	+ 32	+ 0,4
– Arbeitserlaubnis	4 722	4 881	5 567	6 039	5 813	– 226	– 3,7
– Arbeitsberechtigung	1 310	988	1 263	1 177	1 435	+ 258	+ 21,9
Fortsetzung der Beschäftigung	4 680	5 869	6 646	6 939	7 000	+ 61	+ 0,9
– Arbeitserlaubnis	4 275	4 881	6 264	6 631	6 417	– 214	– 3,2
– Arbeitsberechtigung	405	988	382	308	583	+ 275	+ 89,3
Insgesamt erteilte	44 936	51 942	61 815	62 889	63 809	+ 920	+ 1,5
– Arbeitserlaubnis	32 504	37 214	42 510	45 080	45 732	+ 652	+ 1,4
– Arbeitsberechtigung	12 432	14 728	19 305	17 809	18 077	+ 268	+ 1,5
Insgesamt abgelehnte Anträge	6 382	7 823	5 191	4 719	4 845	+ 126	+ 2,7

¹⁾ Arbeitserlaubnis gem. § 285 SGB III.

²⁾ Arbeitsberechtigung gem. § 286 SGB III.

Tabelle II.A.4

Erwerbsquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht ¹⁾²⁾												
Land	Erwerbsquoten											
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Insgesamt											
Belgien	60,9	61,7	62,1	62,2	62,6	63,2	64,6	65,2	63,6	64,1	64,3	65,3
Dänemark	81,2	78,8	79,5	79,5	79,8	79,3	80,6	80,0	79,2	79,9	79,5	80,2
Bundesrepublik Deutschland	70,5	70,9	70,5	70,4	70,6	70,7	71,2	71,0	71,3	71,5	72,1	72,1
Griechenland	58,7	59,5	60,1	61,0	60,8	63,0	63,7	63,9	63,2	64,2	65,1	66,5
Spanien	60,0	60,6	60,6	61,3	62,1	62,8	63,5	65,1	64,2	65,8	67,1	68,2
Frankreich	67,3	67,5	67,6	68,2	68,0	68,3	68,7	68,8	68,6	69,0	69,4	69,5
Irland	61,0	61,8	61,6	62,3	62,9	64,7	66,4	67,5	67,7	68,0	68,2	68,7
Italien	58,2	57,8	57,6	58,1	58,4	59,0	59,6	59,9	60,3	61,0	61,7	62,7
Luxemburg	62,5	62,1	60,4	61,2	61,4	62,1	63,2	64,1	63,9	65,4	65,1	64,6
Niederlande	67,8	68,7	69,2	69,9	71,5	72,6	73,6	74,9	75,7	76,5	76,5	76,6
Österreich	•	•	71,5	71,1	70,8	71,3	71,6	71,3	70,7	71,6	71,6	70,3
Portugal	68,1	67,6	67,4	67,5	68,2	70,5	70,8	71,1	71,8	72,6	72,9	72,8
Finnland	•	•	72,1	71,7	72,8	73,1	76,4	76,8	77,1	77,2	76,8	76,3
Schweden	•	•	77,7	77,1	76,4	75,5	76,5	75,3	78,1	78,0	77,9	77,7
Vereinigtes Königreich	75,2	75,0	74,7	74,9	75,1	74,9	75,2	75,5	75,2	75,3	75,3	74,9
Europäische Union (15 Länder)	•	•	67,2	67,5	67,8	68,2	68,8	69,1	69,1	69,6	70,1	70,3
	Männer											
Belgien	71,4	72,1	72,3	72,2	72,2	72,5	73,0	73,8	72,7	72,6	72,5	72,7
Dänemark	84,9	83,7	85,6	85,2	85,3	83,5	85,0	84,1	83,3	83,8	84,0	84,2
Bundesrepublik Deutschland	80,2	80,2	79,6	79,3	79,3	79,2	79,3	78,8	78,8	78,7	79,0	79,0
Griechenland	76,2	77,0	77,2	77,4	76,9	77,5	77,4	77,6	77,0	77,6	78,3	79,1
Spanien	76,8	76,4	75,5	75,9	76,5	77,0	77,6	78,5	78,1	78,8	79,5	79,9
Frankreich	75,2	75,1	74,9	75,4	75,3	75,1	75,4	75,2	75,1	75,5	75,4	75,4
Irland	76,2	76,7	76,1	75,9	76,0	77,4	78,4	79,3	79,3	78,6	78,6	79,2
Italien	74,8	73,8	73,2	73,3	73,3	73,7	73,7	73,8	73,7	74,2	74,7	75,1
Luxemburg	78,7	77,5	75,7	76,4	75,9	76,1	75,7	76,6	76,4	76,5	76,0	75,0
Niederlande	79,3	79,7	79,9	80,0	81,4	82,4	82,6	83,9	84,2	84,8	84,3	83,9
Österreich	•	•	80,8	80,4	80,0	80,2	80,5	80,0	79,0	79,4	79,4	77,1
Portugal	78,3	77,2	76,4	76,1	76,7	79,2	79,0	78,8	79,3	80,1	79,4	79,1
Finnland	•	•	74,8	74,1	75,9	76,1	78,9	79,3	79,6	79,4	79,1	78,4
Schweden	•	•	79,6	78,9	78,6	78,7	78,8	77,2	80,3	79,8	79,8	79,8
Vereinigtes Königreich	84,2	83,8	83,3	83,1	83,1	82,8	82,9	83,1	82,5	82,3	82,4	81,6
Europäische Union (15 Länder)	•	•	77,7	77,7	77,8	78,0	78,2	78,3	78,1	78,3	78,5	78,4
	Frauen											
Belgien	50,3	51,2	51,7	52,0	52,9	53,8	56,0	56,6	54,5	55,4	55,9	57,7
Dänemark	77,4	73,8	73,3	73,5	74,2	75,1	76,1	75,8	75,0	75,8	74,8	76,1
Bundesrepublik Deutschland	60,7	61,4	61,3	61,3	61,8	62,1	62,9	63,0	63,7	64,2	65,0	65,1
Griechenland	42,3	43,2	44,2	45,8	46,0	48,9	50,4	50,6	49,7	51,0	52,1	54,1
Spanien	43,3	45,1	45,8	46,8	47,9	48,6	49,5	51,7	50,3	52,6	54,5	56,3
Frankreich	59,7	60,2	60,6	61,3	61,1	61,6	62,2	62,5	62,3	62,6	63,6	63,7
Irland	45,4	46,7	47,1	48,5	49,7	52,0	54,3	55,6	56,1	57,3	57,7	58,0
Italien	42,0	42,2	42,4	43,1	43,7	44,5	45,6	46,2	47,1	48,0	48,7	50,4
Luxemburg	46,2	47,0	44,4	46,0	46,8	47,9	50,4	51,4	52,4	53,4	54,7	54,0
Niederlande	56,0	57,4	58,3	59,6	61,3	62,5	64,4	65,7	67,0	67,9	68,6	69,2
Österreich	•	•	62,3	61,8	61,7	62,5	62,7	62,5	62,3	63,9	64,0	63,5
Portugal	58,7	58,8	59,1	59,5	60,3	62,3	62,9	63,7	64,6	65,4	66,6	66,7
Finnland	•	•	69,3	69,3	69,8	70,0	73,8	74,1	74,7	74,9	74,5	74,1
Schweden	•	•	75,8	75,3	74,0	72,2	74,0	73,4	76,0	76,1	76,0	75,5
Vereinigtes Königreich	66,0	66,1	66,0	66,5	66,9	66,9	67,4	67,8	67,8	68,3	68,1	68,4
Europäische Union (15 Länder)	•	•	56,8	57,3	57,8	58,4	59,3	59,9	60,0	60,8	61,6	62,3

1) Anteil der Erwerbspersonen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Juni 2005). Bei Frankreich und Österreich handelt es sich jeweils um Erhebungsergebnisse aus dem ersten Quartal, bei den anderen Staaten aus dem zweiten Quartal.

Tabelle II.A.5

Erwerbsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht 1)2)												
Land	Erwerbsquoten Älterer (50–64-jährige)											
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
	Insgesamt											
Belgien	33,4	34,6	36,5	35,6	37,4	38,9	40,8	41,0	42,1	42,7	43,8	45,3
Dänemark	67,6	65,6	65,2	63,1	66,3	66,2	68,5	67,9	68,8	69,8	71,4	72,6
Bundesrepublik Deutschland	55,1	55,4	55,5	54,9	55,3	54,7	54,8	54,6	55,5	56,3	58,1	60,1
Griechenland	46,5	47,4	48,2	48,7	49,1	48,2	48,9	49,7	49,0	50,0	51,9	51,3
Spanien	45,6	44,9	44,7	45,9	47,2	48,1	47,8	49,5	50,1	51,0	52,1	53,3
Frankreich	46,3	46,6	47,0	48,6	49,7	50,6	51,5	52,7	53,4	54,8	56,4	56,5
Irland	49,0	49,2	49,6	50,7	50,5	51,9	53,9	54,8	55,8	57,0	57,8	58,7
Italien	40,8	40,2	38,7	38,6	38,6	39,2	39,8	40,2	40,9	42,5	44,3	44,0
Luxemburg	37,9	37,9	36,4	35,4	36,9	38,5	40,9	42,9	41,4	45,1	47,2	47,4
Niederlande	42,4	43,5	43,9	45,3	47,7	49,7	51,4	53,1	54,6	57,1	57,5	58,4
Österreich	•	•	47,6	46,5	45,1	45,8	46,9	47,2	45,9	47,3	47,7	45,2
Portugal	54,7	55,6	55,9	56,5	57,9	59,3	60,4	60,8	61,0	62,6	62,4	62,0
Finnland	•	•	54,4	56,4	57,2	59,0	61,5	63,5	65,2	65,5	66,3	66,7
Schweden	•	•	76,5	78,1	77,2	76,5	77,2	76,1	76,1	77,1	77,2	77,4
Vereinigtes Königreich	61,3	61,7	61,4	61,6	62,3	62,2	62,9	63,5	64,1	64,5	66,0	66,1
Europäische Union (15 Länder)	•	•	50,6	50,9	51,7	52,0	52,6	53,2	53,9	55,0	56,5	57,1
	Männer											
Belgien	48,1	49,3	51,2	49,9	51,4	52,3	53,8	53,7	55,1	54,1	55,4	56,1
Dänemark	75,7	75,2	77,2	72,8	75,0	73,2	73,7	73,1	74,6	75,6	77,4	78,7
Bundesrepublik Deutschland	68,2	68,0	67,3	66,2	65,7	65,2	64,9	64,1	64,7	65,4	66,9	68,7
Griechenland	67,4	68,7	69,2	69,8	70,2	67,8	68,2	68,8	68,7	68,8	70,8	70,0
Spanien	68,9	67,5	66,3	67,9	68,8	69,6	69,1	71,1	71,4	71,5	72,2	72,2
Frankreich	54,7	54,4	54,1	55,8	56,9	57,6	57,5	58,8	59,6	61,2	62,3	62,4
Irland	72,3	72,4	72,4	72,0	70,7	71,8	73,1	73,6	73,8	74,1	73,7	74,0
Italien	61,2	59,9	57,1	56,5	55,9	56,2	56,5	56,6	56,8	58,2	59,8	58,4
Luxemburg	54,5	54,5	54,5	53,1	53,1	53,1	56,3	57,1	57,1	58,3	59,5	61,5
Niederlande	57,9	58,7	58,4	59,0	62,1	64,6	66,1	66,5	67,8	70,6	70,3	70,3
Österreich	•	•	60,9	60,5	58,5	58,2	59,9	60,2	57,4	58,2	58,4	54,3
Portugal	70,6	71,6	70,4	71,3	71,6	74,0	73,5	73,2	72,7	73,9	73,9	72,0
Finnland	•	•	56,0	58,1	58,7	61,4	62,3	64,5	65,7	66,2	66,9	67,0
Schweden	•	•	79,6	80,6	80,0	79,9	80,2	78,9	78,8	79,4	79,7	80,0
Vereinigtes Königreich	72,8	72,3	71,5	71,9	72,2	72,0	72,6	72,5	73,1	72,8	74,8	74,4
Europäische Union (15 Länder)	•	•	64,0	64,0	64,3	64,4	64,6	64,8	65,3	66,1	67,4	67,4
	Frauen											
Belgien	19,2	20,5	22,3	21,6	23,8	25,9	28,2	28,5	29,4	31,3	32,3	34,6
Dänemark	59,7	55,8	53,4	53,8	57,5	58,6	63,1	62,3	62,9	63,7	65,6	66,5
Bundesrepublik Deutschland	41,9	42,7	43,8	43,7	44,9	44,3	44,6	45,1	46,4	47,2	49,5	51,6
Griechenland	27,0	27,5	28,7	29,0	29,6	30,1	31,1	32,0	30,8	32,3	34,1	33,8
Spanien	23,7	23,6	24,4	25,1	26,8	27,7	27,6	29,1	29,8	31,5	32,8	35,2
Frankreich	38,5	39,3	40,3	41,7	42,9	44,0	45,6	46,8	47,4	48,6	50,8	50,8
Irland	25,3	26,0	26,3	28,6	29,5	31,5	34,2	35,7	37,1	39,6	41,9	43,1
Italien	21,9	21,8	21,4	21,9	22,3	23,1	24,0	24,6	25,8	27,4	29,6	30,3
Luxemburg	21,2	21,2	18,2	18,2	21,2	24,2	27,3	28,6	25,7	31,4	34,3	35,1
Niederlande	26,8	28,5	29,5	31,3	33,2	34,9	36,3	39,4	41,2	43,4	44,5	46,2
Österreich	•	•	35,2	33,2	32,2	33,8	34,3	34,6	34,8	36,9	37,5	36,4
Portugal	40,6	41,4	42,9	43,5	46,1	46,2	48,8	49,7	50,5	52,4	52,1	53,0
Finnland	•	•	53,4	54,7	55,8	56,7	60,7	62,3	64,8	64,8	65,5	66,2
Schweden	•	•	73,4	75,4	74,4	73,1	74,2	73,3	73,3	74,7	74,7	74,9
Vereinigtes Königreich	50,2	51,4	51,6	51,5	52,6	52,6	53,5	54,6	55,3	56,5	57,4	58,0
Europäische Union (15 Länder)	•	•	37,8	38,3	39,5	39,9	41,0	41,9	42,9	44,2	45,9	47,0

1) Anteil der Erwerbspersonen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 50 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier Eurostat Datenbank (New Cronos update Juni 2005). Bei Frankreich und Österreich handelt es sich jeweils um Erhebungsergebnisse aus dem ersten Quartal, bei den anderen Staaten aus dem zweiten Quartal.

II. B. Nachfrage nach Arbeitskräften

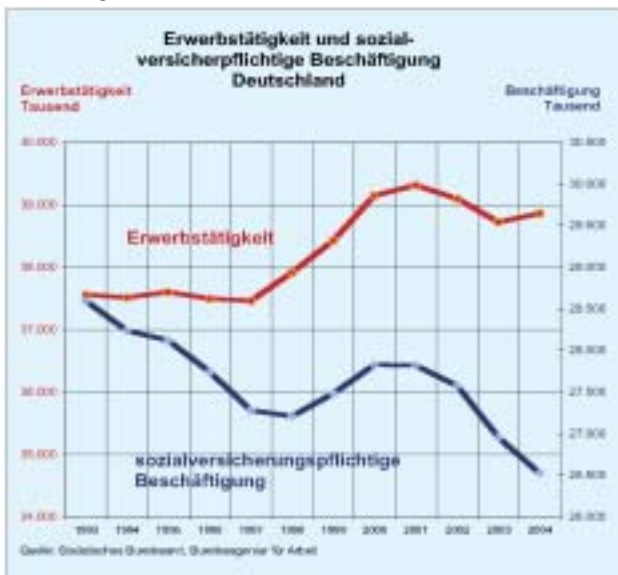
1. Erwerbstätigkeit

Wirtschaft wächst wieder

Die deutsche Wirtschaft hat 2004 eine zweijährige Stagnationsphase beendet.

Das reale **Bruttoinlandsprodukt** hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes jahresdurchschnittlich um 1,6% zugenommen, nach 0,0% in 2003 und 0,2% in 2002. Allerdings war die Konjunktur gespalten. Einer insgesamt sehr lebhaften Exportdynamik stand eine kraftlose Binnennachfrage gegenüber. Die Ausfuhr profitierte von dem starken Wirtschaftswachstum in den USA und Asien sowie von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Dagegen wurde der private Verbrauch durch die rückläufige sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und anhaltend hohe Arbeitslosigkeit gedämpft. Auch war das Vertrauen in den Aufschwung nicht ausreichend gefestigt, was mit ein Grund für die verhaltene Investitionstätigkeit war. Alles in allem war die wirtschaftliche Belebung noch nicht kräftig genug, um den Arbeitsmarkt grundlegend zu bessern. Zudem folgen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit der konjunkturellen Entwicklung erfahrungsgemäß zeitlich verzögert.

Abbildung II.B.1



Erwerbstätigkeit nimmt zu

Gleichwohl gab es auf der Beschäftigungsseite erste Anzeichen einer Besserung. So

ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die **Zahl der Erwerbstätigen** 2004 gestiegen, und zwar jahresdurchschnitt-

lich um 138.000 oder 0,4% auf 38,86 Mio. 2003 und 2002 hatte es noch Abnahmen von 374.000 und 220.000 gegeben. Die Erwerbstätigkeit hat in West- und Ostdeutschland zugenommen (+0,4% bzw. +0,3%). Allerdings ist der aktuelle Anstieg vor allem mit der Neuregelung bei den Minijobs, der Förderung von Existenzgründungen und im vierten Quartal mit den neuen Arbeitsgelegenheiten (mit Mehraufwandsentschädigung) zu erklären. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich weiter deutlich verringert (vgl. Abbildung II.B.1).

Seit der Einführung der neuen Regelungen zu den Minijobs war die Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigung sehr dynamisch (vgl. Kasten „Mini- und Midijobs in Deutschland“).

Mehr geringfügig entlohnte Beschäftigte

Von Juni 2003 bis Juni 2004 hat die Zahl der **ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten** um 428.000 oder 9,8% auf 4,80 Mio zugenommen, nachdem es schon im Jahr zuvor einen Zuwachs von 206.000 oder 4,9% gegeben hatte. Dabei war der jüngste Anstieg in Ostdeutschland relativ gesehen mit 13,0% merklich stärker als in Westdeutschland mit 9,2%, allerdings von einem niedrigeren Niveau aus. Gleichzeitig hat auch die Zahl der **geringfügig entlohnten Nebenjobber** erheblich zugenommen, und zwar West wie Ost, bundesweit von Juni 2003 bis Juni 2004 um 505.300 oder 44% auf 1,66 Mio. Im Westen betrug der Anstieg 43% und im Osten 45%. In die Erwerbstätigkeit gehen allerdings nur die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten ein, da die Nebenjobber bereits mit ihrer Hauptbeschäftigung gezählt werden.

Ende Juni 2004 kamen auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 18 ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte und 6 Arbeitnehmer, die zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob ausüben. Dabei werden die Regelungen zu den Minijobs im Westen relativ stärker genutzt als im Osten. Während in Westdeutschland von 100 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten 7 noch einen Nebenjob hatten, waren es in Ostdeutschland nur 3 1/2. Außerdem kamen im Westen auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 19 ausschließlich geringfügig entlohnte Arbeitnehmer, im Vergleich zu 14 im Osten.

Minijobs werden vor allem von Frauen genutzt, sie stellen 67,3% der ausschließlich geringfügig entlohnten und 56,3% der Nebenjobber, im Vergleich zu 45,2% an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Während die Altersstruktur bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den Nebenjobbern recht ähnlich ist, sind bei den ausschließlich

Mini- und Midijobs in Deutschland

Mit dem **Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt** ist zum 1. April 2003 die geringfügig entlohnte Beschäftigung neu geregelt worden. Im Wesentlichen wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- die Geringfügigkeitsgrenze wurde von 325 Euro auf 400 Euro angehoben,
- der Arbeitgeber zahlt 25 Prozent pauschale Abgaben (12 Prozent Gesetzliche Rentenversicherung, 11 Prozent Gesetzliche Krankenversicherung und 2 Prozent Steuern),
- für Mini-Jobs in privaten Haushalten wurde eine geringere Abgabenquote von 12 Prozent (je 5 Prozent zur Gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung und ebenfalls 2 Prozent Steuern) und ein vereinfachtes Meldeverfahren (Haushalts-scheckverfahren) eingeführt,
- neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung ist die Ausübung einer geringfügig entlohnten Beschäftigung wieder möglich (Nebenjob), ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung sozialversicherungspflichtig wird,
- Einführung einer Gleitzone für so genannte Midijobs: bei Einkommen von über 400 Euro bis zu 800 Euro steigt der Arbeitnehmerbeitrag von 4 Prozent linear auf den hälftigen Arbeitnehmerbeitrag an, bei gleichzeitig vollem Leistungsanspruch in der Sozialversicherung. Der Arbeitgeber zahlt immer den vollen Betrag.

Es können folgende **Beschäftigungsverhältnisse mit reduzierten Abgaben** unterschieden werden:

1. **Mini-Jobs** (geringfügig entlohnte Beschäftigungen):
 - Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 400 Euro nicht überschreitet, und zwar
 - bei ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten und bei
 - geringfügig entlohnten Beschäftigten, die gleichzeitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (Nebenjob).
2. Kurzfristige Beschäftigung ist gegeben, wenn die Tätigkeit im Laufe eines Kalenderjahres nach ihrer Eigenart auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage begrenzt zu sein pflegt oder im voraus vertraglich begrenzt ist.
3. **Midi-Jobs** sind Beschäftigungsverhältnisse, deren Arbeitsentgelt zwischen 400 Euro und 800 Euro liegt und für die der Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) auf die Anwendung der Gleitzone-Regelung nicht verzichtet

Die Grundlage der Statistik der geringfügig Beschäftigten bildet das **Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer**. Seit dem 1. April 1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, d.h. es müssen An- und Abmeldungen sowie Jahres- und Unterbrechungsmeldungen abgegeben werden. Auf der Basis dieser Meldungen kann jeweils für das Quartalsende nach einer Wartezeit von wenigstens 6 Monaten eine zuverlässige Statistik erstellt werden. Ausnahmen bestehen allerdings für kurzfristig Beschäftigte, für die keine Unterbrechungs- und Jahresmeldungen abzugeben sind. Dies führt in Verbindung mit unterbliebenen Abmeldungen der Arbeitgeber zu Unsicherheiten, ob Personen nach längerer Zeit noch beschäftigt sind. Eine statistische Auswertung ist deshalb aus methodischen Gründen für kurzfristig Beschäftigte nicht sinnvoll.

Auswertungen zu den Midi-Jobs können nicht quartalsweise, sondern nur auf Basis der Jahresmeldungen vorgenommen werden (aus dem so genannten Jahreszeitraummaterial), denn nur dort sind Angaben zu den Entgelten vorgeschrieben. Das Jahreszeitraummaterial wird normalerweise nach 18 Monaten ausgewertet, vom Ende des jeweiligen Berichtsjahres gerechnet. Um kurzfristig den Informationsbedarf nach Daten zu den Midijobs befriedigen zu können, wurde für 2003 bereits nach einer Wartezeit von 6 Monaten ausgewertet. Die Erfahrung der Vergangenheit zeigt aber, dass nach 6 Monaten erst 80-90 Prozent der Jahresmeldungen vorliegen. Aus diesem Grund wurden die Ergebnisse aus dem Jahreszeitraummaterial für den Stichtag 30. Dezember 2003 hochgerechnet und an die Ergebnisse aus der Quartalsauswertung angepasst. Danach gab es Ende Dezember 669.000 Arbeitnehmer die die Midijob-Regelung in Anspruch genommen haben, davon 155.000 während der gesamten Beschäftigungszeit und 514.000 wenigstens zeitweise (so genannte Mischfälle). Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entsprach das einem Anteil von 2,5%.

Neben der Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht auch die **Minijob-Zentrale** (Bundesknappschaft) Zahlen zu den Minijobs. Die Angaben beider Institutionen weichen zum Teil deutlich voneinander ab. Die Unterschiede liegen vor allem in den verschiedenen Wartezeiten zwischen Stichtag und Auswertelauf begründet. Während die Minijob-Zentrale sehr kurzfristig Daten im Rahmen eines Geschäftsberichts vorlegt, bereitet die Bundesagentur für Arbeit die Daten erst nach einer 6-monatigen Wartezeit auf. Damit wird sichergestellt, dass auch verspätete Meldungen, Stornierungen und Berichtigungen in den statistischen Auswertungen berücksichtigt werden und somit eine hohe Datenqualität erreicht wird.

Ausführlich: Mini- und Midijobs in Deutschland, Sonderbericht der Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2004.

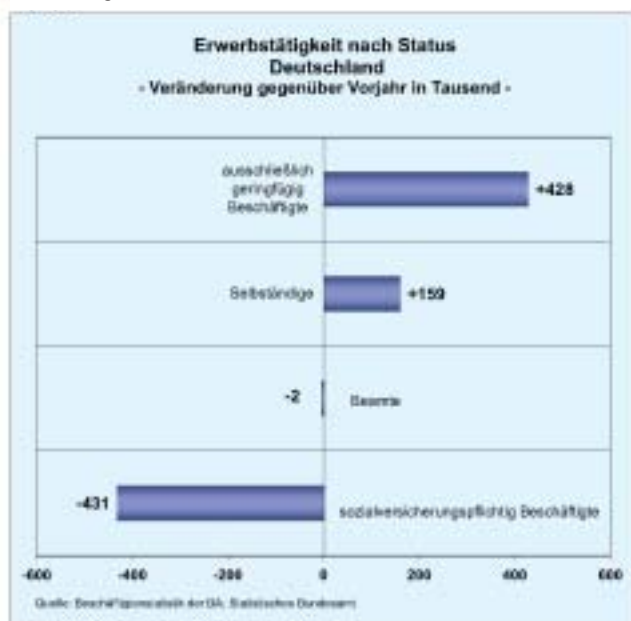
geringfügig entlohnten Beschäftigten Jüngere und Ältere relativ stärker vertreten.

Selbständigkeit nimmt zu

Auch die Zahl der **Selbständigen und Mithelfenden** ist 2004 weiter deutlich

gestiegen, jahresdurchschnittlich hat sie sich um 159.000 oder 3,9% auf 4,23 Mio erhöht, nach +69.000 oder +1,7% im Vorjahr. Maßgeblich dafür war die Förderung von Existenzgründungen durch die Agenturen für Arbeit (vgl. unten). Die Selbständigenquote hat damit weiter zugenommen, mittlerweile sind 10,9% der Erwerbstätigen selbständig, nach 10,5% im Jahr zuvor und 9,1% im Jahr 1991. In Ostdeutschland sind Selbständige (einschließlich Mithelfende) nur noch weniger vertreten als in Westdeutschland. Im Jahr 2004 entfielen auf sie 10,5% aller Erwerbstätigen, im Vergleich zu 11,0% im Westen; im Jahr 1991 hatte sich die Selbständigenquote im Osten erst auf 5,5% und im Westen auf 10,1% belaufen.

Abbildung II.B.2



Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter rückläufig

Während die geringfügig entlohnte Beschäftigung und Selbständigkeit deutlich zugelegt haben, war die sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung weiter rückläufig. Von Juni 2003 bis Juni 2004 hat sich die Zahl der so Beschäftigten um 430.700 oder 1,6% auf 26,52 Mio verringert. In den letzten vier Jahren hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung damit um 1,30 Mio oder 4,7% abgenommen. Nach wie vor stellen sozialversiche-

rungspflichtig Beschäftigte den größten Teil der Erwerbstätigen, ihre Bedeutung nimmt aber kontinuierlich ab; 2004 waren 68% der Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, nach 70% im Jahr zuvor und 75% im Jahr 1994.

Dabei war auch der jüngste Rückgang in Ostdeutschland mit -2,1% stärker als in Westdeutschland mit -1,5%. Entsprechend verzeichneten ostdeutsche **Länder** die größten Beschäftigungsverluste, die Spanne reicht von Mecklenburg-Vorpommern mit -2,8% bis Thüringen mit -1,7%. In Westdeutschland gab es überdurchschnittliche Abnahmen in Bremen (-2,5%, vgl. Anhang Tabelle III.B.2), Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Hessen (jeweils -1,8%), am wenigsten verringerte sich die Beschäftigung in Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland (jeweils -1,0%).

Die wirtschaftliche Schwäche hat die Beschäftigungsentwicklung in fast allen Wirtschaftszweigen beeinträchtigt. Die relativ stärksten Rückgänge gab es im Produzierenden Gewerbe bzw. dem **Sekundären Sektor** (-2,9% auf 8,79 Mio), dominiert von den weiterhin beträchtlichen Beschäftigungsverlusten im Bau- und Verarbeitenden Gewerbe (-5,8% auf 1,64 Mio bzw. -2,3% auf 6,78 Mio; vgl. Anhang Tabelle III.A.2). Mehr als die Hälfte der aktuellen Abnahme geht auf den Sekundären Sektor zurück, der damit weiter an Gewicht verloren hat. Mittlerweile arbeiten nur noch 33,1% der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Sekundären Sektor, im Vergleich zu 33,6% im Jahr zuvor und 41,2% im Jahr 1994. Allerdings wird der trendmäßige Rückgang auch dadurch überzeichnet, dass viele Arbeitsplätze aus der Industrie in rechtlich selbständige Dienstleistungsunternehmen ausgelagert worden sind. In der Land- und Forstwirtschaft bzw. dem **Primären Sektor** hat sich der Trend sinkender Beschäftigtenzahlen fortgesetzt (-2,2% auf 313.900). Ihr Anteil an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten macht unverändert 1,2% aus, nach 1,4% im Jahr 1994. Auch im Dienstleistungsbereich bzw. im **Tertiären Sektor** hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung abgenommen, allerdings nicht so deutlich wie in den anderen Branchen (-0,9% auf 17,42 Mio). Einen anhaltenden Beschäftigungsabbau gab es besonders im Kredit- und Versicherungsgewerbe (-2,4% auf 1,03 Mio), im Handel (-2,0% auf 3,95 Mio) und im Gastgewerbe (-1,9% auf 751.800). Dagegen wurde die Beschäftigung im Sozialwesen (+1,9% auf 1,13 Mio) und bei unternehmensnahen Dienstleistern (+1,5% auf 2,85 Mio) aufgestockt. Im Juni 2004 arbeiteten 65,7% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Dienstleistungsbranche, im Vorjahr betrug dieser Anteil noch 65,2% und 1994 erst 57,3%. Dabei haben insbesondere die unternehmensnahen Dienstleister an Gewicht gewonnen.

Nach **Personengruppen** entwickelte sich die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** unterschiedlich. So hat die Zahl der voll sozialversicherungspflichtig beschäftigten **Ausländer** von Mitte 2003 bis Mitte 2004 – relativ betrachtet – wesentlich stärker abgenommen als die der Deutschen (-3,7% auf 1,81 Mio bzw. -1,4% auf 24,72 Mio; vgl. Tabelle II.B.2 und Abbildung II.B.3). Für die ungünstige Entwicklung dürften die starken Beschäftigungsverluste im Produzierenden Gewerbe, vor allem in der Bauwirtschaft, maßgeblich sein, wo Ausländer überdurchschnittlich vertreten sind. Der Anteil der Ausländer

an allen Beschäftigten reduzierte sich von 7,0% auf 6,8%. Nach wie vor ist der Anteil in Westdeutschland deutlich größer als in Ostdeutschland (8,0% bzw. 1,9%).

Abbildung II.B.3



Die Beschäftigung von **Frauen** verringerte sich 2004 genau so stark wie die der **Männer** (-1,6% auf 11,98 Mio bzw. -1,6% auf 14,54 Mio). Der Anteil der Frauen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten blieb unverändert bei 45,2%. Nach wie vor sind in Ostdeutschland relativ mehr Frauen beschäftigt als in Westdeutschland (49,8% zu 44,1%).

Der Abbau von Arbeitsplätzen bei Frauen und Männern beruht allein auf weniger voll sozialversicherungspflichtiger **Vollzeitbeschäftigung** (-2,0% auf 22,21 Mio); hier war der Rückgang bei Frauen sogar deutlicher als bei Männern (-2,5% auf 8,33 Mio bzw. -1,7% auf 13,88 Mio). Die Ausweitung von sozialversicherungspflichtiger **Teilzeitbeschäftigung** hat dem etwas entgegengewirkt (+0,6% auf 4,31 Mio). Dabei war der Anstieg bei Männern prozentual stärker als bei Frauen, allerdings von einem niedrigeren Niveau ausgehend (+0,9% auf 657.800 bzw. +0,5% auf 3,65 Mio). Insgesamt hat sich die **Teilzeitquote** von 15,9% auf 16,3% erhöht, bei Frauen von 29,8% auf 30,5% und bei Männern von 4,4% auf 4,5% (vgl. auch Anhang, Tabellen III.D.2, 5 und 6).

Die sozialversicherungspflichtige Teilzeitquote ist in Westdeutschland etwas größer als in Ostdeutschland (16,5% zu 15,3%). Frauen üben im Westen – relativ gesehen – deutlich häufiger eine Teilzeitbeschäftigung aus als im Osten (31,9% zu 25,4%; Männer dagegen: 4,4% zu 5,3%).

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von **Jugendlichen** (unter 25 Jahren) hat weiter deutlich abgenommen (-4,0% auf 3,23 Mio), und zwar insbesondere bei den 15- bis unter 20-Jährigen (-5,7% auf 878.400; 20- unter 25 Jahre: -3,4% auf 2,35 Mio). Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden war rückläufig (-2,5% auf 1,45 Mio). Zum Teil dürfte dies auch damit zusammen hängen, dass

junge Menschen – auch angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage – länger im Bildungssystem bleiben.

Die voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der **Älteren** (55 Jahre und älter) ist dagegen gestiegen (+2,1% auf 2,81 Mio). Dabei war die Zunahme in Westdeutschland deutlich größer als in Ostdeutschland (+2,6% bzw. +0,3%). Die Beschäftigung älterer Menschen hat sich damit deutlich günstiger entwickelt als die Beschäftigung insgesamt. Maßgeblich dafür dürfte sein, dass Ältere länger im Beschäftigungssystem bleiben und tendenziell später in Rente gehen. Jedenfalls ist nach Ergebnissen des Mikrozensus die Erwerbsquote der 55 bis unter 65-Jährigen weiter deutlich gestiegen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass Ältere in der Freistellungsphase nach dem Altersteilzeitgesetz weiter als Beschäftigte gezählt werden. Nach Schätzungen des IAB waren das 2004 rund 241.000 Personen, 44.000 mehr als vor einem Jahr.

Der Einfluss arbeitsmarktpolitischer Instrumente auf die Beschäftigungsentwicklung 2004 war unterschiedlich (vgl. Abschnitt II.E.2):

Arbeitsmarktpolitik stützt Beschäftigung

Die **Förderung selbständiger Existenzen** hat 2004 deutlich zugenommen und damit wesentlich zum Anstieg der Selbständigkeit beigetragen. Im Jahresdurchschnitt wurden 153.500 Personen mit einem Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) und 83.700 mit Überbrückungsgeld gefördert, das waren 112.400 oder 8.700 mehr als vor einem Jahr. 2004 wurden 5,6% aller Selbständigen (einschließlich Mithelfender) entweder mit einem Existenzgründungszuschuss oder Überbrückungsgeld gestützt.

Gleichzeitig wurde die Förderung mit **Arbeitsbeschaffungs-, traditionellen Strukturanpassungs- und Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen** weiter zurückgeführt, im Jahresdurchschnitt befanden sich 119.000 Arbeitnehmer in solchen Maßnahmen, 25.700 weniger als im Jahr zuvor. Nach wie vor spielen diese Maßnahmen in Ostdeutschland eine deutlich größere Rolle als im Westen; von 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren dort 13 Arbeitnehmer am zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt, im Vergleich zu nur einem in Westdeutschland.

Der Rückgang traditioneller Fördermaßnahmen am zweiten Arbeitsmarkt wurde durch Sonderprogramme mehr als kompensiert. Im Rahmen des Programms **Arbeit für Langzeitarbeitslose** und **Jump plus** wurden 2004 jahresdurchschnittlich 27.700 bzw. 25.600 Personen gefördert. Ab September 2004 wurden im Vorgriff auf Regelungen im SGB II in der Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“ Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslosenhilfebezieher eingerichtet, Ende Dezember waren so 78.400 ehemals Arbeitslose beschäftigt, im Jahresdurchschnitt 12.500.

Die direkte **Förderung regulärer abhängiger Beschäftigung** (erster Arbeitsmarkt) hat 2004 um 16.560 auf 157.100 abge-

nommen. Hauptgrund dafür war eine geänderte Förderpraxis bei Eingliederungszuschüssen: Dauer und Höhe der Zuschüsse wurde reduziert, um die Kosten je Integration zu senken und Mitnahmeeffekte zu minimieren – in der Folge haben dann Betriebe die Eingliederungszuschüsse weniger in Anspruch genommen. Das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsniveau dürfte dadurch allerdings nur zum Teil beeinflusst worden sein (vgl. Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ...“ in Kapitel II.C).

Kurzarbeit wurde auch 2004 weniger in Anspruch genommen. Jahresdurchschnittlich gab es 150.600 Kurzarbeiter, 44.800 weniger als 2003. Dabei konzentriert sich der Rückgang auf Westdeutschland. Auf 1.000 voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte entfielen West wie Ost 6 Kurzarbeiter. Da der durchschnittliche Arbeitszeitausfall um 5 Prozentpunkte auf 49% gestiegen ist, hat sich das Vollzeitäquivalent der Kurzarbeit, also die Zahl der Kurzarbeiter multipliziert mit dem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall, nur um 11.900 auf 74.200 verringert.

2. Arbeitszeit

Die **durchschnittliche Jahresarbeitszeit** von **Arbeitnehmern** hat 2004 leicht zugenommen, nach merklichen Abnahmen in den Jahren zuvor. Nach vorläufigen Berechnungen des IAB erhöhte sie sich um 3,2 Stunden oder 0,2% auf 1.358 Stunden. Der geringfügige Anstieg der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit beschäftigter Arbeitnehmer ist das Ergebnis gegenläufiger Einflüsse:

Abbildung II.B.4



Arbeitszeitverkürzend war zunächst, dass **Teilzeitarbeit**, und zwar sozialversicherungspflichtige wie geringfügig entlohnte, weiter zugenommen hat. Allein deshalb hat die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit pro abhängig Beschäftigten um 17,4 Stunden oder 1,3% abgenommen. Nach Schätzung

des IAB ist die Teilzeitquote, d.h. der Anteil der abhängig Teilzeitbeschäftigten an allen beschäftigten Arbeitnehmern, von 31,6% auf 32,7% gestiegen (1991 erst: 15,7%).

Wegen der schwachen Konjunktur hat es auch weniger **Überstunden** gegeben. 2004 wurden pro Arbeitnehmer durchschnittlich 42,0 bezahlte Überstunden geleistet, 2,9 Stunden weniger als im Jahr zuvor. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit wurde dadurch um 0,2% verringert.

Arbeitszeitverlängernd wirkten dagegen insbesondere folgende Entwicklungen:

- **Krankheitsbedingte Ausfallzeiten** sind um 2,5 Stunden auf jahresdurchschnittlich 45,0 Stunden gesunken (1991 noch: 84,4 Stunden) und haben damit die jährliche Arbeitszeit um 0,2% erhöht.
- Durch die Neuregelung der Minijobs wurden wieder stärker **Nebenerwerbstätigkeiten** ausgeübt; die Arbeitszeit nahm deshalb um 5,7 Stunden oder 0,4% zu.
- Vor allem standen 2004 (kalenderbedingt) **mehr Arbeitstage** zur Verfügung, was die tatsächliche Arbeitszeit um 0,8% hat steigen lassen.

Die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit der **Selbständigen** (einschl. mithelfender Familienangehöriger) hat sich geringfügig erhöht, und zwar um 2,6 Stunden oder 0,1% auf 2.155 Stunden. Selbständige arbeiten im Jahr durchschnittlich 796 Stunden oder 59% mehr als abhängige Arbeitnehmer. Dabei hat sich der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen leicht um 0,4 Prozentpunkte auf 10,9% erhöht.

Zusammengenommen ergibt sich damit für alle **Erwerbstätige** eine Zunahme der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit um 6,2 Stunden oder 0,4% auf 1.445 Stunden. Dabei gab es in Westdeutschland einen Anstieg von 0,5% und in Ostdeutschland eine Abnahme von 0,1%.

Nach wie vor wird im Osten deutlich länger gearbeitet als im Westen. So belief sich die jahresdurchschnittliche Arbeitszeit von Erwerbstätigen in Ostdeutschland 2004 auf 1.514 Stunden im Vergleich zu 1.429 Stunden in Westdeutschland.

Entsprechend der Entwicklung von Erwerbstätigkeit (+0,4%) und jährlicher Pro-Kopf-Arbeitszeit (+0,4%) hat das Arbeitsvolumen,

Arbeitsvolumen spürbar gestiegen

als Produkt dieser beiden Komponenten, 2004 zugenommen. Im Berichtsjahr wurden rund 56,15 Mrd Arbeitsstunden geleistet, dies sind 440 Mio Stunden oder 0,8% mehr als 2003. Die Zunahme war in Westdeutschland nennenswert größer als in Ostdeutschland (+0,9% bzw. 0,3%).

Bei einem Wirtschaftswachstum von 1,6% und einem Zuwachs des Arbeitsvolumens von 0,8% hat sich das reale gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, also die **Stundenproduktivität**, im Jahr 2004 um 0,8% erhöht, im Vergleich zu 1,1% im Vorjahr.

Der **Produktivitätsrückstand** ist im Osten nach wie vor beträchtlich; der Rationalisierungsdruck ist weiterhin groß und die Beschäftigungsschwelle entsprechend hoch. Deshalb hat sich die Stundenproduktivität in Ostdeutschland mit +1,0% weiterhin stärker erhöht als im Westen mit +0,7%.

3. Nicht realisierte Kräftenachfrage

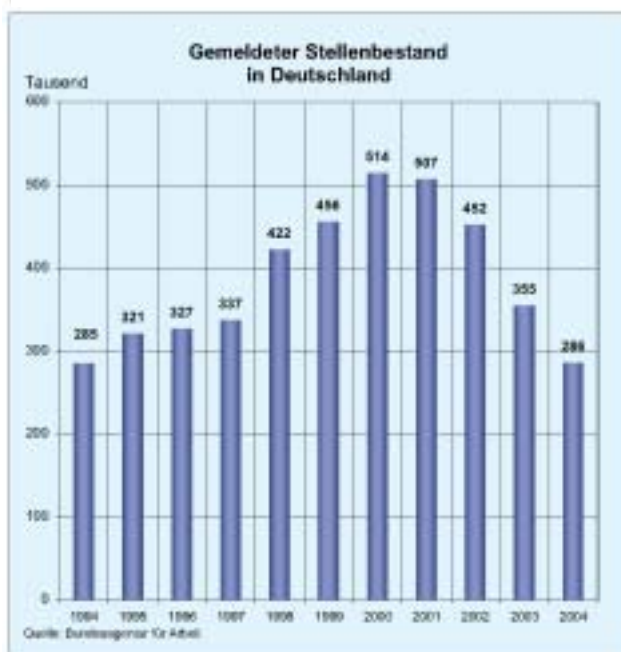
... weiter rückläufig

In der Erwerbstätigenzahl drückt sich einerseits aus, in welchem Umfang die Anbieter von Arbeitskraft Beschäftigung gefunden haben, andererseits, in welchem Ausmaß die Nachfrage nach Arbeitskräften befriedigt werden konnte. Neben dieser sog. realisierten Nachfrage gibt es – ähnlich Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve beim Kräfteangebot – aber auch eine **nicht realisierte Nachfrage**, also einen Kräftebedarf, der (noch) nicht befriedigt werden konnte (vgl. Abbildung I.1).

Ein Teil dieser nicht realisierten Nachfrage beruht – ähnlich der friktionellen Arbeitslosigkeit auf der Angebotsseite – auf dem Zeitbedarf von Stellenbesetzungen (vgl. Arbeitsmarktanalyse 2001, Teil III, Kasten „Stellen und Arbeitskräftemangel“).

Trotz der sich belebenden Konjunktur nahm die nicht realisierte Nachfrage im Berichtsjahr weiter deutlich ab. Dies spiegelt sich zum einen in der Stellenstatistik der Agenturen für Arbeit. Dort hat sich die Zahl der **Angebote, die den Arbeitsagenturen von den Betrieben und Verwaltungen gemeldet wurden**, um 19% auf jahresdurchschnittlich 285.600 Positionen verringert. Die Abnahme war ähnlich groß wie 2003 (–22%; vgl. Tabelle II.B.4 und Abbildung II.B.5 sowie Kapitel II.D). In Westdeutschland hat der Stellenbestand um 18% auf 239.000 und in Ostdeutschland um 26% auf 46.600 abgenommen.

Abbildung II.B.5



Der Rückgang des Stellenbestandes beruht zum einen auf erheblich weniger **Stellenzugängen**; so verzeichneten die Agenturen für Arbeit von Januar bis Dezember mit 2,14 Mio Stellenmeldungen, im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 13%. Entsprechend waren auch die Stellenabgänge deutlich kleiner (–14% auf 2,17 Mio). Dass es beträchtlich weniger Stellen im Bestand gab, beruht aber zum anderen auch darauf, dass die durchschnittliche **Laufzeit der Stellen** erheblich abgenommen hat. Im Jahr 2004 dauerte es 48 Tage bis eine Stelle abgemeldet wurde, 11 Tage weniger als im Jahr zuvor. Offenkundig gelang es, angesichts einer steigenden Zahl arbeitsloser Bewerber, Stellen schneller zu besetzen, und zwar in West- und Ostdeutschland (–15 Tage bzw. –6 Tage). Wohl aufgrund der höheren Arbeitslosigkeit war die Laufzeit in Ostdeutschland mit fast 35 Tagen deutlich kleiner als in Westdeutschland mit 52 Tagen (vgl. Anhang Tabelle III.B.6). Dabei ist zu beachten, dass die Betriebe oft frühzeitig die Agenturen für Arbeit einschalten und die Stellen deshalb kürzere Zeit vakant sind.

Einen umfassenderen Einblick in das Volumen der nicht realisierten Kräftenachfrage gibt eine Repräsentativbefragung über das **gesamtwirtschaftliche Stellenangebot** im Auftrag des IAB; sie erfasst auch die Angebote, die den Agenturen für Arbeit nicht gemeldet wurden.¹⁾ Danach belief sich der Bestand an Stellen im Durchschnitt des vierten Quartals 2004 insgesamt auf 792.000, dies sind 33.000 oder 4% weniger als ein Jahr zuvor. Davon waren 464.000 oder 59% sofort zu besetzen (Vakanzen), 52.000 oder 10% weniger. Hinzu kamen 328.000 oder 41% Arbeitsplätze, die erst später besetzt werden sollten; hier gab es eine Zunahme von 19.000 oder 6%. Hier setzen die Betriebe offensichtlich auf eine wirtschaftliche Besserung in naher Zukunft. Bezieht man die nicht realisierte Kräftenachfrage (=gesamtwirtschaftliches Stellenangebot) auf die gesamte Kräftenachfrage (Erwerbstätigkeit plus gesamtwirtschaftliches Stellenangebot) und berechnet so – analog zur Arbeitslosenquote – eine **Stellenquote**, waren 2,0% der Kräftenachfrage noch offen, im Vergleich zu 2,1% im Jahr zuvor und 3,6% im Jahr 2000.

In **Ostdeutschland** nahm das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot stärker ab als in Westdeutschland, nämlich um 13.000 oder 9% auf 132.000. Im **Westen** verringerte sich der Stellenbestand um 20.000 oder 3% auf 660.000. Dabei war bei den Vakanzen der Rückgang in Westdeutschland deutlich größer (–49.000 oder –11% auf 386.000; Ost: –3.000 oder –4% auf 78.000), während die später zu besetzenden Stellen im Westen zugenommen und in Ostdeutschland abgenommen haben (+29.000 oder +12% auf 274.000 bzw. –10.000 oder –16% auf 54.000). Offenkundig sind die Arbeitsmarktperspektiven im Osten schlechter als im Westen. Berechnet man Stellenquoten, werden in Ostdeutschland mit 1,8% auch relativ gesehen weniger Stellen angeboten als in Westdeutschland mit 2,0%.

Die **Meldequote**, d.h. der Anteil der Stellen, die den Agenturen für Arbeit gemeldet waren, hat sich insgesamt von 35%

¹⁾ Vgl. Anja Kettner, Eugen Spitznagel, Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot gering, IAB-Kurzbericht Nr. 6 vom 28.4.2005; vgl. auch Teil II.D.

auf 30% verringert. Bei den Vakanzen war die Quote mit 34% deutlich größer als bei den später zu besetzenden Stellen mit 25%. Dabei hat die Meldequote bei den Vakanzen um 8 Prozentpunkte abgenommen, während sie bei den später zu besetzenden Stellen um 2 Prozentpunkte gestiegen ist. Die Befragung zeigte, dass Betriebe ihren ohnehin niedrigen Personalbedarf weniger über den externen Arbeitsmarkt gesucht haben. Sie haben aber auch erheblich intensiver als früher Internetdienste, insbesondere auch jene der BA genutzt. Vor diesem Hintergrund ist die Meldequote offener Stellen nur noch begrenzt tauglich, um den „Marktanteil“ sowie den Erfolg der Stellenakquise der BA abzubilden (vgl. Kapitel II.D).

Mittlerweile sind die Meldequoten in West- und Ostdeutschland mit 30% gleich groß. Dabei hat die Quote in Ostdeutschland mit 10 Prozentpunkten deutlicher abgenommen als in Westdeutschland mit 4 Prozentpunkten. Weiterhin liegt im Osten die Meldequote bei den Vakanzen mit 38% deutlich über dem Wert im Westen mit 34%. Dies hängt auch damit zusammen, dass in Ostdeutschland Beschäftigung schaffende Maßnahmen – die alle den Agenturen gemeldet werden – eine deutlich größere Rolle spielen als im Westen. Bei den später zu besetzenden Stellen ist dagegen die Meldequote im Westen mit 26% größer als im Osten mit 19%.

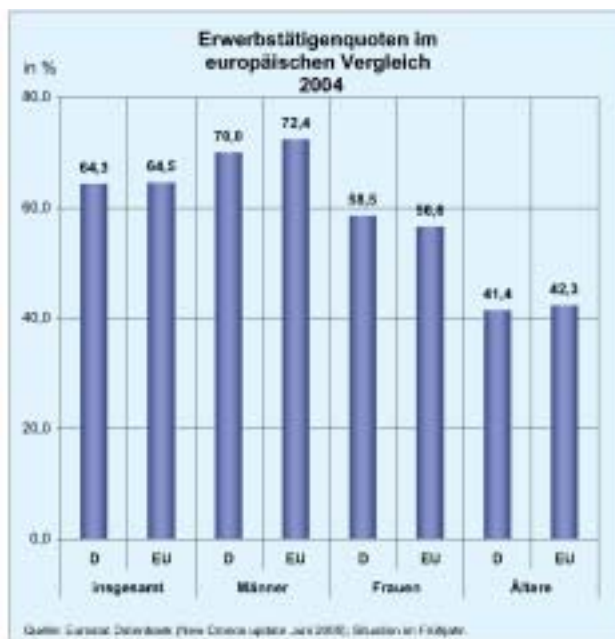
4. Internationale Vergleiche

Auch im **europäischen Vergleich** hat sich die Beschäftigung in Deutschland ungünstig entwickelt. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) ist die **Zahl der Erwerbstätigen** (zwischen 15 und 64 Jahren) von 2003 auf 2004 in Deutschland um 1,4% gesunken, im Vergleich zu -0,2% im Durchschnitt der EU (vgl. Tabelle II.B.5).²⁾ Die Spanne der Beschäftigungsveränderungen reicht von +2,5% in Irland, +2,4% in Belgien und +2,3% in Spanien bis zu -1,4% in Deutschland und -2,6% im Vereinigten Königreich.

Eine weitere Möglichkeit des internationalen Vergleichs bietet die **Erwerbstätigenquote**, d.h. der Anteil der Erwerbstätigen an den in Privathaushalten lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter.³⁾ Diese Quote lag in Deutschland im Frühjahr 2004 mit 64% erstmalig im betrachteten Zeitraum unter dem europäischen Durchschnitt von 65% (vgl. Tabelle II.B.6). Wesentlich höher waren die Erwerbstätigenquoten weiterhin vor allem in Dänemark (76%), den Niederlanden (73%), in Schweden (72%) sowie im Vereinigten Königreich (72%). Deutlich niedriger waren sie dagegen in Italien (58%), Griechenland (60%) und Belgien (60%).

Regelmäßig sind die Erwerbstätigenquoten der Männer wesentlich höher als die der Frauen. Was **Männer** betrifft, lag die Bundesrepublik im Frühjahr 2004 mit 70% etwas unter dem europäischen Durchschnitt (72%). Höhere Quoten hatten vor allem die Niederlande (80%) und Dänemark (80%), niedrigere Belgien (68%) und Frankreich (69%). Bei der **Frauen-Erwerbstätigenquote** übertraf Deutschland mit 59% nach wie vor den EU-Durchschnitt (57%). Die höchsten Quoten wiesen die nordischen Staaten Dänemark (72%) und Schweden (71%) auf, die geringsten die südlichen Länder Italien (45%), Griechenland (46%) und Spanien (48%).

Abbildung II.B.6



Hinter hohen Erwerbstätigenquoten stehen häufig hohe Teilzeitquoten. Mit 45% hatten im Frühjahr 2004 die Niederlande die weitaus höchste **Teilzeitquote** der EU (Männer: 22%; Frauen: 75%), im Vergleich zu 19% im europäischen Durchschnitt (Männer: 7%; Frauen: 35%; vgl. Tabelle II.B.7). Deutschland liegt insgesamt und bei den Frauen über diesen Werten (22% bzw. 41%), bei den Männern darunter (6%). Ausgesprochen niedrige Teilzeitquoten hatten, für Männer wie Frauen, vor allem Griechenland, Portugal und Spanien.

Das Gewicht der Teilzeitbeschäftigung hat verständlicherweise starken Einfluss auf die durchschnittliche in der Hauptbeschäftigung geleistete **Arbeitszeit**. Diese war im Frühjahr 2004 insbesondere in den Niederlanden mit 31 Stunden pro Woche (Männer: 36 Stunden; Frauen: 24 Stunden) weitaus kürzer als im EU-Durchschnitt mit 37 Stunden (41 bzw. 32 Stunden; vgl. Tabelle II.B.8). Deutschland lag mit seiner Wochenarbeitszeit in der Nähe der europäischen Werte (37; 42 bzw. 31 Stunden). Am längsten war die wöchentliche Arbeitszeit in Griechenland (42; 44 bzw. 39 Stunden).

²⁾ Die Angaben von Eurostat zu den Erwerbstätigen beruhen auf Auswertungen aus der europäischen Arbeitskräfteerhebung, die zusammen mit dem Mikrozensus im Frühjahr eines jeden Jahres durchgeführt wird. Niveau und Veränderungen weichen ab von der Erwerbstätigenschätzung des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die im Abschnitt II.B.1 genannt werden.

³⁾ Die Erwerbstätigenquote bezieht die Zahl der Beschäftigten auf die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, und zwar unabhängig davon, ob sie arbeiten wollen. Insofern lässt sie keine Aussage über die Güte des Arbeitsmarktes zu. Denn eine geringe Erwerbstätigenquote muss nicht ein Defizit an Arbeitsplätzen widerspiegeln, sondern drückt vielleicht nur eine geringe Erwerbsneigung aus, wogegen grundsätzlich wohl wenig einzuwenden wäre. Dagegen beziehen Arbeitslosen- und Erwerbslosenquoten die Arbeitslosen auf die Personen, die arbeiten wollen. Dies ist deshalb das zentrale Kriterium für die Beurteilung der Güte des Arbeitsmarktes (vgl. Kästen „Arbeitslosenquoten“ und „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“ in Kapitel II.C).

Die **Erwerbstätigenquote von Älteren** zwischen 55 und unter 65 Jahren war in Deutschland im Frühjahr 2004 mit 41% niedriger als im europäischen Durchschnitt (42%; vgl. Tabelle II.B.9). Besonders hoch war die Beteiligung von Älteren an der

Erwerbstätigkeit in Schweden (69%), Dänemark (62%) und im Vereinigten Königreich (56%). Ausgesprochen kleine Werte wiesen Österreich (27%), Belgien (30%), Italien (30%) und Luxemburg (30%) auf.

Tabelle II.B.1

Erwerbstätige, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte sowie Selbstständige und mithelfende Familienangehörige – in Tausend															
Jahr	Erwerbstätige ¹⁾			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ²⁾			Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte			Beamte (einschließlich Soldaten) ³⁾			Selbstständige und mithelfende Familienangehörige ¹⁾		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Deutschland															
1994	37 516	- 39	- 0,1	28 238	- 358	- 1,3				2 471	- 12	- 0,5	3 725	+ 100	+ 2,8
1995	37 601	+ 85	+ 0,2	28 118	- 120	- 0,4				2 445	- 26	- 1,1	3 749	+ 24	+ 0,6
1996	37 498	- 103	- 0,3	27 739	- 379	- 1,3				2 461	+ 16	+ 0,7	3 742	- 7	- 0,2
1997	37 463	- 35	- 0,1	27 280	- 459	- 1,7				2 455	- 6	- 0,2	3 816	+ 74	+ 2,0
1998	37 911	+ 448	+ 1,2	27 208	- 72	- 0,3				2 406	- 49	- 2,0	3 865	+ 49	+ 1,3
1999	38 424	+ 513	+ 1,4	27 483	+ 274	+ 1,0				2 387	- 19	- 0,8	3 857	- 8	- 0,2
2000	39 144	+ 720	+ 1,9	27 826	+ 342	+ 1,2	4 052			2 315	- 72	- 3,0	3 915	+ 58	+ 1,5
2001	39 316	+ 172	+ 0,4	27 817	- 9	+ 0,0	4 132	+ 79	+ 2,0	2 263	- 52	- 2,2	3 983	+ 68	+ 1,7
2002	39 096	- 220	- 0,6	27 571	- 246	- 0,9	4 169	+ 37	+ 0,9	2 224	- 39	- 1,7	4 003	+ 20	+ 0,5
2003	38 722	- 374	- 1,0	26 955	- 616	- 2,2	4 375	+ 206	+ 4,9	2 244	+ 20	+ 0,9	4 072	+ 69	+ 1,7
2004	38 860	+ 138	+ 0,4	26 524	- 431	- 1,6	4 803	+ 428	+ 9,8	2 242	- 2	- 0,1	4 231	+ 159	+ 3,9
Westdeutschland															
1994	29 928	- 175	- 0,6	21 897	- 345	- 1,6				2 316	- 36	- 1,5	3 126	+ 52	+ 1,7
1995	29 899	- 29	- 0,1	21 763	- 134	- 0,6				2 257	- 59	- 2,5	3 135	+ 9	+ 0,3
1996	29 859	- 40	- 0,1	21 536	- 227	- 1,0				2 242	- 15	- 0,7	3 124	- 11	- 0,4
1997	29 918	+ 59	+ 0,2	21 321	- 215	- 1,0				2 212	- 30	- 1,3	3 181	+ 57	+ 1,8
1998	30 353	+ 435	+ 1,5	21 330	+ 9	+ 0,0				2 148	- 64	- 2,9	3 213	+ 32	+ 1,0
1999	30 832	+ 479	+ 1,6	21 646	+ 317	+ 1,5				2 108	- 40	- 1,9	3 194	- 19	- 0,6
2000	31 581	+ 749	+ 2,4	22 098	+ 455	+ 2,1	3 545			2 037	- 71	- 3,4	3 230	+ 36	+ 1,1
2001	31 832	+ 251	+ 0,8	22 267	+ 172	+ 0,8	3 588	+ 43	+ 1,2	1 973	- 64	- 3,1	3 282	+ 52	+ 1,6
2002	31 723	- 109	- 0,3	22 183	- 84	- 0,4	3 600	+ 12	+ 0,3	1 939	- 34	- 1,7	3 294	+ 12	+ 0,4
2003	31 431	- 292	- 0,9	21 730	- 452	- 2,0	3 760	+ 161	+ 4,5	1 943	+ 4	+ 0,2	3 338	+ 44	+ 1,3
2004	31 547	+ 116	+ 0,4	21 412	- 319	- 1,5	4 108	+ 348	+ 9,2	1 932	- 11	- 0,6	3 462	+ 124	+ 3,7
Ostdeutschland															
1994	7 588	+ 136	+ 1,8	6 341	- 13	- 0,2				155	+ 24	+ 18,3	599	+ 48	+ 8,7
1995	7 702	+ 114	+ 1,5	6 355	+ 14	+ 0,2				188	+ 33	+ 21,3	614	+ 15	+ 2,5
1996	7 639	- 63	- 0,8	6 203	- 152	- 2,4				219	+ 31	+ 16,5	618	+ 4	+ 0,7
1997	7 545	- 94	- 1,2	5 959	- 244	- 3,9				243	+ 24	+ 11,0	635	+ 17	+ 2,8
1998	7 558	+ 13	+ 0,2	5 878	- 81	- 1,4				258	+ 15	+ 6,2	652	+ 17	+ 2,7
1999	7 592	+ 34	+ 0,4	5 837	- 41	- 0,7				279	+ 21	+ 8,1	663	+ 11	+ 1,7
2000	7 563	- 29	- 0,4	5 727	- 109	- 1,9	508			278	- 1	- 0,4	685	+ 22	+ 3,3
2001	7 484	- 79	- 1,0	5 550	- 177	- 3,1	544	+ 36	+ 7,1	290	+ 12	+ 4,3	701	+ 16	+ 2,3
2002	7 373	- 111	- 1,5	5 389	- 162	- 2,9	569	+ 26	+ 4,7	286	- 4	- 1,4	709	+ 8	+ 1,1
2003	7 291	- 82	- 1,1	5 224	- 164	- 3,0	615	+ 46	+ 8,0	301	+ 15	+ 5,2	734	+ 25	+ 3,5
2004	7 313	+ 22	+ 0,3	5 112	- 112	- 2,1	695	+ 80	+ 13,0	311	+ 10	+ 3,3	769	+ 35	+ 4,8

¹⁾ Inlandskonzept, Statistisches Bundesamt, Jahresdurchschnitt; Aufteilung West und Ost: Schätzung des IAB.

²⁾ Inlandskonzept, Beschäftigtenstatistik der BA, jeweils Ende Juni.

³⁾ Wohnortprinzip, Mikrozensus jeweils März/April/Mai, Statistisches Bundesamt; noch Bundesgebiet Ost und West in alter Gebietsaufteilung.

Tabelle II.B.3

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Personengruppen							
Merkmal	Juni 2000	Juni 2001	Juni 2002	Juni 2003	Juni 2004	Veränderung gegenüber	
						Juni 2003	
						absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland insgesamt							
Beschäftigte insgesamt	4 052 441	4 131 807	4 169 166	4 375 325	4 802 866	+ 427 541	+ 9,77
dav. Männer	1 179 336	1 218 054	1 242 084	1 366 565	1 570 843	+ 204 278	+ 14,95
Frauen	2 873 105	2 913 753	2 927 082	3 008 760	3 232 023	+ 223 263	+ 7,42
Arbeiter	2 202 319	2 302 122	2 334 007	2 480 304	2 707 879	+ 227 575	+ 9,18
Angestellte	1 850 077	1 829 669	1 835 159	1 895 020	2 094 987	+ 199 967	+ 10,55
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	856 080	882 473	861 029	875 394	929 719	+ 54 325	+ 6,21
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	559 256	577 102	541 949	509 108	484 441	– 24 667	– 4,85
– 55 Jahre und älter	1 244 624	1 261 726	1 277 588	1 304 240	1 407 262	+ 103 022	+ 7,90
– Deutsche	3 750 159	3 822 662	3 853 119	4 034 399	4 402 177	+ 367 778	+ 9,12
dav. Männer	1 089 498	1 129 277	1 149 969	1 258 212	1 431 299	+ 173 087	+ 13,76
Frauen	2 660 661	2 693 385	2 703 150	2 776 187	2 970 878	+ 194 691	+ 7,01
– Ausländer	302 282	309 145	316 047	340 926	400 689	+ 59 763	+ 17,53
dav. Männer	89 838	88 777	92 115	108 353	139 544	+ 31 191	+ 28,79
Frauen	212 444	220 368	223 932	232 573	261 145	+ 28 572	+ 12,29
– Europäische Union	68 808	68 131	67 213	69 243	77 936	+ 8 693	+ 12,55
Westdeutschland							
Beschäftigte insgesamt	3 544 561	3 587 960	3 599 798	3 760 399	4 108 172	+ 347 773	+ 9,25
dav. Männer	977 934	998 067	1 008 248	1 108 558	1 272 753	+ 164 195	+ 14,81
Frauen	2 566 627	2 589 893	2 591 550	2 651 841	2 835 419	+ 183 578	+ 6,92
Arbeiter	1 930 012	2 001 034	2 011 387	2 123 622	2 306 318	+ 182 696	+ 8,60
Angestellte	1 614 522	1 586 912	1 588 411	1 636 776	1 801 854	+ 165 078	+ 10,09
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	740 333	761 113	742 829	753 486	798 351	+ 44 865	+ 5,95
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	495 315	510 865	482 127	452 968	431 792	– 21 176	– 4,67
– 55 Jahre und älter	1 059 384	1 071 672	1 085 010	1 109 671	1 198 286	+ 88 615	+ 7,99
– Deutsche	3 256 502	3 293 811	3 300 624	3 438 745	3 732 836	+ 294 091	+ 8,55
dav. Männer	894 685	916 383	924 257	1 009 913	1 146 382	+ 136 469	+ 13,51
Frauen	2 361 817	2 377 428	2 376 367	2 428 832	2 586 454	+ 157 622	+ 6,49
– Ausländer	288 059	294 149	299 174	321 654	375 336	+ 53 682	+ 16,69
dav. Männer	83 249	81 684	83 991	98 645	126 371	+ 27 726	+ 28,11
Frauen	204 810	212 465	215 183	223 009	248 965	+ 25 956	+ 11,64
– Europäische Union	67 340	66 674	65 579	67 498	75 696	+ 8 198	+ 12,15
Ostdeutschland							
Beschäftigte insgesamt	507 880	543 847	569 368	614 926	694 694	+ 79 768	+ 12,97
dav. Männer	201 402	219 987	233 836	258 007	298 090	+ 40 083	+ 15,54
Frauen	306 478	323 860	335 532	356 919	396 604	+ 39 685	+ 11,12
Arbeiter	272 307	301 088	322 620	356 682	401 561	+ 44 879	+ 12,58
Angestellte	235 555	242 757	246 748	258 244	293 133	+ 34 889	+ 13,51
dar. – Jüngere unter 25 Jahren	115 747	121 360	118 200	121 908	131 368	+ 9 460	+ 7,76
dar. Jugendliche unter 20 Jahren	63 941	66 237	59 822	56 140	52 649	– 3 491	– 6,22
– 55 Jahre und älter	185 240	190 054	192 578	194 569	208 976	+ 14 407	+ 7,40
– Deutsche	493 657	528 851	552 495	595 654	669 341	+ 73 687	+ 12,37
dav. Männer	194 813	212 894	225 712	248 299	284 917	+ 36 618	+ 14,75
Frauen	298 844	315 957	326 783	347 355	384 424	+ 37 069	+ 10,67
– Ausländer	14 223	14 996	16 873	19 272	25 353	+ 6 081	+ 31,55
dav. Männer	6 589	7 093	8 124	9 708	13 173	+ 3 465	+ 35,69
Frauen	7 634	7 903	8 749	9 564	12 180	+ 2 616	+ 27,35
– Europäische Union	1 468	1 457	1 634	1 745	2 240	+ 495	+ 28,37

Tabelle II.B.4

Gemeldetes Stellenangebot										
Jahr		Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
		Bestand	Zugang	Abgang	Bestand	Zugang	Abgang	Bestand	Zugang	Abgang
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
2001		507 141	3 765 884	3 830 773	436 280	2 744 034	2 815 476	70 860	1 021 850	1 015 297
2002		451 971	2 796 380	2 861 179	377 816	2 058 291	2 118 121	74 155	738 089	743 058
2003		354 762	2 467 309	2 529 139	291 890	1 830 190	1 884 085	62 873	637 119	645 054
2004		285 605	2 136 180	2 165 784	239 039	1 658 468	1 676 136	46 566	477 712	489 648
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	-69 157	-331 129	-363 355	-52 851	-171 722	-207 949	-16 307	-159 407	-155 406
	in %	-19,5	-13,4	-14,4	-18,1	-9,4	-11,0	-25,9	-25,0	-24,1

Tabelle II.B.5

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Ländern der EU ¹⁾ ²⁾											
Land	Veränderung in %										
	1994/93	1995/94	1996/95	1997/96	1998/97	1999/98	2000/99	2001/00	2002/01	2003/02	2004/03
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Belgien	+0,1	+1,2	-0,1	+1,4	+0,6	+2,9	+3,5	-1,9	+0,4	-0,1	+2,4
Dänemark	+0,1	+2,4	+0,7	+1,9	+0,1	+1,5	+0,2	-0,6	+0,7	-1,3	+1,5
Bundesrepublik Deutschland	-0,8	-0,2	-0,5	-1,0	+0,7	+1,6	+0,7	+0,5	-0,8	-1,0	-1,4
Griechenland	+1,6	+0,9	+1,1	-0,2	+5,3	+0,6	+1,5	+0,2	+2,2	+2,2	+1,4
Spanien	-1,1	+2,5	+2,2	+3,5	+4,0	+5,7	+5,5	+3,7	+2,3	+2,6	+2,3
Frankreich	-1,0	+1,6	+0,5	-0,2	+1,3	+1,2	+2,7	+2,4	+0,9	+0,6	-0,1
Irland	+4,8	+4,4	+3,8	+5,1	+8,9	+6,5	+5,3	+3,1	+2,4	+1,7	+2,5
Italien	-1,3	-1,0	+0,5	+0,4	+1,0	+1,2	+1,6	+2,1	+1,8	+1,4	+1,6
Luxemburg	-0,6	-1,2	+1,9	+2,4	+1,2	+3,5	+2,3	+2,8	+1,6	-0,5	-0,5
Niederlande	+1,0	+1,2	+2,2	+3,7	+3,1	+2,8	+3,4	+2,4	+1,2	-0,5	-0,6
Österreich	•	•	-1,4	-0,1	+0,6	+1,4	+0,1	+0,4	-0,7	+0,7	-1,0
Portugal	-0,9	-0,8	-0,4	+1,5	+7,8	+0,9	+1,7	+1,6	+1,0	-0,8	+0,4
Finnland	•	•	+2,6	+2,8	+2,9	+7,2	+1,4	+1,6	+0,1	-0,4	-0,5
Schweden	•	•	-1,4	-1,7	+0,6	+2,9	+1,3	+5,4	+0,1	+0,2	-0,9
Vereinigtes Königreich	+0,8	+1,1	+1,2	+1,8	+1,1	+1,3	+1,7	+1,2	+0,5	+0,9	-2,6
Europäische Union (15 Länder)	•	•	+0,6	+0,7	+1,7	+2,0	+2,0	+1,6	+0,7	+0,5	-0,2

¹⁾ Erwerbstätige zwischen 15 und 64 Jahren.

²⁾ Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Juni 2005); eigene Berechnungen.

Bei Frankreich und Österreich handelt es sich jeweils um Erhebungsergebnisse aus dem ersten Quartal, bei den anderen Staaten aus dem zweiten Quartal.

Tabelle II.B.7

Teilzeitquoten in den Ländern der EU nach Geschlecht ^{1) 2)}											
Land	Teilzeitquoten										
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Insgesamt											
Belgien	12,8	13,6	14,0	14,6	15,7	19,7	20,6	18,4	19,3	20,4	21,5
Dänemark	21,0	21,4	21,2	22,1	22,1	20,6	21,4	19,6	20,0	20,3	21,9
Bundesrepublik Deutschland	15,5	16,0	16,2	17,1	18,0	18,6	19,1	19,9	20,3	21,2	21,9
Griechenland	4,3	4,4	4,7	4,3	5,6	5,8	4,4	3,9	4,2	3,9	4,5
Spanien	6,7	7,2	7,7	8,0	7,9	8,1	7,9	8,0	7,9	8,1	8,6
Frankreich	14,7	15,5	15,9	16,7	17,2	17,2	16,8	16,3	16,1	16,6	16,4
Irland	11,3	12,0	11,6	12,3	16,5	16,6	16,6	16,4	16,3	16,7	16,6
Italien	6,1	6,4	6,5	6,9	7,3	7,8	8,7	8,9	8,5	8,5	12,4
Luxemburg	7,9	7,9	7,6	8,2	9,4	10,7	11,2	11,3	11,6	13,3	17,7
Niederlande	36,1	37,0	37,8	37,7	38,5	39,1	41,0	41,9	43,4	44,6	45,2
Österreich	•	13,3	14,4	14,5	15,4	16,5	16,7	16,9	18,7	18,3	21,7
Portugal	6,8	6,3	7,1	8,0	8,7	8,8	8,1	8,2	8,4	8,8	8,1
Finnland	•	11,4	11,2	11,1	11,3	11,9	11,9	11,6	12,1	12,5	12,8
Schweden	•	25,4	24,0	24,0	23,4	23,6	21,8	20,2	20,4	22,2	23,1
Vereinigtes Königreich	23,0	23,2	23,8	24,1	24,0	23,9	24,0	24,1	24,1	24,6	25,2
Europäische Union (15 Länder)	•	15,6	16,0	16,5	17,0	17,3	17,5	17,6	17,7	18,1	19,1
Männer											
Belgien	2,5	2,7	2,8	3,1	3,5	4,6	5,9	4,9	5,6	6,0	6,5
Dänemark	9,7	10,0	10,5	11,7	10,4	9,4	9,6	9,6	10,1	10,6	11,6
Bundesrepublik Deutschland	2,9	3,2	3,4	3,8	4,2	4,5	4,5	4,7	5,2	5,5	5,9
Griechenland	2,7	2,4	2,8	2,2	3,0	3,4	2,5	2,1	2,1	1,9	2,0
Spanien	2,4	2,5	3,0	3,0	2,9	2,9	2,7	2,6	2,5	2,5	2,6
Frankreich	4,4	4,8	5,0	5,2	5,5	5,4	5,2	4,9	4,9	5,3	5,0
Irland	4,9	5,2	4,9	5,2	7,4	7,0	6,8	6,0	6,0	6,1	5,6
Italien	2,6	2,7	2,9	3,0	3,3	3,2	3,7	3,6	3,5	3,1	4,4
Luxemburg	1,3u	1,0u	1,4u	1,0u	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,4	2,3
Niederlande	15,5	16,1	16,3	16,4	17,4	17,4	18,9	19,3	20,6	21,3	21,6
Österreich	•	3,3	3,6	3,6	4,0	4,0	4,0	3,9	4,6	4,3	5,4
Portugal	3,5	2,9	3,4	3,6	3,9	4,2	3,4	3,7	4,2	4,1	3,9
Finnland	•	7,5	7,4	7,1	6,4	7,5	7,4	7,0	7,5	7,7	8,2
Schweden	•	9,3	8,0	8,4	8,2	8,7	9,1	9,5	9,7	10,1	11,2
Vereinigtes Königreich	6,0	6,5	7,0	7,7	7,7	7,8	7,8	7,9	8,3	9,0	9,3
Europäische Union (15 Länder)	•	4,7	5,0	5,3	5,5	5,6	5,7	5,7	6,0	6,2	6,6
Frauen											
Belgien	28,4	29,8	30,5	31,4	33,3	39,9	39,8	36,8	37,7	39,4	40,9
Dänemark	34,4	35,3	34,3	34,4	35,7	33,7	34,9	31,2	31,1	31,6	33,7
Bundesrepublik Deutschland	32,9	33,5	33,3	34,9	36,1	36,9	37,7	39,0	39,2	40,4	41,3
Griechenland	7,4	7,9	8,2	7,7	10,0	9,9	7,7	6,9	7,8	7,3	8,4
Spanien	15,1	16,3	16,8	17,2	17,1	17,5	17,0	17,2	16,9	17,0	17,8
Frankreich	27,7	28,8	29,4	30,8	31,6	31,6	30,9	30,3	29,6	29,9	30,0
Irland	21,7	23,0	22,0	23,1	30,1	30,6	30,7	31,1	30,4	31,1	31,6
Italien	12,5	13,1	12,9	13,9	14,4	15,7	17,3	17,7	16,7	17,2	24,7
Luxemburg	19,4	20,3	18,4	20,1	22,3	24,7	25,8	25,7	26,4	30,3	40,2
Niederlande	65,9	67,2	68,4	67,8	67,8	68,5	70,5	71,3	72,7	74,1	74,7
Österreich	•	26,4	28,4	28,7	30,0	32,3	32,9	33,3	35,7	35,1	41,2
Portugal	10,9	10,5	11,6	13,2	14,8	14,3	13,7	13,7	13,5	14,4	13,0
Finnland	•	15,5	15,3	15,4	16,8	16,8	16,7	16,6	16,9	17,6	17,8
Schweden	•	43,0	41,5	41,2	40,5	40,1	35,7	32,2	32,3	35,1	36,0
Vereinigtes Königreich	43,8	43,7	44,3	44,3	44,2	43,7	43,8	43,8	43,3	43,6	43,6
Europäische Union (15 Länder)	•	31,1	31,3	32,1	32,8	33,2	33,3	33,4	33,1	33,7	35,0

-u = äußerst unzuverlässige Daten.

1) Teilzeitbeschäftigte in Prozent der Gesamtzahl der Erwerbstätigen.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Juni 2005).

Bei Frankreich und Österreich handelt es sich jeweils um Erhebungsergebnisse aus dem ersten Quartal, bei den anderen Staaten aus dem zweiten Quartal.

Tabelle II.B.8

Arbeitszeit in den Ländern der EU nach Geschlecht ^{1) 2)}											
Land	Arbeitsstunden pro Woche										
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Insgesamt											
Belgien	37,3	37,8	37,8	37,9	38,5	36,8	36,6	36,4	36,6	36,4	36,2
Dänemark	35,5	34,2	34,0	34,4	33,8	35,5	34,1	34,5	34,9	34,2	33,7
Bundesrepublik Deutschland	38,8	38,6	38,7	38,5	38,2	38,1	38,0	37,8	37,4	36,9	36,9
Griechenland	42,5	42,2	41,8	41,8	41,7	42,2	42,1	42,2	42,0	42,1	42,1
Spanien	38,9	38,3	37,9	38,3	38,4	39,5	38,4	38,3	38,5	37,7	38,3
Frankreich	39,9	39,7	39,6	39,2	39,3	38,9	38,4	38,1	37,6	36,8	36,7
Irland	40,6	39,9	40,4	39,7	39,5	39,1	38,7	38,3	37,7	37,2	37,0
Italien	39,2	39,3	38,7	39,2	39,2	39,1	39,1	39,2	35,7	38,9	38,4
Luxemburg	39,6	39,7	39,3	39,2	39,0	39,0	39,2	38,6	38,6	37,8	37,9
Niederlande	30,6	30,5	32,2	32,2	31,8	31,7	31,5	31,5	30,6	30,9	30,6
Österreich	•	39,8	39,7	40,2	39,7	39,6	39,4	39,4	38,9	38,8	39,4
Portugal	41,1	41,5	40,6	39,7	39,4	39,5	38,7	38,6	38,3	37,5	38,7
Finnland	•	36,8	37,5	39,3	37,7	37,5	36,8	36,4	36,7	36,0	36,5
Schweden	•	33,8	34,2	36,2	34,4	36,3	36,5	34,4	34,7	33,9	34,4
Vereinigtes Königreich	36,5	36,7	36,5	36,3	36,3	36,2	36,0	36,3	36,0	35,6	35,5
Europäische Union (15 Länder)	•	38,1	38,0	38,0	37,9	37,9	37,6	37,5	36,8	36,8	36,8
Männer											
Belgien	40,2	40,8	40,8	41,0	41,7	40,3	40,1	39,7	39,8	40,0	39,9
Dänemark	38,4	37,0	36,8	36,8	36,5	38,2	37,0	37,2	37,8	36,6	36,7
Bundesrepublik Deutschland	42,3	42,2	42,5	42,4	42,3	42,4	42,4	42,3	41,9	41,4	41,5
Griechenland	44,2	44,1	43,6	43,6	43,6	44,1	43,8	43,8	43,7	43,8	43,9
Spanien	40,3	39,9	39,5	40,0	40,2	41,4	40,3	40,2	40,4	39,6	40,3
Frankreich	43,1	42,9	42,8	42,6	42,7	42,1	41,6	41,1	40,6	39,7	39,7
Irland	44,6	44,1	44,3	43,7	43,9	43,5	43,0	42,6	41,9	41,4	41,3
Italien	41,1	41,3	40,8	41,3	41,4	41,3	41,3	41,5	38,0	41,3	41,4
Luxemburg	42,1	42,3	41,7	41,6	42,0	41,8	42,4	41,9	41,7	40,7	41,4
Niederlande	35,7	35,6	37,5	37,4	36,9	37,0	36,8	36,8	35,6	36,0	35,8
Österreich	•	42,4	42,3	42,7	42,6	42,6	42,6	42,6	42,2	42,1	43,7
Portugal	43,3	43,9	42,8	41,9	41,5	41,5	40,6	40,3	40,1	39,3	40,5
Finnland	•	39,5	40,2	42,0	40,3	40,0	39,1	38,7	39,0	38,4	38,8
Schweden	•	36,8	37,1	39,4	37,0	39,1	39,2	36,9	37,2	36,3	36,8
Vereinigtes Königreich	42,2	42,4	42,2	41,8	41,7	41,4	41,2	41,4	40,9	40,4	40,4
Europäische Union (15 Länder)	•	41,5	41,5	41,5	41,4	41,5	41,2	41,1	40,2	40,3	40,5
Frauen											
Belgien	33,0	33,4	33,3	33,4	33,9	32,0	31,8	31,8	32,3	31,6	31,4
Dänemark	31,8	30,5	30,3	31,4	30,6	32,1	30,6	31,1	31,5	31,2	30,2
Bundesrepublik Deutschland	33,9	33,5	33,5	33,1	32,7	32,4	32,3	31,9	31,7	31,2	31,2
Griechenland	39,3	38,9	38,6	38,5	38,5	39,1	39,1	39,4	39,1	39,2	39,1
Spanien	36,0	35,3	35,0	35,0	35,2	36,0	35,2	34,9	35,3	34,6	35,0
Frankreich	35,8	35,4	35,3	34,8	35,1	34,8	34,5	34,4	33,9	33,2	33,0
Irland	33,7	32,7	33,8	33,1	32,6	32,3	32,2	31,9	31,7	31,3	30,9
Italien	35,6	35,5	34,9	35,4	35,3	35,2	35,2	35,2	31,9	35,0	33,7
Luxemburg	35,4	34,8	35,0	34,9	34,0	34,5	34,2	33,7	33,9	33,4	32,5
Niederlande	22,9	22,8	24,5	24,8	24,5	24,3	24,1	24,1	23,9	24,1	23,7
Österreich	•	36,2	36,0	36,6	35,7	35,4	35,1	35,1	34,6	34,6	33,9
Portugal	38,3	38,6	37,8	36,9	36,7	37,1	36,4	36,5	36,1	35,5	36,5
Finnland	•	34,1	34,5	36,2	34,8	34,6	34,0	33,7	34,2	33,4	33,9
Schweden	•	30,3	30,9	32,4	31,3	33,1	33,3	31,3	31,7	31,0	31,5
Vereinigtes Königreich	29,2	29,3	29,4	29,3	29,3	29,6	29,5	29,8	29,8	29,6	29,6
Europäische Union (15 Länder)	•	33,1	33,1	33,0	32,9	32,9	32,7	32,6	32,1	32,1	32,0

1) Durchschnittlich tatsächlich geleistete Arbeitsstunden pro Woche in der Hauptbeschäftigung für Beschäftigte.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Juni 2005).

Bei Frankreich und Österreich handelt es sich jeweils um Erhebungsergebnisse aus dem ersten Quartal, bei den anderen Staaten aus dem zweiten Quartal.

Tabelle II.B.9

Beschäftigungsquoten Älterer in den Ländern der EU nach Geschlecht ^{1) 2)}											
Land	Beschäftigungsquoten Älterer										
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Insgesamt											
Belgien	22,4	23,2	21,7	22,0	22,5	24,7	25,0	25,2	25,7	28,0	30,1
Dänemark	50,2	49,4	47,5	51,4	50,4	54,1	54,5	56,6	57,3	60,6	61,8
Bundesrepublik Deutschland	36,3	37,8	37,9	38,2	37,7	37,8	37,4	37,7	38,4	39,4	41,4
Griechenland	39,5	40,5	40,7	40,7	39,1	38,7	39,4	38,2	39,0	41,0	39,5
Spanien	32,8	32,1	33,2	34,0	35,3	35,0	36,9	39,1	39,8	40,8	41,1
Frankreich	29,4	29,4	29,1	28,9	28,3	28,4	29,4	30,7	33,8	36,1	37,1
Irland	39,6	39,8	40,6	40,2	41,6	43,6	45,1	46,4	48,0	49,3	49,3
Italien	29,0	27,8	28,1	27,8	27,6	27,5	27,3	26,9	28,6	30,0	30,2
Luxemburg	23,3	23,3	23,8	23,8	23,8	26,2	27,9	25,6	27,9	29,5	30,4
Niederlande	29,2	28,8	30,0	31,4	33,0	35,3	37,9	39,3	42,0	44,5	44,6
Österreich	•	29,0	29,4	28,5	28,0	29,2	29,2	27,4	28,0	28,9	27,4
Portugal	45,9	45,5	46,3	46,9	50,2	50,7	51,3	50,7	51,9	51,7	50,1
Finnland	•	34,4	34,4	35,7	35,7	39,2	41,2	45,4	47,8	49,7	51,1
Schweden	•	61,9	64,1	61,7	62,7	64,5	64,3	66,2	68,2	68,6	69,0
Vereinigtes Königreich	47,4	47,5	47,8	48,5	48,3	49,5	50,5	52,2	53,3	55,6	56,2
Europäische Union (15 Länder)	•	35,8	36,1	36,4	36,4	37,0	37,5	38,4	39,8	41,5	42,3
Männer											
Belgien	33,0	34,6	32,1	32,2	32,2	35,2	35,2	35,0	35,2	38,7	39,4
Dänemark	59,7	63,1	58,5	60,9	58,6	59,9	62,1	63,1	64,1	68,0	69,3
Bundesrepublik Deutschland	48,0	48,8	47,8	47,6	47,2	46,9	46,2	46,1	47,1	47,7	49,8
Griechenland	58,1	58,9	59,2	58,9	56,0	55,2	55,7	55,0	55,3	58,3	56,4
Spanien	49,2	47,9	50,0	51,3	52,9	52,3	55,0	57,9	58,4	59,4	58,8
Frankreich	34,3	33,6	33,3	33,0	32,8	32,0	32,9	34,9	38,1	39,7	41,9
Irland	59,7	59,9	59,0	58,5	59,5	61,4	62,6	64,7	65,0	64,9	64,6
Italien	45,8	43,4	43,2	42,0	41,5	40,8	40,3	39,3	41,1	42,6	42,2
Luxemburg	33,3	33,3	33,3	33,3	33,3	33,3	38,1	33,3	36,4	40,9	37,5
Niederlande	41,2	39,9	40,7	43,0	46,2	48,8	49,9	50,5	54,9	56,9	56,5
Österreich	•	40,8	42,4	40,5	39,6	41,6	41,4	37,9	38,0	39,2	36,8
Portugal	60,7	59,0	58,5	58,2	63,9	61,7	62,1	62,2	63,0	62,3	58,8
Finnland	•	34,7	35,6	37,8	39,6	40,7	41,6	45,9	48,2	50,6	52,1
Schweden	•	65,6	66,0	63,9	65,8	67,2	67,1	68,9	70,8	71,0	71,0
Vereinigtes Königreich	56,6	56,1	57,0	58,5	58,3	59,4	59,8	61,6	62,1	65,0	65,4
Europäische Union (15 Länder)	•	47,0	47,0	47,1	47,2	47,3	47,6	48,3	49,8	51,4	52,0
Frauen											
Belgien	12,3	12,8	12,0	12,3	13,3	14,7	15,4	15,5	16,8	17,7	21,2
Dänemark	40,3	36,1	36,8	41,0	41,3	47,5	46,0	49,8	50,0	53,1	54,1
Bundesrepublik Deutschland	24,9	27,1	28,2	28,9	28,1	28,7	28,7	29,3	29,8	31,2	33,1
Griechenland	22,4	23,8	23,8	24,4	23,7	23,5	24,8	23,1	24,2	25,3	24,0
Spanien	17,7	17,5	17,5	18,1	19,1	18,9	20,0	21,4	22,3	23,4	24,5
Frankreich	24,8	25,5	25,2	25,1	24,1	25,0	26,1	26,7	29,6	32,7	32,5
Irland	19,4	19,0	21,1	21,5	23,7	25,6	27,3	28,6	30,5	33,5	34,0
Italien	13,6	13,5	14,2	14,7	14,8	15,0	15,2	15,3	16,9	18,1	18,9
Luxemburg	13,6	13,6	9,1	13,6	14,3	19,0	18,2	14,3	18,2	22,7	21,7
Niederlande	17,6	18,0	19,5	19,9	19,8	21,9	25,9	28,0	29,0	32,0	32,6
Österreich	•	18,3	17,3	17,3	17,1	17,6	17,8	17,4	18,6	19,1	18,5
Portugal	33,1	33,5	35,5	37,1	38,1	41,0	41,8	40,5	42,1	42,4	42,5
Finnland	•	33,8	33,3	33,6	32,1	38,1	40,6	45,3	47,6	48,6	50,1
Schweden	•	58,3	62,2	59,2	59,7	61,8	61,7	63,4	65,7	66,3	66,9
Vereinigtes Königreich	38,5	39,3	38,8	38,8	38,5	39,8	41,4	43,2	44,7	46,4	47,3
Europäische Union (15 Länder)	•	25,3	25,8	26,2	26,0	27,0	27,8	28,8	30,2	32,0	32,9

¹⁾ Anteil der Erwerbstätigen an der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren.

²⁾ Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Juni 2005).

Bei Frankreich und Österreich handelt es sich jeweils um Erhebungsergebnisse aus dem ersten Quartal, bei den anderen Staaten aus dem zweiten Quartal.

II. C. Arbeitslosigkeit

1. Bestand und Quoten

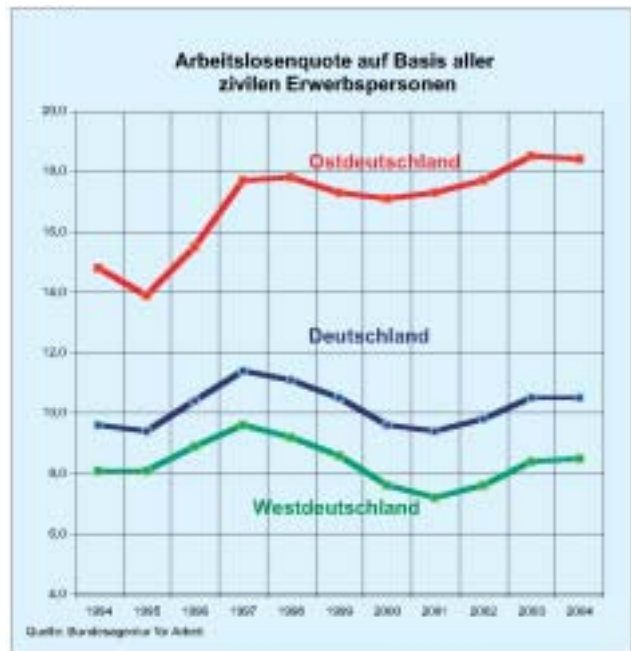
Kontinuierlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf

Eine zu schwache wirtschaftliche Belegung und eine damit zusammenhängend weiter rückläufige sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigung hat die Arbeitslosigkeit weiter steigen lassen. Im Jahresdurchschnitt 2004 waren 4.381.000 Personen arbeitslos gemeldet, 4.300 mehr als vor einem Jahr. Dieser auf den ersten Blick geringe Anstieg im Jahresdurchschnitt muss genauer interpretiert werden: Er ist zum einen der vergleichsweise günstigen Entwicklung in 2003 und dem daraus resultierenden niedrigen Ausgangsniveau zu verdanken (so genannter Unterhang-effekt). Denn von Anfang Januar bis Ende Dezember 2004 erhöhte sich die Arbeitslosigkeit um 149.200. Zum anderen muss in Betracht gezogen werden, dass durch eine gesetzliche Änderung seit Januar 2004 Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr in der Arbeitslosenzahl enthalten sind. Berücksichtigt man diese Änderungen rechnerisch auch schon für das Jahr 2003 und stellt so Vergleichbarkeit her, hat es im Jahresdurchschnitt 2004 einen Anstieg von 97.000 und im Jahresverlauf von 243.900 gegeben.

Die **Arbeitslosenquote**, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahresdurchschnitt 2004 auf 10,5%. Im Vergleich zum Vorjahr blieb sie unverändert, bei gleicher Erfassung der Arbeitslosigkeit 2003 erhöhte sie sich um 0,2 Prozentpunkte. In Ostdeutschland war die Quote mit 18,4% nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie im Westen mit 8,5%. Auf Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen liegt die jahresdurchschnittliche Quote in Deutschland mit 11,7% um 0,1 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert, ebenso wie in Westdeutschland mit nun 9,4%. In Ostdeutschland blieb diese Quote unverändert bei 20,1 (vgl. Tabelle II.A.1 und Abbildung II.C.1)

Ohne den **Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente** wäre die Arbeitslosigkeit 2004 noch stärker gestiegen. Die Instrumente wurden stärker auf die dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet; nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wurden weiterhin hohe Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen gestellt. Gleichzeitig wurde der Arbeitsmarkt in größerem Umfang durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auch kurzfristig entlastet. Zwar nahmen die jahresdurchschnittlichen Teilnehmerbestände insbesondere bei beruflicher Weiterbildung und Beschäftigung schaffenden Maßnahmen weiter ab, dem standen aber Zuwächse insbesondere bei Existenzgründungszuschüssen (Ich-AG), Personal-Service-Agenturen und den Sonderpro-

Abbildung II.C.1



grammen Jump plus und Arbeit für Langzeitarbeitslose gegenüber. Insgesamt nahm die Teilnehmerzahl in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, denen auch **kurzfristig gesamtwirtschaftlich entlastende Wirkung** zugeschrieben wird, um rund 100.000 auf 1,32 Millionen zu. Dabei werden in der Entlastungsrechnung nur solche Instrumente berücksichtigt, die allein schon durch Maßnahmeteilnahme die Arbeitslosigkeit reduzieren und deshalb als Teil der Unterbeschäftigung angesehen werden können (vgl. Kasten „Zur Entlastung arbeitsmarktpolitischer Instrumente ...“ und Tabelle II.C.2).

In Westdeutschland befanden sich 850.000 Personen in solchen entlastenden Maßnahmen, 90.000 mehr als im Vorjahr, in Ostdeutschland 475.000, 10.000 mehr. Nach wie vor ist die Stützung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – relativ gesehen – in Ostdeutschland wesentlich stärker als im Westen (vgl. Abbildung II.C.2)

Zur Arbeitslosigkeit und entlastender Arbeitsmarktpolitik als Teile der Unterbeschäftigung kommt die **Stille Reserve im engeren Sinne** (vgl. Teil I., Abbildung I.1 und Kasten „Stille Reserve“). Zu dieser Gruppe gehören u.a. Personen, die zurzeit nicht aktiv nach Arbeit suchen, bei einer besseren Arbeitsmarktlage aber wieder als Arbeitsanbieter auftreten werden. Darüber hinaus zählen hierzu auch erwerbslose Stellensuchende, die nicht bei den Agenturen für Arbeit gemeldet sind. Nach

Arbeitslose – wesentliche Merkmale

Arbeitslose sind Arbeitsuchende, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 117 – 122 SGB III)

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
- eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen,
- den Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes zur Verfügung stehen und
- sich beim Arbeitsamt persönlich arbeitslos gemeldet haben (vgl. §§ 2, 16, 323, 327 SGB III).

Im Einzelnen:

Arbeitsuchend ist, wer

- eine Beschäftigung als Arbeitnehmer mit einer Dauer von mehr als sieben Kalendertagen im In- oder Ausland sucht,
- sich wegen der Vermittlung in ein entsprechendes Beschäftigungsverhältnis beim Arbeitsamt gemeldet hat und
- die angestrebte Arbeitnehmertätigkeit ausüben kann und darf (vgl. §§ 15, 38 SGB III).

Beschäftigungslos ist, wer

- keine Beschäftigung oder nur eine weniger als 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung ausübt und
- eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung sucht, d.h. wer durch Eigenbemühungen alle Möglichkeiten zur Beendigung der Beschäftigungslosigkeit nutzt und dabei den Vermittlungsbemühungen des Arbeitsamtes zur Verfügung steht (Verfügbarkeit), also arbeitsfähig und bereit ist, eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des für ihn in Betracht kommenden Arbeitsmarktes aufzunehmen.

Nicht als Arbeitslose zählen demnach insbesondere Personen, die

- mehr als zeitlich geringfügig erwerbstätig sind,
- nicht arbeiten dürfen oder können,
- ihre Verfügbarkeit ohne zwingenden Grund einschränken,
- das 65. Lebensjahr vollendet haben,
- sich als Nichtleistungsempfänger nicht – oder regelmäßig länger als drei Monate nicht mehr – beim zuständigen Amt in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden (einschl. Leistungsempfänger gem. § 428 SGB III),
- arbeitsunfähig erkrankt sind,
- ihre Wehrpflicht bzw. ihren Zivildienst ableisten oder in Haft sind,
- Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen sowie
- arbeitserlaubnispflichtige Ausländer und deren Familienangehörige sowie Asylbewerber ohne Leistungsbezug, wenn ihnen der Arbeitsmarkt verschlossen ist.

Zum Begriff „**Erwerbslose**“ vgl. Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“ und Abbildung I.1 „Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräfte nachfrage“ Anmerkung 3 in Teil I.

Arbeitslosenquoten

Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Kräfteangebots an, indem sie die (registrierten) **Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP = Erwerbstätige + Arbeitslose)** in Beziehung setzen. Unterbeschäftigung in Form Stiller Reserve (insbesondere Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik) wird dabei also nicht berücksichtigt. Zugleich gibt es aber Arbeitslose, deren Arbeitsmarktnähe eher gering ist.¹⁾

Der Kreis der Erwerbstätigen wird unterschiedlich abgegrenzt:

1. Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen:

Alle zivilen Erwerbstätigen (alle ziv. ET) sind die Summe aus den abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Sie errechnet sich als

Arbeitslosenquote (auf der Basis aller ziv. EP) =

$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{alle ziv. ET} + \text{Arbeitslose}} \times 100$$

Diese Art der Berechnung ist im Ausland gebräuchlicher und deshalb für internationale Vergleiche geeigneter (vgl. Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquoten“). Wegen der zunehmenden Bedeutung selbständiger Erwerbsarbeit für Arbeitslose hat sie aber auch analytische Vorzüge. Seit 1994 sind Quoten auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen auch für Landesarbeitsämter und Länder verfügbar, seit 1997 für Arbeitsämter und ihre Geschäftsstellen. Entsprechende Quoten für Männer und Frauen gibt es seit 1995, allerdings nur für das Bundesgebiet und die Bundesländer.

2. Arbeitslosenquote, bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen:

Der Nenner enthält nur die **abhängigen zivilen Erwerbstätigen** (abh. ziv. ET), d.h. die Summe aus voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschl. Auszubildende), geringfügig Beschäftigten und Beamten (ohne Soldaten). Daraus errechnet sich:

Arbeitslosenquote (auf der Basis der abh. ziv. EP) =

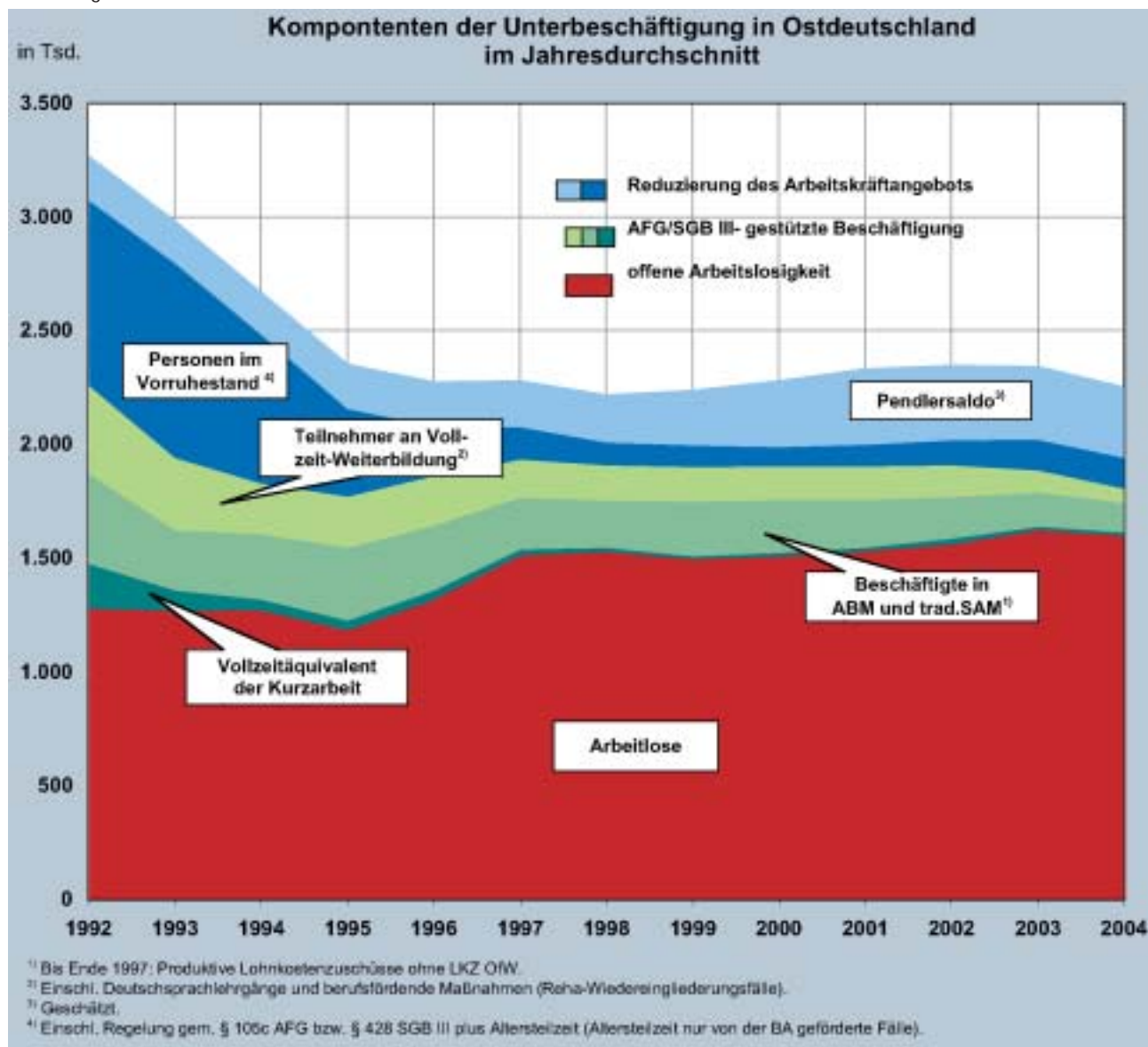
$$\frac{\text{Arbeitslose}}{\text{abh. ziv. ET} + \text{Arbeitslose}} \times 100$$

Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längere Tradition. Aus datentechnischen Gründen beziehen sich bisher die Arbeitslosenquoten einzelner Personengruppen regelmäßig nur auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Die Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird einmal jährlich – üblicherweise beginnend mit dem Berichtsmonat April – aktualisiert.

¹⁾ Vgl. Udo Brixy, Rainer Gilberg, Doris Hess, Helmut Schröder, Arbeitslosenuntersuchung – Teil II: Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen? IAB-Kurzbericht Nr. 2 vom 21.1.2002.

Abbildung II.C.2



Schätzung des IAB hat sich diese Stille Reserve i.e.S. im Jahresdurchschnitt 2004 bundesweit um 47.000 auf 1,07 Mio verringert. Im Westen gab es einen Rückgang um 26.000 auf 807.000 und im Osten um 21.000 auf 260.000.

Teil der Stillen Reserve i.e.S. sind auch Personen, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden, denn unter guten Arbeitsmarktbedingungen wären sie noch in Arbeit. So können Personen, die wenigstens 60 Jahre alt sind, nach mindestens einjähriger Arbeitslosigkeit oder zweijähriger Altersteilzeit und Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen vorgezogenes Altersruhegeld beziehen (vgl. § 237 SGB VI). Ende 2004 gab es – nach Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) – 594.200 Personen im erwerbsfähigen Alter, die von der „**Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit**“ Gebrauch machten (Ende 2003: 695.100); in Westdeutschland incl. West-Berlin

waren es 420.900, in den Neuen Ländern 173.400 (Ende 2003: 490.200 bzw. 204.900). Die dahinter stehende „verdeckte Arbeitslosigkeit“ dürfte wesentlich kleiner sein, weil der größte Teil dieser Personen auch ohne vorherige Arbeitslosigkeit vor Vollendung des 65. Lebensjahres in Rente gegangen wäre. Hinzu kommen jene Frührentner, die arbeitsmarktbedingt eine volle statt einer halben **Erwerbsminderungsrente** erhalten (vgl. § 43 Abs. 2 SGB VI i.V.m. § 224 SGB VI); 2004 wurden rd. 28.900 derartige Rentenzugänge registriert (Vorjahr: 27.600), 22.550 in Westdeutschland und 6.350 in den neuen Ländern (Vorjahr: 21.300 bzw. 6.300). Der Status als Rentner ist zwar individuell faktisch nicht mehr umzukehren, der Entzugseffekt durch den Vorruhestand ist aber unter langfristigen Gesichtspunkten sehr wohl rückgängig zu machen.

Je nachdem wie weit man den Begriff der Unterbeschäftigung fasst, ergibt sich für 2004 eine bundesweite Arbeitsplatz-

Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit

Oberstes **Ziel aktiver Arbeitsmarktpolitik** ist die dauerhafte Integration von Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung, also in eine Tätigkeit am ersten Arbeitsmarkt. Diese Eingliederungswirkungen und ihre Auswirkungen auf den Arbeitslosenbestand sind eher mittelfristig und aktuell kaum quantifizierbar. Abgesehen davon **reduzieren zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen den gesamtwirtschaftlichen Bestand an Arbeitslosen vorübergehend auch unmittelbar**, und zwar vor allem dadurch, dass zuvor arbeitslose Personen für die Dauer ihrer Teilnahme nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Nur in diesem Sinn ist hier von „Entlastungswirkung“ die Rede.

Die Entlastungswirkung ist aus analytischen Gründen von Bedeutung, nämlich besonders dann, wenn ihre Veränderung einen Beitrag zur Erklärung von (gegenläufigen) Veränderungen der Arbeitslosigkeit leistet. Darüber hinaus führt die Berücksichtigung des Entlastungsvolumens zu einer besseren Erfassung des Umfangs einer weiter abgegrenzten Unterbeschäftigung. Diese eher kurzfristigen konten- oder buchungsmäßigen Zusammenhänge zwischen arbeitsmarktpolitischer Entlastung und Arbeitslosigkeit dürfen nicht so missverstanden werden, als handele es sich dabei um eine langfristig effiziente Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus führt die Berücksichtigung des Entlastungsvolumens zu einer besseren Erfassung des Umfangs der Unterbeschäftigung.

Folgende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen werden in die Entlastungsrechnung einbezogen:

- Kurzarbeit (Kurzarbeiter mal durchschnittlichem Arbeitszeitausfall),
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, traditionelle Struktur Anpassungsmaßnahmen und Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen,
- Qualifizierung: berufliche Weiterbildung, Trainings- und Eignungsfeststellungsmaßnahmen, berufliche Weiterbildung Behinderter sowie Deutsch-Sprachkurse für Spätaussiedler, Asylberechtigte und Kontingentflüchtlinge,
- Vorruehstandsähnliche Regelungen: Inanspruchnahme des § 428 SGB III und Personen in geförderter Altersteilzeit,
- Teilnehmer an Personal-Service-Agenturen,
- Förderung der Selbständigkeit: Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) und Überbrückungsgeld,
- Sonderprogramme: Arbeit für Langzeitarbeitslose und Jump plus

Folgende Instrumente werden in der Entlastungsrechnung nicht berücksichtigt, was nichts gegen ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Eingliederung von Arbeitslosen in reguläre Beschäftigung sagt:

- **Maßnahmen der beruflichen Erstqualifizierung** von Jugendlichen spielen sich größtenteils im Vorfeld des Arbeitsmarktes ab; sie betreffen überwiegend Personen, die vorher nicht arbeitslos gemeldet waren. Insoweit kann Arbeitslosigkeit ebenfalls nicht entlastet werden. Dies gilt insbesondere für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, die Berufsausbildung Benachteiligter, die berufliche Ersteingliederung Behinderter sowie für große Teile des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Ob sich diese Jugendlichen ohne eine derartige Maßnahme (kurzfristig) arbeitslos gemeldet hätten, lässt sich nicht sagen.
- Daneben gibt es finanzielle Hilfen zur **direkten Eingliederung Arbeitsloser in abhängige reguläre Beschäftigung**. Insbesondere bei Eingliederungszuschüssen werden großenteils Schwervermittelbare gefördert, die andernfalls kaum eine Chance hätten. Die finanzielle Förderung ist also häufig Ausgleich für eine (vermutete) Minderleistung. Deshalb dürfte auf diese Weise keine zusätzliche Beschäftigung entstehen, d.h. ohne diese Hilfen wären vermutlich Arbeitnehmer ohne Vermittlungshemmnis eingestellt worden (Substitutionseffekt). Vielleicht wäre es in dem einen oder anderen Fall aber auch ohne diese Zuschüsse zur Einstellung förderungsfähiger Arbeitsloser gekommen (Mitnahmeeffekt) oder (leistungsschwache) Beschäftigte wären freigesetzt worden (Drehtüreffekt).
- Schließlich bestehen zahlreiche Maßnahmen zur Förderung regulärer Beschäftigung ausschließlich oder großenteils in **einmaligen Hilfen**, sodass sich Bestands- und damit Entlastungsgrößen nicht angeben lassen. Dies gilt – abgesehen von den (normalen) Arbeitsvermittlungen – insbesondere für die Unterstützung der Beratung und Vermittlung sowie für Mobilitätshilfen (z.B. Übernahme von Bewerbungs-, Reise- und Umzugskosten), großenteils aber auch für die **Freie Förderung** gem. § 10 SGB III.

Kurz: Manche Maßnahmen werden in die Entlastungsrechnung nicht einbezogen, weil sie die Arbeitslosigkeit nur wenig oder in kaum quantifizierbarem Umfang entlasten. Andererseits sind Substitutions- oder Mitnahmeeffekte auch bei den berücksichtigten Maßnahmen nicht völlig auszuschließen. Schließlich: Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen darf nicht mit Arbeitsmarktpolitik insgesamt gleichgesetzt werden (vgl. Tabellen II.E.1 und 2).

In die „Entlastung durch **arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**“ der Bundesagentur nicht einbezogen sind schließlich Bezieher von vorgezogenem Altersruhegeld (vgl. § 237 SGB VI) oder Erwerbsunfähigkeitsrenten (vgl. § 43 SGB VI), auch wenn diese Frühverrentungen arbeitsmarktbedingt sind; allerdings werden sie nachrichtlich ausgewiesen.

Stille Reserve

Das Kräfteangebot (Erwerbspersonenpotenzial) setzt sich zusammen aus den Erwerbstätigen (Beschäftigten), den Arbeitslosen (Erwerbslosen) und der sog. **Stillen Reserve** (vgl. Abbildung I.1). Zur Stillen Reserve gehören insbesondere:

- Personen, die beschäftigungslos sind und Arbeit suchen, ohne bei den Arbeitsämtern als Arbeitslose registriert zu sein,
- Personen, die die Arbeitsuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden,
- Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in Warteschleifen des Bildungs- und Ausbildungssystems und
- Personen, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben geschieden sind.

Während Erwerbstätige und Arbeitslose in amtlichen Statistiken erfasst werden, muss die Stille Reserve geschätzt werden. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Methoden. So wird die Stille Reserve mit Hilfe ökonomischer Modelle ermittelt; diesen Ansatz verfolgt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Oder die Stille Reserve wird anhand von Bevölkerungsbefragungen geschätzt.¹⁾

Zum Teil handelt es sich bei der Stillen Reserve um (beschäftigungslose) Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Hierzu lassen sich Angaben aus Geschäftsstatistiken gewinnen. Zieht man von der Stillen Reserve insgesamt diese **Stille Reserve in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen** ab, gelangt man zur **Stillen Reserve im engeren Sinne**. Insbesondere dieser Teil lässt sich nicht genau quantifizieren. Der Schätzcharakter der Größe der Stillen Reserve darf insbesondere dann nicht übersehen werden, wenn die Zahlen der Arbeitslosen und der Personen in der Stillen Reserve zu einer „Unterbeschäftigung insgesamt“ addiert werden.

¹⁾ Vgl. im Einzelnen Johann Fuchs, Erwerbspersonenpotenzial und Stille Reserve – Konzeption und Berechnungsweise, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (BeitrAB 250) Nürnberg 2002, S. 79 ff. Christian Brinkmann, Wolfgang Klauder, Lutz Rheyer, Manfred Thon, Methodische und inhaltliche Aspekte der Stillen Reserve, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), Heft 4, 1987, S. 387 ff. Elke Holst, Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt. Größe – Zusammensetzung – Verhalten, Berlin 2000.

lücke von 4,38 Mio (nur registrierte Arbeitslose) bis zu 6,80 Mio (registrierte Arbeitslose + Stille Reserve im engeren Sinne + Stille Reserve in Maßnahmen + „zweiter Arbeitsmarkt“ und Kurzarbeit im Vollzeit-Äquivalent + die Selbständigkeit fördernde Maßnahmen), im Vergleich zu 4,377 Mio bzw. 6,66 Mio im Vorjahr.¹⁾ In Westdeutschland reicht die Spanne 2004 von 2,78 Mio bis zu 4,43 Mio, in Ostdeutschland von 1,6 Mio bis zu 2,36 Mio.

Die jeweils betroffenen Personen stehen allerdings unterschiedlich nahe am Arbeitsmarkt. Untersuchungen des IAB zeigen, dass im Frühjahr 2000 etwa ein Fünftel der registrierten

Arbeitslosen „ohne klare Orientierung“ und „übergangsorganisiert“ waren und nicht intensiv nach Arbeit suchten.²⁾ Diese Personen sind mehrheitlich nur noch schwer zu aktivieren.

Die Arbeitslosigkeit hat sich im Jahr 2004 bei **Frauen** nicht mehr besser entwickelt, als bei **Männern**. Im Jahr 2004 waren

Arbeitslosigkeit von Personengruppen

1,93 Mio Frauen arbeitslos gemeldet, 0,1% mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl der männlichen Arbeitslosen stieg um 0,1% auf 2,45 Mio. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote der Frauen bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen betrug 10,1%, im Vergleich zu 11,0% bei den Männern. Damit ging auch der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen erstmals seit 2000 nicht mehr zurück, sondern verharrte bei 44,1%. Die Situation in West- und Ostdeutschland stellt sich bei der Frauenerbeitslosigkeit weiterhin sehr unterschiedlich dar: In Westdeutschland war die Frauenerbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) mit 7,8% niedriger als die der Männer (9,0%). In Ostdeutschland lagen die Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern mit 18,4% bzw. 18,5% auf fast gleichem Niveau, waren aber mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Die relativ höhere Betroffenheit der Frauen in Ostdeutschland zeigt sich auch am Anteil an allen Arbeitslosen. Dieser liegt dort bei 47,4%, während er in Westdeutsch-

Abbildung II.C.3



¹⁾ Vgl. zum Konzept: Hans-Uwe Bach, Eugen Spitznagel: Gesamtfiskalische Modellrechnungen – Was kostet und die Arbeitslosigkeit? iab-Kurzbericht Nr. 2 vom 21.7.2003.

²⁾ Vgl. Udo Brixy u.a.: Arbeitslosenuntersuchung – Teil II, Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen, iab-Kurzbericht Nr. 2 vom 21.01.2002.

land nur bei 42,2% liegt. Eine Erklärung hierfür liefert die vergleichsweise hohe Erwerbsquote von Frauen in Ostdeutschland. Relativ gesehen haben mehr Frauen in Ostdeutschland den Wunsch erwerbstätig zu sein als im Westen. Diesem Wunsch stehen aber nicht ausreichend Arbeitsplätze gegenüber.

Die Arbeitslosigkeit von Personen, die eine **Teilzeitbeschäftigung** suchten, hat sich 2004 leicht verringert. Im Jahresdurchschnitt wünschten 390.600 Arbeitslose ausschließlich eine Teilzeitarbeit, dies ist ein knappes Prozent weniger als 2003. Gleichzeitig nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Teilzeitkräfte zu, so dass sich dieser Arbeitsmarktsegment leicht entspannt hat. Von den Teilzeitarbeitslosen waren 95% weiblich; unverändert 19% aller arbeitslosen Frauen suchten somit eine Teilzeitbeschäftigung, bei den Männern liegt der entsprechende Anteil unverändert bei 0,8% (vgl. Anhang, Tabelle III.D.6). Teilzeitarbeitslosigkeit spielt in Westdeutschland eine deutlich größere Rolle als in Ostdeutschland; 27% der im Westen arbeitslosen Frauen wollten im Jahr 2004 Teilzeit arbeiten, im Vergleich zu nur 7% im Osten. Der Anteil der teilzeitarbeitslosen Männer war in West- und Ostdeutschland mit 0,9% bzw. 0,5% gleichermaßen von geringer Bedeutung.

Im Gegensatz zu Arbeitslosigkeit insgesamt ist die Zahl arbeitsloser **Jugendlicher** (unter 25 Jahren) zurückgegangen, und zwar jahresdurchschnittlich um 2% auf 504.300. Dabei hat sich die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe der 15- bis unter 20-Jährigen beträchtlich verringert (-11% auf 75.100), während der Rückgang bei den 20- bis unter 25-Jährigen nur marginal war (-1% auf 429.300). Die **Arbeitslosenquote für Jüngere unter 25 Jahren** (auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen) war mit 9,9% weiterhin kleiner als die Gesamtquote (11,7%), allerdings lag die Quote der 20- bis unter 25-Jährigen mit 12,9% darüber und die der 15- bis unter 20-Jährigen mit 4,2% deutlich darunter.

Der jahresdurchschnittliche Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit war in Ostdeutschland mit 3% (-5.900 auf 181.800) relativ stärker als in Westdeutschland (-5.900 auf 322.500) mit 1,8%. Die Arbeitslosenquote Jüngerer ist im Osten mit 16,2% nach wie vor doppelt so groß wie im Westen mit 8,1%. Allerdings ist sie West wie Ost niedriger als die Gesamtquote (9,4% bzw. 20,1%).

Auch die Zahl **älterer Arbeitsloser** hat sich etwas verringert, sie liegt 1% unter der des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt 2004 gab es 1,08 Mio Arbeitslose ab 50 Jahre. Allerdings war die Entwicklung in den Altersklassen unterschiedlich: So hat die Arbeitslosigkeit der 55-Jährigen und älteren weiter stark abgenommen (-9% auf 483.300), während die der 50- bis unter 55-Jährigen gestiegen ist (+6% auf 596.700). Für die Abnahme bei den 55- bis unter 65-Jährigen spielte die stark zunehmende Inanspruchnahme der Regelung des § 428 SGB III eine wichtige Rolle (jahresdurchschnittlich: +7% auf 395.400). Gleichzeitig gab es aber auch eine Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowohl bei den 50- bis unter 55-Jährigen als auch bei den 55- bis unter 65-Jährigen (s.o.; vgl. auch Anhang, Tabelle IV.E.3b).

Die Zahl arbeitsloser **Schwerbehinderter** ist 2004 wie schon im Vorjahr angewachsen, nachdem sie in den Jahren davor deutlich abgenommen hatte. Im Jahresdurchschnitt waren 173.900 Schwerbehinderte arbeitslos gemeldet, 4% mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Schwerbehinderten an allen Arbeitslosen ist damit seit zwei Jahren leicht auf 4% angestiegen.

Die Arbeitslosigkeit der **Spätaussiedler** war auch im Jahr 2004 rückläufig. Im Jahresdurchschnitt waren 55.500 Spätaussiedler arbeitslos gemeldet, 5% weniger als 2003. Dies beruht auch auf den seit Jahren rückläufigen Zuzugszahlen. Weiterhin von Bedeutung ist wohl, dass die Ansprüche von Spätaussiedlern hinsichtlich der monetären und nicht monetären Beschäftigungsbedingungen vergleichsweise niedrig sein dürften und Arbeitsaufnahmen durch landsmannschaftliche Verbindungen unterstützt werden.

Ausländer sind nach wie vor wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Ihre Arbeitslosenquote (auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen) blieb im Jahresdurchschnitt mit 20,5% weiterhin fast doppelt so groß wie die der Deutschen (11,7%). Die Zahl arbeitsloser Ausländer erhöhte sich im Berichtsjahr nur leicht um 0,3% auf 549.900 und damit nur unwesentlich stärker als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen liegt unverändert bei 13%. Allerdings war dieser Anteil in Westdeutschland mit 17% deutlich größer als in Ostdeutschland mit 5%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anteil für die ostdeutschen Länder noch geringer wäre, würden hier nicht die arbeitslosen Ausländer in West-Berlin mitgezählt. Auffällig ist der geringe Frauenanteil bei den arbeitslosen Ausländern (37,7%; Deutsche: 46,5%; vgl. Anhang Tabelle III.E.8a), was mit der geringeren Erwerbsbeteiligung von ausländischen Frauen zusammenhängt. Ein Blick auf die Qualifikationsstruktur der ausländischen Arbeitslosen zeigt, dass deren überproportionale Betroffenheit von Arbeitslosigkeit u.a. strukturelle Ursachen hat. Hatten insgesamt in Deutschland Ende September 2004 28% der deutschen Arbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung, so gehörten 73% der arbeitslosen Ausländer zur Kategorie der Geringqualifizierten.

Das Niveau der Arbeitslosigkeit stagnierte in Deutschland insgesamt, doch gab es kleinere Unterschiede zwischen den

Unterschiede in den Regionen

Regionen, die sich v.a. im Vorzeichen bemerkbar machen. So ist in vielen westdeutschen Ländern die Arbeitslosigkeit leicht gestiegen (insgesamt um 1,0%), während die Zahl der Arbeitslosen in allen ostdeutschen Ländern abnahm (insgesamt um 1,5%). Die stärksten Zuwächse gab es in Hessen (+3,6%), Nordrhein-Westfalen (+2,1%) und Schleswig-Holstein (+1,3%), die auffälligsten Rückgänge in Westdeutschland verzeichneten das Saarland (-3,7%) und Hamburg (-2,4%). In Ostdeutschland sank die Arbeitslosigkeit in allen Bundesländern außer Mecklenburg-Vorpommern (+0,7%), am stärksten in Berlin (-2,8%; vgl. Anhang Tabelle III.B.2). Die im Vergleich zum Westen günstigere Entwicklung in den ostdeutschen Län-

dem hängt v.a. mit anhaltender Abwanderung nach Westdeutschland zusammen.

Nach wie vor gravierend sind die regionalen Unterschiede im **Niveau der Arbeitslosigkeit**. Es besteht ein Ost-West-Gefälle zuungunsten Ostdeutschlands, zudem ist tendenziell ein Nord-Süd-Gefälle zu beobachten. Am niedrigsten lag die Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg und Bayern (6,2% bzw. 6,9%). Unter den westdeutschen Ländern hat Bremen die höchste Quote (13,3%). Damit liegt die Arbeitslosigkeit dort aber immer noch deutlich unter den Quoten von Thüringen und Berlin, die von den ostdeutschen Ländern die kleinsten Quoten aufweisen (16,7% bzw. 17,6%). Am größten waren die Quoten in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (20,3% bzw. 20,5%; vgl. Anhang Tabelle III.B.4).

2. Zugänge in Arbeitslosigkeit

Mehr Zugänge aus Erwerbstätigkeit

Im Jahresverlauf wurden 8,18 Mio **Arbeitslosmeldungen** registriert, das waren 556.900 oder 7% mehr als 2003. Dabei

war der Anstieg in Ostdeutschland etwas stärker als in Westdeutschland (+7,7% bzw. 7,1%; vgl. Tabellen II.C.4 und 5). Der Anstieg beruht allerdings vor allem darauf, dass seit Januar 2004 erstmals auch Arbeitslosmeldungen aus Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen erfasst werden und deshalb der Vorjahresvergleich in der Kategorie Zugänge aus Ausbildung/Qualifizierung nach oben verzerrt ist (s. u.).

Der anhaltende Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung spiegelt sich darin wider, dass die **Zugänge aus Erwerbstätigkeit** (ohne betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung) größer waren als vor einem Jahr (+3% auf 4,22 Mio), vor allem im Osten (+5%; West: +2%). Besonders auffällig ist in dieser Kategorie der Anstieg bei den Arbeitslosmeldungen von zuvor Selbständigen/Mithelfenden (+16% auf 146.500), gerade in Westdeutschland (+19% auf 104.200).

Der Anstieg bei den Arbeitslosmeldungen aus vorheriger Erwerbstätigkeit beruht ausschließlich auf mehr Zugängen aus dem **Tertiären Sektor** (+6% auf 2,67 Mio; vgl. Anhang Tabelle III.A.5). Die relativ größten Zuwächse verzeichneten dort Erziehung und Unterricht (+47%), unternehmensnahe Dienstleistungen (+13%) sowie das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (+8%). Arbeitslosmeldungen aus dem **Baugewerbe** waren nur wenig größer als vor einem Jahr (+3% auf 0,71 Mio); dies spiegelt – bei anhaltend schwacher Branchenkonjunktur – auch das stark reduzierte Beschäftigungsniveau wider. Zugänge aus dem **Verarbeitenden Gewerbe** waren insgesamt im Vergleich zum Vorjahr erstmals wieder rückläufig (–7% auf 0,62 Mio), allerdings mit bemerkenswerten Unterschieden. Leichten Zunahmen beim Fahrzeugbau (+1%) und dem Ernährungsgewerbe (+1%), standen teilweise deutliche Abnahmen bei der Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen (–9%), im Maschinenbau (–10%) und im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (–15%) gegenüber.

Zugang an Arbeitslosen			
Status vor Arbeitslosmeldung	im Jahr 2004	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
		absolut	in %
Deutschland			
Insgesamt	8.179.300	+556.900	+7,3
davon aus:			
Erwerbstätigkeit	4.218.500	+119.600	+2,9
Ausbildung	1.118.900	+459.500	+89,9
sonstige Nichterwerbstätigkeit	2.838.500	-23.900	-0,8
Westdeutschland			
Insgesamt	5.535.600	+367.400	+7,1
davon aus:			
Erwerbstätigkeit	2.855.700	+48.700	+1,7
Ausbildung	688.100	+310.500	+82,2
sonstige Nichterwerbstätigkeit	1.985.600	+7.100	+0,4
Ostdeutschland			
Insgesamt	2.643.700	189.500	+7,7
davon aus:			
Erwerbstätigkeit	1.360.800	+70.900	+5,5
Ausbildung	428.800	149.000	+53,2
sonstige Nichterwerbstätigkeit	851.900	-31.000	-3,5

Die **Zugänge in Arbeitslosigkeit** in der Kategorie **Ausbildung/Qualifizierung** stiegen rechnerisch um 70%. Sie enthalten aber auch die erstmalig erfassten Arbeitslosmeldungen aus Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die jedoch zurzeit nicht gesondert ausgewiesen werden können. Aus diesem Grund ist der Vorjahresvergleich bei Zugängen aus Ausbildung/Qualifizierung insgesamt und auch in den dazugehörigen Einzelkategorien verzerrt und die Aussagekraft deshalb gering. Von Januar bis Dezember beendeten ca. 1,20 Mio Personen eine Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahme. Auswertungen zum Verbleib der Absolventen von Juni 2003 bis Juli 2004 zeigen, dass einen Monat nach Maßnahmente 38% nicht mehr arbeitslos waren. Die Zugänge nach Ausbildung oder Qualifizierung (ohne Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen) dürften niedriger ausgefallen sein als im Vorjahr.

Die Arbeitslosmeldungen nach **sonstiger Nichterwerbstätigkeit** waren etwas weniger zahlreich (–1% auf 2,84 Mio), trotz mehr Rückmeldungen nach Arbeitsunfähigkeit (+94.100 auf 1,04 Mio) und – vor allem auf das Jahresende zu – mehr Meldungen auf Veranlassung des Sozialhilfeträgers (+20.700 auf 227.400). Hier zeigten sich schon erste statistische Vorböten der Einführung des SGB II mit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe im Januar 2005. Bereits gegen Ende des Jahres 2004 meldeten sich nennenswert mehr erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger bei den Agenturen für Arbeit, die dort vorher noch nicht registriert waren.

Die Arbeitslosmeldungen entwickelten sich bei **Männern** und **Frauen** relativ ähnlich. So haben sich 2004 die Zugänge in

Arbeitslosigkeit um je 7% erhöht. Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosmeldungen blieb konstant bei 41%. Die Zugänge nach Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung) haben sich bei Frauen nur etwas weniger erhöht als bei Männern (+2% bzw. +4%). In der statistisch verzerrten Kategorie Ausbildung stiegen die Zugänge bei den Männern stärker als bei den Frauen (+75% bzw. +64%), wohl wegen mehr Zugängen aus Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. Einen signifikanten Unterschied gibt es bei den Meldungen auf Veranlassung des Sozialhilfeträgers: Hier stiegen die Zugänge bei Frauen um 18%, bei Männern nur 4%. Offensichtlich meldeten sich aufgrund der anstehende Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe besonders erwerbsfähige Sozialhilfeempfängerinnen bei einer Agentur für Arbeit arbeitslos.

3. Abgang aus Arbeitslosigkeit

Weniger Aufnahmen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, aber mehr Existenzgründungen

Die **Abmeldungen aus Arbeitslosigkeit** waren 2004 deutlich größer als im Jahr zuvor. Im Verlauf des Jahres beendeten 8,03 Mio Personen ihre Arbeitslosigkeit,

7% oder 496.300 mehr als 2003. Dabei war der Anstieg im Westen etwas stärker als im Osten (+7% bzw. +6%; vgl. Tabellen II.C.4 und 6). Auch hier hängt die Zunahme mit der neuen Erfassung von Abgängen in Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen zusammen (958.100).

Abgang an Arbeitslosen			
Abgangsgründe	im Jahr 2004	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	
		absolut	in %
Deutschland			
Insgesamt	8.030.100	+496.300	+6,6
darunter in:			
Erwerbstätigkeit	3.106.400	-14.200	-0,5
Ausbildung	1.361.200	+876.700	+190,9
sonstige Nichterwerbstätigkeit	2.858.800	-375.700	-11,6
Westdeutschland			
Insgesamt	5.425.600	+359.500	+7,1
darunter in:			
Erwerbstätigkeit	2.044.900	+12.100	+0,6
Ausbildung	910.800	+593.500	+187,1
sonstige Nichterwerbstätigkeit	2.017.100	-203.000	-9,1
Ostdeutschland			
Insgesamt	2.604.500	136.800	+5,5
darunter in:			
Erwerbstätigkeit	1.051.500	-26.300	-2,4
Ausbildung	450.500	283.200	+169,3
sonstige Nichterwerbstätigkeit	851.700	-172.700	-18,9

Die Abmeldungen in **Erwerbstätigkeit** (ohne betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung) waren etwas kleiner als vor einem Jahr, bei deutlich weniger Aufnahmen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (-91.700 auf 2,71 Mio), aber mehr Existenzgründungen (+92.200 auf 347.800), von denen 237.300 mit Existenzgründungszuschüssen und Überbrückungsgeld unterstützt wurden. Dies spiegelt auch das zu geringe Angebot an abhängiger regulärer Beschäftigung wider.

Die Abgänge von Arbeitslosen in **schulische, betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung (ohne Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen)** verringerte sich (-81.400 auf 403.200). Maßgebend dafür waren weniger Eintritte in berufliche Weiterbildung (einschließlich Deutsch-Sprachlehrgänge), die um 25% zurückgingen (-64.100 auf 189.300) aber auch weniger Übergänge in Schule oder Studium (-17.000 auf 167.700).

Abgänge in **sonstige Nichterwerbstätigkeit** wurden deutlich weniger gezählt (-375.800 auf 2,87 Mio), und zwar vor allem, weil nicht mehr so viele Personen wegen Arbeitsunfähigkeit, Inanspruchnahme einer vorruhestandsähnlichen Regelung, fehlender Verfügbarkeit bzw. Mitwirkung oder wegen eines Umzugs in einen anderen Arbeitsagenturbezirk zumindest zeitweise die Arbeitslosigkeit beendeten.

Die Abmeldungen von **Frauen** aus der Arbeitslosigkeit haben 2004 nur etwas weniger zugelegt als die von **Männern** (+6% auf 3,29 Mio bzw. +7% auf 4,74 Mio); ihr Anteil an allen Abmeldungen blieb damit konstant bei 41%. Auch in den einzelnen Kategorien entwickelten sich die Abgänge aus Arbeitslosigkeit zwischen Männern und Frauen recht ähnlich. Die Beendigung der Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (ohne betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung) waren bei Männern leicht rückläufig (-1% auf 2,01 Mio) während etwas mehr Frauen als vor einem Jahr ihre Arbeitslosigkeit so beendeten (+0,5% auf 1,10 Mio).

Die **Wiederbeschäftigungsquote** als Anteil der Abgänge in Erwerbstätigkeit an allen Abgängen war 2004 deutlich rückläufig. Sie sank um 2,7 Prozentpunkte auf 38,7%. Dabei ist allerdings ein Basiseffekt zu beachten. Da nun erstmals Abgänge in Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen erfasst werden steigt die Bezugsgröße an und die Quote geht zurück. Dieser Effekt war bei den Männern stärker, da mehr Männer die Arbeitslosigkeit durch den Beginn einer Trainingsmaßnahme beendeten. Hier ging die Wiederbeschäftigungsquote um 3,5 Prozentpunkte, bei Frauen nur um 1,8 Prozentpunkte zurück. Allerdings liegt sie bei Frauen mit 33% immer noch beträchtlich unter der der Männer mit 42%.

Die Abgänge in sonstige Nichterwerbstätigkeit wiesen keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf, die Abgänge in Ausbildung waren verzerrt, was sich, wie beschrieben, bei den Männern stärker auswirkte.

4. Dauer der Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit

Die **abgeschlossene Dauer** der Arbeitslosigkeit hat sich 2004 etwas erhöht, allerdings nur bei den Männern. Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf beendeten, waren

durchschnittlich 38,1 Wochen arbeitslos, im Vergleich zu 37,6 Wochen im Jahr zuvor. **Frauen** weisen zwar mit 41,4 Wochen immer noch eine deutlich längere abgeschlossene Arbeitslosendauer auf als **Männer** mit 36,0 Wochen. Allerdings sank das Verbleibsrisiko bei Frauen 2004 um eine Woche, während es bei Männern um zwei Wochen stieg. Dabei ist der Rückgang bei den Frauen allein auf Westdeutschland zurückzuführen; dort sank die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit von Frauen um 3,3 Wochen auf 36,3 Wochen, während sie in Ostdeutschland um 3,6 Wochen auf 51,9 Wochen anstieg (Männer: West: +1,2 auf 34,9; Ost: +3,7 auf 38,4). Von den 8,03 Mio Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Verlauf des Jahres beendeten, waren 37% längstens drei Monate arbeitslos, 23% zwischen drei Monaten und einem halben Jahr und 19% zwischen einem halben und einem vollen Jahr; 21% waren länger als ein Jahr arbeitslos. In Ostdeutschland dauerte die durchschnittliche Arbeitslosigkeit mit 43,9 Wochen deutlich länger als in Westdeutschland mit 35,4 Wochen (vgl. Tabelle II.C.7). Dabei verkürzte sich 2004 die Dauer im Westen leicht um eine gute halbe Woche, während sie sich in Ostdeutschland deutlich um 3,6 Wochen verlängerte.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich deutlich erhöht, und zwar **Jahresdurchschnittlich** um 10% auf 1,68 Mio. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen ist von 34,8% auf 38,4% gestiegen. Damit war 2004 deutlich mehr als jeder dritte Arbeitslose länger als ein Jahr arbeitslos. Etwas stärker war das Plus bei den Männern (+12% auf 899.200), der Anteil der Langzeitarbeitslosen stieg dort von 32,8% auf 36,7%. Bei Frauen betrug die Zunahme 9% auf 781.900, der Langzeitarbeitslosen-Anteil erhöhte sich von 37,2% auf 40,5%. Nach wie vor sind Frauen häufiger langzeitarbeitslos als Männer.

In Ostdeutschland sind – relativ gesehen – deutlich mehr Arbeitslose von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als im Westen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen beläuft sich dort auf 43,6%, im Vergleich zu 35,3% im Westen. Allerdings war der Zuwachs an Langzeitarbeitslosen 2004 in Ostdeutschland mit 7,6% geringer als im Westen mit 12,7%. Bemerkenswert ist auch die unterschiedliche Betroffenheit von Männern und Frauen von Langzeitarbeitslosigkeit: Während in Westdeutschland eine deutliche Mehrheit der Langzeitarbeitslosen männlich ist (59%), so ist es in Ostdeutschland genau umgekehrt: Hier sind 54% der Arbeitslosen, die schon länger als ein Jahr auf Jobsuche sind, weiblich.

5. Arbeitslosigkeit und Geldleistungen

Knapp vier Fünftel der Arbeitslosen erhalten Lohnersatzleistungen

Im Jahresdurchschnitt 2004 erhielten 3,48 Mio Arbeitslose die Entgelterersatzleistung Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Anschluss-Unterhaltsgeld, 1 Prozent mehr als vor einem Jahr (vgl. Tabelle II.C.9). Dabei gab es bei Arbeitslosenhilfebeziehern einen deutlichen Anstieg, während die Zahl der arbeitslosen Arbeitslosengeldempfänger ebenso deutlich abnahm (+8% auf

Dauer der Arbeitslosigkeit

Für die Ermittlung der Länge einer Arbeitslosigkeitsperiode gibt es unterschiedliche methodische Konzepte:

1. die abgeschlossene Dauer

Dies ist die Zeitspanne zwischen Beginn und Ende einer Arbeitslosigkeitsperiode. Ermittelt oder berechnet man sie für bestimmte Personengruppen, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums ihre Arbeitslosigkeit beendeten, kann diese durchschnittliche Dauer als Risiko des Verbleibs in Arbeitslosigkeit interpretiert werden.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit kann aus der Abgangserhebung ermittelt werden. Dabei wird bei der Abmeldung die jeweilige Dauer des Verweilens in der Arbeitslosigkeit (in Wochen oder Monaten) festgestellt. Bis 1998 waren entsprechende Daten nur aus der Juni-Erhebung verfügbar, die möglicherweise saisonal oder anderweitig verzerrt und damit nicht unbedingt repräsentativ für alle Abgänge eines Jahres sind. Seit Januar 2000 liegt die Abgangserhebung, auch für das Jahr 1999, ganzjährig für alle Monate vor. Weil damit auch ein Vorjahresvergleich auf der Grundlage von Jahressummen möglich ist, wird seitdem die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit auf dieser Grundlage ausgewiesen.

Näherungsweise errechnet sich die – in Wochen gemessene – mittlere Verweildauer mit Hilfe der sog. Umschlagsformel wie folgt:

$$\frac{\text{Jahresdurchschnittlicher Bestand an Arbeitslosen}}{\frac{\text{Jahressumme der Zugänge in + Abgänge aus Arbeitslosigkeit}}{2}} \quad \times 52$$

Liegen ausnahmsweise nur Zugänge – wie bei den Leistungsempfängern – oder nur Abgänge vor, wird der Nenner dieser Formel durch eine dieser beiden Bewegungsgrößen ersetzt.

Diese Berechnung setzt allerdings voraus, dass mit der Abmeldung eines Arbeitslosen eine Arbeitslosigkeitsperiode tatsächlich beendet wird. Bei bestimmten kürzeren Unterbrechungen der Arbeitslosigkeit – z.B. wegen Krankheit von weniger als sechs Wochen oder einer kürzeren, aber der Verfügbarkeit entgegenstehenden Ortsabwesenheit – werden jedoch Bewegungen aus und in Arbeitslosigkeit nachgewiesen, ohne dass nach der Unterbrechung der Beginn der Arbeitslosigkeit neu festgesetzt wird. In Folge dessen ist die mit der Umschlagsformel berechnete Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell niedriger als die erhobene.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit kann auch durch gesetzliche Regelungen beeinflusst werden. Z.B. hat die mit dem SGB III eingeführte dreimonatige persönliche Meldepflicht für bestimmte Gruppen von Leistungsempfängern (ab 1.1.1998) dazu geführt, dass ein arbeitsloser Leistungsempfänger bei Nichterneuerung der Meldung aus der Arbeitslosigkeit abgemeldet wurde. Hat der Arbeitslose danach seine persönliche Meldung erneuert, begann eine neue Arbeitslosigkeitsperiode. Somit hat diese gesetzliche Regelung die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell verkürzt. Nach Aufhebung dieser Bestimmung mit dem Zweiten Änderungsgesetz zum SGB III (ab 1.8.1999) hat sich – umgekehrt – die Dauer der Arbeitslosigkeit tendenziell wieder erhöht.

Neben der abgeschlossenen Dauer der Arbeitslosigkeit wird bei Arbeitslosen im Bestand auch deren bisherige Verweilzeit gemessen, d.h.

2. die nicht abgeschlossene Dauer (bisherige Dauer)

Dabei handelt es sich um die Zeit der Arbeitslosigkeit, die bis zu einem Stichtag zurückgelegt ist. Weil Personen mit längerer Arbeitslosigkeitsdauer im Arbeitslosenbestand überrepräsentiert sind, ist dieses Konzept ungeeignet, das durchschnittliche Verweilrisiko zu quantifizieren.

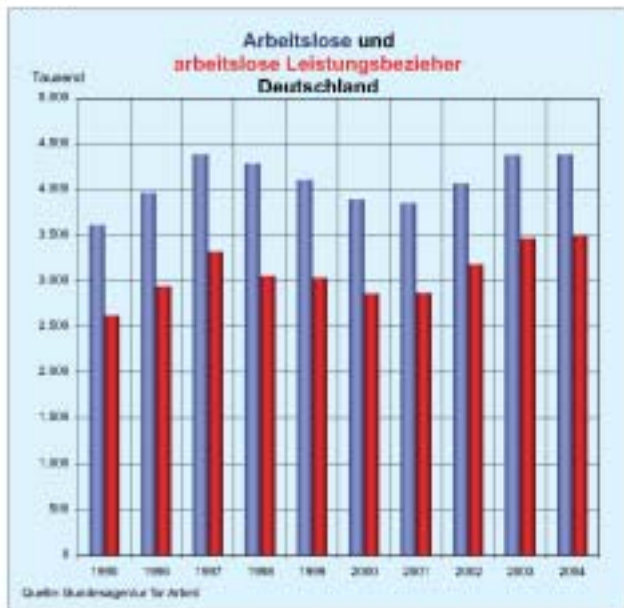
Die obigen Aussagen zur Dauer der Arbeitslosigkeit gelten analog für die **Dauer des Leistungsbezugs** sowie die durchschnittliche Laufzeit von Stellenangeboten.

3. Langzeitarbeitslosigkeit

Bislang ist es allgemein üblich, das Ausmaß der Langzeitarbeitslosigkeit bzw. den Bestand an Langzeitarbeitslosen anhand der nicht abgeschlossenen Dauer zu ermitteln. Genauer: Man betrachtet die Zahl oder den Anteil jener Arbeitslosen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt bereits länger als ein Jahr arbeitslos sind. Dieses Vorgehen ist für eine vollständige Erfassung des Ausmaßes von Langzeitarbeitslosigkeit indes wenig adäquat. Denn unter denen, die zu einem Stichtag kürzer als ein Jahr arbeitslos sind, befinden sich viele, die ihre Arbeitslosigkeit erst nach über einem Jahr beendet haben werden. Betrachtet man deshalb abgeschlossene Arbeitslosigkeitsperioden von über einem Jahr, errechnet sich ein Volumen an Langzeitarbeitslosigkeit, das fast doppelt so groß ist wie das bisher ausgewiesene. Dies ist bei den Aussagen zur Langzeitarbeitslosigkeit, die sich der üblichen Definition bedienen, zu beachten.¹⁾

¹⁾ Vgl. Werner Karr: Die konzeptionelle Untererfassung der Langzeitarbeitslosigkeit, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 30. Jg., Heft 1/1997, S. 37 ff; ders., Die Erfassung der Langzeitarbeitslosigkeit – ein kaum beachtetes Messproblem, IAB-Kurzbericht, Nr. 5 vom 7.8.1997. Helmut Rudolph: Risiko von Langzeitarbeitslosigkeit frühzeitig erkennen, IAB-Werkstattbericht Nr. 14 vom 19.11.1998.

Abbildung II.C.4



1,94 Mio bzw. -7% auf 1,53 Mio). Die Zahl der Arbeitslosen, die keine Leistungen beziehen, ist um 8% auf 903.800 gestiegen. Entsprechend ist die **Leistungsempfängerquote für den Bestand** (arbeitslose Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger dividiert durch alle Arbeitslosen) gesunken, und zwar von 80,5% auf 79,4%.

Darüber hinaus gab es noch 561.600 **Arbeitslosengeld- oder Arbeitslosenhilfeempfänger, die nicht als Arbeitslose zählen**, 21% mehr als im Vorjahr. Die Zunahme beruht vor allem darauf, dass seit Januar 2004 Leistungsempfänger, die an einer Trainings- und Eignungsfeststellungsmaßnahme teilnehmen, nicht mehr als arbeitslos erfasst werden. Darüber hinaus hat zum Anstieg beigetragen, dass mehr Ältere die vorruhestandsähnliche Regelung des § 428 SGB III nutzten und die in Anspruchnahme von Lohnersatzleistung während Arbeitsunfähigkeit gestiegen ist.

Die Zahl der arbeitslosen Leistungsempfänger hat nur in **Westdeutschland** zugenommen. Im Jahresdurchschnitt gab es dort 2,13 Mio Arbeitslosengeld- oder Arbeitslosenhilfeempfänger, 2% mehr; in **Ostdeutschland** verringerte sie sich um 1% auf 1,34 Mio. In West wie Ost beschränkt sich der Zuwachs auf Arbeitslosenhilfeempfänger (+13% auf 1.059.300 bzw. +3% auf 883.600), während die Zahl der Arbeitslosengeldbezieher jeweils deutlich abnahm (-7% auf 1.073.500 bzw. -9% auf 460.800). Dabei war der Anstieg bei den Arbeitslosenhilfeempfängern im Westen deutlich stärker als im Osten. Die Zahl der arbeitslosen Nichtleistungsempfänger hat sich in beiden Landesteilen erhöht (+7% auf 648.500; Ost: +11% auf 255.200).

Nach wie vor ist die Leistungsempfängerquote für den Bestand in Ostdeutschland mit 84,0% deutlich größer als in Westdeutschland mit 76,7%. Dabei ist die Quote im Westen 2004 um 0,8 Prozentpunkte gesunken, im Osten um 1,6 Prozentpunkte.

Berechnung der Leistungsempfängerquoten

Bezug von Geldleistungen nach dem SGB III mit Beginn der Arbeitslosigkeit bedeutet nicht, dass diese bis zum Ende der Arbeitslosigkeit gezahlt werden. So kann für Arbeitslose der Leistungsbezug auslaufen, bevor die Arbeitslosigkeit abgeschlossen ist, nämlich insbesondere bei Erschöpfung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld (vgl. §§ 127 ff SGB III) und Fehlen eines Anspruchs auf Arbeitslosenhilfe (negatives Ergebnis der Bedürftigkeitsprüfung; vgl. § 193 ff SGB III). Von der Zahl der **Leistungsempfänger bzw. der Leistungsempfängerquote beim Zugang** ist folglich zu unterscheiden, wie viele Arbeitslose zu bestimmten Stichtagen oder im Jahresdurchschnitt Entgeltersatzleistungen erhalten bzw. wie groß der durch Entgeltersatzleistungen finanziell abgesicherte Teil des Arbeitslosigkeitsvolumens ist. Die so ermittelte Leistungsempfängerquote für den Bestand an Arbeitslosen berücksichtigt also auch die Dauer des Leistungsbezuges.

Basis für die Berechnung der **Leistungsempfängerquote am Bestand** sind die Bezieher von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe zu den Erhebungsstichtagen. Diese Bestandszahl wird um **Bezieher von Leistungen** vermindert, **die nicht als Arbeitslose zählen**; nämlich: Fälle mit Leistungsfortzahlung bei nicht nur vorübergehender Minderung der Leistungsfähigkeit (§ 125 SGB III), Krankheitsfälle (§ 126 SGB III) sowie insbesondere Leistungsfälle für nicht uneingeschränkt verfügbare 58-Jährige oder Ältere (§ 428 SGB III). Seit Januar 2004 fallen darunter auch Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen

Seit Einführung der **Eingliederungshilfe für Spätaussiedler*** ab 1.1.1993 ist statistisch nicht nachweisbar, ob diese Leistung bei Arbeitslosigkeit oder bei Besuch von Bildungsmaßnahmen gewährt wird (vgl. §§ 418 ff SGB III). Zwar dürften zu Beginn des Eingliederungshilfe-Bezugs fast alle Personen arbeitslos gewesen sein, aber diese treten i.d.R. kurz danach in Deutsch-Sprachkurse oder berufliche Weiterbildungen ein, sodass schätzungsweise drei Viertel des jahresdurchschnittlichen Bestandes der Eingliederungshilfe-Empfänger in derartigen Maßnahmen sind. Deshalb bleibt bei der Leistungsempfängerquote des Bestandes sowie bei der Dauer des Leistungsbezuges Eingliederungshilfe unberücksichtigt.

*) Die Eingliederungshilfe für Spätaussiedler ist mit Ablauf des Jahres 2004 weggefallen. Dieser Personenkreis erhält seit Anfang 2005 bei Vorliegen der Voraussetzungen Arbeitslosengeld II. Über die Berechtigung für Spätaussiedler zur Teilnahme an Integrationskursen (ehemalige Sprachkurse) entscheidet seither das Bundesverwaltungsamt. Zuständig für die Durchführung der Integrationskurse ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden, dem Bundesverwaltungsamt, den Kommunen, den Migrationsdiensten und den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Artikel 6, § 9 des Zuwanderungsgesetzes i.V.m. § 6 Abs.2 Integrationskursverordnung).

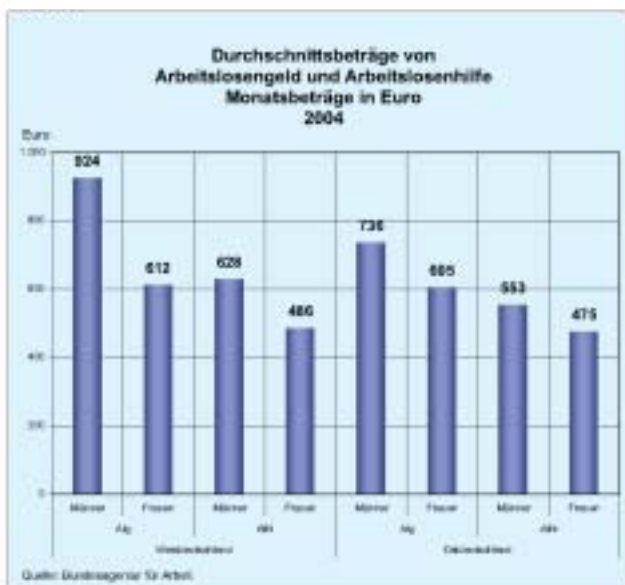
Im Jahr 2004 sind 5,33 Mio Leistungsempfänger zugegangen. Darunter waren 4,05 Mio neue Arbeitslosengeldempfänger und 1,25 Mio neue Arbeitslosenhilfeempfänger, die unmittelbar zuvor keine Leistungen bezogen haben (wiederbewilligte Arbeitslosenhilfe). Zusätzlich gab es 0,81 Mio Wechsler von Arbeitslosengeld zu Arbeitslosenhilfe.³⁾

2004 bezogen Leistungsempfänger ihre Lohnersatzleistung im Durchschnitt 28,2 Wochen. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit aller Arbeitslosen, also einschließlich der Nichtleistungsempfänger, betrug im Vergleich dazu 38,1 Wochen (vgl. Tabelle II.C.10 sowie Kasten „Zur Dauer des Leistungsbezugs“). Arbeitslosenhilfe wird mit 43,2 Wochen deutlich länger bezogen als Arbeitslosengeld mit 21,7 Wochen. Dies beruht zunächst darauf, dass diese Leistung grundsätzlich unbefristet ist; außerdem wird sie im Anschluss an Arbeitslosengeld bezogen. Somit sind Arbeitslosenhilfe-Empfänger bereits bei Beginn des Leistungsbezugs regelmäßig schon längere Zeit arbeitslos, was die Beendigung von Arbeitslosigkeit, und damit auch von Leistungsbezug, durch Arbeitsaufnahme erschwert.

In Ostdeutschland werden Lohnersatzleistungen durchschnittlich 32,0 Wochen bezogen, das ist deutlich länger als in Westdeutschland mit 26,4 Wochen. Dabei beruht der Unterschied allein auf der im Osten erheblich längeren Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe (50,7 Wochen zu 38,4 Wochen; Arbeitslosengeld: 21,2 Wochen zu 21,9 Wochen).

Im Jahresdurchschnitt 2004 erhielten praktisch unverändert 34% der Arbeitslosengeld-Empfänger in Deutschland Leistungen in Höhe von 67% des pauschalierten Nettoarbeitsentgelts, das an Arbeitslose mit mindestens einem Kind gezahlt wird, folglich 66% den Leistungssatz von 60% (ohne Kind). Die Anteile sind in West- und Ostdeutschland identisch; dabei hat sich im Osten der Anteil der Bezieher mit mindestens einem Kind um gut einen halben Prozentpunkt verringert.

Abbildung II.C.5



Bei den Arbeitslosenhilfeempfängern war der Anteil der Empfänger des höheren Satzes (mit Kind; 57%) mit praktisch unverändert 43% spürbar größer; somit betrug für 57% der Leistungssatz 53%. Dabei ist in Ostdeutschland der Anteil der Arbeitslosenhilfe-Empfänger, die wenigstens ein Kind betreuen, mit 46% deutlich höher als in Westdeutschland mit 40%. In Westdeutschland hat der Anteil um einen 1/2 Prozentpunkt zugenommen, in Ostdeutschland um knapp 1 Prozentpunkt abgenommen.

2004 betrug der monatliche Durchschnittsbetrag beim Arbeitslosengeld (ohne die Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung) in Deutschland 756 € (vgl. Tabelle II.C.11 und Kasten „Zur Höhe der Entgeltersatzleistungen“). Die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe lag bei 553 €. Auf Grund der Vielzahl der Bestimmungsfaktoren (vorheriges Arbeitsentgelt, Steuerklasse, Familienstand, Bedürftigkeit) streuen die Leistungshöhen jedoch sehr breit; dies darf bei der Betrachtung der Durchschnittswerte nicht vergessen werden.

Der monatliche Durchschnittsbetrag für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe lag in Ostdeutschland bei 682 € bzw. 516 €, das waren 87% bzw. 89% der Westbeträge von 788 € bzw. 583 €. Damit entspricht das Gefälle zwischen den Entgeltersatzleistungen etwa dem der Einkommen.

6. Internationale Vergleiche

Internationale Vergleiche der Arbeitslosigkeit bedienen sich standardisierter **Erwerbslosenquoten** (vgl. Kasten „Erwerbslose und Erwerbslosenquote“). Für Deutschland lag diese Quote im Frühjahr 2004 mit 10,8% deutlich über dem Mittel der Länder der Europäischen Union mit 8,4% (vgl. Tabelle II.C.12). In den 90er Jahren war die deutsche Quote noch unterdurchschnittlich gewesen, aber der Abstand zum EU-Mittel hatte sich kontinuierlich und stark verkleinert, im Jahr 2001 wurde es erstmals überschritten. Zuletzt war die Erwerbslosenquote nur noch in Spanien (11,1%) größer. Die niedrigsten Quoten in Europa wiesen Irland (4,6%), das Vereinigte Königreich (4,6%), die Niederlande (4,7%) und Luxemburg (4,8%) auf.

Für die Länder der Europäischen Union betragen die standardisierten Erwerbslosenquoten im Frühjahr 2004 für **Frauen** 9,2% und für **Männer** 7,7%. In Deutschland war die Frauenarbeitslosigkeit mit 10,2% größer als im EU-Durchschnitt. Die Spannweite reichte in Europa von 3,9% in Irland bis 16,0% in Griechenland. Für die Männer errechnet sich eine deutsche Erwerbslosenquote von 11,4%, das ist der höchste europäische Wert; besonders niedrige Quoten wurden für Luxemburg (3,3%) und die Niederlande (4,4%) ausgewiesen.

³⁾ Angaben zu Zu- und Abgänge in und aus dem Bezug von Lohnersatzleistungen liegen erst seit Mitte 2003 vor. Vorjahresvergleiche sind deshalb nicht möglich, auch ein Vergleich mit den bewilligten Neu- und Wiederbewilligungsanträgen aus früheren Jahren kann wegen konzeptioneller Unterschiede nicht vorgenommen werden. Ferner ist die Berechnung des Anteils der Leistungsempfänger am Zugang in Arbeitslosigkeit nicht sinnvoll, da ein Zugang in Arbeitslosigkeit in vielen Fällen keinen Zugang in Leistung auslösen kann u.a. weil schon Leistung bezogen wird (z.B. bei Arbeitslosmeldung aus einer Trainingsmaßnahme oder Arbeitsunfähigkeit) und umgekehrt. Deshalb entfällt die frühere Tabelle „Anteil der Leistungsempfänger am Zugang in Arbeitslosigkeit“.

Zur Höhe und Dauer der Entgeltersatzleistungen

Die Höhe von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe hängt von verschiedenen Faktoren ab (§§ 129 ff SGB III): Die zentrale Rolle spielt die Höhe des vor Eintritt der Arbeitslosigkeit erzielten Bruttoarbeitsentgelts; daraus errechnet sich nach pauschalierem Abzug der gewöhnlich bei Arbeitnehmern anfallenden gesetzlichen Abzüge das pauschalierte Nettoentgelt oder Leistungsentgelt. Daneben sind die Steuerklasse, Kinder, Nebeneinkommen und – bei Arbeitslosenhilfe – das Ausmaß der Bedürftigkeit (§ 193 SGB III) von Bedeutung. Haben Arbeitslosengeldempfänger mindestens ein Kind (i.S. des Einkommensteuergesetzes), beträgt ihr Arbeitslosengeld 67% des vorherigen pauschalierten Nettoarbeitsentgelts, ansonsten 60%; bei der Arbeitslosenhilfe belaufen sich die entsprechenden Sätze auf 57% und 53%. Seit 1.4.1997 wird, jeweils nach Ablauf eines Jahres, das für die Bemessung der Arbeitslosenhilfe maßgebliche Arbeitsentgelt mit einem um 3% reduzierten Faktor angepasst (§ 200 Abs. 3 SGB III).

Durch die zum 1.1.2004 in Kraft getretene neue SGB-III-Leistungsentgeltverordnung wurden die Leistungssätze den veränderten gesetzlichen Lohnabzügen angepasst. Dabei sind die Leistungssätze auf Grund steuerlicher Entlastungen sowie der Anhebung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung teils höher, teils etwas niedriger ausgefallen als im Vorjahr.

Den Rahmen für die maximal mögliche **Dauer der Leistungsperiode** bildet zunächst die Dauer der Arbeitslosigkeit (§ 117 SGB III). Ob und wie lange während der Arbeitslosigkeit Entgeltersatzleistungen bezogen werden können, hängt von leistungsrechtlichen Voraussetzungen ab, insbesondere vom Lebensalter und der Dauer vorangegangener sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen (§ 127 SGB III). Für den Bezug von Arbeitslosenhilfe ist Bedürftigkeit eine Grundvoraussetzung (§§ 193 ff SGB III).

Im europäischen Mittel hatten Frauen eine höhere Erwerbslosenquote als Männer, allerdings gab es zwischen den Ländern deutliche Unterschiede. So war in Griechenland und Spanien die Quote der Frauen um 9,5 bzw. 7,1 Prozentpunkte größer als die der Männer, im Vergleich zu 1,5 Prozentpunkten im europäischen Durchschnitt. In Deutschland betrug der Abstand 1,2 Prozentpunkte zu Gunsten der Frauen. Darüber hinaus hatten Frauen in Irland (-1,2 Prozentpunkte), Schweden (-1,1 Prozentpunkte) und im Vereinigten Königreich (-0,8 Prozentpunkte) kleinere Quoten als Männer.

Abbildung II.C.6



Vergleiche mit standardisierten Quoten lassen allerdings offen, wie groß die Unterbeschäftigung insgesamt ist, insbesondere in welchem Umfang **Arbeitslosigkeit** durch Arbeitsmarktpolitik **entlastet** wird (vgl. Kasten „Zur Entlastung ...“ und Teil I, Abbildung I.1 „Arbeitsmarkt: Kräfteangebot und Kräfteachfrage“). So dürfte sich in Ländern mit umfangreicher Arbeitsmarktpolitik (einschl. Vorruhestandsregelungen) oft ein relativ großer Teil der Unterbeschäftigung in diesen Maßnahmen befinden.⁴⁾

⁴⁾ Angaben zum Einsatz der Arbeitsmarktpolitik in Europa finden sich in: Statistisches Amt der Europäischen Union (EuroStat), Europäische Sozialstatistik, Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben und Teilnehmer, 2002.

Erwerbslose und Erwerbslosenquoten

Angaben über registrierte Arbeitslose und Arbeitslosenquoten sind aufgrund unterschiedlicher nationaler Definitionen und Erhebungen von „Arbeitslosigkeit“ für zwischenstaatliche Vergleiche nur sehr eingeschränkt nutzbar. Aus diesem Grund werden hierfür die vom **Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat)** verwendeten Angaben zu Erwerbslosen herangezogen. Diese basieren auf den Definitionen des internationalen Arbeitsamtes (ILO) nach dem „Labour-force“-Konzept und werden in einer gemeinschaftlichen Arbeitskräfteerhebung ermittelt (EU-AKE). Diese ist in Deutschland als Unterstichprobe in den nationalen Mikrozensus (jeweils in der letzten April-Woche) integriert.

Die Statistik nach dem ILO-Erwerbskonzept und die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB III haben eine auf den ersten Blick ähnliche Beschreibung von Erwerbslosigkeit bzw. Arbeitslosigkeit. In beiden Statistiken gelten jene Personen als arbeitslos oder erwerbslos, die ohne Arbeitsplatz sind, dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und Arbeit suchen. Dass trotzdem die Erwerbslosigkeit nach dem ILO-Erwerbskonzept deutlich niedriger ausfällt als die Arbeitslosigkeit nach der SGB-Arbeitsmarktstatistik folgt daraus, dass die Begriffsmerkmale unterschiedlich

konkretisiert und mit verschiedenen Methoden erhoben werden. So wird die Arbeitslosenzahl nach dem SGB aus den **Geschäftsdaten der Arbeitsagenturen** gewonnen, während die ILO-Erwerbsstatistik auf **Stichprobenbefragungen der Bevölkerung** beruht. Aufgrund der Befragung sind in der ILO-Erwerbsstatistik Erwerbslose enthalten, die sich nicht bei den Agenturen für Arbeit arbeitslos gemeldet haben. Konzeptionell folgt die ILO einem **extensiven Erwerbskonzept** und zählt jeden als erwerbstätig und damit nicht als erwerbslos, der in der Woche wenigstens eine Stunde vergütet tätig war; gleichzeitig reicht schon die Suche nach einer Tätigkeit von wenigstens einer Stunde um als erwerbslos klassifiziert zu werden. Dagegen schließt das SGB auch bei einer Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden Arbeitslosigkeit nicht aus, fordert aber die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass im ILO-Erwerbskonzept das **aktuelle Suchverhalten** erfasst wird, während die SGB-Arbeitsmarktstatistik abbildet, wie viele Personen die Verpflichtung eingegangen sind, aktiv Arbeit zu suchen und den Vermittlungsbemühungen zeit- und ortsnah zu folgen. Es werden damit auch Personen als arbeitslos ausgewiesen, die eine Arbeit wollen, aber – wenigstens zuletzt – keine konkreten Suchschritte unternommen haben, weil sie keine Erfolgsaussichten sehen.

Unterschiede von ILO-Erwerbsstatistik und SGB-Arbeitsmarktstatistik im Überblick

	ILO	SGB
Erhebung	<ul style="list-style-type: none"> – Bevölkerungsbefragung – Stichprobe – Plausibilitätsprüfung – zeitnahe Befragung durch Interviewer/in 	<ul style="list-style-type: none"> – Meldung und Angaben bei einer Agentur für Arbeit, einer Arbeitsgemeinschaft oder einer optierenden Kommune – Totalerhebung – Angaben werden von einem Vermittler geprüft und beurteilt – Gespräch mit Vermittler kann länger zurückliegen
Aktive Suche, wenn	<ul style="list-style-type: none"> – eine Beschäftigung von mindestens einer Wochenstunde gesucht wird und – der Arbeitsuchende in den letzten vier Wochen spezifische Suchschritte unternommen hat 	<ul style="list-style-type: none"> – eine Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden gesucht wird und – der Vermittler zu dem Ergebnis kommt, dass der Arbeitsuchende alle Möglichkeiten nutzt oder nutzen will, Beschäftigungslosigkeit zu beenden
Verfügbarkeit, wenn	<ul style="list-style-type: none"> – der Arbeitsuchende in den nächsten zwei Wochen eine neue Tätigkeit aufnehmen kann 	<ul style="list-style-type: none"> – der Arbeitsuchende arbeitsbereit und arbeitsfähig ist, insbesondere Vermittlungsvorschlägen zeit- und ortsnah Folge leisten kann
Beschäftigungslosigkeit	<ul style="list-style-type: none"> – keine Beschäftigung ausgeübt wird (bzw. weniger als eine Wochenstunde) 	<ul style="list-style-type: none"> – eine Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden ausgeübt wird

Tabelle II.C.1

Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen													
Jahr	Bestand an Arbeitslosen												
	insgesamt		darunter (Spalte 1)										
	absolut	Veränderung gg. Vorjahr in %	Frauen		Ausländer		Ältere (50 bis unter 65 Jahre)		Jüngere (bis unter 25 Jahre)		Langzeit-arbeitslose (1 Jahr und länger)		
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12		
Deutschland													
1998	4 280 629		2 007 261	46,9	534 008	12,5	1 366 844	31,9	471 995	11,0	1 599 270	37,4	
1999	4 100 498	- 4,2	1 940 037	47,3	508 181	12,4	1 360 672	33,2	429 584	10,5	1 530 453	37,3	
2000	3 889 695	- 5,1	1 836 317	47,2	470 414	12,1	1 259 168	32,4	428 510	11,0	1 454 189	37,4	
2001	3 852 564	- 1,0	1 788 712	46,4	464 528	12,1	1 163 490	30,2	444 074	11,5	1 354 166	35,1	
2002	4 061 345	+ 5,4	1 821 426	44,8	505 414	12,4	1 097 597	27,0	497 602	12,3	1 369 388	33,7	
2003	4 376 769	+ 7,8	1 930 568	44,1	548 530	12,5	1 094 265	25,0	516 131	11,8	1 521 414	34,8	
2004	4 381 040	+ 0,1	1 932 451	44,1	549 944	12,6	1 079 940	24,7	504 338	11,5	1 681 129	38,4	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	+ 4 271	×	+ 1 883	×	+ 1 414	×	- 14 325	×	- 11 793	×	+ 159 715	×
	in %	+ 0,1	×	+ 0,1	×	+ 0,3	×	- 1,3	×	- 2,3	×	+ 10,5	×
Westdeutschland													
1998	2 751 534		1 198 404	43,6	473 051	17,2	907 892	33,0	311 808	11,3	1 085 927	39,5	
1999	2 604 719	- 5,3	1 156 179	44,4	444 730	17,1	896 103	34,4	276 927	10,6	1 031 108	39,6	
2000	2 380 987	- 8,6	1 068 861	44,9	405 171	17,0	820 927	34,5	257 016	10,8	936 570	39,3	
2001	2 320 500	- 2,5	1 033 088	44,5	396 697	17,1	740 297	31,9	267 541	11,5	817 299	35,2	
2002	2 498 392	+ 7,7	1 072 637	42,9	432 619	17,3	691 301	27,7	307 668	12,3	793 565	31,8	
2003	2 753 054	+ 10,2	1 158 673	42,1	471 255	17,1	687 752	25,0	328 381	11,9	872 437	31,7	
2004	2 781 346	+ 1,0	1 173 856	42,2	472 093	17,0	675 861	24,3	322 515	11,6	983 082	35,3	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	+ 28 292	×	+ 15 183	×	+ 838	×	- 11 891	×	- 5 866	×	+ 110 645	×
	in %	+ 1,0	×	+ 1,3	×	+ 0,2	×	- 1,7	×	- 1,8	×	+ 12,7	×
Ostdeutschland													
1998	1 529 095		808 857	52,9	60 957	4,0	458 951	30,0	160 188	10,5	513 343	33,6	
1999	1 495 779	- 2,2	783 859	52,4	63 452	4,2	464 569	31,1	152 656	10,2	499 345	33,4	
2000	1 508 707	+ 0,9	767 457	50,9	65 243	4,3	438 241	29,0	171 494	11,4	517 620	34,3	
2001	1 532 064	+ 1,5	755 624	49,3	67 831	4,4	423 193	27,6	176 533	11,5	536 867	35,0	
2002	1 562 953	+ 2,0	748 789	47,9	72 795	4,7	406 296	26,0	189 934	12,2	575 823	36,8	
2003	1 623 715	+ 3,9	771 895	47,5	77 275	4,8	406 513	25,0	187 750	11,6	648 976	40,0	
2004	1 599 694	- 1,5	758 596	47,4	77 851	4,9	404 079	25,3	181 824	11,4	698 047	43,6	
Veränderung gegenüber Vorjahr	absolut	- 24 021	×	- 13 299	×	+ 576	×	- 2 434	×	- 5 926	×	+ 49 071	×
	in %	- 1,5	×	- 1,7	×	+ 0,7	×	- 0,6	×	- 3,2	×	+ 7,6	×

Vorjahres- und Vormonatsvergleiche wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

Tabelle II.C.2a

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung; Deutschland																		
Z	Komponenten	– Bestandszahlen in Tausend –																
							2004											
		2000	2001	2002	2003	2004	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
01	Arbeitslose ¹⁾	3 836	3 793	3 987	4 284	4 381	4 597	4 641	4 547	4 443	4 293	4 233	4 360	4 347	4 257	4 207	4 257	4 464
02	Kurzarbeit (Vollzeitäquivalent)	46	59	88	86	74	81	92	96	85	81	75	69	59	60	64	65	65
03	Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	216	179	134	96	86	86	80	78	69	74	82	88	94	99	99	92	80
04	Beschäftigte in trad. Struktur- anpassungsmaßnahmen	61	57	59	47	32	40	39	37	36	34	32	30	28	26	24	22	20
05	Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung	355	352	340	260	184	217	203	200	199	197	185	165	158	166	167	163	149
06	Teilnehmer an Reha-Wieder- eingliederungsmaßnahmen	0	0	37	45	43	44	43	43	44	45	43	41	39	42	44	45	43
07	Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen	53	60	74	93	95	95	100	97	93	103	101	86	82	104	109	95	48
08	Beschäftigte in Personal-Service-Agenturen	0	0	0	9	28	32	33	27	27	26	26	26	27	27	28	28	27
09	Empfänger von Überbrückungsgeld	44	47	58	75	84	78	79	79	83	85	88	86	87	87	85	85	90
10	Empfänger von Existenz- gründungszuschüssen	0	0	0	41	154	108	118	127	137	146	152	161	168	180	190	199	218
11	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III und Altersteilzeit	225	275	353	440	475	471	471	470	475	474	477	479	476	476	475	484	481
12	Deutschsprachlehrgänge, Jump+ und Arbeit für Lang- zeitarbeitslose	29	26	25	31	71	68	70	68	67	66	70	78	78	76	76	71	62
13	Entlastung durch Instrumente insges. (Zeilen 2 bis 12)	1 030	1 056	1 168	1 225	1 325	1 320	1 328	1 322	1 313	1 331	1 332	1 308	1 297	1 342	1 361	1 349	1 284
14	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeilen 1 + 13)	4 866	4 849	5 155	5 509	5 706	5 917	5 969	5 869	5 756	5 624	5 566	5 668	5 643	5 599	5 567	5 607	5 748
15	Pendlersaldo ²⁾	+ 67	+ 60	+ 53	+ 49	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46	+ 46

¹⁾ Arbeitslosenzahlen vor Januar 2004 wurden um die Zahl der Teilnehmer in Trainingsmaßnahmen bereinigt.

²⁾ Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland.

Tabelle II.C.2b

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung; Westdeutschland																		
Z	Komponenten	– Bestandszahlen in Tausend –																
		2004																
		2000	2001	2002	2003	2004	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01	Arbeitslose ¹⁾	2 350	2 286	2 453	2 691	2 781	2 927	2 945	2 871	2 805	2 710	2 669	2 760	2 764	2 700	2 692	2 727	2 860
02	Kurzarbeit (Vollzeitäquivalent)	32	43	64	69	60	66	74	76	68	65	61	56	47	48	53	52	51
03	Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	54	47	35	24	21	18	17	16	17	19	21	22	23	24	24	24	21
04	Beschäftigte in trad. Struktur- anpassungsmaßnahmen	9	10	10	8	4	6	6	5	5	4	4	3	3	2	2	2	1
05	Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung	205	203	198	161	121	139	131	130	130	130	123	110	105	111	112	109	99
06	Teilnehmer an Reha-Wieder- eingliederungsmaßnahmen	0	0	29	35	33	34	33	33	34	34	33	31	30	32	34	34	33
07	Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen	31	34	46	62	64	64	67	66	62	68	68	60	54	69	72	66	34
08	Beschäftigte in Personal-Service-Agenturen	0	0	0	6	18	20	20	19	18	18	17	18	18	18	18	18	18
09	Empfänger von Überbrückungsgeld	28	30	40	55	62	57	58	58	61	63	66	64	65	65	64	64	68
10	Empfänger von Existenz- gründungszuschüssen	0	0	0	29	106	77	83	89	96	102	106	112	116	123	129	135	144
11	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III und Altersteilzeit	130	171	228	290	323	315	316	316	320	321	325	328	327	328	329	335	333
12	Deutschsprachlehrgänge, Jump+ und Arbeit für Lang- zeitarbeitslose	22	20	20	22	38	40	41	40	38	37	37	39	38	38	37	35	32
13	Entlastung durch Instrumente insges. (Zeilen 2 bis 12)	510	558	670	760	850	834	845	849	850	862	861	843	825	859	874	872	834
14	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeilen 1 + 13)	2 860	2 845	3 123	3 451	3 631	3 761	3 791	3 720	3 654	3 571	3 530	3 602	3 590	3 559	3 566	3 599	3 694
15	Pendlersaldo ²⁾	+ 353	+ 390	+ 378	+ 365	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353	+ 353

1) Arbeitslosenzahlen vor Januar 2004 wurden um die Zahl der Teilnehmer in Trainingsmaßnahmen bereinigt.

2) Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland.

Tabelle II.C.2c

Wesentliche Komponenten der Unterbeschäftigung; Ostdeutschland																		
Z	Komponenten	– Bestandszahlen in Tausend –																
		2004																
		2000	2001	2002	2003	2004	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
01	Arbeitslose ¹⁾	1 486	1 507	1 534	1 593	1 600	1 670	1 696	1 676	1 639	1 583	1 565	1 600	1 582	1 557	1 514	1 530	1 604
02	Kurzarbeit (Vollzeitäquivalent)	14	16	23	17	15	15	18	19	17	16	14	13	12	12	12	13	14
03	Beschäftigte in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	162	131	99	73	65	68	63	61	52	55	60	66	71	74	74	69	58
04	Beschäftigte in trad. Struktur- anpassungsmaßnahmen	52	47	49	39	28	34	34	32	31	30	28	26	25	23	22	20	18
05	Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung	150	150	142	99	63	78	72	70	69	67	62	55	54	55	55	54	50
06	Teilnehmer an Reha-Wieder- eingliederungsmaßnahmen	0	0	8	10	10	10	10	10	10	10	10	9	9	10	10	11	10
07	Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen	23	25	29	31	31	31	34	31	31	35	33	26	28	35	36	29	15
08	Beschäftigte in Personal-Service-Agenturen	0	0	0	4	9	12	12	8	8	8	8	8	9	9	9	10	10
09	Empfänger von Überbrückungsgeld	16	17	19	20	21	21	21	21	22	22	22	22	22	22	21	21	23
10	Empfänger von Existenz- gründungszuschüssen	0	0	0	13	47	32	35	38	41	44	46	49	52	56	60	65	74
11	Leistungsempfänger nach § 428 SGB III und Altersteilzeit	96	104	124	150	152	157	156	154	154	153	152	152	149	148	147	150	148
12	Deutschsprachlehrgänge, Jump+ und Arbeit für Lang- zeitarbeitslose	6	6	6	9	33	27	29	29	28	30	33	39	40	39	39	36	30
13	Entlastung durch Instrumente insges. (Zeilen 2 bis 12)	520	497	498	465	475	486	483	473	463	469	471	465	471	483	486	477	450
14	Arbeitslose und Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik (Zeilen 1 + 13)	2 006	2 004	2 032	2 058	2 075	2 156	2 179	2 149	2 102	2 052	2 035	2 066	2 053	2 040	2 001	2 007	2 054
15	Pendlersaldo ²⁾	-286	-331	-325	-316	-307	-307	-307	-307	-307	-307	-307	-307	-307	-307	-307	-307	-307

1) Arbeitslosenzahlen vor Januar 2004 wurden um die Zahl der Teilnehmer in Trainingsmaßnahmen bereinigt.

2) Negatives Vorzeichen bedeutet, dass mehr beschäftigte Arbeitnehmer auspendeln als einpendeln. Für Westdeutschland: Pendlersaldo mit Ostdeutschland und mit dem Ausland.

Tabelle II.C.3

Kurzarbeiter									
Jahr	Bestand an Kurzarbeitern								
	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1991	1 761 233	•	•	141 547	+ 89 201	+ 159,8	1 619 685	•	•
1992	653 016	- 1 108 217	- 62,9	276 437	+ 134 890	+ 95,3	376 579	- 1 243 106	- 76,7
1993	948 363	+ 295 347	+ 45,2	756 827	+ 480 390	+ 173,8	191 536	- 185 043	- 49,1
1994	372 288	- 576 075	- 60,7	271 964	- 484 863	- 64,1	100 324	- 91 212	- 47,6
1995	198 580	- 173 708	- 46,7	125 192	- 146 773	- 54,0	73 388	- 26 935	- 26,8
1996	277 294	+ 78 714	+ 39,6	202 611	+ 77 419	+ 61,8	74 683	+ 1 295	+ 1,8
1997	182 853	- 94 441	- 34,1	130 687	- 71 925	- 35,5	52 166	- 22 517	- 30,1
1998	115 205	- 67 648	- 37,0	78 788	- 51 898	- 39,7	36 416	- 15 750	- 30,2
1999	118 647	+ 3 442	+ 3,0	89 669	+ 10 881	+ 13,8	28 978	- 7 439	- 20,4
2000	86 052	- 32 595	- 27,5	59 318	- 30 351	- 33,8	26 734	- 2 244	- 7,7
2001	122 942	+ 36 890	+ 42,9	93 933	+ 34 615	+ 58,4	29 009	+ 2 275	+ 8,5
2002	206 767	+ 83 825	+ 68,2	162 123	+ 68 189	+ 72,6	44 645	+ 15 635	+ 53,9
2003	195 371	- 11 396	- 5,5	160 496	- 1 627	- 1,0	34 876	- 9 769	- 21,9
2004	150 593	- 44 778	- 22,9	121 610	- 38 886	- 24,2	28 984	- 5 892	- 16,9

Tabelle II.C.4

Zugang an Arbeitslosen nach ihrem erwerbswirtschaftlichen Status vor der Arbeitslosmeldung und Abgang an Arbeitslosen													
Jahr	Zugang an Arbeitslosen											Abgang an Arbeitslosen	
	insgesamt	Erwerbstätigkeit		Ausbildung						Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)			
				insgesamt		darunter							
						betriebliche/ außerbetriebliche Ausbildung		Schule/Studium/ sonstige schulische Ausbildung/Ausb. ohne nähere Angabe					
absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut	in % (Sp. 1)	absolut			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Bundesrepublik Deutschland													
1998	7 157 018	3 404 180	47,6	816 757	11,4	248 332	3,5	568 425	7,9	2 936 021	41,0	7 481 062	
1999	7 068 175	3 396 837	48,1	779 232	3,3	231 469	3,3	547 763	7,7	2 892 066	40,9	7 218 277	
2000	6 811 140	3 307 952	48,6	723 547	10,6	222 741	3,3	500 806	7,4	2 779 626	40,8	7 049 345	
2001	6 898 311	3 397 716	49,3	718 100	3,1	218 496	3,2	499 604	7,2	2 782 489	40,3	6 743 841	
2002	7 254 655	3 798 229	52,4	750 397	10,3	209 981	2,9	540 416	7,4	2 705 962	37,3	6 992 210	
2003	7 622 425	4 096 938	53,7	657 442	8,6	244 223	3,2	413 219	5,4	2 862 446	37,6	7 533 868	
2004	8 179 309	4 216 539	51,6	1 116 904	13,7	392 247	4,8	724 657	8,9	2 838 533	34,7	8 030 136	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	+ 556 884	+ 119 601	×	+ 459 462	×	+ 148 024	×	+ 311 438	×	- 23 913	×	+ 496 268
	in %	+ 7,3	+ 2,9	×	+ 69,9	×	+ 60,6	×	+ 75,4	×	- 0,8	×	+ 6,6
Westdeutschland													
1998	4 664 758	2 181 386	46,8	508 347	10,9	152 626	3,3	355 721	7,6	1 974 999	42,3	4 840 378	
1999	4 529 175	2 116 116	46,7	464 094	10,2	138 823	3,1	325 271	7,2	1 948 948	43,0	4 723 859	
2000	4 356 409	2 079 922	47,7	425 145	9,8	128 641	3,0	296 504	6,8	1 851 336	42,5	4 589 849	
2001	4 480 384	2 205 458	49,2	415 385	9,3	126 477	2,8	288 908	6,4	1 859 540	41,5	4 350 232	
2002	4 836 818	2 538 858	52,5	423 915	8,8	128 410	2,7	295 505	6,1	1 873 980	38,7	4 623 927	
2003	5 168 253	2 807 024	54,3	377 593	7,3	168 259	3,3	209 334	4,1	1 979 577	38,3	5 066 122	
2004	5 535 647	2 855 706	51,6	688 125	12,4	266 427	4,8	421 698	7,6	1 986 642	35,9	5 425 635	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	+ 367 394	+ 48 682	×	+ 310 532	×	+ 98 168	×	+ 212 364	×	+ 7 065	×	+ 359 513
	in %	+ 7,1	+ 1,7	×	+ 82,2	×	+ 58,3	×	+ 101,4	×	+ 0,4	×	+ 7,1
Ostdeutschland													
1998	2 492 260	1 222 794	49,1	308 410	12,4	95 706	3,8	212 704	8,5	961 022	38,6	2 640 684	
1999	2 539 000	1 280 721	50,4	315 138	12,4	92 646	3,6	222 492	8,8	943 118	37,1	2 494 418	
2000	2 454 731	1 228 030	50,0	298 402	12,2	94 100	3,8	204 302	8,3	928 290	37,8	2 459 496	
2001	2 417 927	1 192 258	49,3	302 715	12,5	92 019	3,8	210 696	8,7	922 949	38,2	2 393 609	
2002	2 417 847	1 259 371	52,1	326 482	13,5	81 571	3,4	244 911	10,1	831 982	34,4	2 368 283	
2003	2 454 172	1 289 914	52,6	279 849	11,4	75 964	3,1	203 885	8,3	882 869	36,0	2 467 746	
2004	2 643 662	1 360 833	51,5	428 779	16,2	125 820	4,8	302 959	11,5	851 891	32,2	2 604 501	
Veränderg. gegenüber Vorjahr	abs.	+ 189 490	+ 70 919	×	+ 148 930	×	+ 49 856	×	+ 99 074	×	- 30 978	×	+ 136 755
	in %	+ 7,7	+ 5,5	×	+ 53,2	×	+ 65,6	×	+ 48,6	×	- 3,5	×	+ 5,5

Tabelle II.C.5

Zugang an Arbeitslosen		Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland			
		absolut	Veränd. Vorjahr in %	absolut	Veränd. Vorjahr in %	absolut	Veränd. Vorjahr in %		
		1	2	3	4	5	6		
1	Zugang insgesamt	8 179 309	+ 7,3	5 535 647	+ 7,1	2 643 662	+ 7,7		
2	dav. Z. 1	Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)		4 216 539	+ 2,9	2 855 706	+ 1,7	1 360 833	+ 5,5
3	dav. Z. 2	Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt		3 797 686	+ 2,9	2 671 827	+ 1,3	1 125 859	+ 7,0
4		Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt		178 293	- 5,3	26 769	- 10,4	151 524	- 4,3
5	dav. Z. 4	Arbeitsbeschaffungs-/Strukturanpassungsmaßnahmen		174 677	- 6,2	26 675	- 10,4	148 002	- 5,4
7		Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen		3 616	+ 76,0	94	+ 9,3	3 522	+ 79,0
8		Selbstständige/Mithelfende		146 464	+ 16,4	104 194	+ 18,8	42 270	10,9
9		sonstige Erwerbstätigkeit/Erwerbstätigkeit ohne nähere Angabe		94 096	+ 0,1	52 916	+ 0,5	41 180	- 0,3
10		Ausbildung		1 116 904	+ 69,9	688 125	+ 82,2	428 779	+ 53,2
11	dav. Z. 10	betriebliche/außerbetriebliche Ausbildung		392 247	+ 60,6	266 427	+ 58,3	125 820	+ 65,6
14	dar. Z. 11	FbW		16 230	+ 9,1	10 875	+ 31,0	5 355	- 18,6
16		berufliche Eingliederung Behinderter		3 162	+ 21,5	2 465	+ 33,0	697	- 6,9
17		berufsvorbereitende Maßnahmen		310	- 3,1	131	+ 65,8	179	- 25,7
18		Schule/Studium/sonstige schulische Ausbildung		724 655	+ 75,4	421 698	+ 101,5	302 957	+ 48,6
19	dar. Z. 18	FbW		123 009	- 20,4	67 469	- 5,1	55 540	- 33,4
21		berufliche Eingliederung Behinderter		18 650	+ 10,8	11 843	+ 11,1	6 807	+ 10,1
22		berufsvorbereitende Maßnahmen		1 730	+ 5,2	757	+ 10,3	973	+ 1,5
23		Ausbildung ohne nähere Angabe		*	×	0	×	*	×
15		Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)		2 838 533	- 0,8	1 986 642	+ 0,4	851 891	- 3,5
16	dar. Z. 15	Arbeitsunfähigkeit		1 041 621	+ 9,9	647 651	+ 15,7	393 970	+ 1,6
17		Erneute Meldung nach Meldeversäumnis oder mangelnder Verfügbarkeit		260 527	- 10,8	190 500	- 12,0	70 027	- 7,6
18		Meldung auf Veranlassung des Sozialhilfeträgers		227 442	+ 10,0	162 552	+ 11,5	64 890	+ 6,5
19		Sonstige (bereits einmal erwerbstätig)		1 041 943	×	785 862	×	256 081	×
20		Sonstige (noch nie erwerbstätig)		266 995	×	200 075	×	66 920	×
21		Nichterwerbstätigkeit ohne nähere Angabe		5	- 94,0	*	×	3	- 94,6
22		Keine Zuordnung möglich bzw. keine Angabe		7 333	+ 31,0	5 174	+ 27,5	2 159	+ 40,2

Vorjahres- und Vormonatsvergleiche wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

Tabelle II.C.6

Abgang an Arbeitslosen		Deutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	
		absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %	absolut	Vorjahr in %
		1	2	3	4	5	6
1	Abgänge insgesamt	8 030 136	+ 6,6	5 425 635	+ 7,1	2 604 501	+ 5,5
2	dav. Z. 1	Erwerbstätigkeit (ohne betriebl./außerbetr. Ausbildung)					
3	dav. Z. 2	Beschäftigung					
4	dav. Z. 3	durch Vermittlung nach Auswahl und Vorschlag ¹⁾					
5		Wiedereinstellung gleicher Arbeitgeber					
6		durch beauftragte Dritte vermittelt					
7		von Arbeitgeber in AIS ausgesucht					
8		selbst gesucht					
9	dar. Z. 3	Förderung 1. Arbeitsmarkt					
10	dav. Z. 9	Personal-Service-Agenturen					
11		Eingliederungszuschüsse					
12		Einstellungszuschüsse bei Neugründungen					
13		Lohnkostenzuschüsse für Jugendliche					
14		sonstige Hilfen ²⁾					
15		Förderung 2. Arbeitsmarkt					
16	dav. Z. 15	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen					
17		Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen					
18		sonstige Erwerbstätigkeit					
19	dav. Z. 18	Selbstständige Tätigkeit					
20	dar. Z. 19	mit Überbrückungsgeld					
21		mit Existenzgründungszuschuss					
22		Wehr-/Zivildienst					
23		Ausbildung/Qualifizierung (betrieblich/außerbetrieblich bzw. schulisch)					
24	dav. Z. 23	Schule/Studium					
25		betriebliche/sonstige Ausbildung					
26		FbW/Deutsch-Sprachlehrgang					
27		Trainingsmaßnahmen					
28		sonstige Nichterwerbstätigkeit					
29	dav. Z. 28	Arbeitsunfähigkeit					
30		Umzug in anderen AA-Bezirk					
31		Ausscheiden aus dem Erwerbsleben					
32		Sonderregelungen (u.a. § 428 SGB III)					
33		Nichterneuerung der Meldung ^{*)}					
34		fehlende Verfügbarkeit/Mitwirkung u.a. ^{*)}					
35		sonstige Gründe bzw. ohne Nachweis					

¹⁾ Vergleich mit dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich, da ab Mai 2003 der Vermittlungsbegriff enger abgegrenzt wurde.

²⁾ sonstige Hilfen sind EGZ für schwerbehinderte Menschen, EZV und ESF.

^{*)} wegen Umstellung der statistischen Erhebung Vorjahresvergleich nicht möglich.

Tabelle II.C.7

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit (in Wochen)									
Jahr	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1998	38,0	34,6	42,4	37,9	36,4	40,0	38,1	31,3	46,4
1999	37,1	33,9	41,4	37,7	36,0	40,1	35,9	29,9	43,9
2000	39,0	35,9	43,3	39,0	37,4	41,3	38,9	32,7	46,9
2001	38,3	35,1	42,6	37,7	36,1	40,0	39,1	33,1	47,1
2002	37,6	34,0	42,4	36,4	34,1	39,7	39,7	34,0	47,7
2003	37,6	34,0	42,4	36,1	33,7	39,6	40,3	34,7	48,3
2004	38,1	36,0	41,4	35,4	34,9	36,3	43,9	38,4	51,9

Tabelle II.C.9

Anteil der Leistungsempfänger am Bestand der Arbeitslosen ¹⁾²⁾						
Jahr ³⁾	Leistungsbezieher	darunter ³⁾ (Sp. 1)		arbeitslose Leistungsbezieher	Arbeitslose	Leistungs-empfängerquote für das Arbeitslosigkeitsvolumen (Sp. 4 : Sp. 5) x 100
		Leistungsförderung bei nicht nur vorübergehender Minderung der Leistungsfähigkeit (§ 125 SGB III) und bei Arbeitsunfähigkeit (§ 126 SGB III)	58-Jährige und Ältere, die der Vermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen (§ 428 SGB III)			
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
1998	3 340 235	92 499	194 332	3 053 403	4 280 629	71,3
1999	3 323 406	91 697	200 704	3 031 005	4 100 498	73,9
2000	3 151 239	103 405	192 074	2 855 760	3 889 695	73,4
2001	3 202 013	108 045	224 975	2 868 993	3 852 564	74,5
2002	3 590 800	119 149	291 519	3 180 133	4 061 343	78,3
2003	4 052 273	131 215	356 843	3 564 216	4 376 767	81,4
2003	3 929 908	98 301	370 701	3 466 327	4 376 769	79,2
2004	4 050 724	105 807	395 378	3 488 935	4 381 040	79,6
Westdeutschland						
1998	1 988 224	53 727	102 239	1 832 259	2 751 534	66,6
1999	1 955 402	53 748	107 103	1 794 552	2 604 719	68,9
2000	1 784 010	60 491	103 684	1 619 835	2 380 987	68,0
2001	1 806 128	63 604	131 320	1 611 203	2 320 500	69,4
2002	2 119 095	72 209	180 653	1 866 234	2 498 391	74,7
2003	2 492 667	82 655	226 311	2 183 701	2 753 052	79,3
2003	2 392 972	62 084	235 031	2 099 229	2 753 054	76,3
2004	2 509 742	68 789	259 091	2 141 880	2 781 346	77,0
Ostdeutschland						
1998	1 352 010	38 772	92 093	1 221 145	1 529 095	79,9
1999	1 368 004	37 949	93 601	1 236 454	1 495 779	82,7
2000	1 367 230	42 914	88 390	1 235 925	1 508 707	81,9
2001	1 395 886	44 441	93 655	1 257 790	1 532 064	82,1
2002	1 471 705	46 940	110 866	1 313 899	1 562 952	84,1
2003	1 559 606	48 560	130 532	1 380 515	1 623 715	85,0
2003	1 536 936	36 217	135 670	1 367 098	1 623 715	84,2
2004	1 540 982	37 018	136 287	1 347 055	1 599 694	84,2

1) Empfänger von Arbeitslosengeld, -hilfe und Anschluss-Unterhaltsgeld aber ohne Eingliederungshilfe, da diese überwiegend bei Sprachlehrgängen und Weiterbildung gewährt wird.

2) Rückwirkend ab 2003 erfolgte die Datenaufbereitung mit einer neuen Informationstechnologie, deshalb ergeben sich Abweichungen zu früher veröffentlichten Daten; Vergleiche mit den Jahren davor sind nur eingeschränkt möglich.

3) Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle II.C.10

Durchschnittliche Dauer des Bezugs von Lohnersatzleistungen ¹⁾				
im Jahres-durchschnitt	Durchschnittliche Dauer in Wochen			
	einer Arbeitslosigkeitsperiode	einer Leistungsperiode bei Arbeitslosen	darunter:	
			Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
	1	2	3	4
Deutschland				
1996	31,3	32,1	22,0	36,7
1997	34,3	35,7	23,4	38,7
1998	34,8	33,2	22,6	39,9
1999	34,3	32,0	21,6	41,2
2000	34,0	34,4	21,8	47,9
2001	33,5	32,9	20,6	47,9
2002	32,1	35,3	21,6	51,3
2003	34,1	38,4	22,4	55,3
2004	38,1	28,2	21,7	43,2
Westdeutschland				
1996	31,0	31,8	21,6	37,7
1997	34,2	34,5	22,7	40,7
1998	33,6	31,9	22,1	40,9
1999	33,3	31,2	21,3	42,4
2000	31,9	32,1	21,1	48,2
2001	30,4	29,9	19,8	46,6
2002	29,2	32,0	21,3	47,3
2003	31,1	34,8	22,6	48,7
2004	35,4	26,4	21,9	38,4
Ostdeutschland				
1996	31,8	32,7	22,6	35,2
1997	34,6	37,6	24,5	35,9
1998	37,2	35,4	23,6	38,6
1999	36,2	33,3	22,0	39,6
2000	38,1	37,8	22,9	47,6
2001	39,8	37,8	22,0	49,3
2002	38,2	41,4	22,2	56,4
2003	40,9	45,9	22,0	65,0
2004	43,9	32,0	21,2	50,7

1) Bis 2003 Berechnung mit der Umschlagsformel wie folgt:

- Spalte 1: Durchschnittsbestand an Arbeitslosen x 52/Zugänge an Arbeitslosen (ohne Zugang aus Arbeitsunfähigkeit)
- Spalte 2: Durchschnittsbestand arbeitsloser Arbeitslosengeld- und -hilfebezieher x 52/Bewilligte Anträge auf Arbeitslosengeld oder -hilfe (ohne Neuzugänge, Anschluss-Arbeitslosenhilfe)
- Spalte 3/4: Durchschnittsbestand arbeitsloser Arbeitslosengeld- bzw. -hilfebezieher x 52/Bewilligte Anträge auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe

Ab 2004 kann die Dauer am Abgang mit neuer Informationstechnologie erhoben werden; deshalb Vergleich mit dem Vorjahr nur eingeschränkt möglich.

Tabelle II.C.11

Durchschnittsbeträge von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in Euro ¹⁾														
Jahr	Arbeitslosengeld-Empfänger							Arbeitslosenhilfe-Empfänger						
	ins-gesamt	Männer			Frauen			ins-gesamt	Männer			Frauen		
		ins-gesamt	verheiratet	nicht verheiratet	ins-gesamt	verheiratet	nicht verheiratet		ins-gesamt	verheiratet	nicht verheiratet	ins-gesamt	verheiratet	nicht verheiratet
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutschland														
1998	667	778	883	618	534	525	550	489	547	611	501	410	374	449
1999	671	787	896	629	541	530	560	495	553	612	510	417	381	456
2000	728	843	972	680	591	581	608	504	563	621	521	428	394	465
2001	732	839	975	686	597	587	610	516	574	632	533	439	408	472
2002	737	841	986	692	600	589	615	522	579	636	539	440	405	475
2003	740	850	1.001	694	602	591	616	515	571	623	536	430	387	468
2004 ²⁾	756	866	1.000	718	610	596	628	553	599	671	552	480	469	488
Veränderg. gg. Vorjahr in %	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,0	+ 3,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,9	+ 7,3	+ 5,0	+ 7,8	+ 3,1	+ 11,5	+ 21,2	+ 4,2
Westdeutschland														
1998	698	841	966	647	519	494	561	515	565	634	511	411	362	451
1999	705	858	986	664	525	496	573	520	571	637	519	414	364	457
2000	763	921	1.070	719	579	548	628	531	585	649	533	424	372	468
2001	767	908	1.067	722	592	562	634	544	598	662	547	435	384	477
2002	770	900	1.064	728	601	570	639	552	605	669	556	441	387	483
2003	769	901	1.068	725	603	574	636	550	601	663	554	441	382	481
2004 ²⁾	788	924	1.078	752	612	584	648	583	628	704	573	486	460	501
Veränderg. gg. Vorjahr in %	+ 2,5	+ 2,6	+ 0,9	+ 3,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 6,0	+ 4,6	+ 6,2	+ 3,4	+ 10,1	+ 20,5	+ 4,2
Ostdeutschland														
1998	619	674	743	571	557	570	533	450	506	546	482	408	381	447
1999	623	682	755	580	563	574	542	461	515	553	493	418	392	454
2000	678	734	823	629	610	629	579	473	525	565	501	430	406	462
2001	675	730	823	630	604	626	571	487	538	579	514	442	421	468
2002	671	723	825	625	600	627	565	489	541	579	518	439	416	467
2003	670	724	830	619	601	632	564	475	526	551	511	422	390	456
2004 ²⁾	682	736	823	644	605	627	578	516	553	609	523	475	475	475
Veränderg. gg. Vorjahr in %	+ 1,8	+ 1,7	- 0,8	+ 4,1	+ 0,7	- 0,8	+ 2,4	+ 8,6	+ 5,3	+ 10,4	+ 2,4	+ 12,5	+ 21,8	+ 4,0

¹⁾ Berechnet auf Basis der Leistungsempfängerzahl von jeweils Ende September.

²⁾ Aus dreizehn Monatswerten gerechnet.

Tabelle II.C.12

Erwerbslosenquoten in den Ländern der EU nach Geschlechtern 1)2)												
Land	Erwerbslosenquoten											
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Insgesamt												
Belgien	8,1	9,7	9,4	9,5	9,0	9,4	8,7	6,6	6,2	6,9	7,7	7,4
Dänemark	10,9	8,1	7,0	6,9	5,4	5,1	5,2	4,5	4,2	4,3	5,5	5,3
Bundesrepublik Deutschland	7,7	8,8	8,2	8,9	9,9	9,9	8,9	8,0	7,8	8,6	9,9	10,8
Griechenland	8,8	9,1	9,3	9,9	9,8	11,1	12,1	11,5	10,6	10,1	9,5	10,4
Spanien	22,3	24,4	22,8	22,3	20,8	18,8	15,6	13,9	10,4	11,3	11,3	11,1
Frankreich	11,4	12,7	11,9	12,4	12,6	12,1	12,0	10,3	8,6	8,7	9,0	9,6
Irland	15,9	14,8	12,2	11,9	10,4	7,8	5,9	4,4	3,7	4,3	4,6	4,6
Italien	10,3	11,2	11,8	12,0	12,1	12,3	11,8	11,0	9,7	9,3	9,0	8,0
Luxemburg	2,3	3,5	2,9	3,3	2,5	2,8	2,4	2,4	1,8	2,6	3,7	4,8
Niederlande	6,3	7,2	7,2	6,5	5,6	4,4	3,6	2,7	2,1	2,6	3,6	4,7
Österreich	•	•	4,4	5,3	5,2	5,5	4,7	4,7	4,0	4,9	4,7	5,3
Portugal	5,5	7,0	7,4	7,7	6,9	4,9	4,8	4,0	4,1	4,8	6,5	6,7
Finnland	•	•	17,2	15,7	15,1	13,3	11,8	11,2	10,4	10,5	10,5	10,4
Schweden	•	•	9,0	9,7	10,5	9,1	7,7	5,5	4,8	5,0	5,6	6,8
Vereinigtes Königreich	10,4	9,7	8,8	8,3	7,1	6,3	6,1	5,6	4,7	5,1	4,9	4,6
Europäische Union (15 Länder)	•	•	10,8	11,0	10,8	10,3	9,5	8,4	7,4	7,7	8,1	8,4
Männer												
Belgien	6,2	7,7	7,4	7,4	7,1	7,6	7,5	5,3	5,7	6,3	7,5	6,7
Dänemark	10,6	7,3	5,7	5,6	4,6	3,9	4,5	4,0	3,7	4,3	5,2	5,1
Bundesrepublik Deutschland	6,5	7,6	7,1	8,3	9,4	9,4	8,6	7,7	7,8	8,8	10,3	11,4
Griechenland	5,8	6,2	6,4	6,2	6,4	7,3	7,8	7,6	7,0	6,6	6,1	6,5
Spanien	18,5	19,9	18,0	17,7	16,2	13,7	10,8	9,5	7,4	7,9	8,2	8,2
Frankreich	9,7	11,1	10,0	10,6	11,1	10,4	10,4	8,6	7,0	7,8	8,2	8,7
Irland	15,9	14,8	12,3	11,9	10,5	8,1	6,1	4,5	3,9	4,7	4,9	5,1
Italien	7,7	8,8	9,2	9,4	9,5	9,6	9,0	8,4	7,5	7,1	7,0	6,4
Luxemburg	1,9	3,0	2,1	2,5	1,9	1,9	1,7	1,8	1,6	1,9	3,0	3,3
Niederlande	5,4	6,6	6,2	5,3	4,4	3,4	2,7	2,2	1,8	2,3	3,4	4,4
Österreich	•	•	4,0	5,4	5,1	5,4	4,7	4,8	4,0	5,2	5,1	5,3
Portugal	4,7	6,1	6,8	6,7	6,2	4,0	4,4	3,2	3,1	4,1	5,5	6,0
Finnland	•	•	18,0	15,7	14,9	13,0	11,1	10,4	10,0	10,7	11,1	10,3
Schweden	•	•	10,1	10,6	11,2	10,0	8,4	6,0	5,1	5,4	6,2	7,3
Vereinigtes Königreich	12,5	11,5	10,2	9,8	8,2	6,9	6,9	6,2	5,2	5,6	5,5	5,0
Europäische Union (15 Länder)	•	•	9,6	9,8	9,7	9,0	8,3	7,3	6,5	7,0	7,5	7,7
Frauen												
Belgien	10,9	12,5	12,3	12,4	11,6	11,7	10,3	8,3	6,9	7,8	8,0	8,3
Dänemark	11,2	9,0	8,6	8,4	6,5	6,4	5,9	5,0	4,8	4,4	5,8	5,5
Bundesrepublik Deutschland	9,4	10,4	9,7	9,7	10,7	10,5	9,3	8,3	7,8	8,3	9,4	10,2
Griechenland	13,9	14,0	14,1	15,8	15,1	17,0	18,5	17,3	16,1	15,4	14,5	16,0
Spanien	29,0	31,8	30,8	29,7	28,1	26,7	22,9	20,4	15,1	16,4	15,9	15,3
Frankreich	13,5	14,6	14,1	14,5	14,5	14,1	13,9	12,2	10,5	9,8	9,9	10,7
Irland	16,0	14,8	12,1	11,8	10,2	7,4	5,7	4,3	3,6	3,8	4,0	3,9
Italien	14,9	15,4	16,2	16,3	16,5	16,7	16,4	14,9	13,1	12,7	12,0	10,3
Luxemburg	3,1	4,3	4,4	4,7	3,7	4,2	3,3	3,2	2,2	3,6	4,6	6,9
Niederlande	7,7	8,1	8,7	8,1	7,2	5,8	4,9	3,5	2,5	2,9	3,8	5,0
Österreich	•	•	4,9	5,3	5,3	5,6	4,8	4,6	4,1	4,6	4,3	5,3
Portugal	6,5	8,0	8,1	8,8	7,9	6,0	5,3	5,0	5,2	5,6	7,6	7,6
Finnland	•	•	16,3	15,6	15,2	13,6	12,5	12,0	10,8	10,2	10,0	10,6
Schweden	•	•	7,9	8,7	9,7	8,0	6,9	5,1	4,4	4,7	5,0	6,2
Vereinigtes Königreich	7,8	7,4	7,0	6,4	5,8	5,4	5,2	4,9	4,1	4,4	4,1	4,2
Europäische Union (15 Länder)	•	•	12,5	12,5	12,4	12,0	11,1	10,0	8,6	8,7	9,0	9,2

1) Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen zwischen 15 und 64 Jahren.

2) Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Juni 2005). Bei Frankreich und Österreich handelt es sich jeweils um Erhebungsergebnisse aus dem ersten Quartal, bei den anderen Staaten aus dem zweiten Quartal.

II. D. Ausgleichsprozesse

1. Bewegungen am Arbeitsmarkt

Große Fluktuation

Auch in Zeiten rückläufiger Beschäftigung bieten sich Chancen für eine Beschäftigungsaufnahme. So wurden 2004 zwar schätzungsweise rund 6,7 Mio sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse beendet, gleichzeitig aber auch 6,5 Mio Beschäftigungsverhältnisse neu begonnen.¹⁾ Dazu kommen noch Beendigungen und Aufnahmen geringfügiger Arbeitnehmertätigkeiten und öffentlich-rechtlicher Beschäftigungsverhältnisse sowie Existenzgründungen, für die jedoch keine Zahlen vorliegen.

Die Fluktuation dürfte 2004 weiter abgenommen haben. Es wurden deutlich weniger sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse beendet und begonnen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (schätzungsweise ca. -4% bzw. -9%). Die **Arbeitskräftefluktuationsrate** ist von 2003 auf 2004 auf 0,25 gesunken. Dieser Wert besagt, dass 25% der Beschäftigten den Arbeitsplatz gewechselt oder ein Beschäftigungsverhältnis aufgenommen bzw. beendet haben, ohne aus einem Beschäftigungsverhältnis zu kommen bzw. in ein neues zu gehen.²⁾

Die Arbeitskräftefluktuation ist in Ostdeutschland größer als in Westdeutschland (0,30 zu 0,23). Im Osten hat sie 2004 stagniert, während sie im Westen rückläufig war (Vorjahr: 0,30 bzw. 0,25). In Westdeutschland beendeten ca. 5,0 Mio Menschen und in Ostdeutschland ca. 1,6 Mio ihr Beschäftigungsverhältnis (ca. -12% bzw. -2%). Eine neue Beschäftigung begannen im Westen ca. 5,0 Mio und im Osten ca. 1,5 Mio (ca. -5% bzw. -1%).

2. Der Ausgleichsprozess über die Agenturen für Arbeit

Deutlich weniger Stellenangebote

Das bei den Agenturen für Arbeit gemeldete **Stellenangebot** hat sich 2004 weiter verringert. So waren zu Beginn des Jahres den Agenturen 257.900 Stellenangebote gemeldet. Im Jahresverlauf teilten Wirtschaft und Verwaltungen weitere 2,14 Mio Stellenangebote mit. Damit standen den Arbeitsagenturen im Berichtsjahr insgesamt 2,39 Mio gemeldete Stellenangebote zur Besetzung zur Verfügung, 14% weniger als vor einem Jahr (Anwesenheitsgesamtheit; vgl. Abbildung II.D.1). Davon wurden 2,17 Mio Stellenangebote im Jahresverlauf erle-

digt, 14% weniger. In Westdeutschland verringerte sich der Stellenpool um 11% auf 1,87 Mio und in Ostdeutschland um 24% auf 523.200.

Aus allen **Wirtschaftszweigen** gab es weniger Stellenmeldungen (insgesamt -13%). Die Branchen des Produzierenden Gewerbes verzeichneten überdurchschnittliche Abnahmen, besonders ausgeprägt bei der Herstellung chemischer Erzeugnisse (-33%), in der Energie- und Wasserversorgung (-27%), bei der Metallerzeugung und -bearbeitung und Herstellung von Metallerzeugnissen (-25%) sowie im Baugewerbe (-25%). Auch von Dienstleistungsbranchen wurden erheblich weniger Stellen gemeldet, markant bei Kraftfahrzeug-Handel, Instandhaltung und Reparatur sowie Tankstellen (-26%), öffentlichen Verwaltungen (-23%) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (-22%). Unternehmensnahe Dienstleister meldeten dagegen nicht viel weniger Stellen als vor einem Jahr (-5%). Am geringsten war der Rückgang der Stellenzugänge in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht (-3%; vgl. Anhang Tabelle III.A.7).

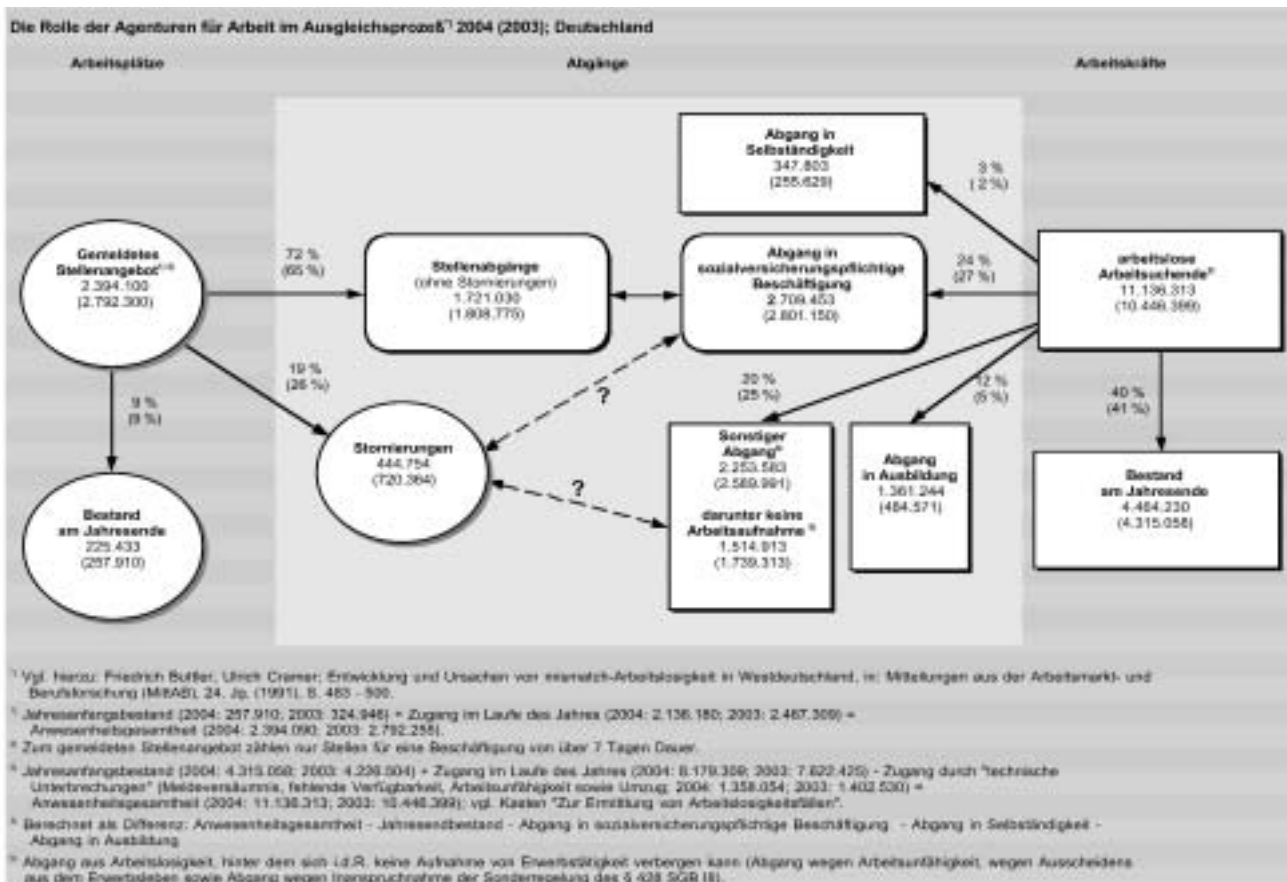
Die Bundesagentur für Arbeit ist 2004 von Wirtschaft und Verwaltung bei der Personalbeschaffung weniger in Anspruch genommen worden als im Vorjahr. Jedenfalls hat sich der Anteil der erledigten Stellenmeldungen an allen begonnenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen (**Einschaltungsgrad**) von 37% auf 33% verringert (vgl. Tabelle II.D.1 und Kasten „Messziffern...“). Eine Einschaltung in dieser Größenordnung spricht dafür, dass Arbeitgeber die Bundesagentur bei der Personalbeschaffung für leistungsfähig halten. Dabei ist der Einschaltungsgrad in West- und Ostdeutschland mit 33% mittlerweile gleich groß, nachdem er in den Jahren zuvor im Osten deutlich höher lag (2003 Osten: 44%; Westen: 35½ %).

Ein anderes Maß für die Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit an Besetzungsprozessen ist die **Meldequote**; sie zeigt den Anteil der den Arbeitsagenturen gemeldeten Angebote am

¹⁾ Auswertungen liegen vor bis zum 3. Quartal 2004, das 4. Quartal wurde geschätzt. Die begonnenen Beschäftigungsverhältnisse werden erhoben, die beendeten mit der Bestandsfortschreibungsformel rechnerisch ermittelt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse beispielsweise auch Umsetzungen von Mitarbeitern zwischen verwandten Unternehmen mit eigener Betriebsnummer – etwa von der Konzernmutter zu einem Tochterunternehmen – enthält. Neue Beschäftigungsverhältnisse können ferner bei Ausgliederungen, aber auch bei Betriebsübernahmen entstehen, etwa dann, wenn der Käufer formal eine neue Firma gründet. Vgl. Kasten „Messziffern der Arbeitsvermittlung“.

²⁾ Berechnung der Arbeitskräftefluktuationsrate = ((begonnene plus beendete Beschäftigungsverhältnisse)/2) / Beschäftigungsbestand im Juni. Bei den begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnissen handelt es sich um Fälle, die Zahl der Personen ist kleiner, weil ein Teil von ihnen mehrmals eine Beschäftigung beginnt oder beendet. Dies muss bei der verkürzten Beschreibung beachtet werden.

Abbildung II.D.1



gesamtwirtschaftlichen Stellenbestand. Danach waren im Herbst 2004 rund 30% aller Stellenangebote den Agenturen gemeldet, im Vergleich zu 35% im Herbst 2003. In Westdeutschland hat sich die Meldequote von 34% auf 30% und in Ostdeutschland von 40% auf 30% reduziert (vgl. Kapitel II.B).

Dass der Einschaltungsgrad etwas größer ist als die Meldequote kann zum einen an den unterschiedlichen Messkonzepten liegen (Befragung von Betrieben einerseits und Auswertung von Geschäftsdaten der BA und Daten der Beschäftigtenstatistik andererseits; vgl. Kasten „Messziffern der Arbeitsvermittlung“). Ein weiterer Grund dürfte aber sein, dass die Arbeitsagenturen stärker in Stellenbesetzungsprozesse mit vergleichsweise kurzen Laufzeiten eingeschaltet werden. Diese Stellen sind im Zugang stärker repräsentiert als im Bestand (Bestand = dauergewichteter Zugang).

Mehr Arbeitslosigkeitsfälle

Dem beträchtlich kleineren Stellenangebot standen 2004

mehr **Arbeitsuchende** gegenüber. Zum Jahresbeginn gab es 4,32 Mio **arbeitslose Arbeitsuchende**. Während des Jahres registrierten die Agenturen weitere 6,82 Mio Arbeitslosmeldungen. Dies ergibt eine Gesamtzahl von 11,14 Mio Arbeitslosig-

keitsfällen (Anwesenheitsgesamtzahl; vgl. Kasten „Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen“), die im Jahr 2004 über die Arbeitsagenturen eine Beschäftigung suchten, 7% mehr als 2003 (vgl. Abbildung II.D.1). In Westdeutschland suchten 7,41 Mio Arbeitslose eine Beschäftigung, 7% mehr als im Vorjahr, und in Ostdeutschland 3,72 Mio Arbeitslose, 6% mehr.

Darüber hinaus gibt es **nichtarbeitslose Arbeitsuchende**, das sind Personen, die einen Arbeitsplatz suchen, aber nicht arbeitslos sind, z.B. weil sie eine Qualifizierungsmaßnahme besuchen oder noch in einem gekündigten Beschäftigungsverhältnis stehen und deshalb nicht sofort verfügbar sind. Ende 2004 waren bei den Arbeitsagenturen insgesamt 1,70 Mio nichtarbeitslose Arbeitsuchende gemeldet, 16% mehr als vor einem Jahr.³⁾ Der starke Zuwachs beruht auch darauf, dass Arbeitnehmer, deren sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis endet, seit 1. Juli 2003 verpflichtet sind, sich unverzüglich nach Kenntnis des Beendigungszeitpunkts persönlich bei einer Arbeitsagentur arbeitsuchend zu melden (frühzeitige Arbeitsuche; vgl. § 37b SGB III).

³⁾ Auf den Ausweis der Anwesenheitsgesamtzahl für nicht arbeitslose Arbeitsuchende muss verzichtet werden, weil der Übergang vom nichtarbeitslosen zum arbeitslosen Arbeitsuchenden und umgekehrt nicht erfasst wird.

Zur Ermittlung von Arbeitslosigkeitsfällen (Anwesenheitsgesamtheit)

Bei den Arbeitslosen sind als **Anwesenheitsgesamtheit** alle Arbeitslosen zu erfassen, die im Laufe eines Jahres für die Besetzung von Arbeitsplätzen zur Verfügung stehen, d.h. die am Jahresanfang vorhandenen zuzüglich der im Laufe des Jahres hinzukommenden Arbeitslosen (vgl. Abbildung II.D.1). Dabei kann eine Person mehr als einen Arbeitslosigkeitsfall auslösen. Dies ist z.B. dann gegeben, wenn die Arbeitslosigkeit im Laufe eines Jahres durch eine kurze, aber mehr als kurzfristige Beschäftigung oder eine über sechs Wochen dauernde Krankheit unterbrochen wird.

Die Ermittlung der Anwesenheitsgesamt an Arbeitslosen als **Summe aus Jahresanfangsbestand und Zugängen im Laufe des Jahres** führt allerdings zu **überhöhten Ergebnissen**. Denn in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit wird – auf der Grundlage der Definition des Arbeitslosen im SGB III (vgl. Kasten „Arbeitslose – wesentliche Merkmale“ in Kapitel II.C) – eine Vielzahl von Zugängen in und Abgängen aus Arbeitslosigkeit nachgewiesen, die lediglich eine **technische Unterbrechung** der Arbeitslosigkeit, aber kein neuer „Arbeitslosigkeitsfall“ im oben beschriebenen Sinn sind. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn ein Arbeitsloser dem Arbeitsmarkt vorübergehend zeitlich eng begrenzt nicht zur Verfügung steht. In solchen Zeiträumen wechselt der „Arbeitslose“ i.d.R. in den Status des nichtarbeitslosen Arbeitssuchenden; entsprechend wird (statistisch) jeweils ein Abgang aus und ein Zugang in Arbeitslosigkeit nachgewiesen.

Für die Ermittlung der Anwesenheitsgesamtheit an Arbeitslosen sind also alle Zugänge um die durch **„technische Unterbrechungen“** hervorgerufenen Zugänge zu **bereinigen**. Im Einzelnen trifft das zu für Statuswechsel nach

- Arbeitsunfähigkeit sowie
- vorübergehend fehlender Verfügbarkeit (z.B. zeitweilige Ortsabwesenheit)

Darüber hinaus ist der Zugang an Arbeitslosen noch um die Fälle zu bereinigen, in denen zwar die Arbeitslosigkeit beendet wird, aber – wegen der sofortigen oder zeitlich nahen **Wiederanmeldung** – ebenfalls kein neuer Arbeitslosigkeitsfall eintritt. Dazu zählen Zugänge nach

- Umzug und
- erneuter Meldung nach Meldeversäumnis.

Bundesweit reduziert sich damit im Jahr 2004 – ähnlich wie im Vorjahr – die Zahl der Zugänge in Arbeitslosigkeit von 8.179.300 auf 6.821.300 (-1.358.100 oder -17%).

2004 beendeten etwas weniger Personen ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit; nach der Bewerber-

Statistik waren es 3,11 Mio Arbeitslose, 1/2 % weniger als vor einem Jahr (vgl. Tabelle II.C.6). Dabei gab es erheblich mehr Existenzgründungen von Arbeitslosen (+36% auf 347.800), die in großem Umfang mit Existenzgründungszuschüssen und Überbrückungsgeld gefördert wurden. Die starke Zunahme ist auch Ausdruck mangelnder Angebote für abhängige Beschäftigungen. Denn gleichzeitig waren die Aufnahmen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung rückläufig (-3% auf 2,71 Mio), zum Teil auch deshalb, weil weniger Arbeitslose in Beschäftigungsschaffende Maßnahmen eingemündet sind.

In Westdeutschland gelang es 2,04 Mio Arbeitslosen eine Arbeit zu finden, 1% mehr als vor einem Jahr, in Ostdeutschland 1,06 Mio, ein Minus von 2%. Die ungünstigere Entwicklung im Osten hängt vor allem damit zusammen, dass dort die rückläufigen Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen stärker zu Buche geschlagen haben. Der zweite Arbeitsmarkt spielt im Osten immer noch eine größere Rolle als im Westen, 10% aller Aufnahmen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mündeten dort in eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, im Vergleich zu nur 1% im Westen.

Die **Wiederbeschäftigungsquote**, also der Anteil der Personen, die ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Erwerbstätigkeit beendeten, an allen Abmeldungen, belief sich 2004 bundesweit auf 39%, im Vergleich zu 41% im Jahr zuvor (vgl. Tabelle II.D.2). Bereinigt man die Abgänge um die eher technischen Unterbrechungen (Arbeitsunfähigkeit und Umzug) verringerte sich die Quote von 52% auf 46%. In Westdeutschland war die Wiederbeschäftigungsquote mit 38% bzw. bereinigten 45% merklich kleiner als in Ostdeutschland mit 41% bzw. bereinigten 50%.

Durch „klassische“ **Vermittlungen nach Auswahl und Vorschlag** beendeten 496.500 Personen ihre Arbeitslosigkeit, 27% weniger als vor einem Jahr. Dieser Rückgang spiegelt nach wie vor auch die restriktivere statistische Erfassung wider (vgl. Kasten „Zur Vermittlungsstatistik der BA“). Gleichwohl wurden noch knapp ein Fünftel aller Beschäftigungsaufnahmen durch die Agenturen für Arbeit durch Auswahl und Vorschlag vermittelt.

Die Mitwirkung der Arbeitsagenturen am Zustandekommen eines Arbeitsverhältnisses lässt sich jedoch nicht mit einem engen Vermittlungsbegriff erfassen. Denn über die klassischen Vermittlungen hinaus tragen zunehmend die Selbstinformationseinrichtungen der Bundesagentur, die Beratungsdienstleistungen der Arbeitsagenturen, die Einschaltung von Dritten, vielfältige finanzielle Hilfen bei der Beschäftigungssuche und auch der Vermittlungsgutschein zu Beschäftigungsaufnahmen bei (vgl. Abschnitt II.E.5 Förderung der Arbeitssuche).

Kaum weniger Arbeitsaufnahmen

Stärkung der Vermittlung der Bundesagentur für Arbeit

Die Novellierung des SGB III durch das Job-AQTIV-Gesetz (in Kraft ab 1.1.2002) und die Hartz I sowie Hartz II – Gesetze¹⁾ (in Kraft überwiegend ab 1.1.2003) hatten u.a. zum Ziel, die **Arbeitsvermittlung** sowie die **Eigeninitiative der Arbeitslosen zu stärken**, um Arbeitslose schnell und passgenau zu vermitteln bzw. zu integrieren und gemeldete Stellen zugänglich zu besetzen. Dazu wurden **neue Instrumente** eingeführt. Die **wesentlichen** Neuerungen sind:

Profiling (§ 6)

Zur Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit, insbesondere zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit, hat die Agentur für Arbeit mit jedem Arbeitsuchenden spätestens nach der Arbeitslosmeldung die für die Vermittlung erforderlichen beruflichen und persönlichen Merkmale, seine beruflichen Fähigkeiten und seine Eignung festzustellen. Auf der Grundlage dieses Bewerberprofils ist auch eine Chancenprognose zu erstellen, d.h. zu ermitteln, ob und warum eine berufliche Eingliederung möglicherweise erschwert ist.

Maßnahmen der Eignungsfeststellung (§ 48 i.V.m. § 35 Abs. 3)

Eignungsfeststellungsmaßnahmen sind dann vorzusehen, wenn ein Bewerberprofil nicht ohne weiteres erstellt werden kann, insbesondere nicht klar ist, in welche berufliche Tätigkeit der Arbeitslose vermittelt werden kann oder welche Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung vorzusehen sind. Daneben können sie auch genutzt werden, die Arbeitsbereitschaft und -fähigkeit zu prüfen.

Eingliederungsvereinbarung (§ 35 Abs. 4., § 6 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 2 und 3)

In den Eingliederungsvereinbarungen sind für einen bestimmten Zeitraum gemeinsam mit dem Arbeitslosen Wege zur beruflichen Wiedereingliederung festzulegen. Diese umfassen die Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagentur, die Eigenbemühungen des Arbeitslosen und, soweit die Voraussetzungen vorliegen, künftige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung. Die Eingliederungsvereinbarung ist sich ändernden Verhältnissen anzupassen und fortzuschreiben, wenn nach Ablauf ihrer Gültigkeit die Arbeitslosigkeit nicht beendet wurde.

Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 37)

Zu ihrer Unterstützung kann die Arbeitsagentur Dritte mit Teilaufgaben der Vermittlung oder mit dem gesamten Vermittlungsprozess beauftragen. Arbeitslose können nach sechsmonatiger Dauer die Einschaltung Dritter verlangen. Bei den Dritten kann es sich auch um Träger von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen handeln.

Alle diese Regelungen gelten auch für Ausbildungsplatzsuchende.

Vermittlungsgutschein (§ 421g; befristet bis 31.12.2006)

Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe erhalten auf Wunsch einen Vermittlungsgutschein, wenn sie mindestens drei Monate arbeitslos und noch nicht vermittelt sind. Anspruch haben auch Arbeitnehmer, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Struktur Anpassungsmaßnahmen beschäftigt sind.

Mit dem Vermittlungsgutschein können sie einen privaten Vermittler ihrer Wahl einschalten. Je nach Dauer der Arbeitslosigkeit können die privaten Vermittler 1.500 € bis 2.500 € für die Vermittlung erhalten (von drei bis sechs Monaten: 1.500 €; nach sechs bis neun Monaten: 2.000 € und nach neun Monaten: 2.500 €).

Frühzeitige Meldepflicht (In Kraft seit 1.7.2003; § 37b SGB III)

Es wurde die Verpflichtung eingeführt, sich frühzeitig arbeitsuchend zu melden. Arbeitsagentur und Arbeitnehmer sollen bereits die wichtige Zeitspanne zwischen Kündigung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses für Vermittlung oder Weiterbildung nutzen. Die Arbeitnehmer müssen der Agentur für Arbeit die bevorstehende Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses sofort persönlich mitteilen. Bei verspäteter Meldung wird bei Eintritt der Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld gemindert.

Einführung von Personal-Service-Agenturen (§ 37c SGB III)

Vermittlungsorientierte Zeitarbeit soll stärker genutzt werden. Jede Agentur für Arbeit hat die Einrichtung mindestens einer Personal-Service-Agentur (PSA) sicherzustellen. Diese stellen ausschließlich von der Arbeitsagentur vorgeschlagene Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ein. Aufgabe der PSA ist es, die Arbeitnehmer an andere Betriebe zu verleihen oder verleihfreie Zeiten für arbeitsmarktorientierte Integrationsbemühungen oder Kurzzeitqualifizierungen zu nutzen. Die PSA erhalten ein Honorar, das aus einer Fallpauschale sowie einer Integrations- bzw. Vermittlungsprämie besteht.

¹⁾ Zu weiteren Änderungen durch Hartz I und II vgl. Kasten „Arbeitsmarktpolitische Instrumente; Wesentliche Änderungen ...“ im Kapitel II.E.

Der „Virtuelle Arbeitsmarkt“

Ein Kernelement der Reform der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist die Realisierung des Projektes „Der Virtuelle Arbeitsmarkt“ (VAM). Dadurch werden einerseits die bisherigen Altsysteme durch eine auf die individuellen Bedürfnisse der internen Vermittlungsprozesse und der BA-Mitarbeiter/-innen entwickelte Software namens VerBIS ersetzt. Andererseits werden nach Außen sichtbare Service- und Informationsinhalte angeboten. Der Virtuelle Arbeitsmarkt ist Teil der e-Government-Initiative Bund Online 2005 und gliedert sich in vier verschiedene Einzelprojekt-Bestandteile. VerBIS befindet sich noch in der Entwicklung, die Job-Börse, der Job-Roboter und das Service-Portal sind bereits umgesetzt worden.

VerBIS ist das bei weitem grösste Einzelprojekt und wird die veralteten internen IT-Verfahren coArb und COMPAS durch eine konsolidierte IT-Plattform für alle Beratungs- und Vermittlungsfunktionen ab Winter 2005/2006 ablösen. Besonders anspruchsvoll ist dieses Vorhaben angesichts der sich rund um den Bereich SGB II ergebenden Ergänzungen und der Verdopplung der Anzahl an Anwendern. Durch ein intensiveres Profiling der Stellen- und Bewerberdaten und den Wechsel von Berufskennziffern auf „Fähigkeiten und Kompetenzen“ stehen den BA-Mitarbeiter/-innen geeignete Datensätze zur Verfügung, die eine passgenauere und schnellere Vermittlung ermöglichen.

Die Job-Börse unter www.arbeitsagentur.de konsolidiert die vielen einzelnen früheren Online-Einzeljobbörsen der BA in einer kompletten Anwendung und hat diese endgültig zum 30. Juni 2004 abgelöst. Ziel ist es, möglichst viele Stellen- und Bewerberangebote unter einer einzigen Internetadresse anzubie-

ten und somit neben der Markttransparenz eine optimale Plattform zum selbsttätigen Marktausgleich zur Verfügung zu stellen. Dazu werden neben Stellenangeboten der Arbeitgeber verstärkt auch Angebote von weiteren potenziellen Partnern wie z.B. Personalunternehmen, Internet-Stellenbörsen u.v.m. in das Portal eingebunden. Darüber hinaus soll die Servicequalität und die Effektivität der Arbeitsvermittlung und -beratung bzw. Ausbildungsvermittlung und Berufsberatung über das neue Portal weiter verbessert werden. Internetgestützte Funktionen wie die Selbsteingabe und Verwaltung von Stellenangeboten und Bewerberprofilen, Unternehmensdarstellungen, Möglichkeiten der Kontaktaufnahme und neue Suchfunktionen tragen wesentlich dazu bei. Ein innovatives Verfahren ermöglicht einen Abgleich zwischen Stellenangeboten und potenziellen Bewerbern auf Basis von berufs-, branchen- und tätigkeitsbezogenen Merkmalen. Die Anfang Dezember 2004 eingeführten Angebote für Bewerber (Bewerbungsmanagement) und Arbeitgeber (Bewerbermanagement) ermöglichen wahlweise die komplett elektronische Handhabung der Vorgänge rund um Bewerbungen.

Der **Job-Roboter** ist seit dem 1. Dezember 2003 im internen Einsatz. Er durchsucht Webangebote von Unternehmen im Internet und wahlweise die interne coArb-Datenbank nach Stellenangeboten. Dadurch trägt er neben der Arbeitsmarkt-Transparenz zur Verbesserung der Angebotssituation bei der internen Vermittlungstätigkeit bei.

Das Service-Portal www.arbeitsagentur.de stellt die veränderte BA nach der Umbenennung nach Außen sichtbar dar und gibt einen Gesamtüberblick über das Dienstleistungsangebot der BA.

Zur Vermittlungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Bis April 2003 wurden Vermittlungen der Arbeitsämter parallel mit zwei verschiedenen Verfahren gezählt. Ausgewertet wurden die Abmeldungen von offenen Stellen einerseits und von Bewerberangeboten andererseits. Im Vordergrund der statistischen Berichterstattung stand die stellenorientierte Zählung. Ihre Grundlagen und Ergebnisse standen auch im Mittelpunkt der Kritik durch den Bundesrechnungshof im Frühjahr 2002. Ab Mai 2003 erfolgt der Ausweis von Vermittlungen nur noch bewerberorientiert; die Abmeldegründe wurden überarbeitet und so eingeschränkt, dass eine genaue Erfassung der getätigten Vermittlungen durch Auswahl und Vorschlag ermöglicht wurde.

Gezählt werden Arbeitsvermittlungen durch die Arbeitsagenturen in Zukunft immer dann, wenn nach Auswahl und Vorschlag eines Bewerbers ein Beschäftigungsverhältnis zustande kommt. Das gilt auch für so genannte Initiativvermittlungen, bei denen der Arbeitsvermittler initiativ auf Arbeitgeber mit Vermittlungsvorschlägen zugeht, ohne dass von diesem Arbeitgeber ein konkretes Stellenangebot vorliegt. Im Bewerberangebot muss klar dokumentiert sein,

dass Auswahl und Vorschlag durch eine Vermittlungsfachkraft erfolgte.

Der Rückgang der Vermittlungszahlen und zum Teil auch des Stellenzugangs spiegelt – neben der wirtschaftlichen Schwäche – zu einem Teil noch Veränderung der statistischen Erfassung wider. Die Erfassung von Stellenzugängen ist deshalb betroffen, weil bei der stellenorientierten Zählung für bestimmte Vermittlungen (die nun nicht mehr, oder nur in bestimmten Fällen als Vermittlung gezählt werden) ein Stellenzugang zu buchen war (z.B. Wiedereinstellung beim gleichen Arbeitgeber oder Förderleistung an Arbeitgeber).

Bei diesem Vorgehen ist klar: Die Zahl der Vermittlungen kann nicht das Gesamtmaß der Beteiligung der Arbeitsagenturen am Ausgleichsprozess am Arbeitsmarkt abbilden. Denn die Arbeitsagenturen wirken in einer Vielzahl von Fallgestaltungen beim Zustandekommen von Beschäftigungsverhältnissen mit, die nicht als Vermittlung im obigen Sinne erfasst werden. So trägt z.B. auch ein Beratungsgespräch oder der Besuch einer geeigneten Trainings- oder Weiterbildungsmaßnahme sowie die ständig steigende erfolgreiche Nutzung der Selbstinformationseinrichtungen der BA zur Integration in den Arbeitsmarkt bei, auch wenn diese Vorgänge nicht als Vermittlung gezählt werden.

Messziffern der Arbeitsvermittlung

Die folgenden Messziffern beziehen sich auf den Arbeitsmarkt im engeren Sinne, d.h. ohne betriebliche Ausbildungsplätze bei Stellenabgängen, Vermittlungen und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Außerdem gilt als „Stellenangebot“ nur ein Angebot für eine Beschäftigung über sieben Tage Dauer.

Einschaltungsgrad

- zeigt an, zu welchem Grad die Bundesagentur von Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung bei der Personalbeschaffung eingeschaltet wird.
- Gegenüberstellung von Stellenabgängen (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung) bei den Agenturen für Arbeit zu den voll sozialversicherungspflichtigen Einstellungen, also:

$$\frac{\text{Abgang an Stellenangeboten}}{\text{Einstellungen}} \times 100.$$

Ausschöpfungsgrad

- zeigt an, welchen Anteil die Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse insgesamt am Stellenabgang haben.
- Gegenüberstellung der Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungen zum Abgang von Stellenangeboten, also:

$$\frac{\text{AV}}{\text{Abgang an Stellenangeboten}} \times 100.$$

Marktanteil

- zeigt an, welchen Anteil die Bundesagentur bei der Besetzung von Stellen hat.
- Gegenüberstellung von Arbeitsvermittlungen in Beschäftigungsverhältnisse zu den voll sozialversicherungspflichtigen Einstellungen, also:

$$\frac{\text{AV über 7 Tage}}{\text{Einstellungen}} \times 100.$$

- Mit anderen Worten: Multiplikation von Einschaltungsgrad mit Ausschöpfungsgrad.

Wiederbeschäftigungsquote

- zeigt an, in welchem Maß Arbeitslose ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder -freien Beschäftigung beendet haben, in Relation zum Gesamtabgang an Arbeitslosen, also:

$$\frac{\text{Abgang Arbeitslose in Arbeit}}{\text{Abgang Arbeitslose insgesamt}} \times 100.$$

Vermittlungsquote

- zeigt an, in welchem Umfang Arbeitsvermittlungen durch Auswahl und Vorschlag zur Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen beigetragen haben.

- Gegenüberstellung der Zahl der Arbeitslosen, die von den Arbeitsagenturen in (kurz- oder längerfristige) Arbeit durch Auswahl und Vorschlag vermittelt wurden, mit der aller in Arbeit gegangenen Arbeitslosen, also:

$$\frac{\text{AV von Arbeitslosen}}{\text{Abgang Arbeitslose in Arbeit}} \times 100.$$

Diese traditionelle Definition von „Vermittlungsquote“ darf nicht verwechselt werden mit der neueren Legaldefinition von § 11 Abs. 2 Nr. 5 SGB III, die sich – im Kontext der Eingliederungsbilanzen – nur auf nicht geförderte Beschäftigungsverhältnisse bezieht.

Der **Einschaltungsgrad** erlaubt nur bedingt Aussagen über die **Beteiligung der Arbeitsagenturen an den Ausgleichsprozessen am Arbeitsmarkt**. Denn wie viele Mess- und Kennziffern ist er von Faktoren abhängig, auf die die Agenturen für Arbeit keinen Einfluss haben, etwa konjunkturelle und strukturelle Veränderungen der Gesamtwirtschaft oder auch solche rechtlicher Art, wie die Freigabe der Arbeitsvermittlung für Dritte. Abgesehen davon handelt es sich beim Einschaltungsgrad wegen verschiedener, nicht behebbarer dimensioneller Inkongruenzen nur um einen Näherungswert für den eigentlich interessierenden Marktprozess. Beispielsweise werden Umsetzungen von Mitarbeitern zwischen verwandten Unternehmen mit eigener Betriebsnummer – etwa von der Konzernmutter zu einem Tochterunternehmen – statistisch als beendete und neu begonnene Beschäftigungsverhältnisse gezählt. Neue Beschäftigungsverhältnisse können ferner bei Ausgliederungen, aber auch bei Betriebsübernahmen entstehen, etwa dann, wenn der Käufer formal eine neue Firma gründet. Der Markt, auf dem Stellen besetzt werden können, ist also kleiner, als es die Zahl der Einstellungen zum Ausdruck bringt; letztere ist lediglich eine Obergrenze und der errechnete Einschaltungsgrad tendenziell zu niedrig. Unterstellt man, dass die genannten Faktoren im Zeitablauf relativ gleichmäßig von Einfluss sind, wirken sie sich vor allem auf die absolute Größe des Einschaltungsgrades aus, aber weniger auf seine Veränderung.

Der **Ausschöpfungsgrad** und der **Marktanteil** können immer weniger als Effizienzmaß der Arbeitsvermittlung dienen, auf die Verwendung dieser Messziffern wird deshalb im vorliegenden Bericht verzichtet (vgl. auch Kasten „Zur Vermittlungsstatistik ...“). So kommen z.B. erfolgreiche Eigenbewerbungen nicht im Ausschöpfungsgrad zum Ausdruck, auch wenn die Arbeitsagenturen dabei geholfen haben. Dabei sind Förderung der Eigeninitiative von Arbeitslosen und Verbesserung ihres Bewerberverhaltens seit jeher Anliegen der Arbeitsagenturen, also wichtige Themen von Gruppeninformationen, individuellen Beratungen und insbesondere von Trainingsmaßnahmen. Verstärkt gilt dies seit Inkrafttreten des Job-AQTIV-Gesetzes ab 1.1.2002. Insoweit kann ein wachsender Teil des Stellenabgangs, der nicht durch Arbeitsvermittlungen bewirkt wird, gleichwohl auf gezielten Aktionen der Arbeitsagenturen beruhen.

3. Laufzeit von Stellenangeboten

Die **Agenturen für Arbeit** haben auch 2004 alles daran gesetzt, **Stellen rasch zu besetzen**, um so gleichermaßen Arbeitslosigkeit und Krätemangel entgegenzuwirken. Da Bewerber und Stellen auch möglichst gut zueinander passen sollen, ist die schnelle Reaktion der Vermittlungsfachkräfte auf Stellenmeldungen dabei ein wichtiges, aber nicht das maßgebende Kriterium. Entscheidend ist, dass der vorgeschlagene Bewerber möglichst genau den Anforderungen der Stelle entspricht.

Der Einfluss der Arbeitsagenturen auf die **Laufzeit der angebotenen Stellen** – also auf die Zeitspanne zwischen Meldung und „Erledigung“ durch Vermittlung, anderweitige Besetzung oder Stornierung – beschränkt sich im Wesentlichen auf das Zusammenführen von registriertem Kräfteangebot und gemeldeter Nachfrage. Umfang und Zusammensetzung von Angebot und Nachfrage sind den Agenturen – von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei der Kräfte nachfrage und Qualifizierungsmaßnahmen beim Kräfteangebot abgesehen – dagegen vorgegeben. Konjunkturelle und strukturelle Faktoren beeinflussen die Laufzeit u.U. stark, beispielsweise wegen des unterschiedlichen und anscheinend tendenziell zunehmenden Zeitbedarfs für die Entscheidung beim kräftesuchenden Betrieb und beim interessierten Bewerber. Darüber hinaus wirken auch Verwaltungsvorschriften auf die Laufzeit ein; beispielsweise hat die Regelung, dass Stellen mindestens vier Wochen lang gemeldet sein müssen, bevor arbeitserlaubnispflichtige Ausländer berücksichtigt werden können, die Laufzeit verlängert.

Man kann auch nicht genau feststellen, in welchem Umfang die Laufzeit von Stellenangeboten auf der unvermeidlichen Zeit der Anbahnung des Arbeitsverhältnisses oder auf konjunkturellen oder strukturellen Einflüssen beruht. Die durchschnittliche Laufzeit für alle offenen Stellen (ohne landwirtschaftliche Berufe) in den Jahren 1993 und 1994 mit gut sechs Wochen stellt aber derzeit wohl den friktionalen Zeitbedarf dar, denn konjunkturelle Anspannungen und strukturelle Diskrepanzen dürften in diesen Jahren sehr gedämpfter Kräfte nachfrage und hoher Arbeitslosigkeit die Laufzeit kaum verlängert haben.

Laufzeit von Stellenangeboten deutlich kürzer

Die **durchschnittliche Laufzeit** der abgegangenen Stellen (ohne Job-Service, Saison-, ABM-, und traditionelle SAM-

Stellen sowie Daueraufträge) war 2004 mit 48 Tagen um 11 Tage kürzer als vor einem Jahr (vgl. Anhang Tabelle III.C.3). Offenkundig gelang es, Stellen schneller zu besetzen. Dabei war die Laufzeit in West- und Ostdeutschland rückläufig (–15 Tage bzw. –6 Tage). Aufgrund der deutlich größeren Arbeitslosigkeit war die Laufzeit in Ostdeutschland mit 35 Tagen nach wie vor erheblich kürzer als in Westdeutschland mit 52 Tagen. Dabei ist auch zu beachten, dass Betriebe oft frühzeitig auf Bewerbersuche gehen, die Stellen also weniger lang vakant sind.

Die längste Laufzeit gab es nach wie vor bei Stellenangeboten für **technische Berufe** mit 64 Tagen (–16 Tage). Dabei dauerte es bei Ingenieuren, Chemikern, Physikern und Mathematikern mit durchschnittlich 72 Tagen bis zur Besetzung der Stellen besonders lange. **Dienstleistungsberufe** hatten mit im Mittel 49 Tagen (–13 Tage) leicht überdurchschnittliche Laufzeiten, besonders lange dauerte die Stellenbesetzung u.a. bei Dienstleistungskaufleuten (62 Tage), Gesundheitsdienstberufen (59 Tage) und Körperpflegern (58 Tage). Andererseits waren die Besetzungszeiten bei Reinigungsberufen (36 Tage), sonstigen Arbeitskräften (36 Tage) und Verkehrsberufen (38 Tage) vergleichsweise kurz. Die Laufzeiten für **Fertigungsberufe** waren mit 46 Tagen (–9 Tage) insgesamt etwas unterdurchschnittlich. Die längsten Dauern wiesen hier Lederberufe (65 Tage), Steinbearbeiter und Baustoffhersteller (64 Tage) sowie Metallherzeuger und -bearbeiter (63 Tage) auf. Dagegen waren Stellen für die stark saisonal geprägten Bau- und baunahen Berufe schneller besetzt, so z.B. für Bauberufe in 33 Tagen. Dies gilt auch für Stellen für **Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe**, die mit 36 Tagen (–9 Tage) mit die niedrigsten Laufzeiten aufwiesen.

4. Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung⁴⁾

5. Sperrzeiten

Die **Zahl der Sperrzeiten** (vgl. Kasten „Sperrzeiten“) ist 2004 erheblich zurück gegangen. Bundesweit traten 367.600 Sperr-

Deutlich weniger Sperrzeiten

zeiten ein, das sind 56.000 oder 13% weniger als vor einem Jahr (vgl. Tabelle II.D.6). Damit liegt sie allerdings noch immer deutlich über den Werten der Jahre davor. Dabei war der relative Rückgang in West und Ost gleich (jeweils –13% auf 287.200 bzw. –13% auf 80.300). Die Abnahme ist im Zusammenhang mit der Umstellung der Arbeitsagenturen auf das neue Geschäftsmodell und die vorbereitenden Arbeiten zur Einführung des SGB II (Hartz IV) zu sehen. Die „tatsächliche“ Zahl der Sperrzeiten ist allerdings geringer, denn erfahrungsgemäß werden ca. 6% der Fälle durch erfolgreiche Widersprüche und Klagen aufgehoben. Somit dürfte sich die Gesamtzahl der Sperrzeiten auf rd. 346.000 reduzieren. Diese Größe muss vor dem Hintergrund von 5,31 Mio neuen Leistungsempfängern im Jahr 2004 gesehen werden; auf dieser Basis errechnet sich eine „Sperrzeitquote“ von 7%. Dabei ist die Quote in Westdeutschland mit 7½ % nach wie vor spürbar größer als in Ostdeutschland mit 4½ %.

Wie schon seit langem traten vor allem **Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe** ein; in 209.100 Fällen wurde deswegen die Dauer des Leistungsanspruchs gekürzt, 12% weniger als im Vorjahr.

⁴⁾ Die Entwicklung der Arbeitnehmerüberlassung im ersten Halbjahr 2004 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2003 kann wegen statistischer Meldeprobleme nicht dargestellt werden.

Ihr Anteil an allen Sperrzeiten hat sich wegen des leicht unterdurchschnittlichen Rückgangs geringfügig erhöht, und zwar von 56% auf 57%. Der Rückgang war in West- und Ostdeutschland ähnlich groß (-12% auf 168.800 bzw. -13% auf 40.300).

Die Abnahme der Sperrzeiten insgesamt beruht vor allem auf erheblich weniger Sperrzeiten wegen der **Ablehnung zumutbarer Arbeit**. Aus diesem Anlass wurden im Berichtsjahr 127.600 Sperrzeiten ausgesprochen, 16 % weniger als 2003; ihr Anteil an allen Sperrzeiten verringerte sich auf 35%. Dabei war der Rückgang in Westdeutschland etwas stärker als in Ostdeutschland (-17% auf 93.700 bzw. -15% auf 33.800). Der Anteil dieser Sperrzeiten an allen Sperrzeiten ist im Osten deutlich größer als im Westen (42% zu 33%). Die Zahl solcher Sperrzeiten ist vor dem Hintergrund der Arbeitsaufnahmen von Leistungsempfängern in Millionenhöhe zu sehen.

Auch Sperrzeiten wegen **Ablehnung oder Abbruchs einer beruflichen Eingliederungsmaßnahme** wurden in geringerem Maße ausgesprochen. In insgesamt 30.900 Fällen war dies der Grund für ein Ruhen der Leistungen, das waren 7% weniger als vor einem Jahr. Dabei geht das Minus vor allem auf eine kleinere Zahl von Abbrüchen zurück, während es nur geringfügig weniger Ablehnungen gab (-13% auf 13.700 bzw. -1% auf 17.200). Im Westen war der Rückgang bei den Abbrüchen dop-

pelt so groß wie im Osten (-14% auf 10.400 bzw. -7% auf 3.300). 8% aller Sperrzeitfälle wurden aus diesen beiden Gründen bundesweit ausgesprochen, in Westdeutschland knapp 9% und in Ostdeutschland knapp 8%.

Wegen **wiederholter Sperrzeit** verloren 10.800 Arbeitslose im Berichtsjahr ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe auf Dauer, spürbar weniger als im Vorjahr (-10%).

6. Bekämpfung von Leistungsmissbrauch

Durch das Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt endete zum Jahresbeginn 2004 die weitgehende Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit (BA) bei der

Neuzuschnitt der ordnungspolitischen Aufgaben

Sperrzeiten

Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt den Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt. Mit der Feststellung von Sperrzeiten, d.h. mit dem vorübergehenden Versagen von Entgeltersatzleistungen, versucht sie, Störungen des Ausgleichsprozesses zu verhindern und damit eine möglichst reibungslose Allokation zu gewährleisten (§ 144 SGB III). Daneben schützen Sperrzeiten die Solidargemeinschaft der Beitragszahler vor ungerechtfertigter Inanspruchnahme von Leistungen.

Sperrzeiten können insbesondere ausgesprochen werden bei Arbeitsaufgabe ohne wichtigen Grund, Ablehnung einer zumutbaren Arbeit sowie Ablehnung oder Abbruch einer zumutbaren beruflichen Eingliederungsmaßnahme (einschl. Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen).

Im Mittelpunkt stehen Sperrzeiten wegen Arbeitsaufgabe ohne wichtigen Grund oder wegen Entlassung aufgrund arbeitsvertragswidrigen Verhaltens des Arbeitnehmers (§ 144 Abs. 1 Nr. 1 SGB III). Sie mindern die mögliche Dauer des Arbeitslosengeldbezugs nicht nur um die Dauer der Sperrzeit von zwölf Wochen, sondern mindestens um ein Viertel der Gesamtanspruchsdauer (§ 128 Abs. 1 Nr. 4 SGB III).

Mit dem Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hat es eine Beweislastumkehr gegeben. Seit dem 1. Januar 2003 hat nicht mehr die Agentur für Arbeit, sondern der Arbeitslose die für die Beurteilung eines wichtigen Grundes maßgebenden Tatsachen darzulegen und nachzuweisen, wenn diese in seiner Sphäre oder in seinem Verantwortungsbereich liegen.

Leistungsmissbrauch

Leistungsmissbrauch ist die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Leistungen der Bundesagentur für Arbeit (BA), die dem Bezieher (Arbeitnehmer oder Arbeitgeber) nicht, nicht mehr oder nicht in vollem Umfang zustehen. Im Folgenden handelt es sich um den rechtswidrigen Bezug von Arbeitslosengeld oder -hilfe, Unterhaltgeld, Kurzarbeitergeld, Leistungen des Winterbaus sowie aller sonstigen Leistungsarten (z.B. Eingliederungshilfe, Konkursausfallgeld, Berufsausbildungsbeihilfe, Reha-Leistungen usw.). Leistungsmissbrauch verstößt gegen die Solidarität der Beitragszahler und den zweckgerechten Einsatz von Steuermitteln. Eine unrechtmäßige Inanspruchnahme untergräbt die Leistungsbereitschaft des Einzelnen und beeinträchtigt die vorgesehene Verwendung knapper Ressourcen. Missbrauch wird zumeist dadurch begangen, dass jemand, der Leistungen der Bundesagentur beantragt oder bezieht, unter Verstoß gegen die Mitwirkungspflichten des § 60 Abs. 1 SGB I den Bezug von (Neben-) Einkommen aus Erwerbstätigkeit der Arbeitsagentur nicht unverzüglich anzeigt. Je nach Lage des Einzelfalls liegt eine Ordnungswidrigkeit (§ 404 Abs. 2 Nr. 26 SGB III) oder auch Betrug (§ 263 StGB) vor.

Die **Bekämpfung** von Leistungsmissbrauch erfolgt im Wesentlichen mit Hilfe des **DALEB-Verfahrens**. Dies ist ein Datenabgleich von Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen und den von den Arbeitgebern an die Einzugsstellen gemeldeten Beschäftigungszeiten. Somit können Fälle nicht angezeigten (Neben-)Einkommens lückenlos erkannt werden, wenn die Arbeitgeber ihren Meldepflichten nachkommen. Wird neben dem Leistungsbezug ein Beschäftigungsverhältnis festgestellt, prüft die zuständige Arbeitsagentur den Grund der Überschneidung sowie die Rechtmäßigkeit des Leistungsbezugs. Zu Unrecht bezogene Leistungen werden zurückgefordert; bei Verdacht auf ordnungswidriges oder strafbares Verhalten wird ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet oder der Vorgang an die Zollverwaltung bzw. die Staatsanwaltschaft abgegeben.

Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmissbrauch. Mit Wirkung vom 1. Januar 2004 wurde die Durchführung von Außenprüfungen sowie die Ahndung von Ordnungswidrigkeitstatbeständen der illegalen Ausländerbeschäftigung, der illegalen Arbeitnehmerüberlassung und der Verstöße nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz ausschließlich der Zollverwaltung übertragen. Diese bekam ferner – zusätzlich zur BA – die Verfolgungszuständigkeit für Fälle des Leistungsmissbrauchs. In diesem Zusammenhang leitet die BA der Zollverwaltung alle Fälle mit Verdacht auf Leistungsmissbrauch zu, die im Zusammenhang mit einer Beschäftigung stehen und die eine Außenprüfung erfordern oder im Rahmen des Datenabgleichs DALEB aufgedeckt wurden.

Die BA hat weiterhin die Zuständigkeit bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten aus dem Bereich des Leistungsmissbrauchs und der Mitwirkungs- und Bescheinigungspflichten nach dem SGB III, des Schwerbehindertenrechts nach dem SGB IX und des Altersteilzeitgesetzes (AtG) sowie von Formalverstößen nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Sie ist zur Zusammenarbeit mit anderen Behörden bei der Aufdeckung von weiteren Rechtsverletzungen gesetzlich verpflichtet, z.B. Vorenthalten und Veruntreuen von Sozialversicherungsbeiträgen, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit sowie Missachtung von ausländerrechtlichen Vorschriften. Ermittlungsverfahren werden jedoch an die anderen Behörden ohne eigene statistische Erfassung abgegeben.

Deutlich weniger aufgedeckte Fälle von Leistungsmissbrauch

Die Zahl der aufgedeckten Fälle von Leistungsmissbrauch war in den letzten Jahren tendenziell rückläufig. Dies könnte auf die Änderung des

Freibetrages bei Einkünften aus Nebenverdienst sowie auf die bisherigen umfassenden Bekämpfungsmaßnahmen zurückzuführen sein.

In 2004, also mit Einführung der Doppelzuständigkeit der BA und der Behörden der Zollverwaltung für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 404 Abs. 2 Nr. 26 SGB III, wurde missbräuchliche Inanspruchnahme von Lohnersatzleistungen in erheblich geringerem Umfang festgestellt als in den Vorjahr

ren. Dies dürfte auch mit der vorrangigen Umsetzung des SGB II zusammenhängen, wodurch Personalkapazitäten, die bisher für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten zuständig waren, gebunden wurden.

Während in 2003 die Zahl der aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Bußgeld- und Strafverfahren aufgrund der verstärkten Abarbeitung noch offener Verdachtsfälle massiv angestiegen war, sank sie in 2004 auf nur noch 85.500 (gegenüber Vorjahr: –62%; 1998: 290.800). Dementsprechend wurde lediglich noch in 50.200 Fällen eine Ordnungswidrigkeit wegen unrechtmäßiger Inanspruchnahme von Leistungen festgestellt (–66%). Im Zusammenhang damit nahm auch die Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen deutlich auf 6,0 Mio € ab (–64%).

Mit nur noch 1.800 Fällen war vor allem die Zahl der Strafanzeigen und Abgaben an die Staatsanwaltschaft überproportional rückläufig (–96%); deren Anteil an allen aufgegriffenen bzw. eingeleiteten Verfahren ging damit auf nur noch 2% zurück (2003: 21%).

Leistungsmissbrauch kam praktisch in allen Berufsgruppen vor, überwiegend in Bereichen mit hoher Fluktuation von Arbeitskräften. Als gewisse Schwerpunkte sind das Baugewerbe, das Hotel- und Gaststättengewerbe, das Transport- und Reinigungsgewerbe, das Bewachungs- sowie sonstige Dienstleistungsgewerbe, der Einzelhandel, die Zeitarbeits- und Versicherungsbranche, die Landwirtschaft, Honorarkräfte von Bildungsträgern sowie sonstige Freiberufler zu nennen.

Fälle von Leistungsmissbrauch sind praktisch ausschließlich Verstöße von Arbeitnehmern. Verfehlungen von Arbeitgebern sind – anders als in den Bereichen illegale Ausländerbeschäftigung und illegale Arbeitnehmerüberlassung – sowohl bei den eingeleiteten Verfahren⁵⁾ als auch bei der Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder und Geldbußen mit einem Anteil von deutlich unter 10% weiterhin kaum von Bedeutung. Bei Verdacht weiterer Verfehlungen, etwa beitrags- oder steuerrechtlichen Verstößen, werden andere Behörden unterrichtet, die dann die Verfolgung und Ahndung in eigener Zuständigkeit übernehmen.

⁵⁾ Bundesweit können 90% aller Fälle eindeutig Arbeitnehmern zugeordnet werden (Vorjahr: 93%; alte Länder: 93% (95%); neue Länder: 81% (85%).

Abbildung II.D.1

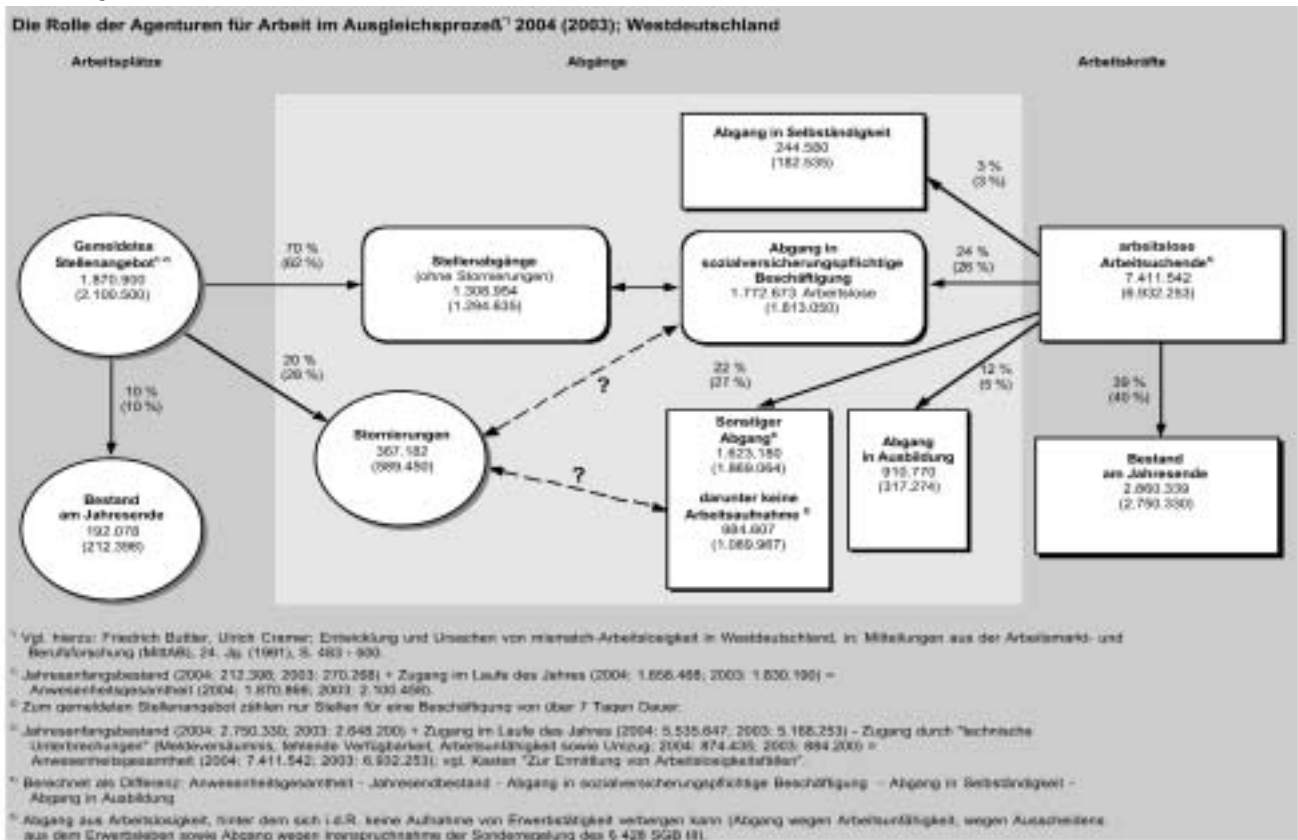


Abbildung II.D.1

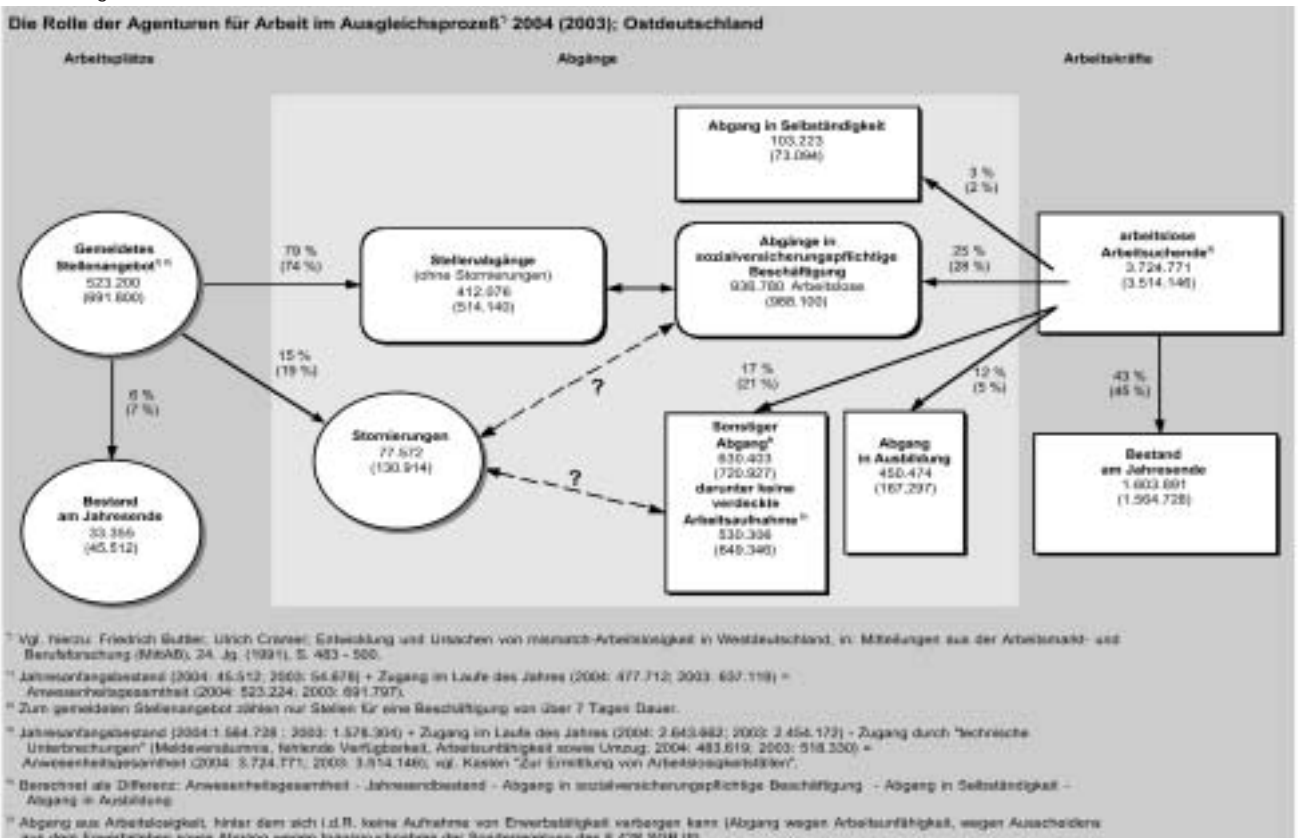


Tabelle II.D.1

Einschaltungsgrad der Agenturen für Arbeit						
Jahr	Zugang an offenen Stellen	Abgang an offenen Stellen (für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse)	Begonnene sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ¹⁾	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge Okt. – Sept.	Begonnene sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse (Sp. 3–Sp. 4)	Einschaltungsgrad in % (Sp. 2/Sp. 5)
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
2001	3 765 884	3 572 487	8 595 243	614 236	7 981 007	44,8
2002	2 796 380	2 655 590	7 679 620	572 227	7 107 393	37,4
2003	2 467 309	2 305 564	6 757 910	557 612	6 200 298	37,2
2004	2 136 180	1 938 433	6 500 000 ²⁾	572 980	5 927 020 ¹⁾	32,7 ²⁾
Westdeutschland						
2001	2 744 034	2 598 219	6 835 061	480 183	6 354 878	40,9
2002	2 058 291	1 945 350	6 086 438	447 441	5 638 997	34,5
2003	1 830 190	1 693 543	5 246 328	434 747	4 811 581	35,2
2004	1 658 468	1 485 590	5 000 000 ²⁾	448 876	4 551 124 ²⁾	32,6 ²⁾
Ostdeutschland						
2001	1 021 850	974 268	1 760 182	134 053	1 626 129	59,9
2002	738 089	710 240	1 593 182	124 786	1 468 396	48,4
2003	637 119	612 021	1 511 582	122 865	1 388 717	44,1
2004	477 712	452 843	1 500 000 ²⁾	124 104	1 375 796 ²⁾	32,9 ²⁾

1) Für einen geringen Teil der begonnenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist eine regionale Zuordnung nicht möglich. Diese Fälle wurden auf Westdeutschland und Ostdeutschland verteilt entsprechend den jeweiligen Anteilen an den begonnenen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, für die eine regionale Zuordnung vorgenommen werden kann.

2) Geschätzt, da noch nicht alle Werte verfügbar sind.

Tabelle II.D.2

Wiederbeschäftigungsquoten nach Geschlechtern (in %)									
Jahr	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1998	38,9	42,4	34,1	36,4	39,7	31,6	43,5	47,9	38,2
1999	43,4	47,1	38,5	41,8	44,9	37,3	46,6	51,2	40,6
2000	43,5	47,2	38,5	42,5	45,8	38,0	45,4	50,1	39,5
2001	42,9	46,7	37,8	41,8	44,9	37,4	45,0	49,8	38,5
2002	41,1	45,1	35,6	40,0	43,5	35,2	43,3	48,3	36,3
2003	41,4	45,8	35,2	40,1	44,1	34,5	44,1	49,2	36,8
2004	38,7	42,3	33,5	37,7	41,0	33,0	40,8	45,1	34,5

Tabelle II.D.3a

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten			
		2004	2003	2002	2001
		1	2	3	4
Insgesamt	absolut	1 390 858	1 738 648	2 095 668	2 963 456
	in %	100	100	100	100
Angestelltenberufe		39,7	40,7	40,3	37,8
Übrige Berufe (Arbeiter)		60,3	59,3	59,7	62,2
Angebotene Arbeitszeit					
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		81,1	81,0	81,7	83,6
Teilzeit		18,9	19,0	18,3	16,4
Besetzungsdauer					
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		70,2	72,4	74,7	76,1
Befristet		29,8	27,6	25,3	23,9
– bis einschließlich 3 Monate		5,1	4,4	3,9	0,2
– über 3 bis einschließlich 6 Monate		12,3	9,8	6,5	9,6
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		9,0	10,0	11,6	11,1
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,5	0,7	0,6	0,5
– über 18 Monate		1,8	2,1	2,0	2,0
– Saisonbeschäftigung		1,0	0,7	0,7	0,5
Alter		0,0	0,0	0,0	0,0
Ohne Altersbegrenzung		76,9	78,9	82,8	85,5
Mit Altersbegrenzung		23,1	21,1	17,2	14,5
– nur mit Höchstalter		10,0	9,8	8,1	7,6
– nur mit Mindestalter		4,4	4,4	3,8	2,7
– mit Höchst- und Mindestalter		8,7	6,9	5,3	4,2

1) Anteile in Prozent (Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge).

Tabelle II.D.3b

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten			
		2004	2003	2002	2001
		1	2	3	4
Insgesamt	absolut	1 390 858	1 212 094	1 466 379	2 098 473
	in %	100	100	100	100
Angestelltenberufe		41,3	43,0	42,3	39,2
Übrige Berufe (Arbeiter)		58,7	57,0	57,7	60,8
Angebotene Arbeitszeit					
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		86,1	85,6	85,2	86,7
Teilzeit		13,9	14,4	14,8	13,3
Besetzungsdauer					
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		78,1	79,9	81,1	81,1
Befristet		21,9	20,1	18,9	18,9
– bis einschließlich 3 Monate		4,6	4,0	3,7	0,2
– über 3 bis einschließlich 6 Monate		6,4	5,5	4,6	9,2
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		7,4	7,1	7,3	6,5
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,5	0,6	0,6	0,5
– über 18 Monate		1,9	2,1	1,9	1,9
– Saisonbeschäftigung		1,1	0,8	0,8	0,6
Alter		0,0	0,0	0,0	0,0
Ohne Altersbegrenzung		76,8	79,5	83,5	85,6
Mit Altersbegrenzung		23,2	20,5	16,5	14,4
– nur mit Höchstalter		10,5	9,7	8,2	7,6
– nur mit Mindestalter		3,6	3,3	2,6	2,1
– mit Höchst- und Mindestalter		9,1	7,5	5,7	4,7

1) Anteile in Prozent (Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge).

Tabelle II.D.3c

Merkmale		Abgang an Stellenangeboten			
		2004	2003	2002	2001
		1	2	3	4
Insgesamt	absolut	368 230	526 554	629 289	864 983
	in %	100	100	100	100
Angestelltenberufe		35,1	35,6	35,8	34,6
Übrige Berufe (Arbeiter)		64,9	64,4	64,2	65,4
Angebotene Arbeitszeit					
Vollzeit (einschl. ohne Angabe)		67,2	70,2	73,3	76,1
Teilzeit		32,8	29,8	26,7	23,9
Besetzungsdauer					
Unbefristet (einschl. ohne Angabe)		48,3	55,1	59,8	63,9
Befristet		51,7	44,9	40,2	36,1
– bis einschließlich 3 Monate		6,4	5,4	4,3	0,1
– über 3 bis einschließlich 6 Monate		28,7	19,6	10,8	10,5
– über 6 bis einschließlich 12 Monate		13,5	16,7	21,6	22,3
– über 12 bis einschließlich 18 Monate		0,6	0,7	0,7	0,5
– über 18 Monate		1,7	2,2	2,4	2,4
– Saisonbeschäftigung		0,8	0,4	0,5	0,2
Alter		0,0	0,0	0,0	0,0
Ohne Altersbegrenzung		77,1	77,4	81,2	85,5
Mit Altersbegrenzung		22,9	22,6	18,8	14,5
– nur mit Höchstalter		8,7	9,9	8,0	7,4
– nur mit Mindestalter		6,8	7,1	6,6	3,9
– mit Höchst- und Mindestalter		7,4	5,6	4,3	3,2

1) Anteile in Prozent (Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge).

Tabelle II.D.6

Sperrzeiten						
Jahr	Sperrzeiten nach § 144 SGB III					Erlöschen des Leistungsanspruchs wegen wiederholter Sperrzeit
	Insgesamt	davon (Spalte 1) wegen (in %)				
		Lösung des Arbeitsverhältnisses	Ablehnung einer angebotenen Arbeit	Ablehnung beruflicher Eingliederungsmaßnahme	Abbruch beruflicher Eingliederungsmaßnahme	
1	2	3	4	5	6	
Deutschland						
1996	260 645	88,5	5,9	3,0	2,6	8 305
1997	274 492	85,5	8,1	3,5	2,9	7 733
1998	317 544	81,2	10,3	4,1	4,5	10 699
1999	337 049	78,9	11,6	4,2	5,3	14 696
2000	307 701	75,9	14,9	4,3	4,9	16 869
2001	308 976	75,2	17,0	3,4	4,4	17 094
2002	315 607	72,9	18,2	4,3	4,6	15 459
2003	423 775	56,2	36,0	4,1	3,7	11 951
2004	367 578	56,9	34,7	4,7	3,7	10 752
Westdeutschland						
1996	205 744	88,4	5,8	3,0	2,8	6 369
1997	214 021	85,1	8,2	3,6	3,1	5 861
1998	241 076	80,7	10,8	4,1	4,4	8 375
1999	255 095	78,6	11,9	4,3	5,2	11 451
2000	237 228	75,7	15,4	4,3	4,6	13 677
2001	244 851	75,0	17,7	3,3	3,9	13 839
2002	252 592	73,2	18,7	4,0	4,1	12 467
2003	331 141	58,0	34,0	4,4	3,7	9 310
2004	287 236	58,8	32,6	5,0	3,6	8 165
Ostdeutschland						
1996	54 901	88,8	6,4	2,9	1,9	1 936
1997	60 471	86,7	7,8	3,1	2,5	1 872
1998	76 468	82,6	8,8	3,9	4,7	2 324
1999	81 954	79,7	10,8	3,8	5,7	3 245
2000	70 473	76,6	13,5	4,3	5,7	3 192
2001	64 125	75,8	14,3	3,9	6,0	3 255
2002	63 015	71,7	16,0	5,8	6,4	2 992
2003	92 634	49,8	43,2	3,2	3,8	2 641
2004	80 342	50,1	42,1	3,6	4,1	2 587

II. E. Arbeitsmarktpolitik

1. Überblick

Mehr Beschäftigungsförderung am ersten Arbeitsmarkt

Die aktive Arbeitsmarktpolitik zielt grundsätzlich darauf ab, Arbeitslose dauerhaft in eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Zugleich soll der Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt verbessert werden. Neben diesen **indirekten**, häufig eher mittel- bis langfristigen allokativen Effekten, die u.a. mit der Eingliederungsquote gemessen werden können, kann Arbeitsmarktpolitik aber auch **direkt** die Arbeitslosigkeit kurzfristig dadurch entlasten, dass die Maßnahmeteilnehmer ihre Arbeitslosigkeit zumindest unterbrechen, insbesondere um ihre Chancen auf eine Wiedereingliederung in Beschäftigung zu verbessern (vgl. Kapitel II.C, Kasten „Zur Entlastung der Arbeitslosigkeit ...“).

Die Bundesagentur für Arbeit und der Bund haben 2004 rund 19,52 Mrd € für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung aufgewandt, 1,68 Mrd € weniger als 2003 (vgl. Tabelle II.E.6). Die Ausgaben des Eingliederungstitels, aus dem die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung finanziert werden, verringerten sich um 2,99 Mrd € auf 9,10 Mrd €. Auch die Ausgabenstruktur hat sich verändert: Infolge der stärkeren Orientierung auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt wurde insbesondere mehr Geld für Existenzgründungen, dagegen beträchtlich weniger für Beschäftigung schaffende Maßnahmen („Marktersatz“) ausgegeben.

Wesentliches Ziel des Reformprozesses der BA ist die Erhöhung von Effektivität und Effizienz des Dienstleistungsangebots. Im Mittelpunkt der geschäftspolitischen Ausrichtung des Jahres 2004 stand neben diesem grundsätzlichen Ziel die weitere Umsteuerung der Arbeitsförderung hin zu einem stärker aktivierenden und präventiven Ansatz. Der Einsatz der Arbeitsmarktpolitik folgte der Umsetzung des Prinzips „Fördern und Fordern“, wobei die Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund steht. Wenn nötig gewähren die Agenturen für Arbeit finanzielle Hilfen zur schnelleren und dauerhaften Integration. Dabei wurde verstärkt auf die Instrumente umgesteuert, die den höchsten Eingliederungserfolg versprechen. Entsprechend haben die **Maßnahmen, die die Aufnahme einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt erleichtern** bzw. die Beschäftigungsbegleitenden Hilfen 2004 weiter deutlich zugelegt. Die Zunahme beruht vor allem auf der Förderung der Selbständigkeit durch Überbrückungsgeld oder Existenzgründungszuschuss (Ich-AG). Die **Förderung beruflicher Weiterbildung** hat nach wie vor große Bedeutung. Jahresdurchschnittlich nahmen 184.400 Personen an einer Weiterbildung teil,

29% weniger als vor einem Jahr. Im Laufe des Jahres begannen 185.000 eine solche Maßnahme, 27% weniger. Ausschlaggebend für die Abnahmen bei Bestand und Eintritten war die Einführung des Bildungsgutscheins und vor allem die stärkere Ausrichtung am Eingliederungserfolg. Gleichzeitig wurden aber **Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen** intensiver eingesetzt. Im Jahresdurchschnitt befanden sich 94.748 Arbeitslose in solchen Maßnahmen, 2% mehr als 2003. Begonnen haben eine solche Maßnahme 1.188.400 Personen, 12% mehr. Im Gegenzug nahmen **Beschäftigung schaffende Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes** weiter erheblich ab; mit jahresdurchschnittlich 117.200 Personen waren 18% weniger als im Vorjahr in solchen Maßnahmen beschäftigt. Die Eintritte verringerten sich ebenfalls stark, und zwar um 13% auf 165.300.

Die unmittelbare **Entlastung** des Arbeitsmarktes durch arbeitsmarktpolitische Instrumente war 2004 mit jahresdurchschnittlich rund 1,33 Mio um 100.000 kleiner als im Vorjahr. In Westdeutschland hat die Entlastung um 90.000 auf rund 850.000 zugenommen, in Ostdeutschland um 10.000 auf rund 475.000 (vgl. Tabelle II.C.2 und Kasten II.C.3 „Zur Entlastung ...“).

Wegen der in Ostdeutschland anhaltend größeren Probleme am Arbeitsmarkt war dort die Stützung durch Arbeitsmarktpolitik nach wie vor vergleichsweise stark:

- Etwas mehr als die Hälfte der Ausgaben des Eingliederungstitels bzw. unverändert 39% der Gesamtmittel für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung entfielen auf den Osten (vgl. Tabelle II.E.6).
- Die Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung wurden im Osten immer noch wesentlich stärker auf den zweiten Arbeitsmarkt ausgerichtet; so betrug dort der Anteil der Ausgaben für ABM an den Gesamtausgaben aus dem Eingliederungstitel 21%, in Westdeutschland nur 6%.

2. Berufliche Ausbildung

Der Bedarf der Wirtschaft an unqualifizierten Arbeitnehmern nimmt tendenziell ab. Für den Einzelnen wird es deshalb immer wichtiger, eine Berufsausbildung zu absolvieren. Angesichts einer angespannten Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt finden vor allem junge

Berufsvorbereitende Maßnahmen und Berufsausbildung Benachteiligter auf hohem Niveau

Arbeitsmarktpolitische Instrumente: Wesentliche Änderungen für 2004 – insbesondere aufgrund des dritten und vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt¹⁾

Mit dem dritten und vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt werden die mit den ersten beiden Gesetzen verfolgten Ziele (u. a. Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, die Verbesserung der Qualität und Schnelligkeit der Arbeitsvermittlung) weiter verfolgt bzw. ergänzt. Die Neuregelungen sollen u. a. eine wirksamere Steuerung der Arbeitsmarktpolitik ermöglichen, die arbeitsmarktpolitischen Instrumente vereinfachen und die Arbeitsmarktpolitik konsequent fortentwickeln. Die Mehrzahl der Regelungen ist am 1.1. bzw. 1.7.2004 in Kraft getreten.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Benachteiligtenförderung und Einstiegsqualifizierung

Aus dem zum 31.12.2003 ausgelaufenen Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit wurden verschiedene Instrumente in das SGB III übernommen.

Mit einer Kombination aus sozialversicherungspflichtiger praktischer Tätigkeit und einer begleitenden berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme in Teilzeit (**AQJ-Maßnahmen**) soll noch nicht ausbildungsgerechten Jugendlichen ein stärker betriebsorientiertes Angebot unterbreitet werden (§ 61 Abs. 4 i.V.m. § 235b).

Darüber hinaus wurde klargestellt, dass berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen auch auf den nachträglichen **Erwerb des Hauptschulabschlusses** vorbereiten können (§ 61 Abs. 2 Nr. 2).

Zur Begleitung der betrieblichen Eingliederung können förderungsbedürftige junge Arbeitnehmer zusätzliche sozialpädagogische Unterstützung, Hilfen zum Abbau von Sprach- und Bildungsdefiziten sowie zur Förderung der Fachpraxis und Fachtheorie erhalten (§§ 246 a-d).

Aktivierungshilfen

Durch zusätzliche soziale Betreuungsmaßnahmen sollen besonders benachteiligte Jugendliche, die keine Beschäftigung haben und nicht ausbildungs- oder arbeitsuchend gemeldet sind, an Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung herangeführt werden (§ 240 Nr. 2 i.V.m. § 241 Abs. 3a). Eine Förderung ist nur möglich, wenn Dritte sich mindestens zur Hälfte an der Finanzierung beteiligen.

Arbeitgeber können bis 31.12.2007 die Kosten für eine notwendige **sozialpädagogische Begleitung während einer Berufsausbildungsvorbereitung nach dem Berufsbildungsgesetz** erstattet werden (§ 421m).

Mit dem „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ vom 16.6.2004 haben sich die Paktpartner zur Bereitstellung von jährlich insgesamt 25.000 Plätzen für betrieblich durchgeführte **Einstiegsqualifizierungen** verpflichtet. Betriebe erhalten hierfür einen Zuschuss des Bundes zum Unterhalt der Jugendlichen.

Berufliche Weiterbildung

Mit der Einführung des Bildungsgutscheins und der Verlagerung der Auswahlverantwortung von den Agenturen für Arbeit auf die zu Qualifizierenden wurden die Grundlagen für den Umbau der Weiterbildungsförderung und die Voraussetzungen für mehr Wettbewerb auf dem Weiterbildungsmarkt geschaffen. Bildungsgutscheine werden an Arbeitslose, von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Ungelernte ausgegeben, wenn die Integration in den ersten Arbeitsmarkt nur durch die Teilnahme an einer beruflichen Weiterbildung erreichbar ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit im Anschluss an die Weiterbildung die Aufnahme einer in der Regel beitragspflichtigen Beschäftigung erwartet werden kann. Der Bildungsgutscheininhaber entscheidet selbst, welches der zugelassenen Angebote er nutzt.

Die Zulassung der Bildungsträger und -maßnahmen soll von den Arbeitsagenturen auf externe fachkundige Stellen verlagert werden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) hat zum 1.7.2004 eine Rechtsverordnung erlassen, die das Nähere über fachkundige Stellen, deren Zertifizierung und das Verfahren der Zulassung von Trägern und Maßnahmen durch fachkundige Stellen regelt. Für die Anerkennung dieser fachkundigen Stellen ist die bei der Bundesagentur für Arbeit angesiedelte Anerkennungsstelle zuständig. Bis die fachkundigen Stellen ihre Arbeit aufnehmen, führen die Arbeitsagenturen die Zulassung von Trägern und Maßnahmen durch (§ 86 Abs. 1 Nr.4).

Trainingsmaßnahmen/Maßnahmen der Eignungsfeststellung

Als Folge der bereits seit 2003 laufenden Umsteuerung aktiver Arbeitsförderung hin zu Instrumenten mit hohen Eingliederungserfolgen wurde auch 2004 der Anteil betrieblicher Maßnahmen weiter erhöht. Im Rahmen der Neu-

organisation der Einkaufsprozesse wurden im Jahr 2004 Trainingsmaßnahmen bei Trägern in Gruppenform erstmals durch die Regionalen Einkaufszentren beschafft.

Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben

Die Regelungen zu den allgemeinen Leistungen der beruflichen Weiterbildungsförderung gelten gem. § 99 auch für die Förderung der beruflichen Rehabilitation.

Personal-Service-Agenturen – PSA (§ 37c)

Jede Agentur für Arbeit hat die Einrichtung mindestens einer PSA sicherzustellen. Diese stellen ausschließlich von der Agentur für Arbeit vorgeschlagene Arbeitnehmer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse ein. Aufgabe der PSA ist es, die Arbeitnehmer an andere Betriebe zu verleihen oder verleihfreie Zeiten für arbeitsmarktorientierte Integrationsbemühungen oder Kurzzeitqualifizierungen zu nutzen. Die PSA erhalten ein Honorar, das aus einer Fallpauschale sowie einer Integrations-/Vermittlungsprämie besteht.

Existenzgründungszuschüsse – EXGZ (§ 421l)

Arbeitslose, die durch Gründung einer „Ich-AG“ ihre Arbeitslosigkeit beenden, haben Anspruch auf einen monatlichen EXGZ. Voraussetzung ist, dass die Existenzgründung in einem engen zeitlichen Zusammenhang mit dem Bezug von Entgeltersatzleistungen (z.B. Arbeitslosengeld) oder einer Tätigkeit in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nach dem SGB III steht. Außerdem darf das voraussichtlich erzielbare Arbeitseinkommen 25.000 im Jahr nicht überschreiten. Mit dem am 27.11.2004 in Kraft getretenen „Vierten Gesetz zur Änderung des SGB III und anderer Gesetze“ ist eine Förderung nur noch möglich, wenn eine fachkundige Stelle die Tragfähigkeit des Geschäftsvorhabens bestätigt hat.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM – §§ 260 ff.)

Die Förderung von ABM wurde wesentlich umgestaltet:

- Aufgegeben wurde der Anspruch, ABM als Förderinstrument zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt anzusehen. Ziel ist nunmehr die Erhaltung oder Wiedererlangung der Beschäftigungsfähigkeit geförderter Arbeitnehmer durch eine temporäre Beschäftigung.
- Die Interessen der Wirtschaft wurden weitergehender geschützt. Eine Förderung ist ausgeschlossen, wenn eine Beeinträchtigung der Wirtschaft als Folge der ABM-Förderung zu befürchten ist.
- Das Spektrum förderungsfähiger Arbeiten erweiterte sich.
- Feste Pauschalen, gegliedert nach Qualifikationsstufen der zuzuweisenden Arbeitnehmer, bisher als Alternative möglichst, lösten die prozentuale Anteilskostenerhöhung bei den Lohnkostenzuschüssen ab. Auch die verstärkte Förderung wurde pauschaliert.
- Eine über 12 Monate hinausgehende Förderung ist nur noch möglich, wenn ein besonderes arbeitsmarktpolitisches Interesse besteht oder die Verpflichtung für die Übernahme in Dauerarbeit eingegangen wird. Über 24 Monate werden ABM für ältere Arbeitnehmer gefördert.

Die Voraussetzungen für die Zuweisung in ABM wurden diesen Regelungen angepasst. Zusätzlich tritt eine Wartezeit von 3 Jahren bis zu einer erneuten Zuweisung unter 55-Jähriger ein. Ausnahmen hiervon bestehen im Bereich der Förderung von Maßnahmen, die der beruflichen Ausbildung dienen. Für die Zuweisung schwerbehinderter Menschen wurde die Möglichkeit einer Arbeitsassistenz geschaffen. Bei Naturkatastrophen oder sonstigen außergewöhnlichen Ereignissen ist eine Förderung unter erleichterten Bedingungen möglich.

Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM – §§ 272 bis 279 und 434j)

Die Förderung von SAM wurde ab dem 01.01.2004 aufgehoben. Es besteht noch die Möglichkeit, vereinbarte Förderungen darüber hinaus zu Ende zu führen.

Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen (BSI – § 279a)

Die mit dem Wegfall der Strukturanpassungsmaßnahmen nicht mehr förderbaren Arbeiten zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt wurden den BSI übertragen.

¹⁾ Die aufgeführten Paragraphen beziehen sich auf das SGB III, sofern nichts anderes gesagt wird.

Menschen mit unzureichender schulischer Qualifikation oder mit sozialen Defiziten häufig keine betriebliche Lehrstelle; die Bundesagentur versucht deshalb, mit **berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen** diese Jugendlichen für die Aufnahme einer Berufsausbildung zu befähigen oder zu motivieren. Darüber hinaus fördert die Bundesagentur die **Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen** in außerbetrieblichen Einrichtungen und durch ausbildungs begleitende Hilfen.

Eine berufsvorbereitende Maßnahme haben 2004 in Deutschland 164.200 Jugendliche oder junge Erwachsene begonnen, 1% oder 1.500 mehr als vor einem Jahr. Dabei gab es in West- und Ostdeutschland nur leichte Zunahmen (+1% auf 120.100 bzw. +0,5% auf 44.200).

Dagegen ist der Teilnehmerbestand in berufsvorbereitenden Maßnahmen 2004 gesunken. Im Jahresdurchschnitt haben 2004 insgesamt 97.500 junge Menschen an einem solchen Lehrgang teilgenommen, ohne den sie vermutlich keine Berufsausbildung oder Berufstätigkeit hätten aufnehmen können. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Minus von 10% oder 10.500. Dabei war die Abnahme im Osten größer als im Westen (-15% auf 28.200 bzw. -8% auf 69.400).

Die Bundesagentur fördert auch die **Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher**. 2004 traten insgesamt 104.400 Jüngere in solche Maßnahmen ein, 8% oder 9.500 weniger als im Vorjahr. Dabei konzentrierte sich die Abnahme vor allem auf Westdeutschland (-10% auf 64.400) während die Eintritte im Osten um 5% auf 40.000 zurückgingen.

Im Jahresdurchschnitt wurden 124.200 Jugendliche in solchen Maßnahmen gefördert, 5% oder 6.800 weniger als 2003. Hier blieben die Teilnehmerzahlen in Ostdeutschland mit 57.500 stabil, während es im Westen eine Abnahme von 9% auf 66.700 gab.

Im Rahmen des Nationalen Paktes für Ausbildung hat die Wirtschaft 31.500 Plätze für die neuen betrieblichen Einstiegsqualifizierungen bereitgestellt. Mit Hilfe dieses neuen Instruments können diese Bewerber, die noch nicht fit genug für eine Ausbildungsstelle waren, einen praxisnahen Einstieg in das Berufsleben finden.

Das **Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** ist 2003 ausgelaufen. Im Rahmen der Programmabwicklung haben 2004 noch 38.300 Jugendliche eine Förderung erhalten (-49%), 15.400 im Westen (-52%) und 22.900 im Osten (-47%).

Am – ebenfalls ausgelaufenen – **Sonderprogramm der Bundesregierung zum Einstieg Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung (Jump Plus)**, das am 1. Juli 2003 begonnen hatte, nahmen 2004 25.600 Jugendliche teil (+19.900). Davon waren 12.500 (+9.700) Teilnehmer aus West- und 13.000 Teilnehmer aus Ostdeutschland (+10.100). 2004 haben 62.200 Jugendliche eine Maßnahme dieses Programms begonnen. Dabei wurde es – relativ gesehen – im Osten stärker in Anspruch genommen als im Westen (Eintritte: 30.100, Westen: 32.100).

Jugendlichen, die eine Berufsausbildung absolvieren oder an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teilnehmen, gewährt die Bundesagentur u.U. **Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)**. Diese Geldleistung bezogen 2004 jahresdurchschnittlich 107.800 Personen, 14% oder 13.000 mehr als im Vorjahr. In Westdeutschland erhöhte sich Empfängerzahl um 12% auf 39.400 und in Ostdeutschland um 15% auf 68.400.

3. Berufliche Weiterbildung, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, Sprachkurse

Berufliche Weiterbildung besitzt einen hohen Stellenwert, hat aber wie schon 2003 auch 2004 weiter an Gewicht verloren. So haben 2004 insgesamt 185.000

Weniger berufliche Weiterbildung – mehr Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen

Personen eine derartige Maßnahme begonnen, 27% oder 69.700 weniger als im Vorjahr. Der jahresdurchschnittliche Teilnehmerbestand verringerte sich um 29% oder 75.500 auf 184.400 (vgl. Tabelle II.E.3). Maßgeblich dafür waren weniger gesetzliche Änderungen wie die Einführung des Bildungsgutscheins, sondern mehr die stärkere Ausrichtung am Eingliederungserfolg und die Konzentration auf kürzere Maßnahmen.

Nach wie vor wird berufliche Weiterbildung in Westdeutschland häufiger eingesetzt als in Ostdeutschland, zudem nahmen Bestand und Eintritte im Osten deutlich stärker ab als im Westen. Dort verringerte sich der Teilnehmerbestand um 36% auf 63.200 und die Eintritte um 35% auf 61.100, in Westdeutschland gab es Abnahmen von 25% auf 121.200 beim Bestand bzw. 23% auf 124.000 bei den Eintritten.

Die Beteiligung besonders förderungsbedürftiger Personengruppen an der beruflichen Weiterbildung hat sich unterschiedlich entwickelt. So hatten unverändert 32% der jahresdurchschnittlich Geförderten keine Berufsausbildung und 14% waren wiederum jünger als 25 Jahre. Dagegen stellten vorher Langzeitarbeitslose erneut 17%, Ältere über 50 Jahre 4% und Schwerbehinderte 1% der Teilnehmer, gegenüber 17%, 5% und 2% im Vorjahr. Unverändert 9% der Teilnehmer waren Berufsrückkehrer/innen.

Es besuchten wesentlich mehr Arbeitslose Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen zur Verbesserung der Eingliederungschancen. Im Berichtsjahr traten 1.188.400 Personen in eine solche Maßnahme ein, das waren 12% oder +124.100 mehr als 2003. Im Jahresdurchschnitt gab es 94.700 Teilnehmer, 2% oder 2.100 mehr. Dabei waren die Zunahmen in Westdeutschland (+14% auf 788.500 und +3% auf 63.700) erheblich größer als in Ostdeutschland (+7% auf 399.800 bzw. +0,5% auf 31.000).

Bei Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen hat sich der Anteil der Jüngeren unter 25 Jahren am jahresdurchschnittlichen Teilnehmerbestand erhöht, und zwar von 20% auf 22%. Die Beteiligung der besonders förderungsbedürftigen Personengruppen lag annähernd auf Vorjahresniveau. Ungelernte waren mit 28%, ehemals Langzeitarbeitslose mit 25% und Ältere ab 50 Jahren mit 11% vertreten, im Vergleich zu 29%, 22% und 11% vor einem Jahr.

Deutsch-Sprachlehrgänge nach dem SGB III laufen wegen des Zuwanderungsgesetzes aus und wurden daher 2004 weniger nachgefragt. 2004 gab es 36.100 Eintritte in geförderte Deutsch-Sprachlehrgänge, dies waren 14% oder 5.700 weniger als im Vorjahr. Von ihnen waren 22.200 Spätaussiedler (-19%) und 13.900 Asylberechtigte oder Kontingentflüchtlinge (-4%). Die jahresdurchschnittliche Teilnehmerzahl verringerte sich um 24% oder 5.500 auf 17.700.

4. Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben¹⁾

Für behinderte Menschen können im Rahmen der Teilhabe am Arbeitsleben allgemeine, aber auch besondere und diese ergänzende Leistungen erbracht werden, soweit nur damit das Teilhabeziel erreicht werden kann.

Im Jahr 2004 kamen im Rahmen der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben 84.300 **Ratsuchende** neu auf die Agenturen für Arbeit zu (West: 63.300; Ost: 21.000). Um die berufliche Ersteingliederung ging es bei 52.500, um die berufliche Wiedereingliederung bei 31.800 Personen (West: 37.600 bzw. 25.700; Ost: 14.900 bzw. 6.100). Gleichzeitig wurde für 110.700 Menschen das Rehabilitationsverfahren abgeschlossen (West: 86.100; Ost: 24.600). Im Jahresdurchschnitt wurden 145.000 Rehabilitanden gezählt.

In **berufsfördernde Maßnahmen** traten im Berichtsjahr 139.000 behinderte Menschen ein (West: 98.100; Ost: 40.800), davon 77.400 im Bereich der Ersteingliederung und 61.600 im Bereich der Wiedereingliederung. Im Jahresdurchschnitt befanden sich 145.000 behinderte Menschen in solchen Maßnahmen (West: 98.000; Ost: 47.000), 101.700 in einer Ersteingliederung und 43.300 in einer Wiedereingliederung.

Die Beteiligung an berufsfördernden Maßnahmen wird auch **finanziell unterstützt**. Im Jahresdurchschnitt 2004 erhielten 72.700 Rehabilitanden Ausbildungsgeld während einer beruflichen Erstausbildung oder eines darauf vorbereitenden Lehrgangs (+1%). Dabei gab es in Westdeutschland eine leichte Zunahme (+2% auf 50.300), in Ostdeutschland dagegen eine geringe Abnahme (-1% auf 22.400). Zudem wurden mit 170.700 erneut mehr Jugendliche mit Berufsausbildungsbeihilfe gefördert (+1/2%). Die Zunahme entfiel auf den Osten (+1% auf 87.200), während die Zahl im Westen stagnierte. Unverändert 25.200 erwachsene Rehabilitanden bezogen Übergangsgeld (West: -2% auf 18.600; Ost: +6% auf 6.600) und 16.400 Unterhaltsgeld (-10%; West: -9% auf 13.000; Ost: -16% auf 3.300).

5. Förderung der Arbeitssuche

Die Agenturen für Arbeit fördern insbesondere mit folgenden Maßnahmen die Arbeitssuche:

- Mit dem **Vermittlungsgutschein** wird Arbeitslosen die Möglichkeit eröffnet, auf Kosten der Arbeitsagentur einen privaten Arbeitsvermittler einzuschalten. 2004 wurden 681.300 solcher Gutscheine ausgegeben, im Vergleich zu 464.000 im Vorjahr (+47%). Dabei ist die Inanspruchnahme in Ostdeutschland nach wie vor deutlich größer als in Westdeutschland (Ost: 364.500 Vorjahr: 239.900; West: 316.800; Vorjahr: 224.100). Ausbezahlt wurden 73.800 Vermittlungsgutscheine, 55% mehr als im Vorjahr.
- Die **Beauftragung Dritter mit der Vermittlung** soll dazu beitragen, die berufliche Eingliederung von Arbeitslosen zu erleichtern. 2004 hat die Bundesagentur für Arbeit im Jahresdurchschnitt in 94.600 Fällen Dritte mit der Vermittlung beauftragt, 65.800mal in West- und 28.800mal in Ostdeutschland.
- Im Rahmen der **Unterstützung der Beratung und Vermittlung** (UBV) werden von den Agenturen für Arbeit Bewerbungs- und Reisekosten übernommen; im Berichtsjahr wurden solche Leistungen 1,84 Mio mal und damit weit häufiger gewährt als 2003 (+32% oder +442.700). UBV wurde in Ostdeutschland wesentlich stärker genutzt als in Westdeutschland, in beiden Landesteilen gab es beträchtliche Zunahmen (+21% auf 943.200 bzw. +45% auf 893.800).

6. Beschäftigungsbegleitende Leistungen bzw. Förderung regulärer Beschäftigung

Förderleistungen, mit deren Hilfe Arbeitslose direkt in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen („erster Arbeitsmarkt“), gewinnen weiter erheblich an Bedeutung. Diese Leistungen haben im Berichtsjahr stark zugenommen. Maßgebend dafür sind, neben der Umorientierung aktiver Arbeitsmarktpolitik zugunsten von Instrumenten mit höherer Eingliederungserwartung, insbesondere die 2003 neu eingeführten Existenzgründungszuschüsse und die Personal-Service-Agenturen.

Im Verlauf des Jahres 2004 wurden insgesamt 950.100 Personen mit beschäftigungsbegleitenden Leistungen gefördert, 18% oder 142.400 mehr als im Vorjahr (vgl. Tabelle II.E.2). Im Jahresdurchschnitt wurden 398.500 Arbeitnehmer gefördert, dies entspricht einer Zunahme von 28% oder 87.900. Dabei lag im Westen die Förderung von Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt weitaus deutlicher über Vorjahr

¹⁾ Wegen wesentlicher Änderungen im Reha-Verfahren auf Grund des SGB IX sind auch 2004 Vorjahresvergleiche nicht möglich.

resniveau als im Osten (Bestand: +50% auf 238.900; +5% auf 159.400). Im Einzelnen:

- Die Aufnahme **selbständiger Tätigkeiten** wurde wesentlich öfter gefördert. Insbesondere die 2003 eingeführten **Existenzgründungszuschüsse** wurden intensiv genutzt. Im Berichtsjahr bewilligten die Agenturen für Arbeit 171.300 derartige Leistungen (+76% bzw. +74.000), im Jahresdurchschnitt erhielten 153.500 Personen diesen Zuschuss (+273% bzw. +112.400). Während die Eintritte in Ostdeutschland stärker angestiegen sind als in Westdeutschland (+97% gegenüber +67%), haben sich die Bestände in Ost und West ähnlich entwickelt (+274% bzw. +272%)
- Auch mit dem **Überbrückungsgeld** wurden erheblich mehr neue Existenzgründer unterstützt als 2003, nämlich 183.500 (+15% oder +24.600). Im Durchschnitt des Jahres wurden 83.700 Personen gefördert (+12% oder +8.700). Dabei war die Zunahme bei Eintritten und Bestand im Westen erheblich größer als im Osten (+19% bzw. +6%; +14% bzw. +5%). Die Zuwächse spiegeln einerseits den Mangel an passenden Angeboten abhängiger Beschäftigungen wider, andererseits verstärkte Aktivitäten im Rahmen des Prinzips „Fördern und Fordern“.
- In die seit April 2003 eingerichteten **Personal-Service-Agenturen (PSA)** sind 2004 100.700 Arbeitnehmer eingetreten. Im Jahresdurchschnitt waren 27.800 Personen in PSA beschäftigt. Das Schwergewicht liegt mit 18.400 Arbeitnehmern im Westen. Hier ist auch der Zuwachs bei den Eintritten (+ 38.700 bzw. + 140%) stärker als im Osten (+ 19.100 bzw. +125 %).
- Mit Hilfe von **Eingliederungszuschüssen** nahmen im Berichtsjahr 160.200 Arbeitslose eine Tätigkeit auf, 14% oder 25.200 weniger als im Vorjahr. Der Rückgang fällt im Osten mit –23% deutlich stärker aus als im Westen mit –2%. Jahresdurchschnittlich wurden mit 111.100 Arbeitnehmern 43.100 bzw. 28% weniger Personen gefördert. Ursächlich hierfür ist – neben gesetzlichen Änderungen – die geänderte Förderungspraxis der Agenturen für Arbeit. Dauer und Höhe der Zuschüsse wurden reduziert, um die Kosten je geförderter Integration zu senken und Mitnahmeeffekte zu minimieren. Die Zuschüsse wurden im Osten deutlich stärker in Anspruch genommen als im Westen (70.600 gegenüber 40.500), wobei die Entwicklung der Bestände nahezu gleich verlaufen ist (–28% bzw. –29%). 47% der Geförderten gehörten zu den besonders förderungsbedürftigen Personengruppen (ohne Ältere ab 50 mit Vermittlungerschwernissen); 29% waren zuvor länger als ein Jahr arbeitslos, 52% über 50 Jahre alt und 1% schwerbehindert.
- Mit Hilfe von **Einstellungszuschüssen bei Neugründungen** begannen 21.400 Personen eine Tätigkeit, +3% bzw. +600. Im Jahresdurchschnitt wurden mit 15.000 Beschäftigten weniger Personen gefördert (–4% oder –500); darunter waren 21% zuvor Langzeitarbeitslose, 14% Jüngere unter 25 Jahre und 9% Ältere über 50 Jahre.
- Im Jahr 2004 nahmen mit Hilfe von **Einstellungszuschüssen bei Vertretung** 1.800 Arbeitslose eine Beschäftigung auf (+20 bzw. 1%); jahresdurchschnittlich wurden 1.200 Personen gefördert (+200 bzw. 19%).
- **Arbeitsentgeltzuschüsse** bei beruflicher Weiterbildung Beschäftigter wurden im Laufe des Berichtsjahres 1.200 Personen gewährt (–400 bzw. 27%); jahresdurchschnittlich sind so 1.500 Ungelehrte oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte gefördert worden (+400 bzw. 37%).
- **Mobilitätshilfen** (MOBI) sollen helfen, finanzielle Hindernisse auszuräumen, die einer Arbeitsaufnahme entgegenstehen. 2004 wurde diese Leistung mit 303.500 Bewilligungen häufiger bewilligt als im Vorjahr (+9.300 bzw. +3%).

Im Rahmen des am 1. September 2003 begonnenen Programms **„Arbeit für Langzeitarbeitslose“** (für über 25-Jährige) wurden 2004 54.300 Personen (+215% bzw. +37.100) gefördert. Im Jahresdurchschnitt nahmen 27.700 Langzeitarbeitslose an dem Programm teil. Die Inanspruchnahme war im Osten stärker als im Westen (Eintritte: 33.300, Bestand 16.000; Westen: 21.000 bzw. 11.700).

7. Beschäftigung schaffende Maßnahmen

Die Förderung der Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt wurde im Berichtsjahr wie schon 2003 zu Gunsten von Maßnahmen, die einen höheren Eingliederungserfolg am ersten Arbeitsmarkt erwarten lassen, erheblich eingeschränkt, und zwar im Westen wie im Osten.

In **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** (ABM) befanden sich jahresdurchschnittlich 85.700 Personen mit ungünstigen Arbeitsmarktchancen, 11% oder 10.700 weniger als 2003. In Westdeutschland verringerte sich der Teilnehmerbestand um 13% auf 20.500 und in Ostdeutschland um 10% auf 65.200. Die Eintritte in ABM nahmen bundesweit um 4% oder 6.200 auf 153.000 zu. Dies ist auf einen Anstieg um 27% bzw. 8.600 auf 40.100 im Westen gegenüber einem Rückgang um 2% bzw. 2.400 auf 112.900 im Osten zurückzuführen.

Die meisten ABM-Beschäftigten waren 2004 bundesweit in den Bereichen Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau (jahresdurchschnittlich: 24%; Vorjahr: 25%) sowie Soziale Dienste tätig (23%; Vorjahr: 25%), gefolgt von Büro und Verwaltung (7%; Vorjahr: 8%) sowie Bau-, Industrie- und Freizeitgeländeerschließung/Hochbau (7%; Vorjahr: 8%). In Ostdeutschland standen Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau (26%; Vorjahr: 27%) an erster Stelle, in Westdeutschland die sozialen Diensten (27% bzw. 29%).

Die **Zielgruppenorientierung** ist bei ABM nach wie vor sehr ausgeprägt. So waren 2004 durchschnittlich 77% aller geförderten Arbeitnehmer den besonders förderungsbedürftigen Personengruppen gem. § 11 Abs. 2 Ziffer 2 SGB III zuzurechnen (ohne Ältere ab 50 mit Vermittlungerschwernissen; Vorjahr: 72%). Dabei sank alleine der Anteil der älteren ABM-Beschäftigten (über 50 Jahre) auf 33% (Vorjahr: 38%), bei den anderen erhöhte er sich z.T. deutlich (z.B. Langzeitarbeitslo-

se: 38%; Vorjahr: 34%; Jüngere unter 25 Jahren: 17%; Vorjahr: 14%) (vgl. Tabelle II.E.4). Gravierende Unterschiede zwischen West und Ost gibt es bei der Beteiligung Älterer, in Ostdeutschland ist ihr Anteil mit 38% mehr als doppelt so groß wie in Westdeutschland.

Maßnahmen des Typs „Arbeiten und Lernen“ ermöglichen jüngeren Arbeitslosen neben einer Teilzeitbeschäftigung eine berufliche Qualifizierung. Daran nahmen 2004 erneut weniger Personen teil, nämlich jahresdurchschnittlich 3.700 (Vorjahr: 4.500). Dabei wird diese Maßnahme in Westdeutschland weitaus häufiger eingesetzt als im Osten; der Anteil von „Arbeiten und Lernen“ an allen ABM beträgt dort 16% im Vergleich zu knapp 1% in Ostdeutschland.

Eine **traditionelle Strukturanpassungsmaßnahme (SAM)** begannen 2004 nur noch 12.300 Personen (-71% bzw. -30.200), da dieses Instrument ausläuft. Im Jahresdurchschnitt waren mit 31.500 Personen 33% oder 15.300 weniger beschäftigt als im Vorjahr. Wie ABM spielen auch SAM im Westen praktisch keine Rolle. So begannen dort nur noch 1.500 Personen eine solche Maßnahme, 79% weniger als 2003. Im Jahresdurchschnitt waren 3.800 Arbeitnehmer so beschäftigt, ein Minus von 51%. In Ostdeutschland wurden 10.800 Arbeitslose zugewiesen, dies entspricht einer Abnahme um 70%. Der Jahresdurchschnittliche Teilnehmerbestand war mit 27.700 Personen um 29% kleiner als im Vorjahr.

In den Bereichen Umweltsanierung waren im Jahresdurchschnitt 18% der Arbeitnehmer tätig (Vorjahr: 26%), in sozialen Diensten 15% (17%) und in der Jugendhilfe 7% (8%). Ein Fünftel der so Beschäftigten war zuvor langzeitarbeitslos und 62% älter als 50 Jahre. Vor allem SAM für Ältere (ab 55 Jahre) werden in Ostdeutschland intensiv genutzt, während sie in Westdeutschland eine geringe Rolle spielen (55% bzw. 16%).

Die Einschränkungen bei der Förderung von ABM und SAM haben dazu geführt, dass auch in Ostdeutschland der Arbeitsmarkt nur noch in geringem Umfang durch Beschäftigung schaffende Maßnahmen entlastet wurde. So waren im Osten von 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lediglich 2 in einer ABM oder in einer traditionellen Strukturanpassungsmaßnahme tätig, während diese in Westdeutschland praktisch keine Rolle mehr spielten.

Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen haben sich auch 2004 am Markt – mangels Kofinanzierung – nicht durchgesetzt. 2004 gab es 4.800 Eintritte (+140 bzw. 3%) und jahresdurchschnittlich 1.800 Beschäftigte, und zwar nahezu ausschließlich im Osten (1.700 Personen).

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (in Kraft seit September 2004) und Arbeit für Langzeitarbeitslose (September 2003) im Rahmen der Initiative „Arbeitsmarkt im Aufbruch“.

Mit der Bereitstellung von Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslosenhilfebezieher noch im Jahr 2004 wurde das Ziel verfolgt, die soziale Integration zu fördern, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederherzustellen und so die Chancen auf eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen; zudem sollte ein gleitender Übergang zu den Einglie-

derungsleistungen des SGB II unterstützt werden. Die Zusatzjobs mit Mehraufwandsentschädigung fanden reges Interesse. So nahmen von September bis Dezember 88.400 Arbeitslosenhilfebezieher eine solche Tätigkeit auf, im Jahresdurchschnitt waren 12.500 Personen beschäftigt.

Auch das Sonderprogramm Arbeit für Langzeitarbeitslose dient der Verbesserung der Integrationschancen von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. 2004 wurden 54.300 Langzeitarbeitslose an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt (Vorjahr: 17.200) und im Jahresdurchschnitt waren so 27.700 Personen beschäftigt (Vorjahr: 2.400).

8. Freie Förderung

Die Freie Förderung hat nach starken Rückgängen im Vorjahr auch 2004 abgenommen. So sind im Laufe des Jahres für

... zuletzt weitaus weniger genutzt

insgesamt 166.700 Personen Leistungen bewilligt worden, das ist ein Minus von 15% oder 28.300. Die Abnahme beruht vor allem darauf, dass 2003 ein Teil der bisher aus Mitteln der freien Förderung erbrachten Leistungen in das Regelwerk des SGB III überführt wurde (insbesondere Beauftragung Dritter nach § 37a und Vermittlungsgutschein nach § 421g). Damit verengt sich der potenzielle Einsatzbereich der Leistungen Freier Förderung auf die unkonventionelle Einzelfallhilfe.

Das vielfältige Förderspektrum umfasst die gezielte Einzelfallförderung – i.d.R. erfolgen diese Hilfen im Rahmen einer konkreten Arbeits- und Ausbildungsplatzaufnahme. Das Instrument wurde auch genutzt für Maßnahmen, die flexibel regionalen Besonderheiten und/oder auf Bedarfe bestimmter Personengruppen angepasst werden.²⁾ U.a. wurden folgende Maßnahmen ergriffen um Arbeitsaufnahmen zu unterstützen: Zuschüsse zur Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung, individuell zugeschnittene Qualifizierungselemente als Voraussetzung für die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Beschäftigung, Prämien zur Umwandlung geringfügiger in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, flankierende individuelle Hilfen zur sozialen Stabilisierung, Beschäftigungsaufnahmen im europäischen Ausland.

9. Förderung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft

Der Arbeitsmarkt, besonders in den Außenberufen, wird auch von jahreszeitlichen Faktoren beeinflusst. Vor allem in der Bauwirtschaft geht

erheblich verringert

regelmäßig im Winter die Beschäftigung zurück und die Ar-

²⁾ Vgl. Christian Brinkmann, Walter Schmitt: Evaluation und Potentiale zur Weiterentwicklung der „Freien Förderung“ nach § 10 SGB III, ibv, Nr. 1 vom 6.1.1999 sowie Frank Wießner: Raum für Experimente; Frei fördern und forschen, IAB-Materialien Nr.2/2002

beitslosigkeit steigt. Zur Vermeidung bzw. Reduzierung saisonaler Arbeitslosigkeit zahlt die Bundesagentur für Arbeit **Mehraufwands-Wintergeld, Zuschuss-Wintergeld und Winterausfallgeld**.

Im „Winterbau-Geschäftsjahr“ 2003/2004 (1.11.2003 bis 31.10.2004) wurde das **Winterausfallgeld** erheblich weniger in Anspruch genommen als in den Vorjahren. Die Ursache hierfür ist vor allem im günstigeren Witterungsverlauf zu sehen. So bewilligten die Agenturen für Arbeit 2003/2004 für 15,2 Mio witterungsbedingt ausgefallene Arbeitsstunden diese Leistung, in Westdeutschland für 12,8 Mio und in Ostdeutschland für 2,40 Mio (Vorjahreszeitraum: 24,04 Mio, West: 20,2 Mio; Ost: 3,9 Mio). Davon wurden für 6,0 Mio Ausfallstunden umlagefinanziertes und für 9,2 Mio beitragsfinanziertes Winterausfallgeld gewährt (Vorjahr: 9,4 Mio bzw. 14,6 Mio).

10. Vorruhestandsregelungen / Gleitende Übergänge in den Ruhestand

Weiter mehr Altersteilzeitarbeit

Das Interesse an **Altersteilzeitarbeit** hat seit Inkrafttreten des Altersteilzeitgesetzes (AtG) im Jahr 1996 bei Arbeitge-

bern und Arbeitnehmern kontinuierlich zugenommen. Das AtG erleichtert Arbeitnehmern ab dem 55. Lebensjahr den gleitenden Übergang in den Ruhestand, gleichzeitig soll es der zunehmenden Frühverrentung begegnen. Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt dies finanziell, sofern der Arbeitgeber für den in Altersteilzeit gegangenen Arbeitnehmer einen Arbeitslosen einstellt oder einen Arbeitnehmer nach Abschluss der Ausbildung übernimmt. Bei Kleinunternehmen kann die Leistung auch gewährt werden, wenn ein Auszubildender beschäftigt wird. Im Jahr 2004 wurden mit 50.300 Anträgen auf Förderung von Altersteilzeit mehr als im Vorjahr bewilligt (+5% oder +2.300; West: +5% auf 42.400, Ost: +3% auf 7.900). Entsprechend erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer in Altersteilzeit jahresdurchschnittlich auf 79.600 (+14% oder +10.000; West: +17% auf 64.100; Ost: +6% auf 15.600). Die Zahl aller Fälle ist aber wesentlich größer. Denn zahlreiche Arbeitnehmer befinden sich in Altersteilzeitarbeit, treten aber wegen der „Verblockung“ der Arbeitszeit förderungsrechtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt in Erscheinung. Zudem wird Altersteilzeit vielfach auch ohne Stellen-Wiederbesetzung und damit ohne Förderung durch die Bundesagentur genutzt.

Geförderte Altersteilzeit konzentriert sich – ähnlich wie bisher – auf folgende Branchen: öffentliche Verwaltung, Gesundheits- und Sozialwesen, Herstellung von Kraftfahrzeugen und Kfz-Teilen, Erziehung und Unterricht, Chemische Industrie, Maschinenbau, und Kreditgewerbe. In Ostdeutschland liegt der Schwerpunkt nach wie vor in den Bereichen Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie Gesundheits- und Sozialwesen.

Weiterhin von wesentlich größerer Bedeutung als geförderte Altersteilzeit ist die **Regelung gem. § 428 SGB III**, die

gleichsam die Funktion eines Vorruhestandes erfüllt. Danach können 58-jährige und ältere Personen auch dann Entgeltersatzleistungen von der Bundesagentur beziehen, wenn sie sich der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stellen und damit nicht mehr arbeitslos sind. Die Inanspruchnahme war 2004 mit jahresdurchschnittlich 395.400 Leistungsempfängern erneut größer als im Vorjahr (+7% oder +24.700; Westen: +10% auf 259.100; Osten: +1% auf 136.300).

Mit dem **§ 252 Abs. 8 SGB VI** wurde ab Mai 2003 für ältere Arbeitslose ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen eine analoge Regelung zum § 428 SGB III geschaffen. So werden Anrechnungszeiten für die Rente Versicherten nun auch dann anerkannt, wenn sie nach Vollendung des 58. Lebensjahres den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit nicht mehr zur Verfügung stehen; sie werden dann nicht als arbeitslos gezählt. Eine Quantifizierung ist nicht möglich.

Die Übergänge in die **vorgezogene Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit** (§ 237 SGB VI) haben nicht weiter zugenommen. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger sind 2004 insgesamt 132.200 Versicherte nach wenigstens einjähriger Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit und nach Vollendung des 60. Lebensjahres vorzeitig in Ruhestand gegangen (2003: 145.400). Ende 2004 betrug die Zahl dieser Frührentner im erwerbsfähigen Alter 594.200 (Ende 2003: 695.100).

Schließlich sind auch **Rentner wegen verminderter Erwerbsfähigkeit** in Rechnung zu stellen, die wegen ihrer gesundheitlichen Einschränkungen und des schwierigen Arbeitsmarktes nicht mehr vermittelt werden können. So kommt es für die Bewilligung der Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach neuer Rechtslage ab 2001 nicht nur auf das Ausmaß der gesundheitlich bedingten Leistungseinschränkung an, sondern auch auf die Möglichkeit, das verbliebene Restleistungsvermögen von drei bis sechs Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes tatsächlich zu verwerten. Versicherte, die einen Anspruch auf eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung aufweisen und somit noch eine Teilzeitarbeit verrichten könnten, aber innerhalb eines Jahres nicht zu vermitteln waren, gelten demnach als voll erwerbsgemindert. Sie erhalten – zeitlich befristet – eine volle Erwerbsminderungsrente (§ 44 SGB VI). 2004 wurden rund 28.900 derartige arbeitsmarktbedingte Renten wegen voller Erwerbsminderung neu gewährt (2003: 27.600; 2002: 26.300). Dies entspricht etwa einem Fünftel aller neu zugegangenen Renten wegen voller Erwerbsminderung.

11. Beteiligung von Frauen an Arbeitsmarktpolitik

Beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente sollen Frauen gem. § 8 Abs. 2 SGB III

... **überwiegend mehr als gesetzlich gefordert**

„mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen und ihrer relati-

Frauenförderung

Mit dem Job-AQTIV-Gesetz wurde der § 8 SGB III – Frauenförderung – geändert. Demnach sollen Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an allen Arbeitslosen und ihrer relativen Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit gefördert werden. Der Ziel-Förderanteil ist wie folgt zu ermitteln:

$$\begin{array}{l} \text{Ziel-} \\ \text{Förder} \\ \text{anteil} \\ \text{Frauen} \end{array} = \frac{\begin{array}{l} \text{Anteil an arbeitslosen} \\ \text{Frauen} \end{array}}{\begin{array}{l} \text{Anteil an} \\ \text{arbeitslosen} \\ \text{Frauen} \end{array}} \times \frac{\begin{array}{l} \text{Arbeitslosenquote} \\ \text{Frauen} \end{array}}{\begin{array}{l} \text{Anteil an} \\ \text{arbeitslosen} \\ \text{Männern} \end{array}} + \frac{\begin{array}{l} \text{Arbeitslosenquote} \\ \text{Frauen} \end{array}}{\begin{array}{l} \text{Arbeitslosen-} \\ \text{quote Frauen} \end{array}}$$

ven Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit gefördert werden“.)³⁾ Der Anteil der Frauen am Arbeitslosenbestand betrug 2004 in Deutschland jahresdurchschnittlich 44,1% und ihre Arbeitslosenquote (bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen), also ihre relative Betroffenheit, 10,8%. Daraus errechnet sich ein **Ziel-Förderanteil** von bundesweit 40,7% (vgl. Kasten „Frauenförderung“). In Ostdeutschland ergibt sich bei einem Anteil am Bestand von 47,4% und einer Quote von 19,5% ein Ziel-Förderanteil von 46,0% und in Westdeutschland bei Werten von 42,2% bzw. 8,4% ein Ziel-Förderanteil von 37,3%.

Der Förderanteil der Frauen an allen geförderten Maßnahmeteilnehmern betrug 2004 41,1% und lag damit 0,4 Prozentpunkte über dem Zielwert. In Westdeutschland lag der realisierte Förderanteil bei 40,6%. Hier wurde der Ziel-Förderanteil zwar um 3,3 Prozentpunkte überschritten, bezogen auf den Frauenanteil an den Arbeitslosen liegt er jedoch 1,6 Prozentpunkte zu niedrig. In Ostdeutschland lag der realisierte Förderanteil mit 41,7% sowohl (mit 4,3 Prozentpunkten) unter dem Ziel-Förderanteil als auch (mit 5,7 Prozentpunkten) unter dem Frauenanteil am Arbeitslosenbestand.

Bei **beruflicher Weiterbildung sowie Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen** wurde die Vorgabe des § 8 Abs. 2 SGB III deutlich überschritten. So stellten Frauen im Jahresdurchschnitt 52,2% der Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung sowie 44,3% der Personen in Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, bei den Eintritten betragen die Frauenanteile 44,2% und 41,8% (zum Vergleich Frauenanteil am Zugang in Arbeitslosigkeit: 41,1%). Die Förderanteile wurden in Westdeutschland erfüllt, in Ostdeutschland nur teilweise. Während bei beruflicher Weiterbildung der Frauenanteil am Bestand und bei den Eintritten im Westen größer war als im Osten (54,0% bzw. 46,4% zu 48,6% bzw. 39,8%), verhielt es sich bei Trainingsmaßnahmen umgekehrt (43,2% bzw. 41,0% zu 46,7% bzw. 43,6%; vgl. Tabelle III.D.4). Bei den Eintritten wurde im Osten die Zielförderquote sowohl bei der beruflichen Weiterbildung als auch bei den Trainingsmaßnahmen nicht erreicht.

Auch bei **Beschäftigungsschaffenden Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes** waren Frauen im Bestand stärker vertreten als gesetzlich gefordert. So betrug ihr Anteil am jahresdurchschnittlichen Bestand der ABM-Beschäftigten in Deutschland 41,8% und an den Beschäftigten in traditionel-

len SAM 43,8%. Bei den Eintritten waren Frauen etwas schwächer beteiligt (ABM: 40,0%; SAM traditionell: 33,5%). Hier wurde die gesetzliche Vorgabe unterschritten (vgl. Tabelle III.D.4).

Bei den **Beschäftigungsbegleitenden Hilfen** sind Frauen eher unterrepräsentiert, nach einzelnen Leistungen zeigt sich ein differenziertes Bild:

- Beim Eingliederungszuschuss lag der Frauenanteil am Bestand mit 39,3% unter dem gesetzlichen Förderanteil, er wurde im Westen erreicht; im Osten jedoch nicht (33,4%; Ost: 42,7%).
- Beim neuen Existenzgründungszuschuss (sog. Ich-AG) beträgt der Frauenanteil 42,2%, beim Überbrückungsgeld nur 25,5%. Obwohl der Anteil beim Überbrückungsgeld weit unter der Maßgabe des SGB III liegt, entspricht er doch etwa dem Anteil der Frauen an den Selbständigen. Dabei ist der Anteil der Frauen am Existenzgründungszuschuss in Westdeutschland größer als in Ostdeutschland (43,6% zu 39,0%), während er beim Überbrückungsgeld kleiner ist (24,0% zu 29,6%).
- Mobilitätshilfen wurden zu 34,0% an Frauen bewilligt; das war auch deutlich weniger als es ihrem Anteil an den Zugängen entspricht.

Leistungen zur Beratung und Vermittlung (UBV) wurden an Frauen – gemessen am Förderanteil als auch am Zugang in Arbeitslosigkeit – mit 48,6% überproportional oft bewilligt.

Das **Sonderprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit** ist 2003 ausgelaufen. Im Jahresdurchschnitt befanden sich noch 38.300 junge Menschen in den verschiedenen Maßnahmen (Vorjahr: 75.600). Mit dem Nachfolgeprogramm Jump Plus (in Kraft seit 1.7.2003, befristet bis 31.12.2004) sollen für 100.000 langzeitarbeitslose oder von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohte Jugendliche die Chancen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt verbessert sowie der Zugang insbesondere zu kommunalen Beschäftigungs- und Qualifizierungsangeboten gefördert werden. Sie sollen entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit der unter 25-Jährigen einbezogen werden; dieser betrug 2004 jahresdurchschnittlich 38,4%. Diese Vorgabe wurde erfüllt.

³⁾ Vgl. hierzu Petra Beckmann: Neue Frauenförderquote: Gute Absichten führen nicht immer zum gewünschten Ziel, iab-Kurzbericht Nr. 22/2003.

An den Eintritten waren Frauen zu 40,1% beteiligt (Vorjahr: 40,0%), am Bestand mit 41,5% (40,6%).

Die Arbeitslosigkeit Älterer wird nach wie vor durch die **Regelung des § 428 des SGB III** entlastet; 36,7% dieser Leistungsempfänger waren Frauen (Vorjahr: 37,9%).

12. Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik

Deutlich mehr für Entgeltersatzleistungen – weniger für aktive Arbeitsmarktpolitik

Insgesamt waren die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit in Deutschland im Jahr 2004 höher als im Vorjahr. Einschließlich der Leistungen, die die Bundesagentur zu Lasten des Bundesaus-

halts gewährt, wurden 74,53 Mrd € ausgegeben, 847 Mio € mehr als 2003. Dabei erhöhten sich die Ausgaben allein im Westen, und zwar um 2,01 Mrd € auf 49,84 Mrd €, im Osten nahmen sie um 1,17 Mrd € auf 24,70 Mrd € ab (vgl. Tabelle II.E.6).

Die Bundesagentur und der Bund wendeten 2004 für **aktive Arbeitsförderung** insgesamt 19,52 Mrd € auf, das waren 1,68 Mrd € weniger als 2003. Der Rückgang entfällt stärker auf den Osten (–1,29 Mrd € auf 7,63 Mrd €) als auf den Westen (–389 Mio € auf 11,89 Mrd €). Im Rahmen des Eingliederungstitels, der die meisten Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung enthält, wurden 2004 9,11 Mrd € eingesetzt, 2,99 Mrd € weniger. Dabei war der Rückgang im Eingliederungstitel in Ostdeutschland ähnlich hoch wie in Westdeutschland (Ost: –1,57 Mrd € auf 4,62 Mrd €; West: –1,42 Mrd € auf 4,49 Mrd €). Für sonstige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung der BA wurden 9,62 Mrd € ausgegeben, 813 Mio € mehr als vor einem Jahr; wobei der Zuwachs vor allem auf den Westen entfiel (West: +796 Mio € auf 6,96 Mrd €; Ost: +16 Mio € auf 2,66 Mrd €).

Die einzelnen Leistungen für aktive Arbeitsförderung entwickelten sich unterschiedlich. So gab es spürbare **Zunahmen** bei

- der Förderung selbstständiger Tätigkeit (ÜG und EXGZ: +1,05 Mrd € auf 2,73 Mrd €),

Dagegen waren die **Ausgaben rückläufig** für

- Eingliederungszuschüsse (–441 Mio € auf 908 Mio €),
- Trainingsmaßnahmen (einschl. Eignungsfeststellungsmaßnahmen; –81 Mio € auf 496 Mio €) sowie bei
- Leistungen für Menschen mit Behinderung (–61 Mio € auf 3,23 Mrd €).
- berufliche Weiterbildung (–1,38 Mrd € auf 3,62 Mrd €),
- die Förderung der Berufsausbildung/Förderung benachteiligter Auszubildender (–111 Mio € auf 2,10 Mrd €),
- ABM (–463 Mio € auf 1,21 Mrd €),
- für SAM (–199 Mio € auf 399 Mio €) und

- für Maßnahmen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (–478 Mio € auf 446 Mio €).

Die Ausgaben für **Entgeltersatzleistungen** haben 2004 gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen, jedoch im Westen wesentlich stärker als im Osten. Insgesamt wurden im Jahr 2004 für solche „passiven“ Leistungen 49,25 Mrd € ausgegeben, 1,92 Mrd € mehr als 2003. Dabei entfällt die Zunahme zum größeren Teil auf Ausgaben bei der Arbeitslosenhilfe (+2,23 Mrd € auf 18,76 Mrd €), und zwar vor allem in Westdeutschland (+1,77 Mrd € auf 11,02 Mrd €; Osten: +460 Mio € auf 7,73 Mrd €). Auch für Arbeitslosengeld wurde insgesamt mehr Geld aufgewendet (+24 Mio € auf 29,06 Mrd €). Während hier im Osten die Ausgaben zurückgingen (–262 Mio € auf 7,84 Mrd €), stiegen sie im Westen an (+287 Mio € auf 21,22 Mrd €).

Die Ausgaben für Arbeitslosengeld bewegten sich im Jahr 2004 (29,06 Mrd €) nahezu auf Vorjahresniveau (29,04 Mrd €), obwohl sich der monatliche Durchschnittsaufwand für einen Arbeitslosengeldempfänger binnen Jahresfrist um etwa 49 € (+3,8%) erhöhte. Dieser Anstieg wurde durch eine Reduzierung der durchschnittlichen Leistungsbezugsdauer kompensiert. Bei der Ende 2004 ausgelaufenen Leistung Arbeitslosenhilfe erhöhte sich der monatliche Kopfsatz im Jahresverlauf um 4,4% auf zuletzt 714 €.

Da die Ausgaben für aktive Arbeitsförderung insgesamt niedriger waren als 2003 und jene für „passive“ Entgeltersatzleistungen größer, hat der **Anteil der Aufwendungen für aktive Arbeitsmarktpolitik an den Gesamtausgaben** 2004 erneut abgenommen, sowohl im Westen als auch im Osten; er betrug bundesweit 26,2% (Vorjahr: 28,8%). Im Osten ist diese Relation mit 30,9% erheblich größer als im Westen mit 23,9% (Vorjahr: 34,5% bzw. 25,7%). Dementsprechend hat sich auch die Relation der Aufwendungen für aktive Arbeitsmarktpolitik zu Entgeltersatzleistungen weiter verschlechtert; sie lag 2004 bei 1 zu 2,52 nach 1 zu 2,23 im Vorjahr, aber noch bei 1 zu 1,23 im Jahr 1991 (Westen: 1 zu 2,81; Osten: 1 zu 2,08).

Mit Mitteln **des Europäischen Sozialfonds** werden Leistungen nach dem SGB III ergänzt, insbesondere im Bereich der beruflichen Qualifizierung (ESF-BA-Programm, früher AFG-Plus).⁴⁾ In diesem Programm für den Förderzeitraum 2000 bis 2006 wurden im Jahr 2004 insgesamt 163,1 Mio € verausgabt.

13. Eingliederungsbilanz

Nach § 11 SGB III hat jede Agentur für Arbeit nach Abschluss eines Geschäftsjahres über ihre Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung eine Eingliederungsbilanz zu erstellen. Diese

... dokumentiert Integrationseffekte aktiver Arbeitsförderung

⁴⁾ Vgl. hierzu den Bericht der Begleitforschung durch das IAB von Axel Deeke, Thomas Kruppe, Beate Kurtz, Petra Müller: Halbzeitbewertung zum ESF-BA-Programm 2000–2006, Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2004.

soll Aufschluss über den Mitteleinsatz, die geförderten Personengruppen und die Wirksamkeit der Förderung geben.⁵⁾

Für die Ermessensleistungen aktiver Arbeitsförderung haben die Agenturen für Arbeit 2004 aus dem Haushalt der BA rund 12,53 Mrd € eingesetzt, davon 9,1 Mrd € im Rahmen des Eingliederungstitels (Vorjahr: 13,8 Mrd bzw. 12,09 Mrd). Innerhalb des Eingliederungstitels hat es 2004 nur geringe Umschichtungen gegeben. So entfielen von den **Gesamtausgaben des Eingliederungstitels** 40% auf die Förderung beruflicher Weiterbildung, im Vergleich zu 41% vor einem Jahr. Außerhalb des EGT erhöhte sich insbesondere der Mitteleinsatz für die Gründung selbständiger Existenzen, bei Überbrückungsgeld von 12% auf 19% und beim Existenzgründungszuschuss von 2% auf 11%, für die Förderung der Berufsausbildung Benachteiligter von 9% auf 12%.

Nach wie vor entfällt in Ostdeutschland ein deutlich größerer Anteil des Eingliederungstitels auf ABM als in Westdeutschland (20,8%; West: 5,6%), während im Westen relativ mehr Geld für berufliche Weiterbildung ausgegeben wird (52,2%; Ost: 27,6%). Die Agenturen für Arbeit setzen – der örtlichen Arbeitsmarktlage entsprechend – unterschiedliche Schwerpunkte; generell wurde auch 2004 in Richtung direkte Förderung regulärer Beschäftigung und Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen umgesteuert.

Die **Eingliederungsquote**⁶⁾ ist ein wichtiger Indikator für die Wirksamkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Sie gibt den Anteil der Absolventen von Maßnahmen aktiver Arbeitsförderung an, die sechs Monate nach Maßnahmeende sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind (einschließlich geförderter Beschäftigung). Danach waren von den Teilnehmern, die im Zeitraum Juli 2002 bis Juni 2003 eine Maßnahme beendet hatten (ohne Überbrückungsgeld, die selbständige und damit nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zum Ziel hat), 36,7% nach einem halben Jahr sozialversicherungspflichtig beschäftigt (Vorjahr: 39,0%).⁷⁾ Aktuellere Daten liegen für alle Instrumente noch nicht vor. Maßgeblich für diesen Rückgang war die anhaltende gesamtwirtschaftliche Schwäche, die Beschäftigungsaufnahmen erschwert hat.

Aufgrund der in Ostdeutschland erheblich schwierigeren Arbeitsmarktlage ist dort die Eingliederungsquote mit 35,6% (37,0%) deutlich kleiner als in Westdeutschland mit 37,5% (40,7%). Dies zeigt, dass der Eingliederungserfolg von Maßnahmen erheblich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt beeinflusst wird. Entsprechend müssen auch bei einem Vergleich von Agenturbezirken die unterschiedlichen Arbeitsmarktbedingungen berücksichtigt werden.

Die zentralen arbeitsmarktpolitischen Instrumente zeigen für Teilnehmer, die ihre Maßnahme im Zeitraum von Juli 2002 bis Juni 2003 beendeten, folgende Ergebnisse:

- **Eingliederungszuschüsse**, die an Arbeitgeber gewährt werden zur Integration vor allem von Zielgruppen in reguläre Arbeit, erreichten mit 69% die höchste Quote (Vorjahr: 71%). Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass bei diesem Instrument die Weiterbeschäftigung des Arbeitnehmers nach Abschluss der Förderdauer eine Leistungsvoraussetzung ist.
- Von den Personen, die eine **berufliche Weiterbildung** abgeschlossen hatten, waren 33% nach sechs Monaten in einem Beschäftigungsverhältnis (Vorjahr: 39%).
- 22% der **ABM-** und 36% der in **traditionellen SAM** Beschäftigten waren sechs Monate nach Abschluss der Maßnahmen beschäftigt (Vorjahr: 26% bzw. 43%). Diese relativ niedrigeren Eingliederungsquoten beruhen – den spezifischen Ausrichtungen dieser Maßnahmen entsprechend – vor allem darauf, dass hier ganz überwiegend Zielgruppen beschäftigt werden, deren Vermittlungshemmnisse – bei einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von neun Monaten – durch eine ABM oder traditionelle SAM nur begrenzt abgebaut werden können; im Vordergrund steht der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit.

Für **Überbrückungsgeld** zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit macht der Ausweis einer Eingliederungsquote wenig Sinn, da das Ziel der Förderung nicht die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist. Hier ist deshalb die Verbleibsquote aussagekräftiger. Danach waren sechs Monate nach Maßnahmeende 86% der Geförderten nicht arbeitslos gemeldet (Vorjahr: 88%). Dies deutet auf eine hohe Wirksamkeit hin. Der Schritt in die Selbständigkeit wird offensichtlich sehr sorgfältig vorbereitet. Aufgrund des finanziellen Einsatzes, den jeder Existenzgründer selbst zu leisten hat, wird die selbständige Tätigkeit auch nicht ohne weiteres wieder aufgegeben.

⁵⁾ Die bundesweiten Ergebnisse der Eingliederungsbilanz 2004 werden ausführlich dargestellt und erläutert in einer Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA), die voraussichtlich Ende 2005 erscheint.

⁶⁾ Die Aussagekraft der Eingliederungsquote wie auch der Verbleibsquote für wirkungsanalytische Fragen ist jedoch begrenzt, denn sie beantwortet nicht die Frage, wie viele Personen nur aufgrund der Förderung eine Beschäftigung aufgenommen haben. Hierzu und zu weiteren Problemen vgl. Christian Brinkmann: Zielcontrolling und Evaluation im Rahmen der Arbeitsförderung; IAB-Werkstattbericht Nr. 2 vom 5.2.1999; Dieter Blaschke und Elisabeth Nagel: Statistische Explorations im Vorfeld der Eingliederungsbilanz – Monitoring – der Verbleibsquote, in: Mitteilungen der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 32. Jg. (1999), Heft 2, S. 185–2002

⁷⁾ Ausführlich Daten zur Eingliederungsbilanz 2004 in Sondernummer der Amtlichen Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, die voraussichtlich bis Ende 2005 erscheinen wird.

Tabelle II.E.3

Berufliche Weiterbildung						
Jahr ¹⁾	Eintritte			Bestand		
	ins-gesamt	darunter vorh. arbeitslos		ins-gesamt	darunter vorh. arbeitslos	
		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
1993	601 263	394 314	65,6	722 748	450 792	62,4
1994	565 721	519 067	91,8	563 215	392 784	69,7
1995	628 655	595 351	94,7	552 550	470 318	85,1
1996	621 086	588 701	94,8	537 682	490 192	91,2
1997	421 641	401 116	95,1	424 773	389 879	91,8
1998	607 970	514 107	84,6	337 148	248 733	73,8
1999	490 796	458 236	93,4	358 128	309 058	86,3
2000	522 939	452 080	86,4	342 670	283 569	82,8
2001	441 907	373 584	84,5	352 443	285 194	80,9
2002	454 699	382 123	84,0	339 918	269 166	79,2
2003	254 718	219 883	86,3	259 922	202 304	77,8
2004	185 041	160 814	86,9	184 418	146 569	79,5
Westdeutschland						
1998	355 364	288 713	81,2	179 849	125 074	69,5
1999	296 013	271 995	91,9	204 481	172 594	84,4
2000	305 948	258 799	84,6	197 798	157 009	79,4
2001	242 012	197 599	81,6	202 552	156 031	77,0
2002	259 166	211 862	81,7	198 080	148 955	75,2
2003	161 042	135 649	84,2	161 404	118 757	73,6
2004	123 952	106 158	85,6	121 239	91 502	75,5
Ostdeutschland						
1998	252 606	225 394	89,2	157 299	123 658	78,6
1999	194 783	186 241	95,6	153 647	136 464	88,8
2000	216 991	193 281	89,1	144 872	126 560	87,4
2001	199 895	175 985	88,0	149 891	129 163	86,2
2002	195 533	170 261	87,1	141 838	120 211	84,8
2003	93 676	84 234	89,9	98 518	83 547	84,8
2004	61 089	54 656	89,5	63 178	55 068	87,2

¹⁾ Zahl der zuvor arbeitslosen Teilnehmer 1998 untererfasst.

Tabelle II.E.4

Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Strukturen											
Jahr	Beschäftigte geförderte Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen										
	Bestand insgesamt	davon (Spalte 1)			darunter (Spalte 1) in % (Mehrfachanrechnungen möglich)						
		Männer	Frauen		Schwerbe- hinderte	Ältere (50 Jahre und älter)	Jüngere (unter 25 Jahre)	Langzeit- arbeitslose (12 Monate und länger)	gesund- heitlich Einge- schränkte	in Teilzeit	
		absolut	absolut	in %						Arbeiten und Lernen	sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Deutschland											
1995	275 897	115 210	160 687	58,2	3,0	28,1	7,5	45,0	3,0	2,6	47,0
1996	261 004	109 445	151 560	58,1	3,5	29,7	7,5	57,1	4,0	2,9	35,7
1997	213 836	93 122	120 714	56,5	3,6	27,6	8,3	75,9	4,9	3,7	37,5
1998	210 376	96 454	113 922	54,2	4,6	29,7	9,8	84,9	6,0	4,6	63,7
1999	234 073	111 189	122 884	52,5	4,5	29,5	9,1	86,9	7,2	4,4	66,7
2000	207 201	101 913	105 288	50,8	5,3	31,5	10,0	39,2	21,7	4,5	67,4
2001	178 809	90 334	88 475	49,5	6,0	34,3	10,0	41,2	22,9	4,6	66,0
2002	134 256	71 271	62 985	46,9	7,8	38,1	10,0	40,1	25,5	4,6	61,7
2003	96 410	54 096	42 314	43,9	8,9	37,9	13,5	34,4	25,9	4,6	62,5
2004	85 735	49 933	35 802	41,8	9,5	33,1	16,5	37,9	26,7	4,4	59,2
Westdeutschland											
2000	52 064	32 889	19 174	36,8	8,9	17,7	21,9	29,5	33,0	14,7	12,9
2001	47 315	29 639	17 676	37,4	9,3	18,9	22,6	27,8	35,4	14,8	13,5
2002	35 294	22 394	12 900	36,6	10,8	20,9	23,4	26,4	39,0	15,8	12,2
2003	23 689	15 161	8 529	36,0	11,4	19,8	28,2	24,4	36,6	16,9	10,9
2004	20 526	13 692	6 834	33,3	12,3	18,0	35,9	25,0	37,7	16,0	11,7
Ostdeutschland											
2000	155 133	69 021	86 112	55,5	4,1	36,2	5,9	42,5	24,3	1,1	85,7
2001	131 492	60 695	70 797	53,8	4,8	39,8	5,5	46,1	27,9	0,8	84,9
2002	98 959	48 876	50 084	50,6	6,8	44,3	5,3	44,9	32,6	0,6	79,4
2003	72 714	38 930	33 784	46,5	8,1	43,7	8,8	37,6	33,6	0,6	79,3
2004	65 191	36 231	28 961	44,4	8,6	37,9	10,4	41,9	35,7	0,7	74,2

Tabelle II.E.5

Arbeitnehmer in traditionellen Struktur Anpassungsmaßnahmen nach Strukturen											
Jahr	Beschäftigte geförderte Arbeitnehmer in traditionellen Struktur Anpassungsmaßnahmen										
	Bestand insgesamt	davon (Spalte 1)			darunter (Spalte 1) in % (Mehrfachrechnungen möglich)						
		Männer	Frauen		Schwer-behinderte	Ältere (50 Jahre und älter)	Jüngere (unter 25 Jahre)	Langzeit-arbeitslose (12 Monate und länger)	gesund-heitlich Einge-schränkte	in Teilzeit	
		absolut	absolut	in %						Arbeiten und Lernen	sonstige
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
Deutschland											
1995	108 420	66 746	41 674	38,4	0,8	27,6	•	•	•	0,2	44,0
1996	92 518	53 612	38 906	42,1	1,3	31,0	•	•	•	0,2	19,4
1997	73 634	42 342	31 292	42,5	1,7	29,6	•	•	•	0,3	10,8
1998	57 172	29 821	27 351	47,8	2,1	27,7	5,2	41,9	2,5	0,2	6,5
1999	59 180	30 871	28 309	47,8	2,1	27,3	4,7	47,8	3,8	0,2	6,9
2000	58 818	30 293	28 524	48,5	2,9	30,1	4,7	17,0	14,9	0,0	9,3
2001	57 412	30 024	27 388	47,7	3,1	37,0	4,1	18,5	16,6	0,0	10,0
2002	58 795	32 044	26 752	45,5	3,1	45,1	4,3	20,0	18,3	0,0	9,5
2003	46 806	26 269	20 537	43,9	3,4	53,5	4,3	20,2	18,9	0,0	9,8
2004	31 509	17 720	13 789	43,8	3,2	62,2	3,4	20,5	19,2	0,0	9,9
Westdeutschland											
2000	8 745	5 336	3 408	39,0	6,8	21,2	10,4	15,5	37,3	0,0	14,1
2001	9 920	6 263	3 658	36,9	7,2	24,2	8,4	15,1	41,3	0,0	11,8
2002	10 106	6 361	3 745	37,1	7,4	26,9	8,7	15,5	43,0	0,0	13,0
2003	7 802	4 849	2 953	37,8	8,1	29,4	8,4	17,0	41,4	0,0	13,6
2004	3 801	2 272	1 529	40,2	7,6	28,9	9,3	16,2	35,6	0,0	15,4
Ostdeutschland											
2000	50 068	24 955	25 114	50,2	2,2	31,6	3,7	17,3	13,8	0,0	8,5
2001	47 491	23 762	23 729	50,0	2,3	39,6	3,2	19,2	16,5	0,0	9,6
2002	48 687	25 683	23 005	47,2	2,3	48,9	3,4	21,0	19,1	0,0	8,7
2003	39 001	21 418	17 584	45,1	2,4	58,3	3,4	20,9	20,1	0,0	9,0
2004	27 704	15 445	12 259	44,3	2,6	66,8	2,5	21,0	22,0	0,0	9,1

III. Tabellenanhang

Tabelle III.A.1

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen ¹⁾														
Jahr	Erwerbstätige (in Tausend)													
	darunter: (Sp. 1) in den Wirtschaftsbereichen													
	insgesamt		Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei		Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe		Baugewerbe		Dienstleistungen					
									Handel, Gastgewerbe und Verkehr		Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister		Öffentliche und private Dienstleister	
absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	absolut	% ²⁾	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
Deutschland														
1991	38 621	•	1 515	•	11 331	•	2 805	•	9 318	•	3 736	•	9 916	•
1992	38 059	- 1,5	1 299	- 14,3	10 467	- 7,6	2 920	+ 4,1	9 345	+ 0,3	3 937	+ 5,4	10 091	+ 1,8
1993	37 555	- 1,3	1 192	- 8,2	9 738	- 7,0	3 032	+ 3,8	9 332	- 0,1	4 086	+ 3,8	10 175	+ 0,8
1994	37 516	- 0,1	1 143	- 4,1	9 242	- 5,1	3 172	+ 4,6	9 306	- 0,3	4 280	+ 4,7	10 373	+ 1,9
1995	37 601	+ 0,2	1 079	- 5,6	9 005	- 2,6	3 236	+ 2,0	9 297	- 0,1	4 445	+ 3,9	10 539	+ 1,6
1996	37 498	- 0,3	971	- 10,0	8 751	- 2,8	3 135	- 3,1	9 300	+ 0,0	4 610	+ 3,7	10 731	+ 1,8
1997	37 463	- 0,1	952	- 2,0	8 596	- 1,8	3 009	- 4,0	9 307	+ 0,1	4 793	+ 4,0	10 806	+ 0,7
1998	37 911	+ 1,2	958	+ 0,6	8 602	+ 0,1	2 912	- 3,2	9 432	+ 1,3	5 076	+ 5,9	10 931	+ 1,2
1999	38 424	+ 1,4	946	- 1,3	8 491	- 1,3	2 859	- 1,8	9 589	+ 1,7	5 429	+ 7,0	11 110	+ 1,6
2000	39 144	+ 1,9	936	- 1,1	8 534	+ 0,5	2 769	- 3,1	9 824	+ 2,5	5 802	+ 6,9	11 279	+ 1,5
2001	39 316	+ 0,4	925	- 1,2	8 544	+ 0,1	2 598	- 6,2	9 885	+ 0,6	5 985	+ 3,2	11 379	+ 0,9
2002	39 096	- 0,6	905	- 2,2	8 355	- 2,2	2 439	- 6,1	9 836	- 0,5	6 060	+ 1,3	11 501	+ 1,1
2003	38 722	- 1,0	881	- 2,7	8 139	- 2,6	2 322	- 4,8	9 717	- 1,2	6 128	+ 1,1	11 535	+ 0,3
2004	38 860	+ 0,4	886	+ 0,6	8 018	- 1,5	2 250	- 3,1	9 770	+ 0,5	6 304	+ 2,9	11 632	+ 0,8

¹⁾ Revidierte Ergebnisse nach dem Inlandskonzept; Quelle: Fachserie 18 / Reihe S. 26 des Statistischen Bundesamtes vom 28.04.2005

²⁾ Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Tabelle III.A.2a

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾; Deutschland

Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2004	2003	2002	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2004/03		2003/02
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	313 943	321 134	332 611	-7 191	- 2,2	- 3,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	114 008	120 499	129 159	-6 491	- 5,4	- 6,7
Verarbeitendes Gewerbe	6 781 501	6 937 910	7 155 796	-156 409	- 2,3	- 3,0
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	678 516	696 233	713 765	-17 717	- 2,5	- 2,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	474 868	494 167	520 335	-19 299	- 3,9	- 5,0
Chemische Industrie	455 757	472 722	477 526	-16 965	- 3,6	- 1,0
Metallerzeugung und -bearbeitung						
Herstellung von Metallerzeugnissen	1 055 350	1 079 127	1 114 057	-23 777	- 2,2	- 3,1
Maschinenbau	1 004 346	1 029 056	1 059 033	-24 710	- 2,4	- 2,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und Einrichtungen, Optik	1 037 319	1 056 443	1 090 313	-19 124	- 1,8	- 3,1
Fahrzeugbau	871 081	859 076	856 774	12 005	+ 1,4	+ 0,3
Energie- und Wasserversorgung	248 165	250 054	255 295	-1 889	- 0,8	- 2,1
Baugewerbe	1 643 965	1 745 887	1 880 575	-101 922	- 5,8	- 7,2
davon: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	784 391	843 487	916 170	-59 096	- 7,0	- 7,9
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	859 574	902 400	964 405	-42 826	- 4,7	- 6,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	3 949 094	4 030 654	4 168 451	-81 560	- 2,0	- 3,3
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	654 253	660 032	665 791	-5 779	- 0,9	- 0,9
Handelsvermittlung, Großhandel	1 292 824	1 323 011	1 376 628	-30 187	- 2,3	- 3,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	2 002 017	2 047 611	2 126 032	-45 594	- 2,2	- 3,7
Gastgewerbe	751 825	766 176	795 616	-14 351	- 1,9	- 3,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 468 183	1 489 280	1 523 889	-21 097	- 1,4	- 2,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 025 735	1 050 687	1 076 246	-24 952	- 2,4	- 2,4
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	3 148 707	3 117 285	3 123 811	31 422	+ 1,0	- 0,2
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	2 848 179	2 806 919	2 808 815	41 260	+ 1,5	- 0,1
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale-Organisationen	1 714 993	1 741 203	1 741 204	-26 210	- 1,5	- 0,0
Erziehung und Unterricht	1 023 476	1 033 394	1 050 447	-9 918	- 1,0	- 1,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3 092 892	3 083 164	3 049 151	9 728	+ 0,3	+ 1,1
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	1 961 392	1 972 692	1 959 296	-11 300	- 0,6	+ 0,7
Sozialwesen	1 131 500	1 110 472	1 089 855	21 028	+ 1,9	+ 1,9
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	1 243 640	1 264 783	1 286 846	-21 143	- 1,7	- 1,7
Insgesamt	26 523 982	26 954 686	27 571 147	-430 704	- 1,6	- 2,2
davon: Primärer Sektor	313 943	321 134	332 611	-7 191	- 2,2	- 3,5
Sekundärer Sektor	8 787 639	9 054 350	9 420 825	-266 711	- 2,9	- 3,9
Tertiärer Sektor	17 418 545	17 576 626	17 815 661	-158 081	- 0,9	- 1,3
Ohne Angabe	3 855	2 576	2 050	+ 1 279	+ 49,7	+ 25,7

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.2b

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Westdeutschland						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2004	2003	2002	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2004/03		2003/02
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	185 329	187 011	193 112	- 1 682	- 0,9	- 3,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	92 245	98 005	105 674	- 5 760	- 5,9	- 7,3
Verarbeitendes Gewerbe	5 922 658	6 066 640	6 263 593	- 143 982	- 2,4	- 3,1
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	552 452	567 384	581 530	- 14 932	- 2,6	- 2,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	418 825	437 038	460 872	- 18 213	- 4,2	- 5,2
Chemische Industrie	408 238	425 578	431 697	- 17 340	- 4,1	- 1,4
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	897 944	918 820	950 857	- 20 876	- 2,3	- 3,4
Maschinenbau	908 675	932 528	959 406	- 23 853	- 2,6	- 2,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	902 691	920 394	952 480	- 17 703	- 1,9	- 3,4
Fahrzeugbau	805 356	794 753	792 892	+ 10 603	+ 1,3	+ 0,2
Energie- und Wasserversorgung	191 699	190 953	194 597	+ 746	+ 0,4	- 1,9
Baugewerbe	1 224 564	1 289 043	1 379 051	- 64 479	- 5,0	- 6,5
davon: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	570 328	606 560	654 915	- 36 232	- 6,0	- 7,4
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	654 236	682 483	724 136	- 28 247	- 4,1	- 5,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	3 281 248	3 344 255	3 458 100	- 63 007	- 1,9	- 3,3
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	523 693	528 385	532 656	- 4 692	- 0,9	- 0,8
Handelsvermittlung, Großhandel	1 133 357	1 157 560	1 204 024	- 24 203	- 2,1	- 3,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	1 624 198	1 658 310	1 721 420	- 34 112	- 2,1	- 3,7
Gastgewerbe	582 181	597 840	620 915	- 15 659	- 2,6	- 3,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 149 048	1 162 547	1 185 116	- 13 499	- 1,2	- 1,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	907 452	927 672	947 459	- 20 220	- 2,2	- 2,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 523 373	2 497 727	2 506 844	+ 25 646	+ 1,0	- 0,4
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	2 308 629	2 275 238	2 282 882	+ 33 391	+ 1,5	- 0,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	1 262 610	1 262 981	1 256 196	- 371	- 0,0	+ 0,5
Erziehung und Unterricht	676 475	684 988	678 424	- 8 513	- 1,2	+ 1,0
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 477 778	2 471 139	2 436 736	+ 6 639	+ 0,3	+ 1,4
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	1 582 502	1 591 212	1 576 384	- 8 710	- 0,5	+ 0,9
Sozialwesen	895 276	879 927	860 352	+ 15 349	+ 1,7	+ 2,3
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	931 856	947 411	955 050	- 15 555	- 1,6	- 0,8
Insgesamt	21 411 589	21 730 394	22 182 502	- 318 805	- 1,5	- 2,0
davon: Primärer Sektor	185 329	187 011	193 112	- 1 682	- 0,9	- 3,2
Sekundärer Sektor	7 431 166	7 644 641	7 942 915	- 213 475	- 2,8	- 3,8
Tertiärer Sektor	13 792 021	13 896 560	14 044 840	- 104 539	- 0,8	- 1,1
ohne Angabe	3 073	2 182	1 635	+ 891	+ 40,8	+ 33,5

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.2c

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Ostdeutschland						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2004	2003	2002	Veränderung gegenüber Vorjahr		
				2004/2003		2003/02
				absolut	in %	in %
1	2	3	4	5	6	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	128 614	134 123	139 499	- 5 509	- 4,1	- 3,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	21 763	22 494	23 485	- 731	- 3,2	- 4,2
Verarbeitendes Gewerbe	858 843	871 270	892 203	- 12 427	- 1,4	- 2,3
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	126 064	128 849	132 235	- 2 785	- 2,2	- 2,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	56 043	57 129	59 463	- 1 086	- 1,9	- 3,9
Chemische Industrie	47 519	47 144	45 829	+ 375	+ 0,8	+ 2,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	157 406	160 307	163 200	- 2 901	- 1,8	- 1,8
Maschinenbau	95 671	96 528	99 627	- 857	- 0,9	- 3,1
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	134 628	136 049	137 833	- 1 421	- 1,0	- 1,3
Fahrzeugbau	65 725	64 323	63 882	+ 1 402	+ 2,2	+ 0,7
Energie- und Wasserversorgung	56 466	59 101	60 698	- 2 635	- 4,5	- 2,6
Baugewerbe	419 401	456 844	501 524	- 37 443	- 8,2	- 8,9
davon: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	214 063	236 927	261 255	- 22 864	- 9,7	- 9,3
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	205 338	219 917	240 269	- 14 579	- 6,6	- 8,5
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	667 846	686 399	710 351	- 18 553	- 2,7	- 3,4
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	130 560	131 647	133 135	- 1 087	- 0,8	- 1,1
Handelsvermittlung, Großhandel	159 467	165 451	172 604	- 5 984	- 3,6	- 4,1
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	377 819	389 301	404 612	- 11 482	- 2,9	- 3,8
Gastgewerbe	169 644	168 336	174 701	+ 1 308	+ 0,8	- 3,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	319 135	326 733	338 773	- 7 598	- 2,3	- 3,6
Kredit- und Versicherungsgewerbe	118 283	123 015	128 787	- 4 732	- 3,8	- 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	625 334	619 558	616 967	+ 5 776	+ 0,9	+ 0,4
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	539 550	531 681	525 933	+ 7 869	+ 1,5	+ 1,1
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	452 383	478 222	485 008	- 25 839	- 5,4	- 1,4
Erziehung und Unterricht	347 001	348 406	372 023	- 1 405	- 0,4	- 6,3
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	615 114	612 025	612 415	+ 3 089	+ 0,5	- 0,1
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	378 890	381 480	382 912	- 2 590	- 0,7	- 0,4
Sozialwesen	236 224	230 545	229 503	+ 5 679	+ 2,5	+ 0,5
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	311 784	317 372	331 796	- 5 588	- 1,8	- 4,3
Insgesamt	5 112 393	5 224 292	5 388 645	- 111 899	- 2,1	- 3,0
davon: Primärer Sektor	128 614	134 123	139 499	- 5 509	- 4,1	- 3,9
Sekundärer Sektor	1 356 473	1 409 709	1 477 910	- 53 236	- 3,8	- 4,6
Tertiärer Sektor	3 626 524	3 680 066	3 770 821	- 53 542	- 1,5	- 2,4
ohne Angabe	782	394	415	+ 388	+ 98,5	- 5,1

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.3a

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe 1)2); Deutschland					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2004	2003	2002	Veränderung in %	
				2004/03	2003/02
	1	2	3	4	5
Dienstleistungen insgesamt	17 418 545	17 576 626	17 815 661	- 0,9	- 1,3
Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	3 949 094	4 030 654	4 168 451	- 2,0	- 3,3
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	654 253	660 032	665 791	- 0,9	- 0,9
Handelsvermittlung und Großhandel	1 292 824	1 323 011	1 376 628	- 2,3	- 3,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	2 002 017	2 047 611	2 126 032	- 2,2	- 3,7
Gastgewerbe	751 825	766 176	795 616	- 1,9	- 3,7
darunter: Beherbergungsgewerbe	236 732	239 400	246 550	- 1,1	- 2,9
Gaststättengewerbe	430 571	443 736	466 762	- 3,0	- 4,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 468 183	1 489 280	1 523 889	- 1,4	- 2,3
darunter: Eisenbahnen	122 829	128 687	129 924	- 4,6	- 1,0
Sonstiger Landverkehr	386 418	390 315	407 928	- 1,0	- 4,3
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	399 707	394 894	388 765	+ 1,2	+ 1,6
Postdienste und private Kurierdienste	192 291	201 229	208 152	- 4,4	- 3,3
Fernmeldedienste	74 112	76 401	93 178	- 3,0	- 18,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 025 735	1 050 687	1 076 246	- 2,4	- 2,4
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	665 884	687 830	713 677	- 3,2	- 3,6
Versicherungsgewerbe	231 640	237 578	238 246	- 2,5	- 0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	3 148 707	3 117 285	3 123 811	+ 1,0	- 0,2
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	237 086	246 672	249 521	- 3,9	- 1,1
Vermietung beweglicher Sachen	63 442	63 694	65 475	- 0,4	- 2,7
Datenverarbeitung und Datenbanken	361 882	365 285	372 083	- 0,9	- 1,8
darunter: Hardwareberatung	13 056	12 668	12 901	+ 3,1	- 1,8
Softwarehäuser	246 246	251 011	259 149	- 1,9	- 3,1
Datenverarbeitungsdienste	74 827	74 030	72 779	+ 1,1	+ 1,7
Forschung und Entwicklung	142 335	146 887	143 892	- 3,1	+ 2,1
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 343 962	2 294 747	2 292 840	+ 2,1	+ 0,1
davon: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	741 775	735 358	727 009	+ 0,9	+ 1,1
Architektur- und Ingenieurbüros	326 629	329 186	343 205	- 0,8	- 4,1
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	55 906	55 516	54 636	+ 0,7	+ 1,6
Werbung	102 579	108 559	118 167	- 5,5	- 8,1
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	379 742	325 633	312 902	+ 16,6	+ 4,1
Detekteien und Schutzdienste	114 143	117 147	119 838	- 2,6	- 2,2
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	370 685	390 567	394 313	- 5,1	- 1,0
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	252 503	232 781	222 770	+ 8,5	+ 4,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 685 768	1 712 659	1 713 364	- 1,6	+ 0,0
davon: Öffentliche Verwaltung	1 177 175	1 195 764	1 197 188	- 1,6	- 0,1
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung	221 324	223 617	225 265	- 1,0	- 0,7
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	287 269	293 278	290 911	- 2,0	+ 0,8
Erziehung und Unterricht	1 023 476	1 033 394	1 050 447	- 1,0	- 1,6
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	275 073	275 356	277 497	- 0,1	- 0,8
Weiterführende Schulen	279 626	280 432	322 006	- 0,3	- 12,9
Hochschulen	236 005	239 506	218 449	- 1,5	+ 9,6
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	232 772	238 100	232 495	- 2,2	+ 2,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3 092 892	3 083 164	3 049 151	+ 0,3	+ 1,1
darunter: Gesundheitswesen	1 943 245	1 955 212	1 942 671	- 0,6	+ 0,6
Sozialwesen	1 131 500	1 110 472	1 089 855	+ 1,9	+ 1,9
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	1 210 972	1 230 775	1 250 771	- 1,6	- 1,6
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	144 061	147 866	150 608	- 2,6	- 1,8
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	469 928	475 138	480 125	- 1,1	- 1,0
Kultur, Sport und Unterhaltung	322 976	328 836	334 739	- 1,8	- 1,8
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	274 007	278 935	285 299	- 1,8	- 2,2
Private Haushalte	32 668	34 008	36 075	- 3,9	- 5,7
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	29 225	28 544	27 840	+ 2,4	+ 2,5

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.3b

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe ¹⁾²⁾ ; Westdeutschland					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2004	2003	2002	Veränderung in %	
				2004/03	2003/02
	1	2	3	4	5
Dienstleistungen insgesamt	13 792 021	13 896 560	14 044 840	- 0,8	- 1,1
Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	3 281 248	3 344 255	3 458 100	- 1,9	- 3,3
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	523 693	528 385	532 656	- 0,9	- 0,8
Handelsvermittlung und Großhandel	1 133 357	1 157 560	1 204 024	- 2,1	- 3,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	1 624 198	1 658 310	1 721 420	- 2,1	- 3,7
Gastgewerbe	582 181	597 840	620 915	- 2,6	- 3,7
darunter: Beherbergungsgewerbe	178 753	182 577	188 901	- 2,1	- 3,3
Gaststättengewerbe	342 466	355 106	372 687	- 3,6	- 4,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 149 048	1 162 547	1 185 116	- 1,2	- 1,9
darunter: Eisenbahnen	74 167	75 757	74 212	- 2,1	+ 2,1
Sonstiger Landverkehr	283 986	285 964	299 862	- 0,7	- 4,6
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	338 050	334 368	329 465	+ 1,1	+ 1,5
Postdienste und private Kurierdienste	147 357	153 631	158 968	- 4,1	- 3,4
Fernmeldedienste	50 450	53 496	65 164	- 5,7	- 17,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	907 452	927 672	947 459	- 2,2	- 2,1
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	587 803	605 504	625 869	- 2,9	- 3,3
Versicherungsgewerbe	210 260	215 682	215 959	- 2,5	- 0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2 523 373	2 497 727	2 506 844	+ 1,0	- 0,4
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	164 049	171 830	171 505	- 4,5	+ 0,2
Vermietung beweglicher Sachen	50 695	50 659	52 457	+ 0,1	- 3,4
Datenverarbeitung und Datenbanken	316 389	320 369	327 666	- 1,2	- 2,2
darunter: Hardwareberatung	11 803	11 428	11 623	+ 3,3	- 1,7
Softwarehäuser	217 492	221 982	229 818	- 2,0	- 3,4
Datenverarbeitungsdienste	63 753	63 270	63 004	+ 0,8	+ 0,4
Forschung und Entwicklung	107 572	112 361	109 860	- 4,3	+ 2,3
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 884 668	1 842 508	1 845 356	+ 2,3	- 0,2
davon: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	634 238	627 836	625 028	+ 1,0	+ 0,4
Architektur- und Ingenieurbüros	258 239	256 348	264 989	+ 0,7	- 3,3
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	44 370	43 937	43 121	+ 1,0	+ 1,9
Werbung	88 783	94 324	102 397	- 5,9	- 7,9
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	304 806	262 426	254 046	+ 16,1	+ 3,3
Detekteien und Schutzdienste	82 076	85 010	85 102	- 3,5	- 0,1
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	284 668	300 597	302 938	- 5,3	- 0,8
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	187 488	172 030	167 735	+ 9,0	+ 2,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 234 661	1 235 569	1 229 376	- 0,1	+ 0,5
davon: Öffentliche Verwaltung	856 061	851 403	846 314	+ 0,5	+ 0,6
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung	180 020	181 565	182 385	- 0,9	- 0,4
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	198 580	202 601	200 677	- 2,0	+ 1,0
Erziehung und Unterricht	676 475	684 988	678 424	- 1,2	+ 1,0
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	212 566	212 085	206 995	+ 0,2	+ 2,5
Weiterführende Schulen	154 973	157 427	175 537	- 1,6	- 10,3
Hochschulen	176 284	178 761	164 901	- 1,4	+ 8,4
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	132 652	136 715	130 991	- 3,0	+ 4,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 477 778	2 471 139	2 436 736	+ 0,3	+ 1,4
darunter: Gesundheitswesen	1 567 422	1 576 733	1 562 671	- 0,6	+ 0,9
Sozialwesen	895 276	879 927	860 352	+ 1,7	+ 2,3
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	901 456	915 746	921 483	- 1,6	- 0,6
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	101 684	103 109	104 696	- 1,4	- 1,5
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	356 552	362 049	358 347	- 1,5	+ 1,0
Kultur, Sport und Unterhaltung	239 416	244 237	248 442	- 2,0	- 1,7
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	203 804	206 351	209 998	- 1,2	- 1,7
Private Haushalte	30 400	31 665	33 567	- 4,0	- 5,7
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	27 949	27 412	26 820	+ 2,0	+ 2,2

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.3c

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe ¹⁾²⁾ ; Ostdeutschland					
Wirtschaftsabteilung/Wirtschaftsgruppe	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				
	2004	2003	2002	Veränderung in %	
				2004/03	2003/02
	1	2	3	4	5
Dienstleistungen insgesamt	3 626 524	3 680 066	3 770 821	- 1,5	- 2,4
Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	667 846	686 399	710 351	- 2,7	- 3,4
davon: Handel, Instandhaltung und Reparatur Kfz	130 560	131 647	133 135	- 0,8	- 1,1
Handelsvermittlung und Großhandel	159 467	165 451	172 604	- 3,6	- 4,1
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	377 819	389 301	404 612	- 2,9	- 3,8
Gastgewerbe	169 644	168 336	174 701	+ 0,8	- 3,6
darunter: Beherbergungsgewerbe	57 979	56 823	57 649	+ 2,0	- 1,4
Gaststättengewerbe	88 105	88 630	94 075	- 0,6	- 5,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	319 135	326 733	338 773	- 2,3	- 3,6
darunter: Eisenbahnen	48 662	52 930	55 712	- 8,1	- 5,0
Sonstiger Landverkehr	102 432	104 351	108 066	- 1,8	- 3,4
Spedition, sonstige Verkehrsvermittlung	61 657	60 526	59 300	+ 1,9	+ 2,1
Postdienste und private Kurierdienste	44 934	47 598	49 184	- 5,6	- 3,2
Fernmeldedienste	23 662	22 905	28 014	+ 3,3	- 18,2
Kredit- und Versicherungsgewerbe	118 283	123 015	128 787	- 3,8	- 4,5
darunter: Zentralbanken und Kreditinstitute	78 081	82 326	87 808	- 5,2	- 6,2
Versicherungsgewerbe	21 380	21 896	22 287	- 2,4	- 1,8
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	625 334	619 558	616 967	+ 0,9	+ 0,4
darunter: Grundstücks- und Wohnungswesen	73 037	74 842	78 016	- 2,4	- 4,1
Vermietung beweglicher Sachen	12 747	13 035	13 018	- 2,2	+ 0,1
Datenverarbeitung und Datenbanken	45 493	44 916	44 417	+ 1,3	+ 1,1
darunter: Hardwareberatung	1 253	1 240	1 278	+ 1,0	- 3,0
Softwarehäuser	28 754	29 029	29 331	- 0,9	- 1,0
Datenverarbeitungsdienste	11 074	10 760	9 775	+ 2,9	+ 10,1
Forschung und Entwicklung	34 763	34 526	34 032	+ 0,7	+ 1,5
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	459 294	452 239	447 484	+ 1,6	+ 1,1
davon: Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Beteiligungsgesellschaften	107 537	107 522	101 981	+ 0,0	+ 5,4
Architektur- und Ingenieurbüros	68 390	72 838	78 216	- 6,1	- 6,9
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	11 536	11 579	11 515	- 0,4	+ 0,6
Werbung	13 796	14 235	15 770	- 3,1	- 9,7
Gewerbsmäßige Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	74 936	63 207	58 856	+ 18,6	+ 7,4
Detekteien und Schutzdienste	32 067	32 137	34 736	- 0,2	- 7,5
Reinigung von Gebäuden, Inventar und Verkehrsmitteln	86 017	89 970	91 375	- 4,4	- 1,5
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	65 015	60 751	55 035	+ 7,0	+ 10,4
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	451 107	477 090	483 988	- 5,4	- 1,4
davon: Öffentliche Verwaltung	321 114	344 361	350 874	- 6,8	- 1,9
Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Rechtsschutz, Öffentliche Sicherheit und Ordnung	41 304	42 052	42 880	- 1,8	- 1,9
Sozialversicherung und Arbeitsförderung	88 689	90 677	90 234	- 2,2	+ 0,5
Erziehung und Unterricht	347 001	348 406	372 023	- 0,4	- 6,3
davon: Kindergärten, Vor- und Grundschulen	62 507	63 271	70 502	- 1,2	- 10,3
Weiterführende Schulen	124 653	123 005	146 469	+ 1,3	- 16,0
Hochschulen	59 721	60 745	53 548	- 1,7	+ 13,4
Erwachsenenbildung und sonstiger Unterricht	100 120	101 385	101 504	- 1,2	- 0,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	615 114	612 025	612 415	+ 0,5	- 0,1
darunter: Gesundheitswesen	375 823	378 479	380 000	- 0,7	- 0,4
Sozialwesen	236 224	230 545	229 503	+ 2,5	+ 0,5
Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	309 516	315 029	329 288	- 1,7	- 4,3
darunter: Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	42 377	44 757	45 912	- 5,3	- 2,5
Interessenvertretungen, kirchliche und religiöse Vereinigungen	113 376	113 089	121 778	+ 0,3	- 7,1
Kultur, Sport und Unterhaltung	83 560	84 599	86 297	- 1,2	- 2,0
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	70 203	72 584	75 301	- 3,3	- 3,6
Private Haushalte	2 268	2 343	2 508	- 3,2	- 6,6
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1 276	1 132	1 020	+ 12,7	+ 11,0

¹⁾ Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

²⁾ Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.4a

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Deutschland					
Wirtschaftszweig	Juni 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspfl. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte Beschäftigte
		2004/03		2003/02	
		absolut	in %	in %	
	1	2	3	4	5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	87 439	+ 11 855	+ 15,7	+ 8,4	28
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	4 212	+ 262	+ 6,6	- 1,1	4
Verarbeitendes Gewerbe	585 268	+ 33 563	+ 6,1	+ 1,8	9
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	142 539	+ 6 222	+ 4,6	+ 2,7	21
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	125 562	+ 4 447	+ 3,7	- 0,8	26
Chemische Industrie	10 866	+ 492	+ 4,7	+ 4,2	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	82 240	+ 8 262	+ 11,2	+ 5,2	8
Maschinenbau	42 433	+ 3 082	+ 7,8	+ 3,9	4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	58 046	+ 4 173	+ 7,7	+ 1,1	6
Fahrzeugbau	7 632	+ 816	+ 12,0	+ 3,1	1
Energie- und Wasserversorgung	5 001	+ 142	+ 2,9	+ 10,4	2
Baugewerbe	196 356	+ 26 455	+ 15,6	+ 7,6	12
darunter: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	72 069	+ 9 719	+ 15,6	+ 8,3	9
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	124 287	+ 16 736	+ 15,6	+ 7,2	14
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	1 061 453	+ 72 746	+ 7,4	+ 2,0	27
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	125 262	+ 9 154	+ 7,9	+ 5,6	19
Handelsvermittlung, Großhandel	221 543	+ 14 408	+ 7,0	+ 3,4	17
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	714 648	+ 49 184	+ 7,4	+ 1,0	36
Gastgewerbe	456 388	+ 68 456	+ 17,6	+ 10,9	61
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	284 703	+ 29 887	+ 11,7	+ 9,7	19
Kredit- und Versicherungsgewerbe	54 539	+ 2 201	+ 4,2	- 2,2	5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	964 274	+ 80 717	+ 9,1	+ 5,4	31
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	799 251	+ 64 855	+ 8,8	+ 5,4	28
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen	80 967	- 144	- 0,2	- 3,9	5
Erziehung und Unterricht	121 517	+ 7 341	+ 6,4	+ 3,6	12
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	451 468	+ 27 730	+ 6,5	+ 4,9	15
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	299 791	+ 16 099	+ 5,7	+ 4,6	15
Sozialwesen	151 677	+ 11 631	+ 8,3	+ 5,5	13
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	445 336	+ 65 707	+ 17,3	+ 9,5	36
Insgesamt	4 802 866	+ 427 541	+ 9,8	+ 4,9	18
davon: Primärer Sektor	87 439	+ 11 855	+ 15,7	+ 8,4	28
Sekundärer Sektor	790 837	+ 60 422	+ 8,3	+ 3,1	9
Tertiärer Sektor	3 920 645	+ 354 641	+ 9,9	+ 5,3	23
ohne Angabe	3 945	+ 623	+ 18,8	+ 14,6	102

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.4b

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Westdeutschland					
Wirtschaftszweig	Juni 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspfl. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte Beschäftigte
		2004/03		2003/02	
		absolut	in %	in %	
	1	2	3	4	5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	70 408	+ 9 098	+ 14,8	+ 8,1	38
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 744	+ 202	+ 5,7	- 3,0	4
Verarbeitendes Gewerbe	518 803	+ 30 199	+ 6,2	+ 1,4	9
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	129 509	+ 5 470	+ 4,4	+ 2,2	23
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	107 885	+ 5 823	+ 5,7	- 0,6	26
Chemische Industrie	9 873	+ 421	+ 4,5	+ 3,4	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	72 558	+ 7 231	+ 11,1	+ 4,8	8
Maschinenbau	38 615	+ 2 447	+ 6,8	+ 4,0	4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	51 511	+ 3 346	+ 6,9	+ 0,2	6
Fahrzeugbau	6 707	+ 690	+ 11,5	+ 3,9	1
Energie- und Wasserversorgung	4 298	+ 101	+ 2,4	+ 11,9	2
Baugewerbe	152 710	+ 19 911	+ 15,0	+ 7,0	12
darunter: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	54 680	+ 7 094	+ 14,9	+ 8,4	10
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	98 030	+ 12 817	+ 15,0	+ 6,3	15
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	919 837	+ 58 088	+ 6,7	+ 1,3	28
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	108 769	+ 7 536	+ 7,4	+ 5,5	21
Handelsvermittlung, Großhandel	195 614	+ 12 958	+ 7,1	+ 3,3	17
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	615 454	+ 37 594	+ 6,5	- 0,1	38
Gastgewerbe	384 957	+ 56 007	+ 17,0	+ 10,4	66
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	237 481	+ 23 416	+ 10,9	+ 9,6	21
Kredit- und Versicherungsgewerbe	49 881	+ 1 470	+ 3,0	- 2,7	5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	801 203	+ 63 646	+ 8,6	+ 5,1	32
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	663 998	+ 50 670	+ 8,3	+ 5,1	29
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen	70 419	- 896	- 1,3	- 3,7	6
Erziehung und Unterricht	105 291	+ 6 944	+ 7,1	+ 4,1	16
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	393 810	+ 22 476	+ 6,1	+ 4,5	16
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	260 562	+ 13 398	+ 5,4	+ 4,5	16
Sozialwesen	133 248	+ 9 078	+ 7,3	+ 4,5	15
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	391 710	+ 56 553	+ 16,9	+ 9,1	+ 42
Insgesamt	4 108 172	+ 347 773	+ 9,2	+ 4,5	+ 19
davon: Primärer Sektor	70 408	+ 9 098	+ 14,8	+ 8,1	38
Sekundärer Sektor	679 555	+ 50 413	+ 8,0	+ 2,6	9
Tertiärer Sektor	3 354 589	+ 287 704	+ 9,4	+ 4,8	24
ohne Angabe	3 620	+ 558	+ 18,2	+ 15,2	118

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.4c

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾ ; Ostdeutschland					
Wirtschaftszweig	Juni 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr			auf 100 sozialverspf. Beschäftigte kommen ... geringfügig entlohnte Beschäftigte
		2004/03		2003/02	
		absolut	in %	in %	
1	2	3	4	5	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	17 031	+ 2 757	+ 19,3	+ 10,1	13
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	468	+ 60	+ 14,7	+ 18,6	2
Verarbeitendes Gewerbe	66 465	+ 3 364	+ 5,3	+ 4,3	8
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	13 030	+ 752	+ 6,1	+ 8,5	10
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	17 677	- 1 376	- 7,2	- 1,6	32
Chemische Industrie	993	+ 71	+ 7,7	+ 14,0	2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	9 682	+ 1 031	+ 11,9	+ 8,3	6
Maschinenbau	3 818	+ 635	+ 19,9	+ 2,4	4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	6 535	+ 827	+ 14,5	+ 9,3	5
Fahrzeugbau	925	+ 126	+ 15,8	- 2,7	1
Energie- und Wasserversorgung	703	+ 41	+ 6,2	+ 1,8	1
Baugewerbe	43 646	+ 6 544	+ 17,6	+ 9,6	10
darunter: Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau	17 389	+ 2 625	+ 17,8	+ 7,9	8
Bauinstallation, sonst. Baugewerbe, Vermietung von Baumaschinen	26 257	+ 3 919	+ 17,5	+ 10,7	13
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	141 616	+ 14 658	+ 11,5	+ 7,6	21
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, Tankstellen	16 493	+ 1 618	+ 10,9	+ 6,4	13
Handelsvermittlung, Großhandel	25 929	+ 1 450	+ 5,9	+ 4,0	16
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	99 194	+ 11 590	+ 13,2	+ 8,8	26
Gastgewerbe	71 431	+ 12 449	+ 21,1	+ 14,2	42
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	47 222	+ 6 471	+ 15,9	+ 10,2	15
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4 658	+ 731	+ 18,6	+ 4,4	4
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	163 071	+ 17 071	+ 11,7	+ 7,1	26
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleistungen	135 253	+ 14 185	+ 11,7	+ 7,3	25
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritoriale Organisationen	10 548	+ 752	+ 7,7	- 4,8	2
Erziehung und Unterricht	16 226	+ 397	+ 2,5	+ 0,4	5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	57 658	+ 5 254	+ 10,0	+ 7,8	9
davon: Gesundheits-, Veterinärwesen	39 229	+ 2 701	+ 7,4	+ 5,5	10
Sozialwesen	18 429	+ 2 553	+ 16,1	+ 13,6	8
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	53 626	+ 9 154	+ 20,6	+ 13,0	17
Insgesamt	694 694	+ 79 768	+ 13,0	+ 8,0	14
davon: Primärer Sektor	17 031	+ 2 757	+ 19,3	+ 10,1	13
Sekundärer Sektor	111 282	+ 10 009	+ 9,9	+ 6,2	8
Tertiärer Sektor	566 056	+ 66 937	+ 13,4	+ 8,3	16
ohne Angabe	325	+ 65	+ 25,0	+ 7,4	42

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.A.5

Zugang an Arbeitslosen aus Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen									
Wirtschaftszweig	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2004	Veränderung gegenüber Vorjahr		2004	Veränderung gegenüber Vorjahr		2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	125 108	- 1 565	- 1,2	63 566	- 325	- 0,5	61 542	- 1 240	- 2,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	13 884	- 709	- 4,9	9 243	- 715	- 7,2	4 641	+ 6	+ 0,1
Verarbeitendes Gewerbe darunter: Ernährungsgewerbe,	622 268	- 49 430	- 7,4	493 750	- 45 650	- 8,5	128 518	- 3 780	- 2,9
Tabakverarbeitung	102 864	+ 597	+ 0,6	81 178	- 310	- 0,4	21 686	+ 907	+ 4,4
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	45 220	- 7 730	- 14,6	38 830	- 6 955	- 15,2	6 390	- 775	- 10,8
Chemische Industrie	24 394	- 1 455	- 5,6	20 574	- 742	- 3,5	3 820	- 713	- 15,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	126 824	- 7 801	- 5,8	96 789	- 6 966	- 6,7	30 035	- 835	- 2,7
Maschinenbau	61 325	- 6 959	- 10,2	50 843	- 5 823	- 10,3	10 482	- 1 136	- 9,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	66 885	- 6 990	- 9,5	53 801	- 6 897	- 11,4	13 084	- 93	- 0,7
Fahrzeugbau	35 914	+ 306	+ 0,9	29 651	+ 142	+ 0,5	6 263	+ 164	+ 2,7
Energie- und Wasserversorgung	9 371	+ 217	+ 2,4	6 421	+ 320	+ 5,2	2 950	- 103	- 3,4
Baugewerbe	707 132	+ 17 201	+ 2,5	405 977	+ 9 010	+ 2,3	301 155	+ 8 191	+ 2,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	569 095	- 13 771	- 2,4	433 531	- 12 917	- 2,9	135 564	- 854	- 0,6
Handelsvermittlung, Großhandel	77 628	+ 3 088	+ 4,1	60 043	+ 2 030	+ 3,5	17 585	+ 1 058	+ 6,4
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	153 487	- 5 726	- 3,6	118 645	- 5 331	- 4,3	34 842	- 395	- 1,1
	337 980	- 11 133	- 3,2	254 843	- 9 616	- 3,6	83 137	- 1 517	- 1,8
Gastgewerbe	239 472	- 8 778	- 3,5	172 692	- 8 897	- 4,9	66 780	+ 119	+ 0,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	226 059	+ 654	+ 0,3	166 119	- 1 918	- 1,1	59 940	+ 2 572	+ 4,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	51 007	- 1 396	- 2,7	39 749	- 802	- 2,0	11 258	- 594	- 5,0
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	631 412	+ 73 170	+ 13,1	463 893	+ 50 013	+ 12,1	167 519	+ 23 157	+ 16,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	274 867	+ 7 216	+ 2,7	126 767	+ 4 835	+ 4,0	148 100	+ 2 381	+ 1,6
Erziehung und Unterricht	185 177	+ 59 009	+ 46,8	104 831	+ 31 914	+ 43,8	80 346	+ 27 095	+ 50,9
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	247 688	+ 18 159	+ 7,9	186 924	+ 12 116	+ 6,9	60 764	+ 6 043	+ 11,0
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	249 788	+ 6 008	+ 2,5	137 021	- 263	- 0,2	112 767	+ 6 271	+ 5,9
keine Angabe	64 211	+ 13 616	+ 26,9	45 222	+ 11 961	+ 36,0	18 989	+ 1 655	+ 9,5
Insgesamt	4 216 539	+ 119 601	+ 2,9	2 855 706	+ 48 682	+ 1,7	1 360 833	+ 70 919	+ 5,5
davon: Primärer Sektor	125 108	- 1 565	- 1,2	63 566	- 325	- 0,5	61 542	- 1 240	- 2,0
Sekundärer Sektor	1 352 655	- 32 721	- 2,4	915 391	- 37 035	- 3,9	437 264	+ 4 314	+ 1,0
Tertiärer Sektor	2 674 565	+ 140 271	+ 5,5	1 831 527	+ 74 081	+ 4,2	843 038	+ 66 190	+ 8,5

Tabelle III.A.6

Bestand an Kurzarbeitern nach Wirtschaftszweigen									
Wirtschaftszweig	Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	2004	Veränderung gegenüber Vorjahr		2004	Veränderung gegenüber Vorjahr		2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	820	- 56	- 6,3	376	+ 39	+ 11,7	444	- 95	- 17,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	5 171	- 250	- 4,6	4 744	- 125	- 2,6	427	- 125	- 22,7
Verarbeitendes Gewerbe	78 268	- 35 341	- 31,1	64 622	- 31 296	- 32,6	13 646	- 4 045	- 22,9
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	1 390	- 367	- 20,9	1 066	- 58	- 5,1	323	- 309	- 48,9
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2 969	- 1 221	- 29,1	2 613	- 1 098	- 29,6	357	- 123	- 25,6
Chemische Industrie	1 304	+ 83	+ 6,8	1 017	- 63	- 5,8	287	+ 146	+ 103,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	14 221	- 7 086	- 33,3	11 785	- 6 024	- 33,8	2 436	- 1 063	- 30,4
Maschinenbau	16 890	- 12 240	- 42,0	14 806	- 11 069	- 42,8	2 084	- 1 171	- 36,0
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	11 498	- 6 818	- 37,2	9 359	- 5 675	- 37,7	2 140	- 1 143	- 34,8
Fahrzeugbau	4 332	- 142	- 3,2	3 024	- 164	- 5,1	1 308	+ 21	+ 1,7
Energie- und Wasserversorgung	899	- 21	- 2,3	814	+ 119	+ 17,2	85	- 141	- 62,3
Baugewerbe	27 510	+ 88	+ 0,3	21 747	- 71	- 0,3	5 763	+ 159	+ 2,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	7 548	- 3 395	- 31,0	5 787	- 3 006	- 34,2	1 760	- 389	- 18,1
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	1 453	+ 137	+ 10,4	1 095	+ 135	+ 14,1	359	+ 2	+ 0,6
Handelsvermittlung, Großhandel	3 129	- 1 898	- 37,8	2 439	- 1 656	- 40,4	691	- 242	- 26,0
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	2 965	- 1 634	- 35,5	2 254	- 1 485	- 39,7	711	- 149	- 17,3
Gastgewerbe	384	- 341	- 47,0	234	- 29	- 11,0	150	- 312	- 67,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 254	- 5 322	- 70,2	1 700	- 4 736	- 73,6	554	- 586	- 51,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	101	- 130	- 56,3	79	- 138	- 63,7	22	+ 8	+ 59,0
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	18 241	- 371	- 2,0	14 363	+ 93	+ 0,7	3 879	- 465	- 10,7
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial-Organisationen	269	+ 82	+ 43,6	116	+ 25	+ 27,7	154	+ 57	+ 58,5
Erziehung und Unterricht	5 635	- 500	- 8,1	4 563	- 405	- 8,2	1 072	- 95	- 8,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 481	+ 959	+ 63,0	1 795	+ 664	+ 58,7	686	+ 294	+ 75,1
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	1 013	- 181	- 15,2	671	- 22	- 3,2	343	- 159	- 31,7
Insgesamt	150 593	- 44 778	- 22,9	121 610	- 38 886	- 24,2	28 984	- 5 892	- 16,9
davon: Primärer Sektor	820	- 56	- 6,3	376	+ 39	+ 11,7	444	- 95	- 17,6
Sekundärer Sektor	111 849	- 35 524	- 24,1	91 928	- 31 373	- 25,4	19 921	- 4 151	- 17,2
Tertiärer Sektor	37 925	- 9 199	- 19,5	29 306	- 7 553	- 20,5	8 620	- 1 646	- 16,0

Tabelle III.A.7a

Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Deutschland									
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen			Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2004	Veränderung in %		2004	Veränderung in %		2004	2003	2002
		2004/03	2003/02		2004/03	2003/02			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Wirtschaftszweige	285 605	- 19,5	- 21,5	2 136 180	- 13,4	- 11,8	47,7	59,1	63,9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	49 582	- 11,2	- 2,6	320 222	- 3,1	- 3,3	36,4	46,0	49,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	157	- 22,6	- 36,4	1 673	- 20,9	- 30,6	36,7	40,5	41,2
Verarbeitendes Gewerbe	22 247	- 29,9	- 33,8	193 112	- 20,5	- 19,1	48,1	58,3	64,2
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	3 749	- 24,1	- 37,3	34 687	- 17,1	- 22,2	39,3	48,6	56,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1 442	- 23,9	- 37,6	15 131	- 17,1	- 21,1	46,1	56,8	62,0
Herstellung chemischer Erzeugnisse	737	- 34,2	- 35,1	5 701	- 32,6	- 28,1	52,9	59,8	60,1
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	4 134	- 29,3	- 31,9	35 351	- 25,1	- 16,4	47,6	57,7	64,5
Maschinenbau	3 103	- 27,0	- 36,9	23 318	- 15,2	- 22,7	56,2	68,9	79,0
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	3 469	- 20,9	- 35,4	27 780	- 14,6	- 12,4	53,3	63,0	78,8
Fahrzeugbau	1 466	- 56,4	- 23,6	12 491	- 16,2	+ 2,1	67,9	86,9	77,2
Energie- und Wasserversorgung	214	- 36,8	- 27,6	1 978	- 26,6	- 19,8	45,9	58,9	57,8
Baugewerbe	10 992	- 33,8	- 34,3	127 155	- 24,9	- 20,9	35,1	42,9	47,9
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	24 346	- 26,5	- 30,9	218 951	- 19,4	- 18,6	47,9	58,6	62,4
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	3 621	- 32,7	- 27,0	29 492	- 26,1	- 18,5	48,6	57,0	59,6
Handelsvermittlung, Großhandel	7 375	- 27,2	- 25,8	60 922	- 19,2	- 16,0	48,5	60,4	61,1
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	13 350	- 24,1	- 34,5	128 537	- 17,7	- 19,8	47,4	58,1	64,0
Gastgewerbe	19 729	- 23,3	- 31,0	165 267	- 11,0	- 14,5	48,1	60,4	70,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9 411	- 26,8	- 25,1	77 885	- 17,7	- 18,1	47,3	58,2	60,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4 973	- 28,4	- 15,1	23 187	- 21,9	- 14,5	77,3	97,3	92,1
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	93 239	- 8,0	- 11,1	593 213	- 5,5	+ 3,2	52,3	66,4	76,2
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen	8 441	- 27,3	- 21,5	72 244	- 22,7	- 20,5	41,9	46,2	47,5
Erziehung und Unterricht	8 957	- 17,2	- 14,8	59 015	- 20,2	- 9,8	47,8	52,2	57,7
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	18 137	- 35,7	- 33,7	141 064	- 19,6	- 24,2	51,1	68,0	67,9
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	15 044	- 21,8	- 24,8	140 161	- 15,1	- 11,5	40,8	48,3	52,9
keine Angabe/Zuordnung	137	- 54,7	- 47,0	1 053	- 61,0	- 61,2	36,1	53,5	59,2

1) Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.A.7b

Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Westdeutschland									
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen			Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2004	Veränderung in %		2004	Veränderung in %		2004	2003	2002
		2004/03	2003/02		2004/03	2003/02			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Wirtschaftszweige	239 039	- 18,1	- 22,7	1 658 468	- 9,4	- 11,1	52,4	67,0	74,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	45 107	- 12,1	- 2,1	275 965	- 0,4	- 1,5	47,9	63,7	65,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	110	- 31,3	- 36,4	968	- 17,5	- 39,1	47,1	59,4	54,2
Verarbeitendes Gewerbe	18 639	- 30,2	- 35,3	151 902	- 18,5	- 18,5	51,3	64,0	72,6
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	3 113	- 26,8	- 38,2	26 971	- 16,8	- 21,8	40,7	52,8	63,5
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1 236	- 23,0	- 40,3	11 093	- 18,6	- 22,2	47,8	59,3	66,9
Herstellung chemischer Erzeugnisse	620	- 35,8	- 36,2	4 716	- 33,3	- 27,7	54,5	62,9	64,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	3 434	- 26,1	- 34,1	27 874	- 20,9	- 15,4	50,4	64,0	74,5
Maschinenbau	2 752	- 26,2	- 37,6	20 180	- 11,8	- 22,0	58,2	73,5	86,3
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	3 007	- 19,3	- 36,8	21 033	- 15,1	- 12,6	59,6	69,1	88,2
Fahrzeugbau	1 161	- 61,9	- 26,1	11 145	- 12,7	+ 5,0	70,3	94,6	86,0
Energie- und Wasserversorgung	164	- 40,0	- 29,8	1 556	- 26,6	- 17,1	44,8	64,0	65,2
Baugewerbe	8 138	- 28,9	- 37,2	83 692	- 17,4	- 20,8	39,1	49,2	58,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	21 594	- 24,2	- 31,2	182 671	- 15,8	- 16,9	50,0	63,0	69,6
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	3 091	- 30,2	- 27,3	24 153	- 20,4	- 15,4	51,0	62,0	68,4
Handelsvermittlung, Großhandel	6 582	- 26,7	- 26,1	52 866	- 16,7	- 15,1	50,1	64,4	66,3
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	11 921	- 21,0	- 35,0	105 652	- 14,3	- 18,1	49,6	62,4	71,8
Gastgewerbe	17 327	- 21,7	- 31,5	138 894	- 7,8	- 12,8	50,4	64,7	77,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8 097	- 25,3	- 25,3	62 505	- 14,5	- 16,3	50,7	64,5	68,1
Kredit- und Versicherungsgewerbe	4 253	- 27,8	- 15,8	18 117	- 22,0	- 14,7	80,8	103,0	100,7
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	79 259	- 5,2	- 14,0	483 645	- 0,8	+ 3,3	54,8	71,6	84,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen	5 157	- 32,3	- 24,3	35 659	- 25,4	- 25,5	54,2	61,3	62,5
Erziehung und Unterricht	5 958	- 21,2	- 17,8	33 924	- 21,0	- 11,4	55,2	65,9	70,8
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	14 424	- 36,2	- 35,9	103 290	- 17,6	- 25,5	56,9	77,4	78,5
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	10 714	- 18,4	- 27,5	68 851	- 6,0	- 16,5	52,2	64,3	73,2
keine Angabe/Zuordnung	98	- 45,6	- 10,6	16 119	- 14,4	- 5,6	36,5	53,8	61,2

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.A.7c

Stellenbestand, Stellenzugang und Laufzeit nach Wirtschaftszweigen; Ostdeutschland									
Wirtschaftszweig	Bestand an offenen Stellen			Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2004	Veränderung in %		2004	Veränderung in %		2004	2003	2002
		2004/03	2003/02		2004/03	2003/02			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Wirtschaftszweige	46 566	- 25,9	- 15,2	477 712	- 25,0	- 13,7	34,9	40,9	38,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	4 475	- 0,7	- 7,7	44 257	- 17,0	- 11,9	25,4	30,7	30,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	47	+ 10,7	- 36,5	705	- 25,1	- 16,1	25,1	17,7	20,4
Verarbeitendes Gewerbe	3 608	- 28,7	- 24,6	41 210	- 27,0	- 21,0	36,4	40,5	38,0
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	635	- 6,6	- 30,5	7 716	- 18,0	- 23,5	33,8	34,8	33,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	205	- 28,6	- 16,4	4 038	- 12,9	- 17,6	39,0	45,8	40,5
Herstellung chemischer Erzeugnisse	117	- 24,2	- 27,1	985	- 28,8	- 29,8	44,6	45,9	38,2
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	700	- 41,6	- 21,8	7 477	- 37,5	- 19,4	37,8	41,8	38,9
Maschinenbau	351	- 32,8	- 31,5	3 138	- 32,1	- 26,0	44,2	47,7	44,6
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	462	- 30,0	- 26,8	6 747	- 13,1	- 11,6	32,9	42,7	45,2
Fahrzeugbau	305	- 3,8	+ 14,7	1 346	- 37,3	- 12,5	57,8	49,7	43,0
Energie- und Wasserversorgung	49	- 23,2	- 16,6	422	- 26,6	- 28,5	48,8	41,8	35,2
Baugewerbe	2 854	- 44,5	- 26,8	43 463	- 36,2	- 21,1	27,5	33,6	32,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	2 753	- 40,2	- 28,4	36 280	- 33,4	- 24,7	37,3	42,5	37,9
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	530	- 44,4	- 25,8	5 339	- 43,9	- 26,8	38,8	42,5	36,6
Handelsvermittlung, Großhandel	793	- 30,8	- 23,5	8 056	- 32,6	- 20,2	38,8	41,9	37,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	1 429	- 43,0	- 31,3	22 885	- 30,6	- 25,7	35,9	42,8	38,3
Gastgewerbe	2 402	- 33,1	- 28,1	26 373	- 24,7	- 20,8	38,8	45,9	45,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 314	- 34,8	- 24,4	15 380	- 28,7	- 23,8	33,8	39,0	37,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	720	- 31,7	- 11,1	5 070	- 21,8	- 13,6	61,3	74,5	62,4
Überwiegend unternehmensnahe Dienstleistungen usw.	13 980	- 21,2	+ 5,8	109 568	- 21,7	+ 2,6	40,8	47,8	46,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen	3 284	- 17,7	- 15,6	36 585	- 19,9	- 14,4	31,3	32,8	31,9
Erziehung und Unterricht	2 999	- 7,9	- 7,1	25 091	- 19,1	- 7,6	39,3	35,1	40,4
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3 713	- 33,5	- 23,4	37 774	- 24,6	- 20,7	37,2	46,0	41,2
Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen, Private Haushalte	4 331	- 29,0	- 18,2	53 833	- 24,7	- 7,1	29,9	35,2	34,3
keine Angabe/Zuordnung	39	- 68,0	- 66,9	1 358	- 9,2	- 17,7	29,0	49,4	38,1

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.B.1

Erwerbstätige am Arbeitsort nach Bundesländern (Inlandskonzept; in Tausend)																		
Land	Erwerbstätige insgesamt – Basiswerte –									Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
Baden-Württemberg	5 010	5 025	5 088	5 149	5 283	5 365	5 378	5 338	5 352	+0,3	+0,3	+1,3	+1,2	+2,6	+1,6	+0,2	-0,7	+0,3
Bayern	5 926	5 919	6 032	6 112	6 226	6 294	6 263	6 201	6 225	-0,7	-0,1	+1,9	+1,3	+1,9	+1,1	-0,5	-1,0	+0,4
Berlin	1 582	1 551	1 541	1 541	1 562	1 556	1 533	1 514	1 533	-1,9	-1,9	-0,7	+0,0	+1,4	-0,4	-1,4	-1,2	+1,3
Brandenburg	1 067	1 067	1 063	1 067	1 063	1 049	1 028	1 015	1 016	-0,2	+0,0	-0,3	+0,4	-0,4	-1,3	-2,0	-1,3	+0,1
Bremen	383	385	381	380	388	392	392	389	391	-1,4	+0,4	-0,9	-0,3	+2,2	+1,0	-0,1	-0,6	+0,4
Hamburg	1 010	1 004	1 014	1 023	1 042	1 050	1 043	1 030	1 037	-0,6	-0,5	+1,0	+0,8	+1,9	+0,8	-0,7	-1,2	+0,7
Hessen	2 871	2 866	2 891	2 925	2 993	3 030	3 022	2 985	2 994	+0,1	-0,2	+0,9	+1,2	+2,3	+1,2	-0,2	-1,2	+0,3
Mecklenburg-Vorpommern	774	761	756	760	753	735	726	712	707	-0,8	-1,7	-0,7	+0,6	-0,9	-2,4	-1,3	-1,9	-0,7
Niedersachsen	3 331	3 332	3 355	3 410	3 495	3 497	3 499	3 478	3 479	-0,5	+0,0	+0,7	+1,6	+2,5	+0,1	+0,1	-0,6	+0,0
Nordrhein-Westfalen	7 802	7 845	7 980	8 121	8 338	8 382	8 329	8 241	8 285	+0,1	+0,5	+1,7	+1,8	+2,7	+0,5	-0,6	-1,1	+0,5
Rheinland-Pfalz	1 667	1 666	1 693	1 715	1 750	1 758	1 753	1 742	1 753	+0,1	-0,1	+1,6	+1,3	+2,0	+0,4	-0,3	-0,6	+0,6
Saarland	477	477	485	495	506	507	502	498	500	+0,1	-0,0	+1,8	+1,9	+2,2	+0,3	-1,0	-0,8	+0,4
Sachsen	1 998	1 971	1 970	1 984	1 972	1 952	1 925	1 919	1 918	+0,1	-1,3	-0,0	+0,7	-0,6	-1,0	-1,4	-0,4	-0,0
Sachsen-Anhalt	1 113	1 093	1 093	1 083	1 058	1 041	1 026	1 012	1 010	-2,0	-1,9	+0,0	-1,0	-2,3	-1,6	-1,5	-1,3	-0,2
Schleswig-Holstein	1 204	1 202	1 205	1 219	1 239	1 245	1 231	1 211	1 210	+0,1	-0,1	+0,3	+1,1	+1,6	+0,5	-1,1	-1,6	-0,1
Thüringen	1 056	1 044	1 067	1 087	1 079	1 069	1 048	1 029	1 032	-1,0	-1,2	+2,2	+1,9	-0,8	-0,9	-2,0	-1,8	+0,3
Deutschland	37 270	37 208	37 616	38 071	38 748	38 922	38 696	38 314	38 442	-0,3	-0,2	+1,1	+1,2	+1,8	+0,4	-0,6	-1,0	+0,3
Nachrichtlich:																		
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin einschl. Berlin	29 680 31 262	29 721 31 272	30 126 31 667	30 548 32 090	31 261 32 824	31 519 33 075	31 411 32 944	31 114 32 628	31 226 32 759	-0,1 -0,2	+0,1 +0,0	+1,4 +1,3	+1,4 +1,3	+2,3 +2,3	+0,8 +0,8	-0,3 -0,4	-0,9 -1,0	+0,4 +0,4
Neue Länder ohne Berlin einschl. Berlin	6 008 7 590	5 936 7 487	5 949 7 490	5 981 7 523	5 924 7 487	5 847 7 403	5 752 7 285	5 686 7 200	5 683 7 216	-0,7 -0,9	-1,2 -1,4	+0,2 +0,0	+0,5 +0,4	-1,0 -0,5	-1,3 -1,1	-1,6 -1,6	-1,1 -1,2	-0,1 +0,2

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Stand: 08.03.2005

Tabelle III.B.2

Beschäftigte und Arbeitslose nach Ländern												
Bundesland	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni						Arbeitslose					
	2004		2003		2002		2004		2003		2002	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	779 453	793 404	813 959	137 861	136 159	121 630						
Hamburg	739 157	750 140	768 687	84 325	86 388	77 502						
Mecklenburg-Vorpommern	511 732	526 476	548 830	182 915	181 710	169 794						
Niedersachsen	2 340 735	2 376 123	2 411 598	376 641	371 176	353 748						
Bremen	273 434	280 526	284 653	42 347	51 000	48 542						
Nordrhein-Westfalen	5 631 485	5 736 058	5 889 812	898 416	880 053	812 463						
Hessen	2 112 654	2 150 806	2 192 552	250 707	242 059	213 667						
Rheinland-Pfalz	1 163 523	1 175 045	1 195 746	155 111	154 610	143 708						
Saarland	344 682	348 246	353 455	45 945	47 718	45 431						
Baden-Württemberg	3 737 971	3 786 749	3 851 416	340 284	336 540	295 005						
Bayern	4 288 495	4 333 297	4 420 624	449 709	447 349	386 695						
Berlin	1 042 262	1 065 424	1 103 776	297 947	306 462	288 285						
Brandenburg	715 500	732 935	759 775	251 154	253 028	237 903						
Sachsen-Anhalt	745 440	763 089	784 221	263 266	268 293	260 465						
Thüringen	728 922	741 343	770 808	207 725	210 693	201 157						
Sachsen	1 368 537	1 395 025	1 421 235	396 687	403 529	405 348						
Deutschland	26 523 982	26 954 686	27 571 147	4 381 040	4 376 767	4 061 343						
davon: Westdeutschland	21 411 589	21 730 394	22 182 502	2 781 346	2 753 052	2 498 391						
Ostdeutschland	5 112 393	5 224 292	5 388 645	1 599 694	1 623 715	1 562 952						

Bundesland	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Veränderung gegenüber Vorjahr						Arbeitslose Veränderung gegenüber Vorjahr					
	2004		2003		2002		2004		2003		2002	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Schleswig-Holstein	- 13 951	- 1,8	- 20 555	- 2,5	- 5 168	- 0,6	+ 1 703	+ 1,3	+ 14 529	+11,9	+ 5 436	+ 4,7
Hamburg	- 10 983	- 1,5	- 18 547	- 2,4	- 6 182	- 0,8	- 2 063	- 2,4	+ 8 887	+11,5	+ 6 833	+ 9,7
Mecklenburg-Vorpommern	- 14 744	- 2,8	- 22 354	- 4,1	- 16 967	- 3,0	+ 1 206	+ 0,7	+ 11 916	+ 7,0	+ 1 817	+ 1,1
Niedersachsen	- 35 388	- 1,5	- 35 475	- 1,5	- 8 481	- 0,4	+ 5 465	+ 1,5	+ 17 428	+ 4,9	+ 11 378	+ 3,3
Bremen	- 7 092	- 2,5	- 4 127	- 1,4	- 1 846	- 0,6	- 8 653	-17,0	+ 2 458	+ 5,1	+ 843	+ 1,8
Nordrhein-Westfalen	-104 573	- 1,8	- 153 754	- 2,6	- 39 768	- 0,7	+ 18 363	+ 2,1	+ 67 590	+ 8,3	+ 46 112	+ 6,0
Hessen	- 38 152	- 1,8	- 41 746	- 1,9	- 10 746	- 0,5	+ 8 648	+ 3,6	+ 28 392	+13,3	+ 13 079	+ 6,5
Rheinland-Pfalz	- 11 522	- 1,0	- 20 701	- 1,7	+ 1 524	+ 0,1	+ 501	+ 0,3	+ 10 902	+ 7,6	+ 8 867	+ 6,6
Saarland	- 3 564	- 1,0	- 5 209	- 1,5	- 3 819	- 1,1	- 1 773	- 3,7	+ 2 287	+ 5,0	+ 513	+ 1,1
Baden-Württemberg	- 48 778	- 1,3	- 64 667	- 1,7	+ 498	+ 0,0	+ 3 744	+ 1,1	+ 41 535	+14,1	+ 30 704	+11,6
Bayern	- 44 802	- 1,0	- 87 327	- 2,0	- 10 387	- 0,2	+ 2 360	+ 0,5	+ 60 653	+15,7	+ 54 126	+16,3
Berlin	- 23 162	- 2,2	- 38 352	- 3,5	- 21 938	- 1,9	- 8 515	- 2,8	+ 18 177	+ 6,3	+ 15 955	+ 5,9
Brandenburg	- 17 435	- 2,4	- 26 840	- 3,5	- 18 997	- 2,4	- 1 874	- 0,7	+ 15 125	+ 6,4	+ 4 253	+ 1,8
Sachsen-Anhalt	- 17 649	- 2,3	- 21 132	- 2,7	- 24 175	- 3,0	- 5 027	- 1,9	+ 7 827	+ 3,0	- 4 092	- 1,5
Thüringen	- 12 421	- 1,7	- 29 465	- 3,8	- 23 910	- 3,0	- 2 968	- 1,4	+ 9 536	+ 4,7	+ 7 027	+ 3,6
Sachsen	- 26 488	- 1,9	- 26 210	- 1,8	- 55 605	- 3,8	- 6 842	- 1,7	- 1 818	- 0,4	+ 5 927	+ 1,5
Deutschland	-430 704	- 1,6	- 616 461	- 2,2	- 245 967	- 0,9	+ 4 273	+ 0,1	+ 315 424	+ 7,8	+ 208 779	+ 5,4
davon: Westdeutschland	-318 805	- 1,5	- 452 108	- 2,0	- 84 375	- 0,4	+ 28 294	+ 1,0	+ 254 661	+10,2	+ 177 891	+ 7,7
Ostdeutschland	-111 899	- 2,1	- 164 353	- 3,0	- 161 592	- 2,9	- 24 021	- 1,5	+ 60 763	+ 3,9	+ 30 888	+ 2,0

Tabelle III.B.3a

Wirtschaftszweigliche Struktur ¹⁾ der Beschäftigung nach Ländern Ende Juni 2004											
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Anteile in %	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Saarland	West- deutsch- land
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Land- und Forstwirtschaft	1,9	0,4	1,5	0,3	0,8	0,6	1,1	0,7	0,8	0,4	0,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,0	0,5	0,1	0,8	0,4	0,3	0,1	0,3	2,2	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	18,9	14,6	25,8	23,1	25,8	22,5	27,4	35,8	30,6	29,2	27,7
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	2,9	1,0	3,6	3,3	2,2	2,0	3,0	2,3	3,1	2,6	2,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2,2	2,3	1,8	1,3	1,9	1,7	1,8	2,3	2,1	0,7	2,0
Chemische Industrie	1,7	1,1	1,2	0,5	2,1	2,4	5,3	1,7	1,5	0,3	1,9
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1,6	1,1	3,0	2,9	6,2	3,1	4,0	5,0	2,8	8,1	4,2
Maschinenbau	3,4	1,9	2,6	1,9	3,9	2,7	3,2	7,1	4,8	4,0	4,2
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	2,9	1,9	2,7	2,9	3,1	3,7	1,9	6,8	6,0	2,4	4,2
Fahrzeugbau	1,6	3,4	6,1	9,0	1,7	3,2	2,3	5,3	4,4	7,1	3,8
Energie- und Wasserversorgung	1,3	0,8	0,9	0,5	1,1	0,8	0,9	0,7	0,8	1,2	0,9
Baugewerbe	6,6	3,9	6,7	4,7	5,4	4,9	6,6	5,4	6,2	5,6	5,7
davon: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	3,0	1,4	3,4	1,7	2,5	2,2	3,2	2,4	3,0	2,8	2,7
Bauinstall./sonst. Baugewerbe, Verm. v. Bauschmaschinen	3,5	2,5	3,4	3,0	2,9	2,7	3,4	3,0	3,2	2,8	3,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	18,2	17,5	15,8	14,8	16,0	14,9	14,9	13,8	14,9	15,3	15,3
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	2,8	2,0	2,7	2,0	2,3	2,4	3,1	2,2	2,5	2,6	2,4
Handelsvermittlung, Großhandel	5,7	7,8	4,6	5,8	6,0	5,4	4,3	5,1	4,7	4,1	5,3
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	9,7	7,7	8,5	6,9	7,7	7,1	7,6	6,5	7,7	8,6	7,6
Gastgewerbe	3,9	3,1	2,7	2,5	2,3	2,8	3,0	2,5	3,2	2,0	2,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5,7	9,5	5,1	11,0	5,4	7,5	4,6	4,2	4,7	4,2	5,4
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,3	6,7	3,5	3,5	3,9	6,6	3,3	3,8	4,3	3,7	4,2
Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermietung usw.	10,1	19,9	10,0	13,4	12,5	15,1	8,9	10,6	10,9	11,2	11,8
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleist.	8,8	17,9	9,2	12,3	11,4	13,6	8,2	9,8	10,0	10,5	10,8
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen	8,3	4,7	6,9	4,2	5,6	6,3	7,9	5,4	5,4	5,6	5,9
Erziehung und Unterricht	2,6	3,3	3,5	3,9	3,5	2,7	3,5	2,9	2,9	3,1	3,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	14,1	9,4	12,9	11,5	12,1	10,8	12,6	10,5	11,0	12,6	11,6
davon: Gesundheitswesen, Veterinärwesen	8,3	6,2	8,0	7,4	7,6	7,0	8,2	6,9	7,1	8,3	7,4
Sozialwesen	5,8	3,2	4,9	4,1	4,5	3,7	4,4	3,6	3,8	4,3	4,2
Sonstige Dienstleistungen, Private Haushalte	4,9	6,1	4,0	6,6	4,8	4,4	5,0	3,5	4,0	3,5	4,4
alle nicht Zugeordneten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Land- u. Forstwirtschaft	2,0	0,4	2,0	0,4	1,6	1,0	1,4	0,8	1,0	2,6	1,3
Produzierende Gewerbe (mit Bau)	26,8	19,3	33,5	28,3	32,3	28,1	34,9	42,0	37,6	36,0	34,3
Dienstleistungsgewerbe	71,2	80,3	64,6	71,3	66,1	70,9	63,6	57,1	61,3	61,3	64,4

¹⁾ Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.

Tabelle III.B.3b

Wirtschaftszweigliche Struktur ¹⁾ der Beschäftigung nach Ländern Ende Juni 2004									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Anteile in %	Berlin	Branden- burg	Mecklen- burg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Ost- deutsch- land	West- deutsch- land	Deutsch- land
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land- und Forstwirtschaft	0,5	3,8	4,1	2,3	3,2	2,9	2,5	0,9	1,2
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,9	0,1	0,3	0,9	0,4	0,4	0,4	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	11,6	14,4	12,1	20,3	16,6	23,5	16,8	27,7	25,6
darunter: Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	1,4	2,3	3,1	2,6	3,0	2,9	2,5	2,6	2,6
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1,5	0,8	0,8	1,2	0,8	1,2	1,1	2,0	1,8
Chemische Industrie	1,2	0,8	0,1	0,7	1,7	0,8	0,9	1,9	1,7
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	1,2	3,1	1,9	3,8	3,9	4,4	3,1	4,2	4,0
Maschinenbau	1,0	1,4	1,2	2,8	1,7	2,6	1,9	4,2	3,8
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Optik	3,6	1,4	1,3	3,1	1,4	4,0	2,6	4,2	3,9
Fahrzeugbau	0,7	1,1	1,3	1,9	0,7	1,6	1,3	3,8	3,3
Energie- und Wasserversorgung	1,0	1,3	1,4	1,1	1,0	0,9	1,1	0,9	0,9
Baugewerbe	5,2	9,6	8,5	8,6	9,4	8,9	8,2	5,7	6,2
davon: Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau	2,1	5,2	4,3	4,5	5,3	4,4	4,2	2,7	3,0
Bauinstall./sonst. Baugewerbe, Verm. v. Bauschmaschinen	3,1	4,4	4,3	4,2	4,1	4,4	4,0	3,1	3,2
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	12,3	14,1	13,3	13,1	13,3	12,8	13,1	15,3	14,9
davon: Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur, Tankstellen	1,8	2,8	2,6	2,8	2,7	2,7	2,6	2,4	2,5
Handelsvermittlung, Großhandel	2,9	3,5	3,0	3,2	3,1	3,1	3,1	5,3	4,9
Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern	7,6	7,8	7,6	7,1	7,5	7,0	7,4	7,6	7,5
Gastgewerbe	4,2	3,0	5,6	2,8	2,5	2,5	3,3	2,7	2,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6,5	7,2	6,1	5,7	6,6	5,7	6,2	5,4	5,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3,4	1,8	2,0	2,3	1,8	2,0	2,3	4,2	3,9
Grundstücks-, Wohnungswesen, Vermietung usw.	18,9	10,0	10,5	11,4	10,1	10,0	12,2	11,8	11,9
darunter: Datenverarb., -banken, Forschung, Entwicklung, Beratung und Dienstleist.	15,9	8,7	8,9	9,9	8,9	8,8	10,6	10,8	10,7
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung und Exterritorial- Organisationen	9,2	10,4	9,9	7,3	10,3	7,6	8,8	5,9	6,5
Erziehung und Unterricht	5,4	5,9	7,8	7,7	7,4	6,6	6,8	3,2	3,9
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	13,7	12,0	12,8	11,0	11,8	11,3	12,0	11,6	11,7
davon: Gesundheitswesen, Veterinärwesen	8,1	7,2	8,0	6,8	7,7	7,0	7,4	7,4	7,4
Sozialwesen	5,6	4,8	4,8	4,2	4,1	4,3	4,6	4,2	4,3
Sonstige Dienstleistungen, Private Haushalte	8,1	5,7	5,8	6,0	5,2	4,9	6,1	4,4	4,7
alle nicht Zugeordneten	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Land- u. Forstwirtschaft	0,5	4,7	4,2	2,6	4,1	3,3	2,9	1,3	1,6
Produzierende Gewerbe (mit Bau)	17,8	25,3	22,0	30,1	27,0	33,3	26,1	34,3	32,7
Dienstleistungsgewerbe	81,6	70,0	73,8	67,4	68,9	63,4	70,9	64,4	65,7

¹⁾ Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2003.

Tabelle III.B.4

Arbeitslosenquoten nach Ländern sowie die jeweils kleinste und größte Quote eines Arbeitsagenturbezirks						
Land	Arbeitslosenquoten ¹⁾					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6
Schleswig-Holstein	9,4	8,5	8,4	8,7	9,7	9,8
kleinste Quote	7,3	6,6	6,7	7,0	7,7	7,9
größte Quote	11,5	10,8	10,5	10,6	11,6	11,7
Hamburg	10,4	8,9	8,3	9,0	9,9	9,7
Niedersachsen	10,3	9,3	9,1	9,2	9,6	9,6
kleinste Quote	7,8	6,6	6,5	6,2	6,6	6,6
größte Quote	11,9	10,8	10,8	11,3	11,9	11,8
Bremen	14,3	13,0	12,4	12,5	13,2	13,3
Nordrhein-Westfalen	10,2	9,2	8,8	9,2	10,0	10,2
kleinste Quote	7,5	6,5	6,2	6,6	7,3	7,2
größte Quote	15,7	14,3	13,9	14,5	15,4	16,4
Hessen	8,3	7,3	6,6	7,0	7,9	8,2
kleinste Quote	7,2	6,1	5,4	5,8	7,0	7,2
größte Quote	12,1	11,1	10,3	10,2	10,4	10,5
Rheinland-Pfalz	8,2	7,3	6,8	7,2	7,7	7,7
kleinste Quote	7,7	6,5	6,0	6,2	6,7	6,4
größte Quote	11,3	10,2	9,3	9,4	10,9	11,1
Saarland	10,8	9,8	9,0	9,1	9,5	9,2
kleinste Quote	10,0	9,1	8,0	7,5	7,9	7,6
größte Quote	12,6	11,6	10,7	10,8	11,3	10,6
Baden-Württemberg	6,5	5,4	4,9	5,4	6,1	6,2
kleinste Quote	5,4	4,4	3,9	4,3	4,9	4,8
größte Quote	9,8	8,7	8,1	8,3	8,9	8,9
Bayern	6,4	5,5	5,3	6,0	6,9	6,9
kleinste Quote	3,5	2,8	2,7	3,5	4,3	4,2
größte Quote	9,8	9,1	9,5	10,8	11,8	11,1
Mecklenburg-Vorpommern	18,2	17,8	18,3	18,6	20,1	20,5
kleinste Quote	16,3	15,6	14,9	14,5	15,6	15,5
größte Quote	20,5	20,9	22,3	23,1	24,5	25,1
Berlin	15,9	15,8	16,1	16,9	18,1	17,6
Brandenburg	17,4	17,0	17,4	17,5	18,8	18,7
kleinste Quote	14,1	13,8	13,6	13,8	14,6	14,2
größte Quote	20,1	19,6	19,9	19,9	21,4	21,8
Sachsen-Anhalt	20,3	20,2	19,7	19,6	20,5	20,3
kleinste Quote	18,9	18,4	17,7	17,5	18,6	18,2
größte Quote	22,8	22,5	22,1	23,0	24,6	25,0
Thüringen	15,4	15,4	15,3	15,9	16,7	16,7
kleinste Quote	13,8	13,4	13,0	13,7	14,3	14,3
größte Quote	19,6	20,4	20,5	21,6	21,9	21,7
Sachsen	17,2	17,0	17,5	17,8	17,9	17,8
kleinste Quote	14,8	14,5	14,6	14,5	14,3	14,1
größte Quote	19,9	20,0	20,8	21,4	21,5	21,4
Deutschland	10,5	9,6	9,4	9,8	10,5	10,5
Westdeutschland	8,6	7,6	7,2	7,6	8,4	8,5
Ostdeutschland	17,3	17,1	17,3	17,7	18,5	18,4

¹⁾ Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhängige zivile Erwerbspersonen plus Selbstständige und mithelfende Familienangehörige).

Tabelle III.B.5

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach Ländern						
Land	Dauer der Arbeitslosigkeit in Wochen					
	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6
Schleswig-Holstein	35,0	35,9	34,4	34,3	34,0	35,3
Hamburg	38,9	40,0	37,1	35,0	33,3	34,9
Niedersachsen	39,4	40,9	39,7	38,4	39,3	36,9
Bremen	46,1	44,6	44,7	44,3	44,1	43,9
Nordrhein-Westfalen	43,0	45,0	44,3	43,4	41,6	40,1
Hessen	38,7	40,3	39,4	37,7	35,0	36,0
Rheinland-Pfalz	34,9	36,6	35,0	33,3	34,4	32,7
Saarland	44,1	46,0	47,4	41,6	42,0	40,0
Baden-Württemberg	34,9	35,4	33,9	32,0	32,3	31,9
Bayern	30,1	30,9	28,1	27,3	29,4	29,7
Mecklenburg-Vorpommern	39,9	42,9	42,4	42,1	41,9	46,1
Berlin	34,3	39,1	39,0	40,4	41,0	46,7
Brandenburg	35,4	36,7	37,3	36,9	38,1	42,6
Sachsen-Anhalt	35,4	38,1	38,6	40,4	41,0	42,6
Thüringen	37,3	41,3	42,0	41,3	41,4	45,3
Sachsen	32,7	34,4	34,9	35,6	36,6	40,0
Deutschland	37,1	39,0	38,3	37,6	37,6	38,1
Westdeutschland	37,7	39,0	37,7	36,4	36,1	35,4
Ostdeutschland	35,9	38,9	39,1	39,7	40,3	43,9

Tabelle III.B.6

Stellenangebot nach Ländern								
Land	Offene Stellen							
	Zugang			Bestand			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾	
	2004	Veränderung in %		2004	Veränderung in %			
	absolut	2004/03	2003/02	absolut	2004/03	2003/02	2004	2003
	1	2	3	4	5	6	7	8
Schleswig-Holstein	69 465	- 13,0	- 14,1	8 897	- 17,4	- 25,1	44,0	53,5
Hamburg	56 826	+ 7,0	- 6,8	8 882	+ 16,4	- 22,3	49,3	62,0
Niedersachsen	214 272	- 13,3	- 14,5	25 309	- 26,5	- 20,4	45,2	54,2
Bremen	22 167	- 10,9	- 20,3	2 815	- 17,5	- 32,2	48,5	60,6
Nordrhein-Westfalen	409 464	- 9,4	- 9,6	54 345	- 16,9	- 27,2	47,7	63,7
Hessen	144 803	- 11,5	- 15,7	22 339	- 14,0	- 17,3	53,5	68,0
Rheinland-Pfalz	137 174	- 6,0	- 4,4	21 679	- 20,6	- 12,3	51,3	67,3
Saarland	22 499	- 16,5	- 13,5	2 912	- 41,2	- 20,7	49,5	72,5
Baden-Württemberg	266 323	- 4,6	- 9,1	40 594	- 17,2	- 26,8	56,9	75,3
Bayern	291 594	- 12,7	- 13,8	44 049	- 22,5	- 24,8	57,6	74,5
Mecklenburg-Vorpommern	51 973	- 35,1	+ 1,0	5 671	- 24,2	- 11,3	35,7	41,1
Berlin	93 973	- 15,0	+ 3,5	6 801	- 26,8	+ 11,6	33,0	37,1
Brandenburg	75 366	- 21,3	- 10,2	8 581	- 6,0	+ 5,7	31,2	33,8
Sachsen-Anhalt	68 513	- 30,4	- 16,6	6 569	- 32,9	- 24,5	34,8	41,5
Thüringen	69 423	- 19,5	- 23,2	7 379	- 27,0	- 25,8	37,5	49,0
Sachsen	118 464	- 28,6	- 22,8	11 565	- 32,2	- 23,0	36,7	42,2
Bundesrepublik Deutschland	2 136 180	- 13,4	- 11,8	285 605	- 19,5	- 21,5	47,7	59,1
Westdeutschland	1 658 468	- 9,4	- 11,1	239 039	- 18,1	- 22,7	52,4	67,0
Ostdeutschland	477 712	- 25,0	- 13,7	46 566	- 25,9	- 15,2	34,9	40,9

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.B.7

Kurzarbeiter nach Ländern					
Bundesland	Bestand an Kurzarbeitern				
	2004	Veränderung in %			
		2004/03	2003/02	2002/01	2001/00
	1	2	3	4	5
Schleswig-Holstein	5 256	+ 10,9	- 8,1	+ 10,3	+ 45,2
Hamburg	1 657	- 18,4	+ 9,6	+ 49,0	+ 38,9
Niedersachsen	11 637	- 16,5	- 4,1	+ 39,5	+ 35,0
Bremen	1 540	- 6,8	+ 38,5	+ 12,4	+ 49,9
Nordrhein-Westfalen	40 429	- 14,4	+ 3,7	+ 56,8	+ 31,2
Hessen	9 646	- 45,4	+ 15,4	+ 95,6	+ 51,7
Rheinland-Pfalz	6 844	- 25,4	+ 16,1	+ 139,6	+ 34,8
Saarland	2 331	- 6,6	- 1,4	+ 12,1	+ 23,4
Baden-Württemberg	24 180	- 30,2	- 1,9	+ 96,0	+ 122,6
Bayern	18 089	- 33,0	- 17,9	+ 103,8	+ 125,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 236	- 23,9	+ 36,7	+ 1,5	- 5,4
Berlin	3 505	- 21,8	- 15,8	+ 47,9	- 12,6
Brandenburg	4 827	- 14,9	+ 17,2	+ 18,6	- 5,4
Sachsen-Anhalt	3 739	- 18,9	- 20,1	+ 36,6	- 1,6
Thüringen	5 193	- 20,4	- 5,9	+ 26,9	+ 41,0
Sachsen	9 485	- 10,9	- 45,8	+ 106,2	+ 20,7
Deutschland	150 593	- 22,9	- 5,5	+ 68,2	+ 42,9
Westdeutschland	121 610	- 24,2	- 1,0	+ 72,6	+ 58,4
Ostdeutschland	28 984	- 16,9	- 21,9	+ 53,9	+ 8,5

Tabelle III.C.1a

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen; Deutschland								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2004	Veränderung in %			2004	Veränderung in %		
		2004/03	2003/02	2002/01		2004/03	2003/02	2002/01
	1	2	3	4	5	6	7	8
Alle Berufsbereiche	26 523 982	- 1,6	- 2,2	- 0,9	4 381 040	+ 0,1	+ 7,8	+ 5,4
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe davon:	399 289	- 1,8	- 4,3	- 2,6	155 638	+ 0,3	+ 8,1	+ 2,8
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	368 252	- 1,7	+ 3,1	- 0,1	9 664	- 2,9	+ 1,1	- 5,3
Forst- und Jagdberufe	31 037	- 2,6	- 6,4	- 4,7	5 669	- 8,2	+ 2,2	- 0,5
Bergleute, Mineralgewinner	37 981	- 4,0	- 5,9	- 7,2	3 589	- 17,2	- 19,2	- 22,7
Fertigungsberufe davon:	7 290 477	- 2,2	- 4,1	- 3,9	1 545 850	- 1,0	+ 6,5	+ 6,8
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	44 718	- 1,8	- 7,7	- 6,3	7 373	- 7,9	+ 6,1	+ 6,7
Keramiker, Glasmacher	51 990	- 4,5	- 5,7	- 5,8	6 995	- 5,9	+ 0,8	- 0,5
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	417 222	- 1,6	- 2,2	- 2,1	40 954	- 1,6	+ 1,8	+ 0,0
Papierhersteller, -verarbeiter	103 093	- 2,7	- 4,9	- 3,7	10 525	- 2,5	+ 6,5	+ 0,3
Drucker	123 984	- 5,8	- 7,3	- 4,5	25 489	+ 0,1	+ 22,8	+ 17,1
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	51 159	- 4,5	- 7,0	- 6,9	13 398	+ 10,2	+ 5,4	+ 3,7
Metallerzeuger, -bearbeiter	513 562	- 1,5	- 3,8	- 3,4	66 237	- 4,1	+ 5,0	+ 5,9
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	1 786 112	- 1,6	- 2,8	- 2,6	233 724	- 1,2	+ 8,9	+ 10,0
Elektriker	645 694	- 2,2	- 3,9	- 3,1	90 920	+ 0,6	+ 15,7	+ 17,4
Montierer und Metallhilfsarbeiter	468 298	- 1,4	- 3,5	- 5,8	116 314	- 0,9	+ 5,6	+ 12,6
Textil- und Bekleidungsberufe	103 962	- 8,3	- 9,4	- 9,3	46 478	- 8,8	- 2,4	- 2,4
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	29 387	- 6,2	- 7,7	- 4,5	8 176	+ 1,9	- 3,5	- 9,3
Ernährungsberufe	705 750	- 1,6	- 3,1	+ 0,0	178 594	+ 4,5	+ 10,6	+ 4,3
Bauberufe	667 978	- 6,5	- 7,5	- 8,9	277 299	- 1,7	+ 2,7	+ 3,6
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	155 714	- 6,4	- 8,4	- 7,6	68 517	- 4,2	+ 7,9	+ 10,1
Tischler, Modellbauer	210 767	- 4,8	- 8,2	- 7,3	67 845	- 4,1	+ 10,1	+ 15,5
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	228 694	- 4,6	- 6,5	- 5,8	90 490	+ 2,6	+ 9,5	+ 12,6
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	366 730	- 2,3	- 3,1	- 2,2	139 922	- 1,0	+ 4,1	+ 3,1
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	439 814	+ 8,6	+ 0,1	- 2,2	22 907	- 0,5	- 0,5	+ 13,3
Maschinisten und zugehörige Berufe	175 849	- 2,5	- 3,4	- 3,6	33 692	- 5,7	- 1,6	- 4,6
Technische Berufe davon:	1 848 798	- 1,8	- 2,2	- 0,8	158 879	- 4,2	+ 6,6	+ 1,5
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	711 503	- 1,1	- 1,3	- 0,1	73 965	- 6,6	+ 6,1	+ 0,9
Techniker	876 049	- 2,2	- 2,6	- 1,0	49 813	- 2,8	+ 7,4	+ 1,8
Technische Sonderfachkräfte	261 246	- 2,6	- 3,3	- 2,1	35 101	- 0,8	+ 6,8	+ 2,3
Dienstleistungsberufe davon:	16 661 439	- 1,4	- 1,5	+ 0,6	2 485 900	+ 1,7	+ 10,1	+ 5,8
Warenkaufleute	2 079 434	- 1,9	- 2,9	- 0,4	423 545	+ 1,4	+ 10,0	+ 6,5
Dienstleistungskaufleute	1 120 989	- 2,1	- 2,4	+ 0,2	75 825	+ 1,9	+ 16,7	+ 16,7
Verkehrsberufe	1 122 644	- 1,6	- 2,2	- 1,4	172 510	- 0,2	+ 8,6	+ 7,4
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	811 080	- 1,4	- 2,6	- 2,2	231 948	+ 1,5	+ 9,4	+ 6,6
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	5 737 595	- 1,3	- 1,7	+ 0,4	655 792	- 1,6	+ 10,4	+ 6,9
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	432 224	- 1,8	+ 0,4	+ 2,4	192 096	+ 5,6	+ 11,7	+ 6,5
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	111 396	- 1,0	- 2,7	+ 0,4	14 473	- 6,6	+ 11,3	+ 16,2
Künstler und zugeordnete Berufe	147 369	- 2,0	- 3,0	- 0,6	43 431	- 10,7	+ 16,1	+ 18,8
Gesundheitsdienstberufe	1 940 443	+ 0,2	+ 1,2	+ 2,6	110 057	+ 12,3	+ 7,0	- 4,7
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	1 624 256	- 0,4	+ 0,9	+ 2,6	192 407	+ 5,3	+ 8,2	+ 0,1
Körperpfleger	170 955	- 1,6	- 2,4	+ 1,0	26 063	+ 4,2	+ 18,3	+ 13,5
Gästebetreuer	387 127	- 2,7	- 2,7	+ 1,7	89 153	+ 0,2	+ 10,7	+ 8,3
Hauswirtschaftliche Berufe	196 999	- 0,8	- 2,7	- 1,5	62 297	+ 3,6	+ 9,0	+ 3,6
Reinigungsberufe	778 928	- 5,1	- 2,4	+ 1,5	196 302	+ 7,2	+ 8,8	+ 1,4
Sonstige Berufe	285 998	+ 4,9	+ 5,5	+ 3,2	31 162	- 32,8	- 35,0	- 14,6

Tabelle III.C.1b

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen; Westdeutschland								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2004	Veränderung in %			2004	Veränderung in %		
		2004/03	2003/02	2002/01		2004/03	2003/02	2002/01
	1	2	3	4	5	6	7	8
Alle Berufsbereiche	21 411 589	- 1,5	- 2,0	- 0,4	2 781 346	+ 1,0	+ 10,2	+ 7,7
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe davon:	261 800	- 0,9	- 3,3	- 0,5	72 832	+ 1,7	+ 10,4	+ 4,6
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	241 929	- 0,8	+ 2,7	+ 0,0	1 913	- 6,7	- 3,2	- 6,9
Forst- und Jagdberufe	19 871	- 2,4	- 5,1	- 3,9	2 517	- 6,4	+ 1,4	+ 3,0
Bergleute, Mineralgewinner	35 167	- 4,1	- 6,2	- 7,5	2 792	- 17,6	- 21,2	- 23,4
Fertigungsberufe davon:	5 942 734	- 2,0	- 3,9	- 3,3	973 214	+ 0,0	+ 9,2	+ 9,4
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	35 248	- 2,2	- 7,4	- 5,4	4 790	- 8,0	+ 8,6	+ 8,5
Keramiker, Glasmacher	42 642	- 4,9	- 5,9	- 6,7	4 521	- 4,8	+ 1,4	+ 0,5
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	370 458	- 1,8	- 2,6	- 2,5	32 339	- 0,2	+ 3,8	+ 2,0
Papierhersteller, -verarbeiter	92 374	- 2,9	- 5,1	- 3,9	7 843	- 2,0	+ 8,5	+ 2,8
Drucker	110 315	- 6,0	- 7,6	- 4,6	20 058	+ 0,0	+ 24,0	+ 19,0
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	42 404	- 4,8	- 7,5	- 7,1	8 624	+ 11,1	+ 7,1	+ 6,1
Metallerzeuger, -bearbeiter	438 186	- 1,8	- 4,0	- 3,8	47 773	- 3,4	+ 6,3	+ 7,5
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	1 467 859	- 1,3	- 2,5	- 1,9	145 489	+ 0,1	+ 13,0	+ 14,2
Elektriker	518 183	- 1,8	- 3,5	- 2,4	58 429	+ 2,3	+ 20,1	+ 21,9
Montierer und Metallhilfsarbeiter	420 281	- 1,5	- 3,6	- 6,0	98 048	- 0,8	+ 5,9	+ 14,6
Textil- und Bekleidungsberufe	84 210	- 8,4	- 10,0	- 9,3	27 278	- 9,5	- 1,4	- 1,5
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	23 854	- 6,7	- 8,6	- 4,7	4 793	+ 10,2	+ 1,9	- 10,0
Ernährungsberufe	557 084	- 1,6	- 3,1	+ 0,4	108 000	+ 6,9	+ 15,2	+ 7,3
Bauberufe	481 523	- 5,5	- 7,0	- 6,8	127 717	- 0,8	+ 5,7	+ 5,2
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	120 343	- 5,6	- 8,1	- 6,2	35 849	- 3,7	+ 13,3	+ 15,9
Tischler, Modellbauer	170 870	- 4,8	- 8,0	- 6,3	42 455	- 4,6	+ 12,6	+ 18,1
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	181 601	- 4,1	- 5,9	- 4,2	53 105	+ 4,1	+ 13,2	+ 15,2
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	319 488	- 2,5	- 3,5	- 2,5	116 127	- 0,6	+ 4,3	+ 3,5
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	331 121	+ 8,1	+ 0,4	- 0,9	14 740	+ 0,1	+ 2,9	+ 13,7
Maschinisten und zugehörige Berufe	134 690	- 2,2	- 3,4	- 2,7	15 236	- 3,4	+ 3,8	- 3,5
Technische Berufe davon:	1 559 389	- 1,6	- 1,9	- 0,4	97 562	- 2,6	+ 10,4	+ 4,1
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	596 356	- 0,7	- 0,7	+ 0,6	41 058	- 4,7	+ 11,3	+ 6,1
Techniker	735 240	- 2,2	- 2,5	- 0,8	34 669	- 2,2	+ 9,3	+ 1,3
Technische Sonderfachkräfte	227 793	- 2,5	- 3,2	- 1,9	21 835	+ 0,9	+ 10,3	+ 5,1
Dienstleistungsberufe davon:	13 414 298	- 1,3	- 1,3	+ 1,0	1 614 254	+ 2,6	+ 12,3	+ 8,0
Warenkaufleute	1 683 406	- 1,8	- 2,9	+ 0,0	263 292	+ 1,6	+ 12,1	+ 8,2
Dienstleistungskaufleute	974 136	- 2,0	- 2,1	+ 0,5	54 088	+ 2,6	+ 19,5	+ 20,2
Verkehrsberufe	856 893	- 1,4	- 2,2	- 1,1	111 730	+ 1,7	+ 13,0	+ 12,3
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	695 116	- 1,1	- 2,5	- 2,0	171 450	+ 2,6	+ 11,0	+ 9,2
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	4 674 723	- 1,1	- 1,5	+ 0,8	428 818	- 1,0	+ 13,3	+ 10,7
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	322 030	- 2,0	+ 1,0	+ 3,1	111 092	+ 5,4	+ 10,7	+ 5,1
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	86 321	- 1,2	- 2,6	+ 0,8	9 339	- 9,2	+ 12,9	+ 20,8
Künstler und zugeordnete Berufe	115 404	- 2,0	- 3,5	- 0,6	27 478	- 11,4	+ 17,7	+ 22,3
Gesundheitsdienstberufe	1 549 240	+ 0,2	+ 1,2	+ 2,7	81 181	+ 13,0	+ 8,8	- 5,0
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	1 219 355	+ 0,3	+ 2,1	+ 3,5	126 956	+ 7,1	+ 8,8	+ 0,9
Körperpfleger	125 390	- 2,0	- 2,7	+ 1,4	18 175	+ 4,7	+ 21,2	+ 14,8
Gästabetreuer	305 151	- 3,7	- 2,9	+ 2,1	53 996	+ 0,6	+ 13,5	+ 9,7
Hauswirtschaftliche Berufe	167 363	- 1,3	- 2,8	- 1,7	35 066	+ 3,4	+ 8,2	+ 2,3
Reinigungsberufe	639 770	- 5,3	- 2,1	+ 2,2	121 592	+ 10,7	+ 12,2	+ 3,5
Sonstige Berufe	198 201	+ 6,7	+ 8,2	+ 8,0	20 677	- 33,0	- 32,8	- 13,9

Tabelle III.C.1c

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitslose nach Berufen; Ostdeutschland								
Berufsbereich/-abschnitt	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni				Arbeitslose			
	2004	Veränderung in %			2004	Veränderung in %		
		2004/03	2003/02	2002/01		2004/03	2003/02	2002/01
	1	2	3	4	5	6	7	8
Alle Berufsbereiche	5 112 393	- 2,1	- 3,0	- 2,9	1 599 694	- 1,5	+ 3,9	+ 2,0
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe davon:	137 489	- 3,4	- 6,2	- 6,0	82 805	- 0,9	+ 6,2	+ 1,3
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	126 323	- 3,5	+ 3,6	- 0,3	7 751	- 1,9	+ 2,3	- 4,8
Forst- und Jagdberufe	11 166	- 2,8	- 8,8	- 6,0	3 152	- 9,6	+ 2,8	- 3,1
Bergleute, Mineralgewinner	2 814	- 3,3	- 2,5	- 3,2	797	- 15,6	- 10,9	- 19,8
Fertigungsberufe davon:	1 347 743	- 2,8	- 4,7	- 6,5	572 636	- 2,6	+ 2,2	+ 3,2
Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	9 470	- 0,4	- 8,5	- 9,5	2 583	- 7,7	+ 1,8	+ 3,8
Keramiker, Glasmacher	9 348	- 3,0	- 5,0	- 1,5	2 474	- 7,9	- 0,1	- 2,1
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	46 764	- 0,2	+ 1,0	+ 0,8	8 615	- 6,4	- 4,4	- 5,8
Papierhersteller, -verarbeiter	10 719	- 0,1	- 3,5	- 1,8	2 682	- 3,9	+ 0,9	- 6,0
Drucker	13 669	- 4,0	- 5,0	- 3,9	5 431	+ 0,6	+ 18,4	+ 10,8
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	8 755	- 3,2	- 4,4	- 5,9	4 773	+ 8,7	+ 2,4	- 0,1
Metallerzeuger, -bearbeiter	75 376	+ 0,1	- 2,6	- 0,7	18 465	- 5,8	+ 1,8	+ 2,3
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	318 253	- 2,7	- 4,1	- 5,3	88 235	- 3,4	+ 2,8	+ 4,4
Elektriker	127 511	- 3,6	- 5,5	- 5,7	32 492	- 2,2	+ 9,0	+ 11,0
Montierer und Metallhilfsarbeiter	48 017	+ 0,2	- 2,4	- 3,8	18 266	- 1,3	+ 3,7	+ 3,0
Textil- und Bekleidungsberufe	19 752	- 7,9	- 6,9	- 9,1	19 201	- 7,7	- 3,9	- 3,7
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	5 533	- 3,8	- 3,2	- 3,1	3 383	- 7,8	- 9,2	- 8,6
Ernährungsberufe	148 666	- 1,7	- 3,1	- 1,7	70 594	+ 0,9	+ 4,7	+ 0,6
Bauberufe	186 455	- 9,0	- 8,8	- 13,7	149 583	- 2,4	+ 0,4	+ 2,4
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	35 371	- 8,8	- 9,5	- 11,7	32 669	- 4,7	+ 2,5	+ 5,0
Tischler, Modellbauer	39 897	- 4,9	- 9,1	- 11,3	25 390	- 3,4	+ 6,1	+ 11,7
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	47 093	- 6,7	- 8,6	- 10,9	37 384	+ 0,6	+ 4,8	+ 9,4
Warenprüfer, Versandfertigtmacher	47 242	- 0,9	- 0,1	+ 0,0	23 794	- 2,7	+ 3,3	+ 1,5
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	108 693	+ 9,9	- 0,8	- 6,1	8 167	- 1,6	- 6,1	+ 12,8
Maschinisten und zugehörige Berufe	41 159	- 3,7	- 3,4	- 6,4	18 456	- 7,4	- 5,5	- 5,4
Technische Berufe davon:	289 409	- 2,9	- 3,6	- 2,8	61 317	- 6,6	+ 1,4	- 2,1
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	115 147	- 3,2	- 4,3	- 3,6	32 907	- 8,9	+ 0,4	- 4,2
Techniker	140 809	- 2,4	- 2,9	- 1,9	15 144	- 4,2	+ 3,5	+ 2,8
Technische Sonderfachkräfte	33 453	- 3,8	- 3,6	- 3,1	13 266	- 3,4	+ 1,6	- 1,5
Dienstleistungsberufe davon:	3 247 141	- 1,8	- 2,2	- 1,1	871 646	+ 0,2	+ 6,4	+ 2,3
Warenkaufleute	396 028	- 2,3	- 3,2	- 2,3	160 254	+ 1,1	+ 6,7	+ 4,0
Dienstleistungskaufleute	146 853	- 3,1	- 4,0	- 1,9	21 737	+ 0,2	+ 10,6	+ 9,5
Verkehrsberufe	265 751	- 2,1	- 2,4	- 2,4	60 780	- 3,5	+ 1,9	+ 0,5
Lagerverwalter, Lager- und Transportarbeiter	115 964	- 2,7	- 3,2	- 3,6	60 499	- 1,5	+ 5,2	+ 0,4
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	1 062 872	- 2,0	- 2,6	- 1,6	226 974	- 2,6	+ 5,3	+ 1,0
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	110 194	- 1,1	- 1,3	+ 0,3	81 004	+ 5,9	+ 13,2	+ 8,5
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	25 075	- 0,5	- 2,9	- 1,0	5 134	- 1,2	+ 8,3	+ 8,3
Künstler und zugeordnete Berufe	31 965	- 1,9	- 1,0	- 0,8	15 953	- 9,5	+ 13,4	+ 13,4
Gesundheitsdienstberufe	391 203	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,9	28 876	+ 10,4	+ 2,3	- 4,0
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	404 901	- 2,4	- 2,5	+ 0,2	65 451	+ 2,0	+ 7,0	- 1,3
Körperpfleger	45 565	- 0,5	- 1,5	- 0,1	7 889	+ 3,0	+ 12,2	+ 10,7
Gästebetreuer	81 976	+ 1,4	- 1,7	+ 0,0	35 157	- 0,3	+ 6,7	+ 6,3
Hauswirtschaftliche Berufe	29 636	+ 1,7	- 2,2	- 0,8	27 231	+ 3,8	+ 10,2	+ 5,5
Reinigungsberufe	139 158	- 4,5	- 3,5	- 1,8	74 709	+ 1,9	+ 4,0	- 1,4
Sonstige Berufe	87 797	+ 1,1	+ 0,1	- 4,9	10 485	- 32,4	- 38,9	- 15,9

Tabelle III.C.3a

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Deutschland						
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2004	Veränderung in %		2004	2003	2002
		2004/03	2003/02			
	1	2	3	4	5	6
Alle Berufsbereiche	2 136 180	- 13,4	- 11,8	47,7	59,1	63,9
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	368 828	- 5,0	- 4,4	36,0	45,1	45,4
davon: Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	360 290	- 4,7	- 4,1	36,2	45,3	45,8
Forst- und Jagdberufe	8 538	- 17,2	- 16,2	33,9	42,0	38,2
Bergleute, Mineralgewinner	996	+ 12,2	+ 5,3	34,6	29,0	31,3
Fertigungsberufe	684 547	- 13,3	- 9,4	46,3	55,3	60,8
davon: Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1 683	- 19,6	- 27,9	63,8	51,1	50,7
Keramiker, Glasmacher	1 247	- 12,1	- 23,8	45,6	45,8	49,3
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	11 240	- 19,3	- 16,6	51,0	56,7	50,9
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	8 954	- 12,0	- 8,2	41,8	51,4	63,1
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	2 777	- 18,1	+ 0,4	35,7	36,0	43,8
Metallerzeuger, -bearbeiter	46 456	+ 12,9	+ 1,6	63,3	76,0	87,4
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	122 737	- 12,7	- 6,2	54,8	66,8	77,4
Elektriker	54 383	- 4,2	- 12,2	51,6	70,5	85,8
Montierer und Metallhilfsarbeiter	38 004	- 16,3	+ 0,6	41,3	51,5	47,3
Textil- und Bekleidungsberufe	7 085	- 24,0	- 18,3	41,7	52,6	56,0
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	1 145	- 22,1	- 24,5	64,9	80,8	88,9
Ernährungsberufe	101 802	- 11,9	- 15,3	44,1	57,4	66,6
Bauberufe	93 491	- 27,3	- 14,0	32,6	36,5	36,4
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	31 826	- 7,2	- 7,1	42,0	48,7	51,6
Tischler, Modellbauer	26 280	- 17,1	- 12,7	38,6	43,9	52,0
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	30 880	- 11,5	- 9,7	39,7	51,3	54,4
Warenprüfer, Versandfertigmacher	35 969	- 12,7	- 15,5	39,4	49,6	49,8
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	58 619	- 15,4	+ 5,5	54,4	54,9	50,7
Maschinenisten und zugehörige Berufe	9 969	+ 14,9	- 10,8	33,9	46,2	45,4
Technische Berufe	65 709	- 13,8	- 13,9	63,6	79,5	86,2
davon: Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	32 491	- 13,5	- 11,8	72,1	88,5	95,6
Techniker	23 168	- 12,1	- 9,4	59,4	73,4	80,3
Technische Sonderfachkräfte	10 050	- 18,6	- 26,7	45,3	65,5	72,3
Dienstleistungsberufe	1 015 870	- 16,2	- 15,2	48,8	61,7	66,5
davon: Warenkaufleute	143 090	- 17,0	- 13,0	55,1	65,7	70,1
Dienstleistungskaufleute	102 143	- 0,5	+ 16,2	61,7	72,8	81,8
Verkehrsberufe	148 216	- 16,1	- 14,5	38,4	50,4	53,7
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	204 623	- 21,1	- 22,3	42,6	55,3	63,0
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	44 589	- 13,4	- 4,7	44,9	54,5	58,1
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare, Künstler	13 173	- 8,3	- 26,8	45,7	54,7	58,0
Gesundheitsdienstberufe	68 952	- 20,4	- 25,5	59,1	84,0	84,1
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	98 745	- 24,0	- 16,0	49,3	62,2	64,6
Körperpfleger	21 966	- 1,1	- 3,5	58,0	73,7	89,5
Gästepfleger	75 759	- 8,0	- 9,7	50,9	64,0	76,1
Hauswirtschaftliche Berufe	27 367	- 14,2	- 18,3	43,1	54,4	56,9
Reinigungsberufe	67 247	- 17,9	- 21,8	35,6	47,8	53,1
sonstige Arbeitskräfte	230	+ 1,3	+ 740,7	36,0	69,4	122,0

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.C.3b

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Westdeutschland						
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2004	Veränderung in %		2004	2003	2002
		2004/03	2003/02			
	1	2	3	4	5	6
Alle Berufsbereiche	1 658 468	- 9,4	- 11,1	52,4	67,0	74,8
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	298 491	- 1,1	- 2,9	51,1	64,7	63,2
davon: Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	293 155	- 0,7	- 2,5	50,9	64,8	64,0
Forst- und Jagdberufe	5 336	- 19,0	- 18,6	56,6	61,8	48,5
Bergleute, Mineralgewinner	724	+ 84,7	+ 14,3	43,8	55,7	59,7
Fertigungsberufe	508 569	- 7,7	- 9,0	50,8	63,1	72,2
davon: Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	1 124	- 22,6	- 35,3	79,9	59,1	55,5
Keramiker, Glasmacher	854	- 5,3	- 14,6	42,5	52,6	64,7
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	9 219	- 14,7	- 17,8	53,6	63,1	57,3
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	6 730	- 11,9	- 11,5	42,2	54,7	68,8
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	1 561	- 10,6	- 21,9	37,2	48,3	51,8
Metallerzeuger, -bearbeiter	37 242	+ 23,1	+ 3,2	65,2	82,8	98,4
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	96 747	- 5,7	- 5,6	58,5	73,6	88,2
Elektriker	41 825	+ 0,9	- 13,0	55,5	77,2	96,9
Montierer und Metallhilfsarbeiter	31 849	- 16,0	- 0,7	46,5	57,0	53,0
Textil- und Bekleidungsberufe	4 477	- 14,3	- 22,3	50,0	67,5	72,4
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	882	- 23,4	- 22,4	70,6	84,8	99,8
Ernährungsberufe	85 014	- 10,1	- 14,2	45,8	61,2	72,9
Bauberufe	47 841	- 18,6	- 15,1	36,9	43,9	46,2
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	22 510	+ 3,9	- 2,1	46,7	55,8	63,2
Tischler, Modellbauer	18 583	- 10,4	- 15,0	41,8	49,3	60,7
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	23 562	- 5,2	- 9,3	42,7	56,3	60,7
Warenprüfer, Versandfertigmacher	30 032	- 13,7	- 15,4	41,6	53,0	55,0
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	42 254	- 14,2	+ 7,5	64,8	63,0	65,0
Maschinisten und zugehörige Berufe	6 263	+ 27,0	- 5,9	41,6	52,6	61,6
Technische Berufe	53 646	- 8,5	- 11,5	66,7	87,4	97,1
davon: Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	26 654	- 8,3	- 7,7	76,0	97,4	108,1
Techniker	18 634	- 5,3	- 8,8	62,1	81,4	91,4
Technische Sonderfachkräfte	8 358	- 15,3	- 25,0	47,0	70,3	79,7
Dienstleistungsberufe	796 858	- 13,2	- 14,6	52,2	67,9	75,6
davon: Warenkaufleute	117 391	- 12,9	- 10,5	58,2	71,9	79,6
Dienstleistungskaufleute	82 239	+ 0,5	+ 16,0	64,4	77,7	89,9
Verkehrsberufe	121 271	- 11,8	- 13,5	39,7	54,7	59,9
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	157 506	- 19,2	- 23,3	45,9	60,9	71,5
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	33 779	- 8,9	+ 2,5	50,3	62,1	71,7
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare, Künstler	9 731	+ 0,6	- 32,1	50,1	60,3	67,2
Gesundheitsdienstberufe	54 900	- 18,7	- 25,4	61,6	89,6	91,2
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	64 561	- 22,6	- 17,5	59,1	74,2	78,6
Körperpfleger	17 537	+ 2,4	+ 2,0	60,6	79,0	101,4
Gästepfleger	63 026	- 3,3	- 9,1	53,4	69,4	85,8
Hauswirtschaftliche Berufe	21 503	- 12,4	- 20,0	44,6	58,0	61,1
Reinigungsberufe	53 414	- 17,4	- 19,4	37,0	51,0	60,2
sonstige Arbeitskräfte	180	+ 16,9	+ 670,0	39,4	85,7	176,4

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.C.3c

Stellenzugang und Laufzeit nach Berufen; Ostdeutschland						
Berufsbereich/-abschnitt Beruf	Zugang an offenen Stellen			Durchschnittliche Laufzeit in Tagen ¹⁾		
	2004	Veränderung in %		2004	2003	2002
		2004/03	2003/02			
	1	2	3	4	5	6
Alle Berufsbereiche	477 712	- 25,0	- 13,7	34,9	40,9	38,5
Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	70 337	- 18,6	- 9,4	25,9	32,1	29,2
davon: Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	67 135	- 18,8	- 9,2	26,0	32,1	29,2
Forst- und Jagdberufe	3 202	- 14,0	- 11,6	25,3	31,9	30,3
Bergleute, Mineralgewinner	272	- 45,2	- 0,8	11,5	12,5	11,6
Fertigungsberufe	175 978	- 26,4	- 10,3	34,2	38,8	36,5
davon: Steinbearbeiter, Baustoffhersteller	559	- 12,9	- 2,4	31,5	31,6	34,6
Keramiker, Glasmacher	393	- 23,8	- 35,9	49,4	36,0	31,6
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	2 021	- 35,3	- 12,1	39,9	36,4	30,8
Papierhersteller, -verarbeiter, Drucker	2 224	- 12,3	+ 3,7	40,4	39,5	43,3
Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger	1 216	- 26,1	+ 44,0	34,4	26,2	30,8
Metallerzeuger, -bearbeiter	9 214	- 15,3	- 2,6	55,7	56,0	57,0
Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe	25 990	- 31,6	- 7,7	40,7	46,8	47,1
Elektriker	12 558	- 18,0	- 10,0	37,8	50,8	52,0
Montierer und Metallhilfsarbeiter	6 155	- 17,4	+ 7,4	20,4	26,2	21,6
Textil- und Bekleidungsberufe	2 608	- 36,3	- 12,4	29,9	36,2	35,0
Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	263	- 17,3	- 31,3	45,6	66,1	53,3
Ernährungsberufe	16 788	- 20,3	- 20,1	36,9	43,2	43,3
Bauberufe	45 650	- 34,6	- 13,1	28,4	30,5	28,1
Bau-, Raumausstatter, Polsterer	9 316	- 26,2	- 14,7	30,3	36,8	33,6
Tischler, Modellbauer	7 697	- 29,7	- 8,0	31,2	34,0	33,7
Maler, Lackierer und verwandte Berufe	7 318	- 27,0	- 10,7	29,4	38,8	38,7
Warenprüfer, Versandfertigmacher	5 937	- 7,2	- 15,9	26,4	28,5	21,7
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	16 365	- 18,6	+ 0,9	38,5	43,3	27,8
Maschinenisten und zugehörige Berufe	3 706	- 1,1	- 16,5	22,1	38,1	26,0
Technische Berufe	12 063	- 31,6	- 20,9	50,2	53,2	53,0
davon: Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	5 837	- 31,1	- 23,4	55,0	58,3	59,0
Techniker	4 534	- 32,2	- 11,4	48,9	49,3	47,6
Technische Sonderfachkräfte	1 692	- 32,1	- 32,9	37,3	45,8	45,8
Dienstleistungsberufe	219 012	- 25,3	- 17,0	37,1	44,2	41,4
davon: Warenkaufleute	25 699	- 31,7	- 21,0	40,3	44,4	41,5
Dienstleistungskaufleute	19 904	- 4,3	+ 17,1	50,5	55,6	51,7
Verkehrsberufe	26 945	- 31,0	- 17,7	32,2	36,2	34,6
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	47 117	- 26,6	- 19,2	32,4	40,0	38,7
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	10 810	- 25,1	- 19,3	33,4	41,0	34,6
Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare, Künstler	3 442	- 26,6	- 12,9	36,2	45,2	41,2
Gesundheitsdienstberufe	14 052	- 26,4	- 25,9	48,8	63,2	58,2
Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	34 184	- 26,4	- 13,1	32,5	41,9	40,3
Körperpfleger	4 429	- 12,9	- 18,4	47,8	56,6	57,1
Gästebetreuer	12 733	- 26,0	- 11,9	42,1	48,7	48,0
Hauswirtschaftliche Berufe	5 864	- 20,3	- 11,8	36,6	41,5	39,9
Reinigungsberufe	13 833	- 19,9	- 29,4	30,3	37,1	31,4
sonstige Arbeitskräfte	50	- 31,5	+ 942,9	28,9	41,3	40,4

¹⁾ Nachweis erfolgt nur für „normale Stellen“ einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, d.h. ohne Job-, Saison-, Telearbeit-, Gastarbeiter- und Personal-Service-Agentur-Stellen sowie Daueraufträge.

Tabelle III.C.4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der beruflichen Qualifikation									
Merkmal	Bestand Ende Juni					Veränderung in %			
	2004	2003	2002	2001	2000	2004/03	2003/02	2002/01	2001/00
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	26 523 982	26 954 686	27 571 147	27 817 114	27 825 624	- 1,6	- 2,2	- 0,9	+ 0,0
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung ¹⁾	2 255 189	2 363 037	2 516 824	2 654 198	2 720 290	- 4,6	- 6,1	- 5,2	- 2,4
Arbeiter mit Berufsausbildung ¹⁾	6 159 617	6 302 627	6 530 606	6 755 746	6 918 928	- 2,3	- 3,5	- 3,3	- 2,4
Arbeiter ohne Angabe ¹⁾	1 856 808	1 848 228	1 829 862	1 758 995	1 676 928	+ 0,5	+ 1,0	+ 4,0	+ 4,9
Angestellte ohne Berufsausbildung ¹⁾	816 085	839 891	873 871	874 085	856 830	- 2,8	- 3,9	+ 0,0	+ 2,0
Angestellte mit Berufsausbildung ¹⁾	12 385 423	12 547 718	12 770 462	12 788 615	12 748 131	- 1,3	- 1,7	- 0,1	+ 0,3
Angestellte ohne Angabe ¹⁾	1 503 808	1 464 686	1 447 610	1 367 356	1 254 878	+ 2,7	+ 1,2	+ 5,9	+ 9,0
darunter:									
Akademiker ²⁾	2 466 536	2 468 875	2 462 045	2 415 851	2 358 459	- 0,1	+ 0,3	+ 1,9	+ 2,4
Westdeutschland									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	21 411 589	21 730 394	22 182 502	22 266 877	22 098 158	- 1,5	- 2,0	- 0,4	+ 0,8
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung ¹⁾	2 085 384	2 185 817	2 324 274	2 445 730	2 500 849	- 4,6	+ 1,2	- 5,0	- 2,2
Arbeiter mit Berufsausbildung ¹⁾	4 679 546	4 775 047	4 939 704	5 075 878	5 138 074	- 2,0	- 3,9	- 2,7	- 1,2
Arbeiter ohne Angabe ¹⁾	1 473 091	1 471 052	1 453 802	1 383 581	1 298 871	+ 0,1	- 1,5	+ 5,1	+ 6,5
Angestellte ohne Berufsausbildung ¹⁾	724 749	745 800	775 968	777 159	762 672	- 2,8	- 3,9	- 0,2	+ 1,9
Angestellte mit Berufsausbildung ¹⁾	10 040 943	10 146 457	10 296 811	10 268 639	10 174 948	- 1,0	- 1,5	+ 0,3	+ 0,9
Angestellte ohne Angabe ¹⁾	1 184 967	1 151 509	1 134 424	1 061 345	961 653	+ 2,9	+ 1,5	+ 6,9	+ 10,4
darunter:									
Akademiker ²⁾	1 904 853	1 896 424	1 879 125	1 828 377	1 760 533	+ 0,4	+ 0,9	+ 2,8	+ 3,9
Ostdeutschland									
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte insgesamt	5 112 393	5 224 292	5 388 645	5 550 237	5 727 466	- 2,1	- 3,0	- 2,9	- 3,1
darunter:									
Arbeiter ohne Berufsausbildung ¹⁾	169 805	177 220	192 550	208 468	219 441	- 4,2	+ 0,3	+ 0,2	- 5,0
Arbeiter mit Berufsausbildung ¹⁾	1 480 071	1 527 580	1 590 902	1 679 868	1 780 854	- 3,1	- 3,9	+ 1,0	- 5,7
Arbeiter ohne Angabe ¹⁾	383 717	377 176	376 060	375 414	378 057	+ 1,7	- 2,9	- 1,8	- 0,7
Angestellte ohne Berufsausbildung ¹⁾	91 336	94 091	97 903	96 926	94 158	- 2,9	- 1,8	+ 1,0	+ 2,9
Angestellte mit Berufsausbildung ¹⁾	2 344 480	2 401 261	2 473 651	2 519 976	2 573 183	- 2,4	- 2,9	- 1,8	- 2,1
Angestellte ohne Angabe ¹⁾	318 841	313 177	313 186	306 011	293 225	+ 1,8	+ 0,0	+ 2,3	+ 4,4
darunter:									
Akademiker ²⁾	561 683	572 451	582 920	587 474	597 926	- 1,9	- 1,8	- 0,8	- 1,7

1) Ohne Auszubildende.

2) Fachhochschule, Hochschule und Universität.

Tabelle III.D.1

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Frauen nach Wirtschaftszweigen ¹⁾²⁾						
Wirtschaftszweig	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Ende Juni					
	2004		2003		2002	
	Alle	%-Anteil an allen Beschäftigten	Alle	%-Anteil an allen Beschäftigten	Alle	%-Anteil an allen Beschäftigten
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
Insgesamt	11 983 131	45,2	12 181 310	45,2	12 391 665	44,9
darunter:						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	91 978	29,3	93 930	29,2	98 747	29,7
Verarbeitendes Gewerbe	1 807 234	26,6	1 870 922	27,0	1 943 742	27,2
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	99 213	55,4	109 439	56,3	122 095	56,9
Maschinenbau	167 282	16,7	172 998	16,8	178 881	16,9
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	342 702	33,0	351 631	33,3	363 799	33,4
Baugewerbe	202 623	12,3	214 471	12,3	230 708	12,3
Dienstleistungsbereich						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	2 024 188	51,3	2 072 362	51,4	2 145 316	51,5
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	418 779	28,5	431 428	29,0	446 475	29,3
Kredit- und Versicherungsgewerbe	571 275	55,7	584 221	55,6	596 827	55,5
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 465 625	46,5	1 473 487	47,3	1 481 527	47,4
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1 019 263	59,4	1 031 696	59,3	1 027 366	59,0
Erziehung und Unterricht	669 442	65,4	675 288	65,3	689 010	65,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2 482 314	80,3	2 476 400	80,3	2 445 679	80,2
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	698 575	57,7	711 129	57,8	720 811	57,6
Westdeutschland						
Insgesamt	9 438 157	44,1	9 585 675	44,1	9 722 108	43,8
darunter:						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	51 351	27,7	52 019	27,8	53 895	27,9
Verarbeitendes Gewerbe	1 535 014	25,9	1 591 154	26,2	1 655 750	26,4
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	83 130	54,3	91 270	55,0	102 538	55,6
Maschinenbau	152 164	16,7	157 500	16,9	163 037	17,0
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	293 350	32,5	301 685	32,8	313 188	32,9
Baugewerbe	153 851	12,6	162 381	12,6	172 155	12,5
Dienstleistungsbereich						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	1 652 758	50,4	1 689 048	50,5	1 747 867	50,5
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	324 379	28,2	333 638	28,7	343 139	29,0
Kredit- und Versicherungsgewerbe	491 020	54,1	500 735	54,0	509 635	53,8
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	1 157 457	45,9	1 165 667	46,7	1 175 662	46,9
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	710 493	56,3	704 894	55,8	697 310	55,5
Erziehung und Unterricht	456 332	67,5	461 625	67,4	458 112	67,5
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 979 186	79,9	1 975 322	79,9	1 944 586	79,8
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	523 018	58,0	533 259	58,2	534 463	58,0
Ostdeutschland						
Insgesamt	2 544 974	49,8	2 595 635	49,7	2 669 557	49,5
darunter:						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht	40 627	31,6	41 911	31,2	44 852	32,2
Verarbeitendes Gewerbe	272 220	31,7	279 768	32,1	287 992	32,3
darunter: Textil, Bekleidung, Leder	16 083	62,5	18 169	63,8	19 557	64,7
Maschinenbau	15 118	15,8	15 498	16,1	15 844	15,9
Herst. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einricht., Elektrotech., Optik	49 352	36,7	49 946	36,7	50 611	36,7
Baugewerbe	48 772	11,6	52 090	11,4	58 553	11,7
Dienstleistungsbereich						
darunter: Handel, sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	371 430	55,6	383 314	55,8	397 449	56,0
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	94 400	29,6	97 790	29,9	103 336	30,5
Kredit- und Versicherungsgewerbe	80 255	67,8	83 486	67,9	87 192	67,7
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung bewegl. Sachen, Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	308 168	49,3	307 820	49,7	305 865	49,6
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	308 770	68,3	326 802	68,3	330 056	68,1
Erziehung und Unterricht	213 110	61,4	213 663	61,3	230 898	62,1
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	503 128	81,8	501 078	81,9	501 093	81,8
Erbringung von sonstigen öffentl. und persönl. Dienstleistungen	175 557	56,7	177 870	56,5	186 348	56,6

1) Ab Juni 2003 erfolgt die Auswertung nach der aktualisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ2003.

2) Bis einschließlich März 2003 erfolgt die Auswertung nach der WZ93/BA.

Tabelle III.D.3

Arbeitslose und Arbeitslosenquoten nach Geschlecht								
Jahr	Bestand an Arbeitslosen				Arbeitslosenquoten bezogen auf			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	absolut	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	alle Erwerbspersonen ¹⁾	abhängige Erwerbspersonen ²⁾	alle Erwerbspersonen ¹⁾	abhängige Erwerbspersonen ²⁾
	1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland								
1998	2 273 369	- 2,9	2 007 261	- 1,7	10,5	11,9	11,8	12,8
1999	2 160 461	- 5,0	1 940 038	- 3,3	9,9	11,3	11,2	12,2
2000	2 053 377	- 5,0	1 836 317	- 5,3	9,2	10,5	10,0	10,9
2001	2 063 852	+ 0,5	1 788 712	- 2,6	9,2	10,4	9,5	10,2
2002	2 239 919	+ 8,5	1 821 426	+ 1,8	9,9	11,3	9,5	10,3
2003	2 446 201	+ 9,2	1 930 568	+ 6,0	10,9	12,4	10,0	10,8
2004	2 448 589	+ 0,1	1 932 451	+ 0,1	10,9	12,5	10,1	10,8
Westdeutschland								
1998	1 553 131	- 10,8	1 198 404	- 6,4	9,1	10,4	9,3	10,2
1999	1 448 541	- 6,7	1 156 179	- 3,5	8,4	9,7	8,7	9,6
2000	1 312 127	- 9,4	1 068 861	- 7,6	7,4	8,5	7,5	8,3
2001	1 287 412	- 1,9	1 033 088	- 3,3	7,2	8,3	7,0	7,7
2002	1 425 756	+ 10,7	1 072 637	+ 3,8	8,0	9,1	7,2	7,8
2003	1 594 380	+ 11,8	1 158 673	+ 8,0	8,9	10,2	7,7	8,3
2004	1 607 491	+ 0,8	1 173 856	+ 1,3	9,0	10,3	7,8	8,4
Ostdeutschland								
1998	720 238	+ 19,7	808 857	+ 6,2	15,8	17,5	20,0	21,0
1999	711 920	- 1,2	783 859	- 3,1	15,5	17,3	19,1	20,2
2000	741 250	+ 4,1	767 457	- 2,1	15,9	17,8	18,2	19,3
2001	776 440	+ 4,7	755 624	- 1,5	16,6	18,5	18,1	19,0
2002	814 164	+ 4,9	748 789	- 0,9	17,5	19,5	17,9	18,9
2003	851 821	+ 4,6	771 895	+ 3,1	18,6	20,6	18,6	19,6
2004	841 099	- 1,3	758 596	- 1,7	18,5	20,6	18,4	19,5

¹⁾ Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige).

²⁾ Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).

Tabelle III.D.4a

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Deutschland						
Merkmal	2004			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2003	2002	2001
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) ¹⁾	51,1	51,2
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) ¹⁾	44,3	44,1
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)	26 523 982	11 983 131	45,2	45,2	44,9	44,5
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	8 179 309	3 359 368	41,1	41,2	41,2	41,9
Bestand	4 381 040	1 932 451	44,1	44,1	44,8	46,4
darunter: Langzeitarbeitslose	1 681 129	781 902	46,5	47,0	49,7	51,2
Abgang	8 030 136	3 288 128	40,9	41,3	42,1	42,8
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	3 106 399	1 100 163	35,4	35,1	36,4	37,6
Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)						
Berufliche Weiterbildung	184 418	96 189	52,2	52,0	51,5	51,9
Trainingsmaßnahmen	94 748	42 019	44,3	45,7	47,2	49,2
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	2 086 290	1 014 559	48,6	47,1	36,2	48,3
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	85 735	35 802	41,8	43,9	46,9	49,5
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	31 509	13 789	43,8	43,9	45,5	47,7
<i>Beschäftigungsbegleitende Leistungen</i>						
Personal-Service-Agenturen – Bestand an Arbeitnehmern ⁴⁾	27 497	7 963	29,0	•	•	•
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	23	9	38,2	45,8	47,4	48,4
Eingliederungszuschuss	111 136	43 680	39,3	40,7	42,8	43,8
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	14 967	5 698	38,1	36,3	34,8	36,0
BSI / Eingliederungsvertrag	1 785	23	1,3	1,1	0,8	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	15	8	53,1	46,4	45,4	44,7
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	83 730	21 316	25,5	26,7	29,0	28,9
Existenzgründungszuschuss	153 546	64 766	42,2	40,4	52,6	•
Mobilitätshilfen (Zugang)	313 415	106 605	34,0	33,9	33,5	36,1
Leistungsempfänger ²⁾	4 050 724	1 649 869	40,7	40,8	41,2	42,6
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit	79 632	30 132	37,8	36,3	31,6	26,8
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	395 373	144 955	36,7	37,9	39,0	39,8
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) ³⁾	736 109	342 224	46,5	46,9	47,5	48,4
Am Ende des Berichtsjahres ³⁾ noch nicht vermittelt	44 084	20 415	46,3	46,6	47,4	48,6

1) Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

3) Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

4) Bestand – Ende Dezember 2004

Tabelle III.D.4b

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Westdeutschland						
Merkmal	2004			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2003	2002	2001
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) ¹⁾	51,2	51,2
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) ¹⁾	43,8	43,5
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)	21 411 589	9 438 157	44,1	44,3	44,0	43,6
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	5 535 647	2 283 609	41,3	41,2	41,2	41,8
Bestand	2 781 346	1 173 856	42,2	42,1	42,9	44,4
darunter: Langzeitarbeitslose	983 082	407 624	41,5	41,5	44,6	46,0
Abgang	5 425 635	2 219 515	40,9	41,3	42,0	42,5
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	2 044 924	731 559	35,8	35,5	37,0	38,2
Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)						
Berufliche Weiterbildung	121 239	65 489	54,0	53,7	52,3	51,6
Trainingsmaßnahmen	63 717	27 523	43,2	44,0	45,1	45,9
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	46,0	40,3	45,5
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	20 526	6 834	33,3	36,0	36,6	37,4
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	3 801	1 529	40,2	37,8	37,1	36,9
<i>Beschäftigungsbegleitende Leistungen</i>						
Personal-Service-Agenturen – Bestand an Arbeitnehmern ⁴⁾	17 885	5 037	28,2	•	•	•
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	•	•	•	13,8	17,1	34,6
Eingliederungszuschuss	40 493	13 535	33,4	35,6	36,8	36,9
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	7 343	2 630	35,8	36,4	37,0	39,7
BSI / Eingliederungsvertrag	58	•	•	1,2	9,8	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	8	3	38,3	36,4	36,3	34,5
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	62 228	14 943	24,0	25,1	27,6	27,8
Existenzgründungszuschuss	106 075	46 244	43,6	41,9	•	•
Mobilitätshilfen (Zugang)	30,7	28,6	28,2
Leistungsempfänger ²⁾	2 509 742	954 194	38,0	37,7	37,9	38,9
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit	64 057	20 790	32,5	29,9	24,7	19,1
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	259 087	88 554	34,2	34,5	34,6	34,0
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) ³⁾	521 294	243 340	46,7	47,0	47,6	48,8
Am Ende des Berichtsjahres ³⁾ noch nicht vermittelt	29 319	13 666	46,6	46,4	47,4	48,5

1) Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

3) Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

4) Bestand – Ende Dezember 2004

Tabelle III.D.4c

Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Instrumenteneinsatz: Frauenanteil in %; Ostdeutschland						
Merkmal	2004			Frauenanteil in %		
	insgesamt	darunter (Sp. 1) Frauen		2003	2002	2001
		absolut	in %			
	1	2	3	4	5	6
Bevölkerung (Mikrozensus) ¹⁾	51,1	51,1
Erwerbspersonen (Mikrozensus) (Erwerbstätige + Erwerbslose) ¹⁾	46,3	46,3
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer (Bestand Ende Juni)	5 112 393	2 544 974	49,8	49,5	48,8	48,8
<i>Arbeitslose</i>						
Zugang	2 643 662	1 075 759	40,7	41,1	41,3	42,2
Bestand	1 599 694	758 596	47,4	47,5	48,5	50,2
darunter: Langzeitarbeitslose	698 047	374 278	53,6	54,0	57,4	60,1
Abgang	2 604 501	1 068 613	41,0	41,1	42,3	43,2
darunter: in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	1 061 475	368 604	34,7	34,3	35,2	36,7
Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestand)						
Berufliche Weiterbildung	63 178	30 700	48,6	49,2	50,4	52,2
Trainingsmaßnahmen	31 031	14 496	46,7	49,1	50,5	53,5
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Zugang)	47,9	48,2	50,2
<i>Beschäftigungschaffende Maßnahmen</i>						
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	65 191	28 961	44,4	46,5	50,6	53,8
Traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	27 704	12 259	44,3	45,1	47,2	50,0
<i>Beschäftigungsbegleitende Leistungen</i>						
Personal-Service-Agenturen – Bestand an Arbeitnehmern ⁴⁾	9 612	2 926	30,4	•	•	•
Strukturanpassungsmaßnahme OfW	23	9	38,2	45,8	47,4	48,4
Eingliederungszuschuss	70 607	30 130	42,7	43,6	46,2	48,7
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	7 617	3 066	40,3	36,2	33,0	33,0
BSI / Eingliederungsvertrag	1 727	23	1,3	1,1	0,7	•
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	7	5	71,3	54,9	55,0	57,1
Überbrückungsgeld bei Aufnahme einer selbst. Tätigkeit	21 481	6 369	29,6	30,9	32,1	30,9
Existenzgründungszuschuss	47 430	18 503	39,0	37,1	52,6	•
Mobilitätshilfen (Zugang)	34,7	36,3	39,2
Leistungsempfänger ²⁾	1 540 982	695 675	45,1	45,6	46,7	48,4
<i>Vorruhestandsregelung</i>						
Altersteilzeit	15 575	9 342	60,0	60,2	58,4	56,4
58 Jahre und älter/nicht verfügbar	136 285	56 401	41,4	43,8	47,3	49,1
<i>Bewerber für Berufsausbildungsstellen</i>						
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) ³⁾	214 815	98 884	46,0	46,5	47,2	47,4
Am Ende des Berichtsjahres ³⁾ noch nicht vermittelt	14 765	6 809	46,1	46,9	47,5	48,9

1) Mikrozensus jeweils April/Mai; Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Eingliederungsgeld/-hilfe und Altersübergangsgeld.

3) Berichtsjahr: 1. Oktober des Vorjahres bis 30. September des Berichtsjahres.

4) Bestand – Ende Dezember 2004.

Tabelle III.E.1a

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen Ende September; Deutschland									
Merkmal		ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Alter über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		alle Arbeitslosen	
		2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
		1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	absolut	1 446 799	1 459 705	1 028 769	1 058 298	999 336	1 001 118	4 207 783	4 256 664
	%	100	100	100	100	100	100	100	100
Berufsausbildung	ohne	100	100	32,6	32,0	37,3	36,9	34,4	34,3
	mit	–	–	67,4	68,0	62,7	63,1	65,6	65,7
Alter:									
	15 bis unter 25 Jahre	15,0	14,4	–	–	5,5	5,4	12,3	12,4
	25 bis unter 50 Jahre	61,8	62,4	–	–	56,4	56,1	63,3	62,8
	50 bis unter 65 Jahre	23,2	23,2	100	100	38,1	38,5	24,4	24,9
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen									
	Einschränkungen	25,8	25,3	37,0	36,5	100	100	23,7	23,5
	Schwerbehinderte	4,2	4,3	7,4	7,6	16,8	17,3	4,0	4,1
	Langzeitarbeitslose	39,3	43,0	52,4	55,9	47,4	51,4	36,7	40,3
Dauer der Arbeitslosigkeit durchschnittlich in Monaten									
	bisherige Dauer	16,5	17,6	22,9	23,7	19,6	21,0	14,9	16,1
	abgeschlossene Dauer (im Juni)	10,4	10,2	18,4	14,6	14,3	13,3	9,7	9,5
	Abgangsgrund (im Juni)								
	Arbeitsaufnahme	28,3	28,7	24,0	29,2	24,7	26,2	41,1	39,3

Tabelle III.E.1b

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen Ende September; Westdeutschland									
Merkmal		ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Alter über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		alle Arbeitslosen	
		2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
		1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	absolut	1 095 363	1 113 690	645 476	662 038	668 068	665 207	2 653 311	2 700 003
	%	100	100	100	100	100	100	100	100
Berufsausbildung	ohne	100	100	40,9	40,7	44,3	44,2	41,3	41,2
	mit	–	–	59,1	59,3	55,7	55,8	58,7	58,8
Alter:									
	15 bis unter 25 Jahre	13,3	12,6	–	–	4,8	4,7	12,2	12,1
	25 bis unter 50 Jahre	62,6	63,3	–	–	55,4	55,5	63,5	63,4
	50 bis unter 65 Jahre	24,1	24,2	100	100	39,7	39,8	24,3	24,5
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen									
	Einschränkungen	27,0	26,4	41,1	40,0	100	100	25,2	24,6
	Schwerbehinderte	4,7	4,7	9,2	9,4	18,7	19,3	4,7	4,8
	Langzeitarbeitslose	37,6	42,0	52,3	55,8	45,9	50,4	33,2	37,5
Dauer der Arbeitslosigkeit durchschnittlich in Monaten									
	bisherige Dauer	16,0	17,2	23,8	24,1	19,5	20,8	14,1	15,2
	abgeschlossene Dauer (im Juni)	10,4	9,6	20,3	14,5	14,7	12,7	9,6	8,7
	Abgangsgrund (im Juni)								
	Arbeitsaufnahme	28,9	28,4	19,2	22,8	23,4	23,7	39,0	37,0

Tabelle III.E.1c

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen Ende September; Ostdeutschland									
Merkmal		ohne abgeschlossene Berufsausbildung		Alter über 50 Jahre		mit gesundheitlichen Einschränkungen		alle Arbeitslosen	
		2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
		1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	absolut	351 436	346 015	383 293	396 260	331 268	335 911	1 554 472	1 556 661
	%	100	100	100	100	100	100	100	100
Berufsausbildung	ohne	100	100	18,6	17,5	23,2	22,5	22,6	22,2
	mit	–	–	81,4	82,5	76,8	77,5	77,4	77,8
Alter:									
	15 bis unter 25 Jahre	20,2	20,3	–	–	6,8	6,9	12,3	12,8
	25 bis unter 50 Jahre	59,5	59,6	–	–	58,4	57,2	63,0	61,7
	50 bis unter 65 Jahre	20,3	20,0	100	100	34,8	36,0	24,7	25,5
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen									
	Einschränkungen	21,8	21,8	30,1	30,5	100	100	21,3	21,6
	Schwerbehinderte	2,8	2,8	4,5	4,7	13,0	13,2	2,8	2,9
	Langzeitarbeitslose	44,8	46,5	52,5	56,2	50,4	53,6	42,6	45,3
Dauer der Arbeitslosigkeit durchschnittlich in Monaten									
	bisherige Dauer	17,9	19,1	21,4	23,1	19,8	21,5	16,3	17,8
	abgeschlossene Dauer (im Juni)	10,7	12,4	15,2	14,7	13,5	14,5	9,9	10,9
	Abgangsgrund (im Juni)								
	Arbeitsaufnahme	26,1	29,9	31,9	39,3	27,8	31,4	45,1	43,9

Tabelle III.E.3a

Merkmal	Ende September 2003					Ende September 2004					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Alle Arbeitslosen	4 207 783	100	1 544 060	100	36,7	4 256 664	100	1 717 069	100	40,3	+ 1,2	+ 11,2
Männer	2 296 254	54,6	819 643	53,1	35,7	2 320 346	54,5	912 035	53,1	39,3	+ 1,0	+ 11,3
Frauen	1 911 529	45,4	724 417	46,9	37,9	1 936 318	45,5	805 034	46,9	41,6	+ 1,3	+ 11,1
Angestelltenberufe	1 689 113	40,1	560 058	36,3	33,2	1 702 993	40,0	632 927	36,9	37,2	+ 0,8	+ 13,0
Arbeiterberufe	2 518 670	59,9	984 002	63,7	39,1	2 553 671	60,0	1 084 142	63,1	42,5	+ 1,4	+ 10,2
Berufsausbildung ohne abgeschlossene	1 446 799	34,4	569 092	36,9	39,3	1 459 705	34,3	628 399	36,6	43,0	+ 0,9	+ 10,4
Berufsausbildung mit abgeschlossener	2 760 984	65,6	974 968	63,1	35,3	2 796 959	65,7	1 088 670	63,4	38,9	+ 1,3	+ 11,7
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen	999 336	23,7	473 639	30,7	47,4	1 001 118	23,5	514 861	30,0	51,4	+ 0,2	+ 8,7
Einschränkungen Schwerbehinderte und Gleichgestellte	167 582	4,0	67 593	4,4	40,3	172 989	4,1	79 938	4,7	46,2	+ 3,2	+ 18,3
Altersgruppen unter 25 Jahre	515 945	12,3	43 180	2,8	8,4	526 273	12,4	42 682	2,5	8,1	+ 2,0	- 1,2
dav.: unter 20 Jahre	93 016	2,2	2 272	0,1	2,4	90 770	2,1	2 174	0,1	2,4	- 2,4	- 4,3
20 bis unter 25 Jahre	422 929	10,1	40 908	2,6	9,7	435 503	10,2	40 508	2,4	9,3	+ 3,0	- 1,0
25 bis unter 50 Jahre	2 663 069	63,3	961 923	62,3	36,1	2 672 093	62,8	1 082 485	63,0	40,5	+ 0,3	+ 12,5
50 bis unter 65 Jahre	1 028 769	24,4	538 957	34,9	52,4	1 058 298	24,9	591 902	34,5	55,9	+ 2,9	+ 9,8
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	554 902	13,2	278 606	18,0	50,2	583 479	13,7	318 220	18,5	54,5	+ 5,1	+ 14,2
55 bis unter 65 Jahre	473 867	11,3	260 351	16,9	54,9	474 819	11,2	273 682	15,9	57,6	+ 0,2	+ 5,1
Dauer der Arbeitslosigkeit												
1 bis unter 2 Jahre	784 456	18,6	784 456	50,8	100,0	819 725	19,3	819 725	47,7	100,0	+ 4,5	+ 4,5
2 Jahre und länger	759 604	18,1	759 604	49,2	100,0	897 344	21,1	897 344	52,3	100,0	+ 18,1	+ 18,1

Tabelle III.E.3b

Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen; Westdeutschland												
Merkmal	Ende September 2003					Ende September 2004					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Alle Arbeitslosen	2 653 311	100	881 201	100	33,2	2 700 003	100	1 012 120	100	37,5	+ 1,8	+ 14,9
Männer	1 506 619	56,8	513 351	58,3	34,1	1 524 664	56,5	588 045	58,1	38,6	+ 1,2	+ 14,6
Frauen	1 146 692	43,2	367 850	41,7	32,1	1 175 339	43,5	424 075	41,9	36,1	+ 2,5	+ 15,3
Angestelltenberufe	1 090 111	41,1	322 447	36,6	29,6	1 104 638	40,9	373 819	36,9	33,8	+ 1,3	+ 15,9
Arbeiterberufe	1 563 200	58,9	558 754	63,4	35,7	1 595 365	59,1	638 301	63,1	40,0	+ 2,1	+ 14,2
Berufsausbildung ohne abgeschlossene Berufsausbildung mit abgeschlossener Berufsausbildung	1 095 363	41,3	411 552	46,7	37,6	1 113 690	41,2	467 579	46,2	42,0	+ 1,7	+ 13,6
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen Einschränkungen Schwerbehinderte und Gleichgestellte	668 068	25,2	306 781	34,8	45,9	665 207	24,6	334 979	33,1	50,4	- 0,4	+ 9,2
124 607	4,7	52 092	5,9	41,8	128 521	4,8	61 459	6,1	47,8	+ 3,1	+ 18,0	
Altersgruppen unter 25 Jahre	324 110	12,2	21 697	2,5	6,7	327 002	12,1	24 733	2,4	7,6	+ 0,9	+ 14,0
dav.: unter 20 Jahre	56 675	2,1	1 228	0,1	2,2	54 509	2,0	1 238	0,1	2,3	- 3,8	+ 0,8
20 bis unter 25 Jahre	267 435	10,1	20 469	2,3	7,7	272 493	10,1	23 495	2,3	8,6	+ 1,9	+ 14,8
25 bis unter 50 Jahre	1 683 725	63,5	521 849	59,2	31,0	1 710 963	63,4	618 062	61,1	36,1	+ 1,6	+ 18,4
50 bis unter 65 Jahre	645 476	24,3	337 655	38,3	52,3	662 038	24,5	369 325	36,5	55,8	+ 2,6	+ 9,4
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	328 717	12,4	158 598	18,0	48,2	344 213	12,7	182 094	18,0	52,9	+ 4,7	+ 14,8
55 bis unter 65 Jahre	316 759	11,9	179 057	20,3	56,5	317 825	11,8	187 231	18,5	58,9	+ 0,3	+ 4,6
Dauer der Arbeitslosigkeit 1 bis unter 2 Jahre	463 222	17,5	463 222	52,6	100,0	512 436	19,0	512 436	50,6	100,0	+ 10,6	+ 10,6
2 Jahre und länger	417 979	15,8	417 979	47,4	100,0	499 684	18,5	499 684	49,4	100,0	+ 19,5	+ 19,5

Tabelle III.E.3c

Langzeitarbeitslose (ein Jahr und länger) nach Strukturmerkmalen; Ostdeutschland												
Merkmal	Ende September 2003					Ende September 2004					Veränderung in %	
	Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Arbeitslose insg.		Langzeitarbeitslose			Insges. (Sp. 6 zu Sp. 1)	Langzeit (Sp. 8 zu Sp. 3)
	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 1	absolut	in %	absolut	in %	%- Anteil Sp. 6		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Alle Arbeitslosen	1 554 472	100	662 859	100	42,6	1 556 661	100	704 949	100	45,3	+ 0,1	+ 6,3
Männer	789 635	50,8	306 292	46,2	38,8	795 682	51,1	323 990	46,0	40,7	+ 0,8	+ 5,8
Frauen	764 837	49,2	356 567	53,8	46,6	760 979	48,9	380 959	54,0	50,1	- 0,5	+ 6,8
Angestelltenberufe	599 002	38,5	237 611	35,8	39,7	598 355	38,4	259 108	36,8	43,3	- 0,1	+ 9,0
Arbeiterberufe	955 470	61,5	425 248	64,2	44,5	958 306	61,6	445 841	63,2	46,5	+ 0,3	+ 4,8
Berufsausbildung ohne abgeschlossene												
Berufsausbildung mit abgeschlossener	351 436	22,6	157 540	23,8	44,8	346 015	22,2	160 820	22,8	46,5	- 1,5	+ 2,1
Berufsausbildung	1 203 036	77,4	505 319	76,2	42,0	1 210 646	77,8	544 129	77,2	44,9	+ 0,6	+ 7,7
Gesundheitliche Einschränkungen mit gesundheitlichen												
Einschränkungen Schwerbehinderte und Gleichgestellte	331 268	21,3	166 858	25,2	50,4	335 911	21,6	179 882	25,5	53,6	+ 1,4	+ 7,8
	42 975	2,8	15 501	2,3	36,1	44 468	2,9	18 479	2,6	41,6	+ 3,5	+ 19,2
Altersgruppen												
unter 25 Jahre	191 835	12,3	21 483	3,2	11,2	199 271	12,8	17 949	2,5	9,0	+ 3,9	- 16,5
dav.: unter 20 Jahre	36 341	2,3	1 044	0,2	2,9	36 261	2,3	936	0,1	2,6	- 0,2	- 10,3
20 bis unter 25 Jahre	155 494	10,0	20 439	3,1	13,1	163 010	10,5	17 013	2,4	10,4	+ 4,8	- 16,8
25 bis unter 50 Jahre	979 344	63,0	440 074	66,4	44,9	961 130	61,7	464 423	65,9	48,3	- 1,9	+ 5,5
50 bis unter 65 Jahre	383 293	24,7	201 302	30,4	52,5	396 260	25,5	222 577	31,6	56,2	+ 3,4	+ 10,6
dav.: 50 bis unter 55 Jahre	226 185	14,6	120 008	18,1	53,1	239 266	15,4	136 126	19,3	56,9	+ 5,8	+ 13,4
55 bis unter 65 Jahre	157 108	10,1	81 294	12,3	51,7	156 994	10,1	86 451	12,3	55,1	- 0,1	+ 6,3
Dauer der Arbeitslosigkeit												
1 bis unter 2 Jahre	321 234	20,7	321 234	48,5	100,0	307 289	19,7	307 289	43,6	100,0	- 4,3	- 4,3
2 Jahre und länger	341 625	22,0	341 625	51,5	100,0	397 660	25,5	397 660	56,4	100,0	+ 16,4	+ 16,4

Tabelle III.E.4

Jüngere in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen									
Maßnahme	2002			2003			2004		
	insgesamt	dar. Jüngere ¹⁾		insgesamt	dar. Jüngere ¹⁾		insgesamt	dar. Jüngere ¹⁾	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Berufliche Weiterbildung	339 918	42 077	12,4	259 922	35 530	13,7	184 418	26 556	14,4
Trainingsmaßnahmen	74 451	13 336	17,9	92 681	18 559	20,0	94 748	20 854	22,0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	134 256	13 478	9,7	96 410	13 061	13,3	85 735	14 171	16,5
Strukturpassungsmaßnahmen	58 795	2 524	5,2	46 806	1 998	4,3	31 509	1 057	3,4
Berufsvorbereitende Maßnahmen	106 859	102 894	96,3	108 018	104 642	96,9	97 523	94 398	96,8
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	66 753	64 284	96,3	69 181	66 148	95,6	68 919	65 110	94,5
Ausbildungsbegleitende Hilfen	63 535	62 129	97,8	60 580	59 078	97,5	54 045	52 522	97,2
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	82 139	82 139	100	94 790	94 790	100	99 369	99 369	100,0
Sofortprogramm	85 851	85 851	100	75 589	75 589	100	38 306	38 306	100,0
Arbeitslose	4 061 345	497 602	12,3	4 376 769	516 131	11,8	4 381 040	504 338	11,5
Westdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	198 080	23 251	11,7	161 404	20 292	12,6	121 239	15 596	12,9
Trainingsmaßnahmen	45 812	8 530	18,6	61 820	12 726	20,6	63 717	14 014	22,0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	35 294	8 272	22,9	23 689	6 675	28,3	20 526	7 365	35,9
Strukturpassungsmaßnahmen	10 106	875	8,4	7 802	654	8,3	3 801	352	9,3
Berufsvorbereitende Maßnahmen	74 279	70 865	95,4	75 078	72 311	96,3	69 362	66 807	96,3
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	23 370	22 088	94,5	23 074	21 729	94,2	21 748	20 274	93,2
Ausbildungsbegleitende Hilfen	52 643	51 346	97,5	49 980	48 601	97,2	44 362	42 979	96,9
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	30 276	30 276	100	35 235	35 235	100	37 167	37 167	100
Sofortprogramm	37 053	37 053	100	32 247	32 247	100	15 423	15 423	100
Arbeitslose	2 498 392	307 668	12,3	2 753 054	328 381	11,9	2 781 346	322 515	11,6
Ostdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	141 838	18 826	13,3	98 518	15 238	15,5	63 178	10 959	17,3
Trainingsmaßnahmen	28 864	4 662	16,2	30 861	5 513	17,9	31 031	6 839	22,0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	98 962	6 562	6,6	72 721	6 386	8,8	65 191	6 800	10,4
Strukturpassungsmaßnahmen	48 689	4 570	9,4	39 004	1 344	3,4	27 704	705	2,5
Berufsvorbereitende Maßnahmen	28 319	27 904	98,5	32 940	32 331	98,2	28 161	27 591	98,0
Berufsausbildung in einer außerbetrieblichen Einrichtung	39 952	39 060	97,8	46 107	44 419	96,3	47 171	44 836	95,0
Ausbildungsbegleitende Hilfen	10 693	10 623	99,3	10 600	10 477	98,8	9 683	9 543	98,6
Berufsausbildungsbeihilfe w. e. beruflichen Ausbildung	39 406	39 406	100	59 555	59 555	100	62 202	62 202	100
Sofortprogramm	48 263	48 263	100	43 342	43 342	100	22 883	22 883	100
Arbeitslose	1 562 953	189 934	12,2	1 623 715	187 750	11,6	1 599 694	181 824	11,4

1) Unter 25 Jahre.

Tabelle III.E.5

Ältere 1) in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen									
Maßnahme	2002			2003			2004		
	insgesamt	dar. Ältere		insgesamt	dar. Ältere		insgesamt	dar. Ältere	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Berufliche Weiterbildung	339 918	24 359	7,2	259 922	13 687	5,3	184 418	7 225	3,9
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	134 256	51 190	38,1	96 410	36 493	37,9	85 735	28 380	33,1
Strukturanpassungsmaßnahmen	58 795	26 512	45,1	46 806	25 035	53,5	31 509	19 598	62,2
Eingliederungszuschuss ²⁾	141 339	71 322	50,5	154 230	77 050	50,0	111 136	57 509	51,7
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	36 024	3 663	10,2	8 269	746	9,0	15		0,0
Arbeitslose	4 061 343	1 097 597	27,0	4 376 767	1 094 265	25,0	4 381 040	1 079 940	24,7
Westdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	198 080	10 401	5,3	161 404	6 259	3,9	121 239	4 063	3,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	35 294	7 365	20,9	23 689	4 693	19,8	20 526	3 699	18,0
Strukturanpassungsmaßnahmen	10 106	2 722	26,9	7 802	2 294	29,4	3 801	1 100	28,9
Eingliederungszuschuss ²⁾	52 343	26 935	51,5	56 670	27 615	48,7	40 493	18 920	46,7
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	18 488	2 440	13,2	3 802	426	11,2			
Arbeitslose	2 498 391	691 301	27,7	2 753 052	687 752	25,0	2 781 346	675 861	24,3
Ostdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	141 838	13 958	9,8	98 518	7 428	7,5	63 178	3 163	5,0
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	98 959	43 825	44,3	72 714	31 798	43,7	65 191	24 677	37,9
Strukturanpassungsmaßnahmen	48 687	23 790	48,9	39 001	22 740	58,3	27 704	18 496	66,8
Eingliederungszuschuss ²⁾	88 954	44 361	49,9	97 492	49 392	50,7	70 607	38 564	54,6
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	17 534	1 223	7,0	4 467	321	7,2	7		0,0
Arbeitslose	1 623 715	406 296	25,0	1 623 715	406 513	25,0	1 599 694	404 079	25,3

1) 50 Jahre und älter.

2) Ohne EGZ für besonders betroffene Schwerbehinderte gem § 222a SGB III.

Tabelle III.E.6

Schwerbehinderte in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen									
	2002			2003			2004		
	insgesamt	dar. Schwerbehinderte		insgesamt	dar. Schwerbehinderte		insgesamt	dar. Schwerbehinderte	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Berufliche Weiterbildung	339 918	9 019	2,7	259 922	5 304	2,0	184 418	2 517	1,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	141 339	2 661	1,9	154 230	1 759	1,1	111 136	1 135	1,0
Strukturanpassungsmaßnahmen	134 256	10 321	7,7	96 410	8 441	8,8	85 735	8 007	9,3
Eingliederungszuschuss	58 795	1 850	3,1	46 806	1 579	3,4	31 509	1 017	3,2
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte 1)	18 546	18 546	100	16 509	16 509	100	10 474	10 474	100
Arbeitslose	4 061 343	156 909	3,9	4 376 767	167 876	3,8	4 381 040	173 939	4,0
Westdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	198 080	5 104	2,6	161 404	3 035	1,9	121 239	1 634	1,3
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	35 295	3 735	10,6	23 693	2 645	11,2	20 542	2 501	12,2
Strukturanpassungsmaßnahmen	10 106	755	7,5	7 802	634	8,1	3 802	300	7,9
Eingliederungszuschuss	52 345	1 767	3,4	56 676	1 188	2,1	40 509	767	1,9
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte 1)	12 746	12 746	100,0	10 667	10 667	100,0	6 593	6 593	100
Arbeitslose	2 498 391	117 168	4,7	2 753 052	125 193	4,5	2 781 346	129 452	4,7
Ostdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	141 838	3 914	2,8	98 518	2 269	2,3	63 178	883	1,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	98 962	6 587	6,7	72 717	5 797	8,0	65 193	5 506	8,4
Strukturanpassungsmaßnahmen	48 689	1 095	2,2	39 004	945	2,4	27 707	717	2,6
Eingliederungszuschuss	88 995	894	1,0	97 554	571	0,6	70 626	368	0,5
Eingliederungszuschüsse für besonders betroffene Schwerbehinderte 1)	5 842	5 842	100,0	5 842	5 842	100,0	3 881	3 881	100,0
Arbeitslose	1 623 715	42 683	2,6	1 623 715	42 683	2,6	1 599 694	44 487	2,8

1) Nur Eintritte.

Tabelle III.E.7

Langzeitarbeitslose in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen									
Maßnahme	2002			2003			2004		
	insgesamt	dar. Langzeit- arbeitslose		insgesamt	dar. Langzeit- arbeitslose		insgesamt	dar. Langzeit- arbeitslose	
		absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland									
Berufliche Weiterbildung	339 918	61 060	18,0	259 922	43 333	16,7	184 418	31 923	17,3
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	134 256	53 777	40,1	96 410	33 128	34,4	85 735	32 474	37,9
Strukturanpassungsmaßnahmen	58 795	11 764	20,0	46 806	9 474	20,2	31 509	6 445	20,5
Eingliederungszuschuss ¹⁾	141 339	37 038	26,2	154 230	44 788	29,0	111 136	32 053	28,8
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	36 024	17 851	49,6	8 269	4 452	53,8	15	0	0,0
Arbeitslose	4 061 343	1 369 388	33,7	4 376 767	1 521 414	34,8	4 381 040	1 681 129	38,4
Westdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	198 080	27 424	13,8	161 404	21 426	13,3	121 239	17 501	14,4
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	35 294	9 319	26,4	23 689	5 784	24,4	20 526	5 131	25,0
Strukturanpassungsmaßnahmen	10 106	1 563	15,5	7 802	1 323	17,0	3 801	617	16,2
Eingliederungszuschuss ¹⁾	52 343	12 862	24,6	56 670	16 005	28,2	40 493	11 695	28,9
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	18 488	9 092	49,2	3 802	2 020	53,1	0	0	
Arbeitslose	2 498 391	793 565	31,8	2 753 052	872 437	31,7	2 781 346	983 082	35,3
Ostdeutschland									
Berufliche Weiterbildung	141 838	33 637	23,7	98 518	21 907	22,2	63 178	14 422	22,8
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	98 959	44 457	44,9	72 714	27 343	37,6	65 191	27 338	41,9
Strukturanpassungsmaßnahmen	48 687	10 201	21,0	39 001	8 152	20,9	27 704	5 828	21,0
Eingliederungszuschuss ¹⁾	88 954	24 162	27,2	97 492	28 760	29,5	70 607	20 347	28,8
Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose	17 534	8 759	50,0	4 467	2 432	54,4	7	0	0,0
Arbeitslose	1 623 715	648 977	40,0	1 623 715	648 976	40,0	1 599 694	698 047	43,6

Für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, die Langzeitarbeitslosigkeit voraussetzen, bleiben – nach § 18 Abs. 2 SGB III – Unterbrechungen wie z.B. Teilnahme an aktiver Arbeitsförderung, Zeiten einer kurzfristigen Beschäftigung (bis sechs Monate) und Zeiten der Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder unberücksichtigt. Bei der statistischen Erhebung der Teilnehmer, die vor Maßnahmebeginn länger als ein Jahr arbeitslos waren, gelten dagegen diese Tatbestände als Unterbrechung der Arbeitslosigkeit. Deshalb ist die Zahl der geförderten Langzeitarbeitslosen im statistischen Sinne – wie sie in der Tabelle ausgewiesen wird – kleiner als die der geförderten Langzeitarbeitslosen im förderungsrechtlichen Sinne.

¹⁾ Ohne EGZ für besonders betroffene Schwerbehinderte gem. § 222a SGB III.

Tabelle III.E.8a

Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Deutschland										
Merkmal		Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Arbeitslosen	absolut	58 914	58 144	55 313	491 711	528 291	534 077	3 392 635	3 621 348	3 667 274
	in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer		47,4	48,8	48,7	62,8	63,1	62,3	53,0	53,4	53,5
Frauen		52,6	51,2	51,3	37,2	36,9	37,7	47,0	46,6	46,5
Angestelltenberufe		26,4	26,3	25,0	22,8	23,4	23,6	41,9	42,8	42,6
Arbeiterberufe		73,6	73,7	75,0	77,2	76,6	76,4	58,1	57,2	57,4
Berufsausbildung										
ohne abgeschlossene Berufsausbildung		59,7	59,0	60,9	73,3	72,5	72,9	29,5	28,4	28,3
mit abgeschlossener Berufsausbildung		40,3	41,0	39,1	26,7	27,5	27,1	70,5	71,6	71,7
davon: betrieblich/außerbetrieblich		20,6	20,6	19,6	17,8	18,4	18,2	60,0	60,6	60,9
Berufsfach-/Fachschule		12,3	12,2	11,8	3,2	3,2	3,1	4,9	4,9	4,9
Fachhochschule		1,6	2,0	2,0	1,4	1,5	1,5	1,9	2,2	2,2
Wiss. Hochschule		5,8	6,1	5,7	4,4	4,4	4,2	3,7	3,8	3,8
Alter										
unter 20 Jahre		3,4	2,4	1,8	2,2	1,6	1,4	2,9	2,3	2,2
20 bis unter 25 Jahre		9,9	8,5	7,9	9,3	8,6	8,0	10,3	10,3	10,6
25 bis unter 30 Jahre		11,5	12,3	12,1	14,3	14,2	13,6	8,7	9,4	9,7
30 bis unter 35 Jahre		9,4	10,3	10,9	16,0	16,7	16,7	11,3	11,0	10,2
35 bis unter 40 Jahre		11,0	10,7	9,8	14,4	15,3	15,6	13,7	14,1	13,5
40 bis unter 45 Jahre		15,1	15,4	14,3	11,2	12,3	13,2	13,5	14,6	14,7
45 bis unter 50 Jahre		14,8	15,8	16,1	9,5	10,2	10,6	12,5	13,3	13,7
50 bis unter 55 Jahre		14,1	15,7	16,6	10,6	10,2	10,3	12,4	13,6	14,2
55 bis unter 60 Jahre		5,7	6,5	9,0	9,7	9,2	9,4	11,4	9,4	9,9
60 bis unter 65 Jahre		5,0	2,3	1,5	2,7	1,7	1,3	3,2	1,9	1,4
in Arbeitslosigkeit seit										
unter 1 Monat		16,4	14,5	12,6	13,0	11,9	10,7	11,6	10,7	9,8
1 bis unter 3 Monate		25,3	19,8	18,7	17,7	16,0	14,7	17,8	17,0	15,9
3 bis unter 6 Monate		19,5	22,2	18,5	16,3	15,4	14,3	16,0	14,6	13,8
6 bis unter 12 Monate		17,4	20,8	21,4	20,3	21,5	20,8	19,7	20,6	19,9
12 bis unter 24 Monate		12,3	15,1	19,4	16,2	18,6	20,0	17,0	18,7	19,1
24 Monate und länger		9,2	7,5	9,4	16,4	16,6	19,5	17,9	18,4	21,5
mit gesundheitlichen Einschränkungen		5,7	5,1	5,3	20,1	19,2	18,7	25,4	24,7	24,5

Tabelle III.E.8b

Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Westdeutschland										
Merkmal		Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Arbeitslosen	absolut	43 772	42 843	40 972	419 848	453 324	456 569	1 976 836	2 157 144	2 202 462
	in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer		47,7	49,5	49,4	63,2	63,6	62,8	54,8	55,5	55,3
Frauen		52,3	50,5	50,6	36,8	36,4	37,2	45,2	44,5	44,7
Angestelltenberufe		24,7	24,3	22,9	21,7	22,3	22,4	44,6	45,4	45,1
Arbeiterberufe		75,3	75,7	77,1	78,3	77,7	77,6	55,4	54,6	54,9
Berufsausbildung										
ohne abgeschlossene Berufsausbildung		64,4	64,3	66,3	74,5	73,5	74,0	35,6	34,0	34,0
mit abgeschlossener Berufsausbildung		35,6	35,7	33,7	25,5	26,5	26,0	64,4	66,0	66,0
davon: betrieblich/außerbetrieblich		14,5	14,1	13,3	17,1	17,9	17,8	53,2	54,2	54,3
Berufsfach-/Fachschule		14,0	13,7	13,0	3,1	3,1	3,0	5,1	5,2	5,3
Fachhochschule		1,6	2,0	2,0	1,3	1,4	1,4	2,2	2,4	2,4
Wiss. Hochschule		5,6	5,9	5,4	4,0	4,0	3,8	4,0	4,1	4,0
Alter										
unter 20 Jahre		3,5	2,5	1,8	2,3	1,6	1,4	2,8	2,2	2,1
20 bis unter 25 Jahre		10,1	8,7	7,7	9,7	9,0	8,3	10,0	10,3	10,5
25 bis unter 30 Jahre		11,6	12,5	12,1	14,4	14,4	13,8	9,2	9,9	10,1
30 bis unter 35 Jahre		9,5	10,4	10,9	15,7	16,5	16,5	11,7	11,5	10,7
35 bis unter 40 Jahre		10,9	10,7	9,7	14,0	14,9	15,2	13,9	14,5	14,0
40 bis unter 45 Jahre		14,7	15,0	14,0	10,8	11,9	12,8	13,0	14,2	14,4
45 bis unter 50 Jahre		14,7	15,6	16,0	9,3	10,0	10,4	11,5	12,5	13,1
50 bis unter 55 Jahre		14,1	15,8	17,0	10,8	10,4	10,3	11,9	12,7	13,2
55 bis unter 60 Jahre		5,8	6,6	9,3	10,2	9,6	9,8	12,2	9,9	10,4
60 bis unter 65 Jahre		5,2	2,3	1,5	2,8	1,8	1,3	3,9	2,2	1,5
in Arbeitslosigkeit seit										
unter 1 Monat		16,6	15,1	12,7	13,3	12,1	10,8	12,5	11,5	10,5
1 bis unter 3 Monate		26,4	21,0	19,3	17,9	16,3	14,9	19,6	18,9	17,5
3 bis unter 6 Monate		19,2	22,3	18,0	16,4	15,5	14,3	16,2	15,5	14,4
6 bis unter 12 Monate		17,1	20,3	21,8	20,3	21,7	20,9	19,3	20,9	20,3
12 bis unter 24 Monate		11,4	14,2	19,2	15,8	18,4	20,0	15,2	17,3	18,8
24 Monate und länger		9,2	7,2	9,1	16,2	16,0	19,1	17,3	15,9	18,6
mit gesundheitlichen Einschränkungen		6,1	5,5	5,5	21,5	20,4	19,9	28,3	26,6	26,0

Tabelle III.E.8c

Arbeitslose Spätaussiedler, Ausländer und Deutsche nach Strukturmerkmalen, jeweils Ende September (Anteil in %); Ostdeutschland

Merkmal	Spätaussiedler			Ausländer			Deutsche (ohne Spätaussiedler)		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Alle Arbeitslosen	15 142	15 301	14 341	71 863	74 967	77 508	1 415 799	1 464 204	1 464 812
absolut									
in %	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Männer	46,7	46,7	46,9	60,7	60,0	58,9	50,4	50,4	50,7
Frauen	53,3	53,3	53,1	39,3	40,0	41,1	49,6	49,6	49,3
Angestelltenberufe	31,3	31,8	30,9	29,2	30,1	30,4	38,1	39,0	38,9
Arbeiterberufe	68,7	68,2	69,1	70,8	69,9	69,6	61,9	61,0	61,1
Berufsausbildung									
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	45,9	44,1	45,6	66,2	66,0	67,0	21,0	20,2	19,6
mit abgeschlossener Berufsausbildung	54,1	55,9	54,4	33,8	34,0	33,0	79,0	79,8	80,4
davon: betrieblich/außerbetrieblich	38,4	38,9	37,6	21,7	21,2	20,6	69,4	70,1	70,8
Berufsfach-/Fachschule	7,5	8,1	8,4	3,9	4,0	3,8	4,6	4,5	4,4
Fachhochschule	1,8	2,1	2,0	1,7	1,9	2,0	1,6	1,8	1,8
Wiss. Hochschule	6,4	6,7	6,4	6,6	6,8	6,6	3,4	3,5	3,4
Alter									
unter 20 Jahre	3,2	2,3	1,8	1,7	1,3	1,2	3,1	2,4	2,4
20 bis unter 25 Jahre	9,4	7,8	8,4	7,3	6,1	5,9	10,7	10,2	10,7
25 bis unter 30 Jahre	11,2	11,8	12,1	13,8	13,0	12,5	8,1	8,7	9,2
30 bis unter 35 Jahre	9,4	10,2	10,7	17,8	18,0	17,6	10,7	10,3	9,5
35 bis unter 40 Jahre	11,1	10,9	10,2	17,2	17,6	17,8	13,5	13,6	12,6
40 bis unter 45 Jahre	16,3	16,7	15,3	13,3	14,7	15,5	14,2	15,3	15,2
45 bis unter 50 Jahre	15,3	16,3	16,5	10,6	11,5	11,8	13,8	14,5	14,6
50 bis unter 55 Jahre	14,1	15,4	15,4	9,7	9,5	9,7	13,2	14,8	15,7
55 bis unter 60 Jahre	5,4	6,1	8,2	6,9	6,9	7,0	10,4	8,7	9,1
60 bis unter 65 Jahre	4,6	2,4	1,5	1,9	1,4	1,1	2,3	1,5	1,1
in Arbeitslosigkeit seit									
unter 1 Monat	15,7	12,9	12,5	11,5	10,5	9,7	10,2	9,5	8,8
1 bis unter 3 Monate	22,0	16,5	17,2	16,0	13,9	13,4	15,3	14,2	13,4
3 bis unter 6 Monate	20,5	22,2	20,0	15,9	14,7	14,5	15,8	13,3	12,9
6 bis unter 12 Monate	18,2	22,4	20,3	20,3	20,9	20,4	20,4	20,0	19,3
12 bis unter 24 Monate	14,8	17,7	19,9	18,7	20,0	20,1	19,5	20,7	19,7
24 Monate und länger	8,9	8,5	10,1	17,6	20,0	21,9	18,9	22,2	25,9
mit gesundheitlichen Einschränkungen	4,5	4,2	4,6	11,7	12,0	11,8	21,4	22,0	22,3

Tabelle III.E.9

Ausländerbeschäftigung ¹⁾ und Ausländerarbeitslosigkeit					
Jahr	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer		Arbeitslose Ausländer ²⁾		
	insgesamt	darunter: Frauen in %	insgesamt	Quote	darunter: (Sp. 3) Frauen in %
	1	2	3	4	5
Deutschland					
1993	•	•	359 449	•	34,2
1994	•	•	420 903	•	33,7
1995	•	•	436 261	•	34,1
1996	2 119 558	34,0	495 956	•	33,3
1997	2 044 246	34,1	547 816	20,9	33,7
1998	2 030 266	34,0	534 008	20,2	35,1
1999	1 924 822	34,1	508 181	19,2	36,0
2000	1 963 620	34,6	470 414	17,2	37,0
2001	2 008 062	35,6	464 528	17,4	37,3
2002	1 959 953	36,2	505 414	19,1	36,5
2003	1 873 939	36,7	548 530	20,4	36,1
2004	1 805 390	36,8	549 944	20,5	36,7
Westdeutschland					
1993	2 084 668	33,1	318 097	14,7	33,7
1994	2 047 604	33,7	380 334	15,9	33,3
1995	2 042 520	33,6	392 779	16,2	33,7
1996	1 996 833	33,9	446 588	18,4	32,9
1997	1 927 565	34,0	491 035	20,2	33,3
1998	1 918 162	33,8	473 051	19,2	34,8
1999	1 819 275	33,9	444 730	18,0	35,8
2000	1 862 045	34,4	405 171	15,0	36,9
2001	1 899 915	35,3	396 697	16,0	37,1
2002	1 855 906	36,0	432 619	17,4	36,1
2003	1 773 385	36,4	471 255	18,9	35,6
2004	1 706 084	36,6	472 093	19,0	36,2
Ostdeutschland					
1993	•	•	41 352	•	37,7
1994	•	•	40 569	•	38,2
1995	•	•	43 482	•	38,0
1996	122 725	35,9	49 368	•	37,1
1997	116 681	36,0	56 781	•	37,0
1998	112 104	37,0	60 957	33,7	37,1
1999	105 547	36,5	63 452	34,8	37,6
2000	101 575	37,6	65 243	34,7	38,0
2001	108 147	40,8	67 831	36,8	38,5
2002	104 047	39,3	72 795	38,6	38,7
2003	100 554	40,4	77 275	39,8	39,1
2004	99 306	40,5	77 851	39,6	40,1

¹⁾ Stand jeweils Ende Juni.

²⁾ Ab 1998 geändertes Erhebungsverfahren, somit Vorjahresvergleiche nicht möglich.

Tabelle III.E.10

Erwerbslosenquoten und Anteil Langzeiterwerbsloser an allen Erwerbslosen in den Ländern der EU 2004 ¹⁾					
Land	Erwerbslosenquoten				Anteil der Langzeiterwerbslosen an allen Erwerbslosen
	Insgesamt	Jüngere (zwischen 15 und 24 Jahre)	Ältere (zwischen 50 und 64 Jahre)	Geringqualifizierte (zwischen 25 und 59 Jahre) ²⁾	
	1	2	3	4	
Belgien	7,4	17,5	3,8	11,1	49,6
Dänemark	5,3	7,8	5,4	8,1	22,6
Bundesrepublik Deutschland	10,8	13,0	12,1	20,3	51,8
Griechenland	10,4	26,5	4,9	8,8	54,8
Spanien	11,1	22,4	7,3	11,4	32,6
Frankreich	9,6	21,3	7,0	11,7	38,5
Irland	4,6	8,3	2,9	6,7	34,3
Italien	8,0	24,6	3,9	7,9	49,6
Luxemburg	4,8	18,3	1,7 ^u	5,1	22,6
Niederlande	4,7	8,0	3,7	•	32,7
Österreich	5,3	11,0	4,2	8,4	27,4
Portugal	6,7	14,0	5,5	6,4	43,1
Finnland	10,4	27,5	7,3	12,4	21,1
Schweden	6,8	18,5	4,5	5,8	17,8
Vereinigtes Königreich	4,6	10,8	3,0	6,7	21,3
Europäische Union (15 Länder)	8,4	16,2	6,7	10,6	40,9

¹⁾ Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte 2004; hier: Eurostat Datenbank (New Cronos update Juni 2005).

Bei Frankreich und Österreich handelt es sich jeweils um Erhebungsergebnisse aus dem ersten Quartal, bei den anderen Staaten aus dem zweiten Quartal.

²⁾ Primarbereich/Sekundarbereich Stufe 1 aus der Erhebung über Arbeitskräfte;

das sind Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die außerdem nicht mehr als einen Realschulabschluss haben.